

1. **Bundesverfassung** vom 12. September 1848
nebst Entwurf vom 5. März 1872.
2. **Constitution fédérale** du 12 Septembre 1848
et projet du 5 Mars 1872.
3. **Costituzione federale** del 12 Settembre 1848
e progetto del 5 Marzo 1872.
4. & 5. **Constituziun federala** dils 12 de Settember
1848
e project dils 5 de Mars 1872
(4. Ladin & 5. romansch).

4^o Helv.

81^o

Landtag

= Div. p. 278.

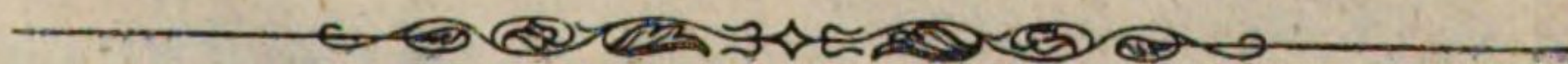
Bundesgesetz

betreffend

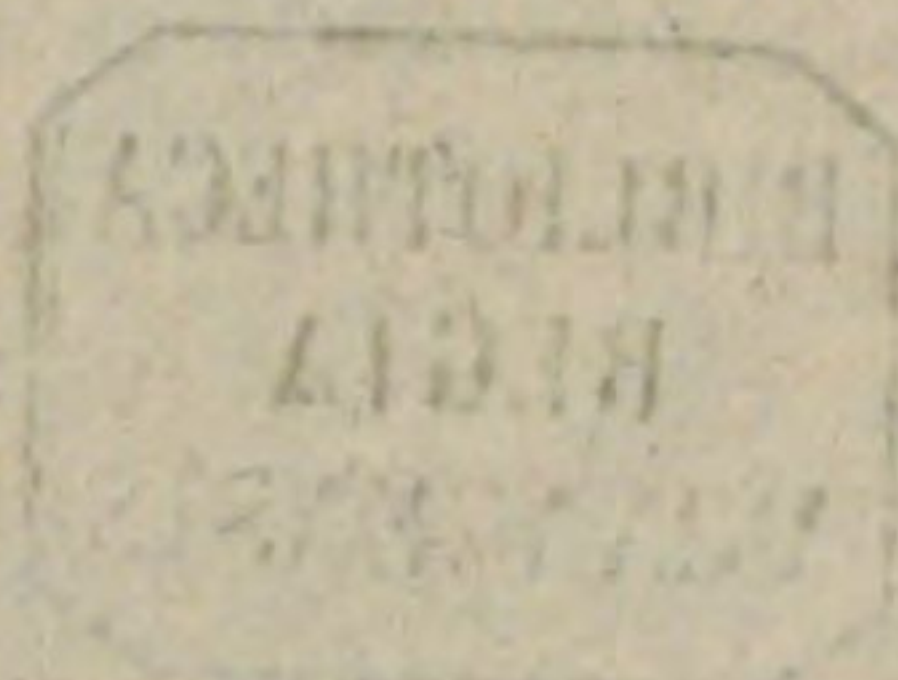
die Revision der Bundesverfassung vom 12. September 1848.



Vom 5. März 1872.



Druckerei



Bundesgesetz

betreffend

die Revision der Bundesverfassung vom 12. September 1848.

Vom 5. März 1872.

Die Bundesversammlung der schweizerischen Eidgenossenschaft,

in Anwendung der Artikel 111, 112 und 114, sowie des Art. 74, Ziffer 1 der Bundesverfassung,

beschließt:

Artikel 1. Es wird dem schweizerischen Volke und den Kantonen die Bundesverfassung in nachfolgender veränderter Fassung zur Annahme oder Verwerfung vorgelegt:

Sezige Bundesverfassung.

Revidirte Bundesverfassung.

Im Namen Gottes des Allmächtigen!

Unverändert.

Die schweizerische Eidgenossenschaft,

in der Absicht, den Bund der Eidgenossen zu befestigen, die Einheit, Kraft und Ehre der schweizerischen Nation zu erhalten und zu fördern, hat nachstehende Bundesverfassung angenommen:

Bundesverfassung

der

Schweizerischen Eidgenossenschaft.

Erster Abschnitt.

Allgemeine Bestimmungen.

Art. 1.

Art. 1.

Die durch gegenwärtigen Bund vereinigten Völkerschaften der zwei und zwanzig souveränen Kantone, als: Zürich, Bern, Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden (ob und nid dem Wald), Glarus, Zug, Freiburg, Solothurn, Basel (Stadt und Land), Schaffhausen, Appenzell (beider Rhoden), St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg und Genf bilden in ihrer Gesammtheit die schweizerische Eidgenossenschaft.

Unverändert.

Art. 2.

Der Bund hat zum Zweck: Behauptung der Unabhängigkeit des Vaterlandes gegen Aussen, Handhabung von Ruhe und Ordnung im Innern, Schutz der Freiheit und der Rechte der Eidgenossen und Beförderung ihrer gemeinsamen Wohlfahrt.

Art. 3.

Die Kantone sind souverän, soweit ihre Souveränität nicht durch die Bundesverfassung beschränkt ist, und üben als solche alle Rechte aus, welche nicht der Bundesgewalt übertragen sind.

Art. 4.

Alle Schweizer sind vor dem Gesetze gleich. Es gibt in der Schweiz keine Unterthanenverhältnisse, keine Vorrechte des Orts, der Geburt, der Familien oder Personen.

Art. 5.

Der Bund gewährleistet den Kantonen ihr Gebiet, ihre Souveränität inner den Schranken des Artikels 3, ihre Verfassungen, die Freiheit, die Rechte des Volkes und die verfassungsmässigen Rechte der Bürger gleich den Rechten und Befugnissen, welche das Volk den Behörden übertragen hat.

Art. 6.

Die Kantone sind verpflichtet, für ihre Verfassungen die Gewährleistung des Bundes nachzusuchen.

Der Bund übernimmt diese Gewährleistung insofern:

- a. sie nichts den Vorschriften der Bundesverfassung Zuwiderlaufendes enthalten;
- b. sie die Ausübung der politischen Rechte nach republikanischen — repräsentativen oder demokratischen — Formen sichern;
- c. sie vom Volke angenommen worden sind und revidirt werden können, wenn die absolute Mehrheit der Bürger es verlangt.

Art. 7.

Besondere Bündnisse und Verträge politischen Inhalts zwischen den Kantonen sind untersagt.

Dagegen steht ihnen das Recht zu, Verkommnisse über Gegenstände der Gesetzgebung, des Gerichtswesens und der Verwaltung unter sich abzuschließen; jedoch haben sie dieselben der Bundesbehörde zur Einsicht vorzulegen, welche, wenn diese Verkommnisse etwas dem Bunde oder den Rechten anderer Kantone Zuwiderlaufendes enthalten, deren Vollziehung zu hindern befugt ist. Im entgegengesetzten Falle sind die betreffenden Kantone berechtigt, zur Vollziehung die Mitwirkung der Bundesbehörden anzusprechen.

Art. 8.

Dem Bunde allein steht das Recht zu, Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, Bündnisse und Staatsverträge, namentlich Zoll- und Handelsverträge mit dem Auslande einzugehen.

Art. 9.

Ausnahmsweise bleibt den Kantonen die Befugnis, Verträge über Gegenstände der Staatswirtschaft, des nachbarlichen Verkehrs und der Polizei mit dem Auslande abzuschließen; jedoch dürfen dieselben nichts dem Bunde oder den anderen Kantonen Zuwiderlaufendes enthalten.

Art. 2.

Unverändert.

Art. 3.

Unverändert.

Art. 4.

Unverändert.

Art. 5.

Unverändert.

Art. 6.

Unverändert.

Art. 7.

Unverändert.

Art. 8.

Unverändert.

Art. 9.

Unverändert.

Art. 10.

Der amtliche Verkehr zwischen Kantonen und auswärtigen Staatsregierungen, sowie ihren Stellvertretern, findet durch Vermittlung des Bundesrathes statt.

Ueber die im Art. 9 bezeichneten Gegenstände können jedoch die Kantone mit den untergeordneten Behörden und Beamten eines auswärtigen Staates in unmittelbaren Verkehr treten.

Art. 11.

Es dürfen keine Militärkapitulationen abgeschlossen werden.

Art. 12.

Die Mitglieder der Bundesbehörden, die eidgenössischen Zivil- und Militärbeamten und die eidgenössischen Repräsentanten oder Kommissarien dürfen von auswärtigen Regierungen weder Pensionen oder Gehalte, noch Titel, Geschenke oder Orden annehmen.

Sind sie bereits im Besitze von Pensionen, Titeln oder Orden, so haben sie für ihre Amtsdauer auf den Genuß der Pensionen und das Tragen der Titel und Orden zu verzichten.

Untergeordneten Beamten und Angestellten kann jedoch vom Bundesrath der Fortbezug von Pensionen bewilligt werden.

Art. 13.

Der Bund ist nicht berechtigt, stehende Truppen zu halten.

Ohne Bewilligung der Bundesbehörde darf kein Kanton oder in getheilten Kantonen kein Landestheil mehr als 300 Mann stehende Truppen halten, die Landjägerkorps nicht inbegriffen.

Art. 14.

Die Kantone sind verpflichtet, wenn Streitigkeiten unter ihnen vorkommen, sich jeder Selbsthülfe, sowie jeder Bewaffnung zu enthalten und sich der bundesmäßigen Entscheidung zu unterziehen.

Art. 15.

Wenn einem Kanton vom Auslande plötzlich Gefahr droht, so ist die Regierung des bedrohten Kantons verpflichtet, andere Kantone zur Hülfe zu mahnen, unter gleichzeitiger Anzeige an die Bundesbehörde und unvor- greiflich den spätern Verfügungen dieser letztern. Die gemahnten Kantone sind zum Zuzuge verpflichtet. Die Kosten trägt die Eidgenossenschaft.

Art. 16.

Bei gestörter Ordnung im Innern, oder wenn von einem andern Kanton Gefahr droht, hat die Regierung des bedrohten Kantons dem Bundesrathe sogleich Kenntniß zu geben, damit dieser inner den Schranken seiner Kompetenz (Art. 90, Nr. 3, 10 und 11) die erforderlichen

Art. 10.

Unverändert.

Art. 11.

Unverändert.

Art. 12.

Die drei ersten Alinea beibehalten, mit Beifügung folgender zwei weitem Alinea:

Im schweizerischen Heere dürfen weder Orden getragen, noch von auswärtigen Regierungen verliehene Titel geltend gemacht werden.

Das Annehmen solcher Auszeichnungen ist allen Offizieren, Unteroffizieren und Soldaten untersagt.

Art. 13.

Unverändert.

Art. 14.

Unverändert.

Art. 15.

Unverändert.

Art. 16.

Unverändert.

(Art. 99, Ziffer 3, 10 und 11)

Maßregeln treffen oder die Bundesversammlung einberufen kann. In dringenden Fällen ist die betreffende Regierung befugt, unter sofortiger Anzeige an den Bundesrath, andere Kantone zur Hülfe zu mahnen, und die gemahnten Stände sind zur Hülfeleistung verpflichtet.

Wenn die Kantonsregierung außer Stande ist, Hülfe anzusprechen, so kann, und wenn die Sicherheit der Schweiz gefährdet wird, so soll die kompetente Bundesbehörde von sich aus einschreiten.

In Fällen eidgenössischer Intervention sorgen die Bundesbehörden für Beachtung der Vorschriften von Art. 5.

Die Kosten trägt der mahnende oder die eidgenössische Intervention veranlassende Kanton, wenn nicht die Bundesversammlung wegen besonderer Umstände etwas Anderes beschließt.

Art. 17.

In den durch Art. 15 und 16 bezeichneten Fällen ist jeder Kanton verpflichtet, den Truppen freien Durchzug zu gestatten. Diese sind sofort unter eidgenössische Leitung zu stellen.

Art. 18.

Jeder Schweizer ist wehrpflichtig.

Art. 19.

Das Bundesheer, welches aus den Kontingenten der Kantone gebildet wird, besteht:

- a. aus dem Bundesauszug, wozu jeder Kanton auf 100 Seelen schweizerischer Bevölkerung drei Mann zu stellen hat;
- b. aus der Reserve, deren Bestand die Hälfte des Bundesauszuges beträgt.

In Zeiten der Gefahr kann der Bund auch über die übrigen Streitkräfte (die Landwehr) eines jeden Kantons verfügen.

Die Mannschaftskala, welche nach dem bezeichneten Maßstabe das Kontingent für jeden Kanton festsetzt, ist alle zwanzig Jahre einer Revision zu unterwerfen.

Art. 20.

Um in dem Bundesheere die erforderliche Gleichmäßigkeit und Dienstfähigkeit zu erzielen, werden folgende Grundsätze festgesetzt:

1. Ein Bundesgesetz bestimmt die allgemeine Organisation des Bundesheeres.
2. Der Bund übernimmt:
 - a. den Unterricht der Genietruppen, der Artillerie und der Kavallerie, wobei jedoch den Kantonen, welche diese Waffengattungen zu stellen haben, die Lieferung der Pferde obliegt;
 - b. die Bildung der Instruktoren für die übrigen Waffengattungen;
 - c. für alle Waffengattungen den höhern Militärunterricht, wozu er namentlich Militärschulen errichtet und Zusammenzüge von Truppen anordnet;
 - d. die Lieferung eines Theiles des Kriegsmaterials.

Art. 17.

Unverändert.

Art. 18.

Jeder Schweizer ist wehrpflichtig.

Wehrmänner, welche in Folge des eidgenössischen Militärdienstes ihr Leben verlieren oder dauernden Schaden an ihrer Gesundheit erleiden, haben für sich oder ihre Familien, im Falle des Bedürfnisses, Anspruch auf Unterstützung des Bundes.

Art. 19.

Das Bundesheer besteht aus der gesammten, nach der eidgenössischen Gesetzgebung dienstpflchtigen Mannschaft.

In Zeiten der Gefahr kann der Bund auch über die nicht zum Bundesheere gehörende Mannschaft und über die übrigen Streitmittel der Kantone verfügen.

Die Kantone verfügen über die Wehrkraft ihres Gebietes, so weit sie nicht durch verfassungsmäßige oder gesetzliche Anordnungen des Bundes beschränkt sind.

Die Organisation des Bundesheeres ist Gegenstand der Bundesgesetzgebung.

Soweit nicht militärische Gründe entgegenstehen, sollen die taktischen Einheiten aus der Mannschaft desselben Kantons gebildet werden.

Die Kosten des Unterrichts, der Bewaffnung, Bekleidung und Ausrüstung des Bundesheeres trägt der Bund.

Das Kriegsmaterial der Kantone in demjenigen Bestande, welcher nach den bisherigen Gesetzen vorgeschrieben ist, geht auf den Bund über.

Immerhin bleibt das Verfügungsrecht der Kantone, nach Maßgabe von Art. 19, Lemma 3, vorbehalten.

Der Bund ist berechtigt, die Waffenplätze und die zu militärischen Zwecken dienenden Gebäude, welche in den Kantonen vorhanden sind, zur Benutzung oder als Eigenthum zu übernehmen. Die nähern Bedingungen der Uebnahme werden durch die Bundesgesetzgebung geregelt.

Die Zentralisation des Militärunterrichts kann nöthigenfalls durch die Bundesgesetzgebung weiter entwickelt werden.

3. Der Bund überwacht den Militärunterricht der Infanterie und der Scharfschützen, sowie die Anschaffung, den Bau und Unterhalt des Kriegszeuges, welches die Kantone zum Bundesheere zu liefern haben.

4. Die Militärverordnungen der Kantone dürfen nichts enthalten, was der eidgenössischen Militärorganisation und den den Kantonen obliegenden bundesmäßigen Verpflichtungen entgegen ist, und müssen zu dießfälliger Prüfung dem Bundesrathe vorgelegt werden.

5. Alle Truppenabtheilungen im eidgenössischen Dienste führen ausschließlich die eidgenössische Fahne.

Art. 21.

Dem Bunde steht das Recht zu, im Interesse der Eidgenossenschaft oder eines großen Theiles derselben, auf Kosten der Eidgenossenschaft öffentliche Werke zu errichten oder die Errichtung derselben zu unterstützen.

Zu diesem Zwecke ist er auch befugt, gegen volle Entschädigung das Recht der Expropriation geltend zu machen. Die nähern Bestimmungen hierüber bleiben der Bundesgesetzgebung vorbehalten.

Die Bundesversammlung kann die Errichtung öffentlicher Werke untersagen, welche die militärischen Interessen der Eidgenossenschaft verletzen.

Art. 22.

Der Bund ist befugt, eine Universität und eine polytechnische Schule zu errichten.

Art. 23.

Das Zollwesen ist Sache des Bundes.

Die Ausführung des Militärgesetzes in den Kantonen geschieht durch die Kantonsbehörden in den durch die Bundesgesetzgebung festgesetzten Grenzen.

Art. 21.

Unverändert.

Art. 22.

Der Bund hat das Recht der Oberaufsicht über die Wasserbau- und Forstpolizei im Hochgebirge.

Er wird die Korrektion und Verbauung der Wildwasser und die Aufforstung ihrer Quellengebiete unterstützen und die nöthigen schützenden Bestimmungen zur Erhaltung dieser Werke und der schon vorhandenen Waldungen aufstellen.

Art. 23.

Der Bund ist befugt, gesetzliche Bestimmungen zum Schutze der für die Land- und Forstwirtschaft nützlichen Vögel, sowie über die Ausübung der Fischerei und Jagd, namentlich zur Erhaltung des Hochwildes, zu treffen.

Art. 24.

Die Gesetzgebung über den Bau und Betrieb der Eisenbahnen ist Bundes Sache.

Art. 25.

Der Bund ist befugt, eine Universität, eine polytechnische Schule und andere höhere Unterrichtsanstalten zu errichten. Die Kantone sorgen für obligatorischen und unentgeltlichen Primarunterricht.

Der Bund kann über das Minimum der Anforderung an die Primarschule gesetzliche Bestimmungen erlassen.

Art. 26.

Das Zollwesen ist Sache des Bundes. Derselbe hat das Recht, Ein- und Ausfuhrzölle zu erheben.

Art. 24.

Dem Bunde steht das Recht zu, die von der Tag-
sazung bewilligten oder anerkannten Land- und Wasser-
zölle, Weg- und Brückengelder, verbindliche Kaufhaus- und
andere Gebühren dieser Art, mögen dieselben von Kan-
tonen, Gemeinden, Korporationen oder Privaten bezogen
werden, gegen Entschädigung ganz oder theilweise aufzu-
heben. Diejenigen Zölle und Weggelder, welche auf dem
Transit lasten, sollen jedenfalls im ganzen Umfange der
Eidgenossenschaft und zwar gleichzeitig eingelöst werden.

Die Eidgenossenschaft hat das Recht, an der schweiz. Grenze
Eingangs-, Ausgangs- und Durchgangszölle zu erheben.

Sie ist berechtigt, gegenwärtig für das Zollwesen be-
stimmte Gebäulichkeiten an der schweizerischen Grenze gegen
Entschädigung entweder als Eigenthum oder miethweise zur
Benutzung zu übernehmen.

Art. 25.

Bei Erhebung der Zölle sollen folgende Grundsätze
beachtet werden:

1. Eingangsgebühren:

- a. Die für die inländische Industrie erforderlichen Stoffe
sind im Zolltarif möglichst gering zu taxiren.
- b. Ebenso die zum nothwendigen Lebensbedarf erforder-
lichen Gegenstände.
- c. Die Gegenstände des Luxus unterliegen der höchsten Taxe.

2. Durchgangsgebühren, und in der Regel auch die
Ausgangsgebühren, sind möglichst mäßig festzusetzen.

3. Durch die Zollgesetzgebung sind zur Sicherung des
Grenz- und Marktverkehrs geeignete Bestimmungen zu treffen.

Dem Bunde bleibt immerhin das Recht vorbehalten,
unter außerordentlichen Umständen, in Abweichung von
vorstehenden Bestimmungen, vorübergehend besondere Maß-
nahmen zu treffen.

Art. 26.

Der Ertrag der Eingangs-, Ausgangs- und Durchgangs-
zölle wird folgendermaßen verwendet:

- a. Jeder Kanton erhält 4 Bazen auf den Kopf nach
dem Maßstab der Gesamtbevölkerung, welche nach
der Volkszählung von 1838 berechnet wird.
- b. Wenn ein Kanton hierdurch für die nach Art. 24
aufgehobenen Gebühren nicht hinlänglich gedeckt wird,
so hat er noch so viel zu beziehen, als erforderlich
ist, um ihn für dieselben Gebühren nach dem Durch-
schnitt des Reinertrages der fünf Jahre 1842 bis
und mit 1846 zu entschädigen.
- c. Die Mehreinnahme fällt in die Bundeskasse.

Art. 27.

Wenn Zölle, Weg- und Brückengelder für Tilgung
eines Baukapitals oder eines Theiles desselben bewilligt
worden sind, so hört der Bezug derselben oder die Ent-
schädigung auf, sobald das Kapital oder der betreffende
Theil nebst Zinsen gedeckt ist.

Alt Art. 24 fällt weg.

Art. 27.

Bei Erhebung der Zölle sollen folgende Grundsätze be-
achtet werden:

1) Eingangsgebühren:

- a. Die für die inländische Industrie und Landwirthschaft
erforderlichen Stoffe sind im Zolltarife möglichst gering
zu taxiren.
- b. Ebenso die zum nöthigen Lebensbedarf erforderlichen
Gegenstände.
- c. Die Gegenstände des Luxus unterliegen den höchsten
Taxen.

Diese Grundsätze sind auch bei Abschließung von Han-
delsverträgen mit dem Auslande zu befolgen.

2) Die Ausgangsgebühren sind möglichst mäßig fest-
zusetzen.

3) Durch die Zollgesetzgebung sind zur Sicherung des
Grenz- und Marktverkehrs geeignete Bestimmungen zu treffen.
Dem Bunde bleibt immerhin das Recht vorbehalten, unter
außerordentlichen Umständen, in Abweichung von vorstehen-
den Bestimmungen, vorübergehend besondere Maßnahmen
zu treffen.

Art. 28.

Der Ertrag der Zölle fällt in die Bundeskasse.

Die den Kantonen bisher bezahlten Entschädigungen für
die losgekauften Zölle, Weg- und Brückengelder, Kaufhaus-
und andern Gebühren dieser Art fallen weg.

Ausnahmsweise erhalten die Kantone Uri, Graubünden,
Tessin und Wallis, mit Rücksicht auf ihre internationalen
Alpenstraßen, eine jährliche Entschädigung, welche, in Wür-
digung aller Verhältnisse, festgestellt wird wie folgt:

Für Uri	Fr. 70,000
" Graubünden	" 200,000
" Tessin	" 200,000
" Wallis	" 50,000

Für Besorgung des Schneebruches auf dem St. Gotthard
erhalten die Kantone Uri und Tessin eine jährliche Ent-
schädigung von zusammen Fr. 40,000 für so lange, als die
Straße über den Bergpaß nicht durch eine Eisenbahn er-
setzt sein wird.

Alt Art. 27 fällt weg.

Art. 28.

Den in bereits abgeschlossenen Eisenbahnverträgen über Transitgebühren enthaltenen Verfügungen soll durch gegenwärtige Bestimmungen kein Abbruch geschehen. Dagegen tritt der Bund in die durch solche Verträge den Kantonen in Beziehung auf die Transitgebühren vorbehaltenen Rechte.

Art. 29.

Für Lebensmittel, Vieh- und Kaufmannswaaren, Landes- und Gewerbszeugnisse jeder Art sind freier Kauf und Verkauf, freie Ein-, Aus- und Durchfuhr von einem Kanton in den andern gewährleistet.

Vorbehalten sind:

- a. In Beziehung auf Kauf und Verkauf das Salz- und Pulverregal.
- b. Polizeiliche Verfügungen der Kantone über die Ausübung von Handel und Gewerbe und über die Benutzung der Straßen.
- c. Verfügungen gegen schädlichen Vorkauf.
- d. Vorübergehende sanitätspolizeiliche Maßregeln bei Seuchen.

Die in litt. b und c bezeichneten Verfügungen müssen die Kantonsbürger und die Schweizerbürger anderer Kantone gleich behandeln. Sie sind dem Bundesrathe zur Prüfung vorzulegen und dürfen nicht vollzogen werden, ehe sie die Genehmigung desselben erhalten haben.

- e. Die von der Tagsatzung bewilligten oder anerkannten Gebühren, welche der Bund nicht aufgehoben hat (Art. 24 und 31).
- f. Die Konsumgebühren auf Wein und andern geistigen Getränken, nach Vorschrift von Art. 32.

Art. 30.

Der Bundesgesetzgebung bleibt vorbehalten, hinsichtlich der Abschaffung bestehender Vorrechte in Bezug auf Transport von Personen und Waaren jeder Art zwischen den Kantonen und im Innern derselben auf dem Wasser und auf dem Lande, die nöthigen Verfügungen zu treffen, so weit die Eidgenossenschaft hiebei ein Interesse hat.

Art. 31.

Der Bezug der im Art. 29 litt. e bezeichneten Gebühren steht unter der Aufsicht des Bundesrathes. Sie dürfen nicht erhöht und der Bezug derselben darf ohne Genehmigung der Bundesversammlung, wenn er auf eine bestimmte Zeit beschränkt war, nicht verlängert werden.

Die Kantone dürfen weder Zölle, Weg- noch Brückengelder unter irgend welchem Namen neu einführen. Von der Bundesversammlung können jedoch auf bestimmte Zeit solche Gebühren bewilligt werden, um die Errichtung öffentlicher Werke zu unterstützen, welche im Sinne des Art. 21 von allgemeinem Interesse für den Verkehr sind und ohne solche Bewilligung nicht zu Stande kommen könnten.

Alt Art. 28 fällt weg.

Art. 29.

Die Freiheit des Handels und der Gewerbe ist im ganzen Umfange der Eidgenossenschaft gewährleistet.

Vorbehalten sind:

- a. Das Salz- und Pulverregal, die eidgenössischen Zölle, die Eingangsgebühren von Wein und geistigen Getränken, sowie andere, vom Bunde ausdrücklich anerkannte Verbrauchssteuern, nach Maßgabe des Art. 33.
- b. Sanitätspolizeiliche Maßregeln gegen Epidemien und Viehseuchen.
- c. Verfügungen über Ausübung von Handel und Gewerben, über Besteuerung des Gewerbsbetriebes und über die Benutzung der Straßen.

Diese Verfügungen dürfen den Grundsatz der Handels- und Gewerbefreiheit selbst nicht beeinträchtigen.

Art. 30.

Den Kantonen bleibt es anheimgestellt, die Ausübung der wissenschaftlichen Berufsarten von einem Ausweise der Befähigung abhängig zu machen.

Auf dem Wege der Bundesgesetzgebung ist dafür zu sorgen, daß derartige Ausweise für die ganze Eidgenossenschaft gültig erworben werden können.

Alt Art. 30 fällt weg.

Alt Art. 31 fällt weg.

Art. 32.

Die Kantone sind befugt, außer den nach Art. 29 litt. e vorbehaltenen Berechtigungen, von Wein und andern geistigen Getränken Konsumogebühren zu erheben, jedoch unter folgenden Beschränkungen:

- a. Bei dem Bezug derselben soll der Transit in keiner Weise belästigt und der Verkehr überhaupt so wenig als möglich gehemmt und mit keinen andern Gebühren belegt werden.
- b. Werden die für den Verbrauch eingeführten Gegenstände wieder aus dem Kanton ausgeführt, so sind die bezahlten Konsumogebühren ohne weitere Belästigung zurückzuerstatten.
- c. Die Erzeugnisse schweizerischen Ursprungs sind mit niedrigeren Gebühren zu belegen als diejenigen des Auslandes.
- d. Konsumogebühren auf Wein und andern geistigen Getränken schweizerischen Ursprungs dürfen da, wo solche schon bestehen, nicht erhöht, und in Kantonen, welche noch keine beziehen, nicht eingeführt werden.
- e. Die Gesetze und Verordnungen der Kantone über den Bezug der Konsumogebühren sind der Bundesbehörde vor Vollziehung derselben zur Gutheißung vorzulegen, damit die Nichtbeachtung vorstehender Grundsätze verhindert werden kann.

Art. 33.

Das Postwesen im ganzen Umfange der Eidgenossenschaft wird vom Bunde übernommen unter folgenden Vorschriften:

1. Die gegenwärtig bestehenden Postverbindungen dürfen im Ganzen ohne Zustimmung der beteiligten Kantone nicht vermindert werden.
2. Die Tarife werden im ganzen Gebiete der Eidgenossenschaft nach den gleichen möglichst billigen Grundsätzen bestimmt.
3. Die Unverletzbarkeit des Postgeheimnisses ist gewährleistet.

Art. 31.

Die Errichtung von Spielbanken ist untersagt.

Die zur Zeit bestehenden Spielhäuser müssen binnen einer Frist von fünf Jahren, vom Tage der Annahme der gegenwärtigen Verfassung an gerechnet, geschlossen werden.

Aufällige seit dem Anfange des Jahres 1871 erteilte Konzessionen werden als ungültig erklärt.

Der Bund kann auch in Beziehung auf die Lotterien geeignete Maßnahmen treffen.

Art. 32.

Der Bund ist befugt, zum Schutze der Arbeiter gegen Gesundheit und Sicherheit gefährdenden Gewerbebetrieb einheitliche Bestimmungen aufzustellen und die Verwendung von Kindern in den Fabriken gesetzlich zu regeln.

Der Geschäftsbetrieb von Auswanderungsagenturen und von Privatunternehmungen im Gebiete des Versicherungswesens unterliegt der Aufsicht und Gesetzgebung des Bundes.

Art. 33.

Die Kantone sind befugt, die im Art. 29 litt. a erwähnten Eingangsgebühren von Wein und andern geistigen Getränken unter folgenden Beschränkungen zu erheben:

- a. Bei dem Bezug derselben soll der Transit in keiner Weise belästigt und der Verkehr überhaupt so wenig als möglich gehemmt und mit keinen andern Gebühren belegt werden.
- b. Werden die für den Verbrauch eingeführten Gegenstände wieder aus dem Kanton ausgeführt, so sind die bezahlten Eingangsgebühren ohne weitere Belästigung zurückzuerstatten.
- c. Die Erzeugnisse schweizerischen Ursprungs sind mit niedrigeren Gebühren zu belegen als diejenigen des Auslandes.
- d. Eingangsgebühren auf Wein und andern geistigen Getränken schweizerischen Ursprungs dürfen da, wo solche schon bestehen, nicht erhöht, und in Kantonen, welche noch keine beziehen, nicht eingeführt werden.
- e. Die Gesetze und Verordnungen der Kantone über den Bezug der Eingangsgebühren sind der Bundesbehörde vor Vollziehung derselben zur Gutheißung vorzulegen, damit die Nichtbeachtung vorstehender Grundsätze verhindert werden kann.

Nach Ablauf einer Frist von zwanzig Jahren sollen alle Eingangsgebühren, welche dormalen von den Kantonen erhoben werden, sowie ähnliche von einzelnen Gemeinden bezogene Gebühren ohne Entschädigung dahinfallen.

Art. 34.

Das Post- und Telegraphenwesen im ganzen Umfange der Eidgenossenschaft ist Bundesache.

Der Ertrag der Post- und Telegraphenverwaltung fällt in die eidgenössische Kasse.

Die Tarife werden im ganzen Gebiete der Eidgenossenschaft nach den gleichen, möglichst billigen Grundsätzen bestimmt.

Die Unverletzlichkeit des Post- und Telegraphengeheimnisses ist gewährleistet.

4. Für Abtretung des Postregals leistet der Bund Entschädigung, und zwar nach folgenden nähern Bestimmungen:

- a. Die Kantone erhalten jährlich die Durchschnittssumme des reinen Ertrages, den sie in den drei Jahren 1844, 1845 und 1846 vom Postwesen auf ihrem Kantonalgebiete bezogen haben.

Wenn jedoch der reine Ertrag, welchen der Bund vom Postwesen bezieht, für Bestreitung dieser Entschädigung nicht hinreicht, so wird den Kantonen das Mangelnde nach Verhältniß der festgesetzten Durchschnittssummen in Abzug gebracht.

- b. Wenn ein Kanton vom Postwesen unmittelbar noch gar nichts, oder in Folge eines mit einem andern Kanton abgeschlossenen Pachtvertrags bedeutend weniger bezogen hat, als die Ausübung des Postregals auf seinem Gebiete demjenigen Kanton, der dasselbe gepachtet hatte, erweislichermassen rein ertragen hat, so sollen solche Verhältnisse bei Ausmittlung der Entschädigungssumme billige Berücksichtigung finden.

- c. Wo die Ausübung des Postregals an Privaten abgetreten worden ist, übernimmt der Bund die dießfällige Entschädigung.

- d. Der Bund ist berechtigt und verpflichtet, das zum Postwesen gehörige Material, soweit dasselbe zum Gebrauche tauglich und erforderlich ist, gegen eine den Eigenthümern abzureichende billige Entschädigung zu übernehmen.

- e. Die eidgenössische Verwaltung ist berechtigt, die gegenwärtig für das Postwesen bestimmten Gebäulichkeiten gegen Entschädigung entweder als Eigenthum oder aber nur miethweise zur Benutzung zu übernehmen.

Art. 34.

Bei der Verwaltung des Zoll- und Postwesens sind die Angestellten größtentheils aus den Einwohnern derjenigen Kantone zu wählen, für welche sie bestimmt sind.

Art. 35.

Der Bund übt die Oberaufsicht über die Straßen und Brücken, an deren Erhaltung die Eidgenossenschaft ein Interesse hat.

Die nach Artikel 26 und 33 den Kantonen für Zölle und Posten zukommenden Summen werden von der Bundesbehörde zurückbehalten, wenn diese Straßen und Brücken von den betreffenden Kantonen, Korporationen oder Privaten nicht in gehörigem Zustand unterhalten werden.

Art. 36.

Dem Bunde steht die Ausübung aller im Münzregale begriffenen Rechte zu.

Die Münzprägung durch die Kantone hört auf und geht einzig vom Bunde aus.

Es ist Sache der Bundesgesetzgebung, den Münzfuß festzusetzen, die vorhandenen Münzsorten zu tarifiren und die nähern Bestimmungen zu treffen, nach welchen die Kantone verpflichtet sind, von den von ihnen geprägten Münzen einschmelzen oder umprägen zu lassen.

Art. 35.

Gleich alt Art. 34.

Art. 36.

Der Bund übt die Oberaufsicht über die Straßen und Brücken, an deren Erhaltung die Eidgenossenschaft ein Interesse hat.

Die Summen, welche den im Artikel 28 bezeichneten Kantonen für den Unterhalt der auf ihrem Gebiete befindlichen internationalen Alpenstraßen zukommen, werden von der Bundesbehörde zurückbehalten, wenn diese Straßen von den betreffenden Kantonen nicht in gehörigem Zustande unterhalten werden.

Art. 37.

Dem Bunde steht die Ausübung aller im Münzregale begriffenen Rechte zu.

Die Münzprägung geht einzig vom Bunde aus.

Es ist Sache der Bundesgesetzgebung, den Münzfuß zu bestimmen und allfällige Vorschriften hinsichtlich der Tarifirung fremder Münzsorten zu treffen.

Art. 37.

Der Bund wird auf die Grundlagen des bestehenden eidgenössischen Konkordates für die ganze Eidgenossenschaft gleiches Maß und Gewicht einführen.

Art. 38.

Fabrikation und Verkauf des Schießpulvers im Umfange der Eidgenossenschaft stehen ausschließlich dem Bunde zu.

Art. 39.

Die Ausgaben des Bundes werden bestritten:

- a. aus den Zinsen der eidgenössischen Kriegsfonds;
- b. aus dem Ertrag der schweizerischen Grenzzölle;
- c. aus dem Ertrag der Postverwaltung;
- d. aus dem Ertrag der Pulververwaltung;
- e. aus Beiträgen der Kantone, welche jedoch nur in Folge von Beschlüssen der Bundesversammlung erhoben werden können.

Solche Beiträge sind von den Kantonen nach Verhältniß der Geldscala zu leisten, welche alle zwanzig Jahre einer Revision zu unterwerfen ist. Bei einer solchen Revision sollen theils die Bevölkerung, theils die Vermögens- und Erwerbsverhältnisse der Kantone zur Grundlage dienen.

Art. 40.

Es soll jederzeit wenigstens der Betrag des doppelten Geldkontingentes für Bestreitung von Militärkosten bei eidgenössischen Aufgeboten baar in der Bundeskasse liegen.

NB. Artikel 41, 42, 43 sind umgestellt.

Art. 42.

Jeder Kantonsbürger ist Schweizerbürger. Als solcher kann er in eidgenössischen und kantonalen Angelegenheiten die politischen Rechte in jedem Kanton ausüben, in welchem er niedergelassen ist. Er kann aber diese Rechte nur unter den nämlichen Bedingungen ausüben, wie die Bürger des Kantons und in Beziehung auf die kantonalen Angelegenheiten erst nach einem längern Aufenthalte, dessen Dauer durch die Kantonalgesetzgebung bestimmt wird, jedoch nicht über zwei Jahre ausgedehnt werden darf.

Niemand darf in mehr als einem Kanton politische Rechte ausüben.

Art. 38.

Der Bund ist befugt, im Wege der Gesetzgebung allgemeine Vorschriften über die Ausgabe und die Einlösung von Banknoten aufzustellen.

Art. 39.

Die Festsetzung von Maß und Gewicht ist Bundesache. Die Ausführung der bezüglichen Gesetze geschieht durch die Kantone unter Aufsicht des Bundes.

Art. 40.

Fabrikation und Verkauf des Schießpulvers im Umfange der Eidgenossenschaft stehen ausschließlich dem Bunde zu.

Als Schießpulver nicht brauchbare Sprengfabrikate sind im Regal nicht inbegriffen.

Art. 41.

Die Ausgaben des Bundes werden bestritten:

- a. aus dem Ertrag des Bundesvermögens;
- b. aus dem Ertrag der schweizerischen Grenzzölle;
- c. aus dem Ertrag der Post- und Telegraphenverwaltung;
- d. aus dem Ertrag der Pulververwaltung;
- e. aus dem Ertrag der Militärpflichtersatzsteuern;
- f. aus den Beiträgen der Kantone, deren nähere Regulierung, vorzugsweise nach Maßgabe der Steuerkraft der letztern, der Bundesgesetzgebung vorbehalten ist.

Alt Art. 40.

Gestrichen.

Art. 42.

Jeder Kantonsbürger ist Schweizerbürger.

Als solcher kann er bei allen eidgenössischen Wahlen und Abstimmungen an seinem Wohnsitz Antheil nehmen, nachdem er sich über seine Stimmberechtigung gehörig ausgewiesen hat.

Niemand darf in mehr als einem Kanton politische Rechte ausüben.

Der Niedergelassene genießt an seinem Wohnsitz alle Rechte der Kantonsbürger und mit diesen auch alle Rechte der Gemeindeglieder, mit Ausnahme des Mittheils an Bürger- und Korporationsgütern.

In kantonalen und Gemeindeangelegenheiten erwirbt er das Stimmrecht nach einer Niederlassung von drei Monaten. Das Stimmrecht in Gemeindeangelegenheiten erstreckt sich jedoch nicht auf die Verwaltung derjenigen Güter, an welchen der Niedergelassene keinen Mittheil hat.

Die kantonalen Gesetze über die Niederlassung und das Stimmrecht der Niedergelassenen in den Gemeinden sind dem Bundesrathe zur Genehmigung vorzulegen.

Art. 43.

Kein Kanton darf einen Bürger des Bürgerrechtes verlustig erklären.

Ausländern darf kein Kanton das Bürgerrecht erteilen, wenn sie nicht aus dem frühern Staatsverband entlassen werden.

Art. 41.

Der Bund gewährleistet allen Schweizern das Recht der freien Niederlassung im ganzen Umfange der Eidgenossenschaft, nach folgenden nähern Bestimmungen:

1) Keinem Schweizer kann die Niederlassung in irgend einem Kantone verweigert werden, wenn er folgende Ausweisschriften besitzt:

- a. einen Heimatschein oder eine andere gleichbedeutende Ausweisschrift;
- b. ein Zeugniß sittlicher Aufführung;
- c. eine Bescheinigung, daß er in bürgerlichen Rechten und Ehren stehe.

2) Der Niedergelassene darf von Seite des die Niederlassung gestattenden Kantons mit keiner Bürgschaft und mit keinen andern besondern Lasten behufs der Niederlassung belegt werden.

3) Ein Bundesgesetz wird die Dauer der Niederlassungsbewilligung, sowie das Maximum der zur Erlangung derselben an den Kanton zu entrichtenden Kanzleigebühren bestimmen.

4) Der Niedergelassene genießt alle Rechte der Bürger des Kantons, in welchem er sich niedergelassen hat, mit Ausnahme des Stimmrechts in Gemeindeangelegenheiten und des Mitanteiles an Gemeinde- und Korporationsgütern. Insbesondere wird ihm freie Gewerbsausübung und das Recht der Erwerbung und Veräußerung von Liegenschaften zugesichert, nach Maßgabe der Gesetze und Verordnungen der Kantone, welche in allen diesen Beziehungen den Niedergelassenen den eigenen Bürgern gleich halten sollen.

5) Den Niedergelassenen anderer Kantone können von Seite der Gemeinde keine größern Leistungen an Gemeindefasten auferlegt werden, als den Niedergelassenen des eigenen Kantons.

6) Der Niedergelassene kann aus dem Kanton, in welchem er niedergelassen ist, weggewiesen werden:

- a. durch gerichtliches Strafurtheil;
- b. durch Verfügung der Polizeibehörden, wenn er die bürgerlichen Rechte und Ehren verloren hat, oder sich eines unsittlichen Lebenswandels schuldig macht, oder durch Verarmung zur Last fällt, oder schon oft wegen Uebertretung polizeilicher Vorschriften bestraft werden mußte.

Art. 43.

Kein Kanton darf einen Kantonsbürger aus seinem Gebiete verbannen (verweisen) oder ihn des Bürgerrechtes verlustig erklären.

Die Bedingungen für die Ertheilung des Bürgerrechtes an Ausländer, sowie diejenigen, unter welchen ein Schweizer zum Zwecke der Erwerbung eines ausländischen Bürgerrechtes auf sein Bürgerrecht verzichten kann, werden durch die Bundesgesetzgebung geordnet.

Art. 44.

Jeder Schweizer hat das Recht, sich innerhalb des schweizerischen Gebietes an jedem Orte niederzulassen, wenn er einen Heimatschein oder eine andere gleichbedeutende Ausweisschrift besitzt.

Ausnahmsweise kann die Niederlassung verweigert oder entzogen werden:

1) Denjenigen, welche in Folge eines strafgerichtlichen Urtheils nicht im Besitze der bürgerlichen Rechte und Ehren sind.

2) Denjenigen, welche dauernd der öffentlichen Wohlthätigkeit zur Last fallen und deren Heimatgemeinde, beziehungsweise Heimatkanton eine angemessene Unterstützung trotz amtlicher Aufforderung nicht gewährt.

Der Niedergelassene darf von Seiten des die Niederlassung gestattenden Kantons mit keiner Bürgschaft und mit keinen andern, besondern Lasten behufs der Niederlassung belegt werden. Ebenso darf die Gemeinde, in welcher er seinen Wohnsitz nimmt, ihn nicht anders besteuern als den Ortsbürger.

Ein Bundesgesetz wird das Maximum der für die Niederlassungsbewilligung zu entrichtenden Kanzleigebühr bestimmen.

Art. 45.

In Beziehung auf die civilrechtlichen Verhältnisse stehen die Niedergelassenen in der Regel unter dem Rechte und der Gesetzgebung des Wohnsitzes.

Die Bundesgesetzgebung wird über die Anwendung dieses Grundsatzes, sowie gegen Doppelbesteuerung die erforderlichen Bestimmungen treffen.

Art. 43.

Art. 46.

Ein Bundesgesetz wird den Unterschied zwischen Niederlassung und Aufenthalt bestimmen und dabei gleichzeitig über die politischen und bürgerlichen Rechte der Aufenthalter die nähern Vorschriften aufstellen.

Art. 47.

Ein Bundesgesetz wird über die Kosten der Verpflegung und Beerdigung armer Angehöriger eines Kantons, welche in einem andern Kanton krank werden und sterben, die nöthigen Bestimmungen treffen.

Art. 48.

Die Glaubens- und Gewissensfreiheit ist unverletzlich.

Niemand darf in der Ausübung der bürgerlichen oder politischen Rechte um der Glaubensansichten willen beschränkt oder zur Vornahme einer religiösen Handlung angehalten oder wegen Unterlassung einer solchen mit Strafen belegt werden.

Niemand ist gehalten, Steuern zu bezahlen, welche speziell für eigentliche Kultuszwecke einer Konfession oder Religionsgenossenschaft, der er nicht angehört, aufgelegt werden.

Die Glaubensansichten entbinden nicht von der Erfüllung der bürgerlichen Pflichten.

Art. 49.

Die freie Ausübung der gottesdienstlichen Handlungen ist innerhalb der Schranken der Sittlichkeit und öffentlichen Ordnung gewährleistet.

Den Kantonen sowie dem Bunde bleibt vorbehalten, für Handhabung der öffentlichen Ordnung und des Friedens unter den Konfessionen, sowie gegen Eingriffe kirchlicher Behörden in die Rechte der Bürger und des Staates die geeigneten Maßnahmen zu treffen.

Art. 50.

Das Recht zur Ehe steht unter dem Schutze des Bundes.

Dieselbe darf nicht aus kirchlichen oder ökonomischen Rücksichten oder wegen bisherigen Verhaltens oder aus andern polizeilichen Gründen beschränkt werden.

So lange nicht die Bundesgesetzgebung (Art. 55) über die Erfordernisse zur Eingehung der Ehe besondere Vorschriften aufgestellt hat, soll die in einem Kantone oder im Auslande nach der dort geltenden Gesetzgebung abgeschlossene Ehe im Gebiete der Eidgenossenschaft als Ehe anerkannt werden.

Durch den Abschluß der Ehe erwirbt die Frau das Heimatrecht des Mannes.

Durch die nachfolgende Ehe der Eltern werden vorehelich geborne Kinder derselben legitimirt.

Jede Erhebung von Brauteinzugsgebühren oder andern ähnlichen Abgaben ist unzulässig.

Art. 44.

Die freie Ausübung des Gottesdienstes ist den anerkannten christlichen Konfessionen im ganzen Umfange der Eidgenossenschaft gewährleistet.

Den Kantonen sowie dem Bunde bleibt vorbehalten, für Handhabung der öffentlichen Ordnung und des Friedens unter den Konfessionen die geeigneten Maßnahmen zu treffen.

Sezige Bundesverfassung.

Art. 45.

Die Pressfreiheit ist gewährleistet.

Ueber den Mißbrauch derselben trifft die Kantonalgesetzgebung die erforderlichen Bestimmungen, welche jedoch der Genehmigung des Bundesrathes bedürfen.

Dem Bunde steht das Recht zu, Strafbestimmungen gegen den Mißbrauch der Presse zu erlassen, der gegen die Eidgenossenschaft und ihre Behörden gerichtet ist.

Art. 46.

Die Bürger haben das Recht, Vereine zu bilden, sofern solche weder in ihrem Zweck, noch in den dafür bestimmten Mitteln rechtswidrig oder staatsgefährlich sind. Ueber den Mißbrauch dieses Rechtes trifft die Kantonalgesetzgebung die erforderlichen Bestimmungen.

Art. 47.

Das Petitionsrecht ist gewährleistet.

Art. 48.

Sämmtliche Kantone sind verpflichtet, alle Schweizerbürger in der Gesetzgebung sowohl als im gerichtlichen Verfahren den Bürgern des eigenen Kantons gleich zu halten.

Art. 49.

Die rechtskräftigen Civilurtheile, die in einem Kanton gefällt sind, sollen in der ganzen Schweiz vollzogen werden können.

Art. 50.

Der aufrechtstehende schweizerische Schuldner, welcher einen festen Wohnsitz hat, muß für persönliche Ansprachen vor dem Richter seines Wohnortes gesucht, und es darf daher für Forderungen auf das Vermögen eines solchen außer dem Kanton, in welchem er wohnt, kein Arrest gelegt werden.

Art. 51.

Alle Abzugsrechte im Innern der Schweiz, sowie die Zugrechte von Bürgern des einen Kantons gegen Bürger anderer Kantone sind abgeschafft.

Revidirte Bundesverfassung.

Art. 51.

Gleich alt Art. 45.

Art. 52.

Gleich alt Art. 46.

Art. 53.

Gleich alt Art. 47.

Art. 54.

Gleich alt Art. 48.

Art. 55.

Die Gesetzgebung über das Civilrecht, mit Inbegriff des Verfahrens, ist Bundessache; jedoch bleibt, bis zum Erlass bezüglicher Bundesgesetze, das Gesetzgebungsrecht der Kantone vorbehalten.

Der Bund ist überdies befugt, seine Gesetzgebung auch auf das Strafrecht und den Prozeß auszudehnen. Dabei kann jedoch das Institut der Schwurgerichte (Jury) in denjenigen Kantonen, in welchen dasselbe bereits besteht, durch die Bundesgesetzgebung nicht abgeschafft werden.

Die Rechtsprechung selbst verbleibt den Kantonen, mit Vorbehalt der dem Bundesgerichte eingeräumten Kompetenzen.

Art. 56.

Gleich alt Art. 49.

Art. 57.

Gleich alt Art. 50, mit folgendem Zusatz:

Der Schuldverhaft ist abgeschafft.

Art. 58.

Gleich alt Art. 51.

Art. 52.

Gegen die auswärtigen Staaten besteht Freizügigkeit, unter Vorbehalt des Gegenrechtes.

Art. 53.

Niemand darf seinem verfassungsmässigen Gerichtsstand entzogen, und es dürfen daher keine Ausnahmsgerichte eingeführt werden.

Art. 54.

Wegen politischer Vergehen darf kein Todesurtheil gefällt werden.

Art. 55.

Ein Bundesgesetz wird über die Auslieferung der Angeklagten von einem Kanton an den andern Bestimmungen treffen; die Auslieferung kann jedoch für politische Vergehen und für Preßvergehen nicht verbindlich gemacht werden.

Art. 56.

Die Ausmittlung von Bürgerrechten für Heimatlose und die Massregeln zur Verhinderung der Entstehung neuer Heimatlosen sind Gegenstand der Bundesgesetzgebung.

Art. 57.

Dem Bunde steht das Recht zu, Fremde, welche die innere oder äussere Sicherheit der Eidgenossenschaft gefährden, aus dem schweizerischen Gebiete wegzuweisen.

Art. 58.

Der Orden der Jesuiten und die ihm affiliirten Gesellschaften dürfen in keinem Theile der Schweiz Aufnahme finden.

Art. 59.

Die Bundesbehörden sind befugt, bei gemeingefährlichen Seuchen gesundheitspolizeiliche Verfügungen zu erlassen.

Zweiter Abschnitt.

Bundesbehörden.

I. Bundesversammlung.

Art. 60.

Die oberste Gewalt des Bundes wird durch die Bundesversammlung ausgeübt, welche aus zwei Abtheilungen besteht:

- A. aus dem Nationalrath,
- B. aus dem Ständerath.

Art. 59.

Gleich alt Art. 52.

Art. 60.

Niemand darf seinem verfassungsmässigen Gerichtsstand entzogen, und es dürfen daher keine Ausnahmsgerichte eingeführt werden.

Auch kann Niemand angehalten werden, sich in Eheangelegenheiten einer geistlichen Gerichtsbarkeit zu unterziehen.

Art. 61.

Die Todesstrafe ist abgeschafft.

Die Bestimmungen des Militärstrafgesetzes bleiben jedoch vorbehalten.

Körperliche Strafen sind untersagt.

Art. 62.

Gleich alt Art. 55.

Art. 63.

Gleich alt Art. 56.

Art. 64.

Gleich alt Art. 57.

Art. 65.

Der Orden der Jesuiten und die ihm affiliirten Gesellschaften dürfen in keinem Theile der Schweiz Aufnahme finden, und es ist ihren Gliedern jede Wirksamkeit in Kirche und Schule untersagt.

Art. 66.

Dem Bunde steht die Gesetzgebung über die gegen gemeingefährliche Epidemien und Viehseuchen zu treffenden gesundheitspolizeilichen Verfügungen zu.

Zweiter Abschnitt.

Bundesbehörden.

I. Bundesversammlung.

Art. 67.

Unter Vorbehalt der Rechte des Volkes und der Kantone (Art. 85, 89, 118) wird die oberste Gewalt des Bundes durch die Bundesversammlung ausgeübt, welche aus zwei Abtheilungen besteht:

- A. aus dem Nationalrath,
- B. aus dem Ständerath.

Jetzige Bundesverfassung.

A. Nationalrath.

Art. 61.

Der Nationalrath wird aus Abgeordneten des schweizerischen Volkes gebildet. Auf je 20,000 Seelen der Gesamtbevölkerung wird ein Mitglied gewählt.

Eine Bruchzahl über 10,000 Seelen wird für 20,000 Seelen berechnet.

Jeder Kanton und bei getheilten Kantonen jeder der beiden Landestheile hat wenigstens ein Mitglied zu wählen.

Art. 62.

Die Wahlen für den Nationalrath sind direkte. Sie finden in eidgenössischen Wahlkreisen statt, welche jedoch nicht aus Theilen verschiedener Kantone gebildet werden können.

Art. 63.

Stimmbererechtigt ist jeder Schweizer, der das zwanzigste Altersjahr zurückgelegt hat und im Uebrigen nach der Gesetzgebung des Kantons, in welchem er seinen Wohnsitz hat, nicht vom Aktivbürgerrecht ausgeschlossen ist.

Art. 64.

Wahlfähig als Mitglied des Nationalrathes ist jeder stimmbererechtigte Schweizerbürger weltlichen Standes.

Naturalisirte Schweizerbürger müssen seit wenigstens fünf Jahren das erworbene Bürgerrecht besitzen, um wahlfähig zu sein.

Art. 65.

Der Nationalrath wird auf die Dauer von drei Jahren gewählt, und es findet jeweilen Gesammterneuerung statt.

Art. 66.

Die Mitglieder des Ständerathes, des Bundesrathes und von letzterem gewählte Beamte können nicht zugleich Mitglieder des Nationalrathes sein.

Art. 67.

Der Nationalrath wählt aus seiner Mitte für jede ordentliche oder außerordentliche Sitzung einen Präsidenten und Vizepräsidenten.

Dasjenige Mitglied, welches während einer ordentlichen Sitzung die Stelle eines Präsidenten bekleidete, ist für die nächstfolgende ordentliche Sitzung weder als Präsident noch als Vizepräsident wählbar. Das gleiche Mitglied kann nicht während zwei unmittelbar auf einander folgenden ordentlichen Sitzungen Vizepräsident sein.

Der Präsident hat bei gleichgetheilten Stimmen zu entscheiden; bei Wahlen übt er das Stimmrecht aus, wie jedes Mitglied.

Art. 68.

Die Mitglieder des Nationalrathes werden aus der Bundeskasse entschädigt.

Revidirte Bundesverfassung.

A. Nationalrath.

Art. 68.

Gleich alt Art. 61.

Art. 69.

Gleich alt Art. 62.

Art. 70.

Stimmbererechtigt bei Wahlen und Abstimmungen ist jeder Schweizer, der das 20. Altersjahr zurückgelegt hat und im Uebrigen nach der Gesetzgebung des Kantons, in welchem er seinen Wohnsitz hat, nicht vom Aktivbürgerrechte ausgeschlossen ist.

Es bleibt jedoch der Gesetzgebung des Bundes vorbehalten, über diese Stimmbererechtigung einheitliche Vorschriften aufzustellen.

Art. 71.

Wahlfähig als Mitglied des Nationalrathes ist jeder stimmbererechtigte Schweizerbürger.

Art. 72.

Gleich alt Art. 65.

Art. 73.

Gleich alt Art. 66.

Art. 74.

Gleich alt Art. 67.

Art. 75.

Gleich alt Art. 68.

B. Ständerath.

Art. 69.

Der Ständerath besteht aus 44 Abgeordneten der Kantone. Jeder Kanton wählt zwei Abgeordnete, in den getheilten Kantonen jeder Landestheil einen Abgeordneten.

Art. 70.

Die Mitglieder des Nationalrathes und des Bundesrathes können nicht zugleich Mitglieder des Ständerathes sein.

Art. 71.

Der Ständerath wählt für jede ordentliche oder außerordentliche Sitzung aus seiner Mitte einen Präsidenten und Vizepräsidenten.

Aus den Gesandten desjenigen Kantons, aus welchem für eine ordentliche Sitzung der Präsident gewählt worden ist, kann für die nächstfolgende ordentliche Sitzung weder der Präsident, noch der Vizepräsident gewählt werden.

Gesandte des gleichen Kantons können nicht während zwei unmittelbar auf einander folgenden ordentlichen Sitzungen die Stelle eines Vizepräsidenten bekleiden.

Der Präsident hat bei gleich getheilten Stimmen zu entscheiden; bei Wahlen übt er das Stimmrecht aus wie jedes Mitglied.

Art. 72.

Die Mitglieder des Ständerathes werden von den Kantonen entschädigt.

C. Befugnisse der Bundesversammlung.

Art. 73.

Der Nationalrath und der Ständerath haben alle Gegenstände zu behandeln, welche nach Inhalt der gegenwärtigen Verfassung in die Kompetenz des Bundes gehören und nicht einer andern Bundesbehörde zugeschrieben sind.

Art. 74.

Die Gegenstände, welche in den Geschäftskreis beider Rätthe fallen, sind insbesondere folgende:

- 1) Gesetze und Beschlüsse zur Ausführung der Bundesverfassung, wie namentlich Gesetze über Bildung der Wahlkreise, über Wahlart, über Organisation und Geschäftsgang der Bundesbehörden und Bildung der Schwurgerichte.
- 2) Besoldung und Entschädigung der Mitglieder der Bundesbehörden und der Bundeskanzlei; Errichtung bleibender Beamtungen und Bestimmung ihrer Gehalte.
- 3) Wahl des Bundesrathes, des Bundesgerichtes, des Kanzlers, des Generals, des Chefs des Stabes und eidgenössischer Repräsentanten.
- 4) Anerkennung auswärtiger Staaten und Regierungen.
- 5) Bündnisse und Verträge mit dem Auslande, sowie die Gutheißung von Verträgen der Kantone unter sich oder mit dem Auslande. Solche Verträge der Kantone gelangen jedoch nur dann an die Bundesversammlung, wenn vom Bundesrath oder einem andern Kanton Einsprache erhoben wird.

B. Ständerath.

Art. 76.

Gleich alt Art. 69.

Art. 77.

Gleich alt Art. 70.

Art. 78.

Gleich alt Art. 71.

Art. 79.

Gleich alt Art. 72.

C. Befugnisse der Bundesversammlung.

Art. 80.

Gleich alt Art. 73.

Art. 81.

Die Gegenstände, welche in den Geschäftskreis beider Rätthe fallen, sind insbesondere folgende:

- 1) Gesetze über die Organisation und die Wahlart der Bundesbehörden.
- 2) Gesetze und Beschlüsse über diejenigen Gegenstände, zu deren Regelung der Bund nach Maßgabe der Bundesverfassung befugt ist.
- 3) Besoldung und Entschädigung der Mitglieder der Bundesbehörden und der Bundeskanzlei; Errichtung bleibender Beamtungen und Bestimmung ihrer Gehalte.
- 4) Wahl des Bundesrathes, des Bundesgerichtes, des Kanzlers und seines Stellvertreters, sowie des Generals der eidgenössischen Armee.
- 5) Bündnisse und Verträge mit dem Auslande, sowie die Gutheißung von Verträgen der Kantone unter sich oder mit dem Auslande. Solche Verträge der Kantone gelangen jedoch nur dann an die Bundesversammlung, wenn vom Bundesrath oder einem andern Kanton Einsprache erhoben wird.

Teilige Bundesverfassung.

6) Maßregeln für die äußere Sicherheit, für Behauptung der Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz, Kriegserklärungen und Friedensschlüsse.

7) Garantie der Verfassungen und des Gebiets der Kantone; Intervention in Folge der Garantie; Maßregeln für die innere Sicherheit, für Handhabung von Ruhe und Ordnung; Amnestie und Begnadigung.

8) Maßregeln, welche die Handhabung der Bundesverfassung, die Garantie der Kantonalverfassungen, die Erfüllung der bundesmäßigen Verpflichtungen und den Schutz der durch den Bund gewährleisteten Rechte zum Zwecke haben.

9) Gesetzliche Bestimmungen über Organisation des eidgenössischen Militärwesens, über Unterricht der Truppen und über Leistungen der Kantone; Verfügungen über das Bundesheer.

10) Festsetzung der eidgenössischen Mannschafts- und Geldskala; gesetzliche Bestimmungen über Verwaltung und Verwendung der eidgenössischen Kriegsfonds; Erhebung direkter Beiträge der Kantone; Anleihen; Voranschlag und Rechnungen.

11) Gesetze und Beschlüsse über Zölle, Postwesen, Münzen, Maß und Gewicht, Fabrikation und Verkauf von Schießpulver, Waffen und Munition.

12) Errichtung öffentlicher Anstalten und Werke und hierauf bezügliche Expropriationen.

13) Gesetzliche Verfügungen über Niederlassungsverhältnisse, über Heimatlose, Fremdenpolizei und Sanitätswesen.

14) Die Obergeraufsicht über die eidgenössische Verwaltung und Rechtspflege.

15) Beschwerden von Kantonen oder Bürgern über Verfügungen des Bundesrates.

16) Streitigkeiten unter den Kantonen, welche staatsrechtlicher Natur sind.

17) Kompetenzstreitigkeiten insbesondere darüber:

a. ob ein Gegenstand in den Bereich des Bundes oder der Kantonsouveränität gehöre;

b. ob eine Frage in die Kompetenz des Bundesrates oder des Bundesgerichtes falle.

18) Revision der Bundesverfassung.

Art. 75.

Die beiden Räte versammeln sich jährlich ein Mal zur ordentlichen Sitzung an einem durch das Reglement festzusetzenden Tage.

Sie werden außerordentlich einberufen durch Beschluß des Bundesrates, oder wenn ein Viertel der Mitglieder des Nationalrates oder fünf Kantone es verlangen.

Art. 76.

Um gültig verhandeln zu können, ist die Anwesenheit der absoluten Mehrheit der Mitglieder des betreffenden Rates erforderlich.

Art. 77.

Im Nationalrat und Ständerat entscheidet die Mehrheit der Stimmenden.

Revidierte Bundesverfassung.

6) Maßregeln für die äußere Sicherheit, für Behauptung der Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz, Kriegserklärungen und Friedensschlüsse.

7) Garantie der Verfassungen und des Gebietes der Kantone; Intervention in Folge der Garantie; Maßregeln für die innere Sicherheit, für Handhabung von Ruhe und Ordnung; Amnestie und Begnadigung.

8) Maßregeln, welche die Handhabung der Bundesverfassung, die Garantie der Kantonalverfassungen, die Erfüllung der bundesmäßigen Verpflichtungen zum Zwecke haben.

9) Verfügungen über das Bundesheer.

10) Aufstellung des jährlichen Voranschlages und Abnahme der Staatsrechnung, sowie Beschlüsse über Aufnahme von Anleihen. Allgemeine Bestimmungen über Verwaltung des Staatsvermögens.

11) Die Obergeraufsicht über die eidgenössische Verwaltung und Rechtspflege.

12) Beschwerden gegen Entscheidungen des Bundesrates in den ihm nach Art. 110 zugewiesenen Administrativstreitigkeiten.

13) Kompetenzstreitigkeiten zwischen Bundesbehörden.

14) Revision der Bundesverfassung.

Art. 82.

Gleich alt Art. 75.

Art. 83.

Gleich alt Art. 76.

Art. 84.

Gleich alt Art. 77.

Art. 78.

Für Bundesgesetze und Bundesbeschlüsse ist die Zustimmung beider Räte erforderlich.

Art. 79.]

Die Mitglieder beider Räte stimmen ohne Instruktionen.

Art. 80.

Jeder Rath verhandelt abgesondert. Bei Wahlen (Art. 74, Nr. 3), bei Ausübung des Begnadigungsrechtes und für Entscheidung von Kompetenzstreitigkeiten vereinigen sich jedoch beide Räte unter der Leitung des Präsidenten des Nationalrathes zu einer gemeinschaftlichen Verhandlung, so daß die absolute Mehrheit der stimmenden Mitglieder beider Räte entscheidet.

Art. 81.

Jedem der beiden Räte und jedem Mitglied derselben steht das Vorschlagsrecht (die Initiative) zu.

Das gleiche Recht können die Kantone durch Korrespondenz ausüben.

Art. 82.

Die Sitzungen der beiden Räte sind in der Regel öffentlich.

Art. 85.

Für Bundesgesetze und Bundesbeschlüsse ist die Zustimmung beider Räte erforderlich.

Bundesgesetze, sowie Bundesbeschlüsse, die nicht dringlicher Natur sind, sollen überdies dem Volke zur Annahme oder Verwerfung vorgelegt werden, wenn es von 50,000 stimmberechtigten Schweizerbürgern oder von fünf Kantonen verlangt wird.

Art. 86.

Gleich alt Art. 79.

Art. 87.

Jeder Rath verhandelt abgesondert. Bei Wahlen (Art. 81, Ziffer 4), bei Ausübung des Begnadigungsrechtes und für Entscheidung von Kompetenzstreitigkeiten (Art. 81, Ziffer 13) vereinigen sich jedoch beide Räte unter der Leitung des Präsidenten des Nationalrathes zu einer gemeinschaftlichen Verhandlung, so daß die absolute Mehrheit der stimmenden Mitglieder beider Räte entscheidet.

Art. 88.

Gleich alt Art. 81.

Art. 89.

Wenn 50,000 stimmberechtigte Bürger oder fünf Kantone die Abänderung oder Aufhebung eines bestehenden Bundesgesetzes oder eines Bundesbeschlusses, oder über eine bestimmte Materie die Erlassung eines neuen Bundesgesetzes oder Bundesbeschlusses anbegehren, und diesem Begehren nicht vertragsrechtliche Verpflichtungen des Bundes entgegenstehen, so haben die beiden Räte, wenn sie dem Begehren zustimmen, den einschlägigen neuen Gesetz- oder Beschlußvorschlag zu vereinbaren und dem Volke zur Annahme oder Verwerfung vorzulegen.

Stimmen nicht beide Räte dem Begehren zu, so ist dasselbe der Abstimmung des Volkes zu unterstellen und wenn die Mehrheit der stimmenden Bürger dafür sich ausspricht, so haben die Räte einen entsprechenden Gesetz- oder Beschlußvorschlag aufzustellen und dem Volke zur Annahme oder Verwerfung vorzulegen.

Art. 90.

Die Bundesgesetzgebung wird bezüglich der Formen und Fristen der Volksbegehren und der Volksabstimmung das Erforderliche feststellen.

Art. 91.

Gleich alt Art. 82.

II. Bundesrath.**Art. 83.**

Die oberste vollziehende und leitende Behörde der Eidgenossenschaft ist ein Bundesrath, welcher aus sieben Mitgliedern besteht.

Art. 84.

Die Mitglieder des Bundesrathes werden von der Bundesversammlung aus allen Schweizerbürgern, welche als Mitglieder des Nationalrathes wählbar sind, auf die Dauer von drei Jahren ernannt. Es darf jedoch nicht mehr als ein Mitglied aus dem nämlichen Kanton gewählt werden.

Nach jeder Gesammterneuerung des Nationalrathes findet auch eine Gesammterneuerung des Bundesrathes statt.

Die in der Zwischenzeit ledig gewordenen Stellen werden bei der nächstfolgenden Sizung der Bundesversammlung für den Rest der Amtsdauer wieder besetzt.

Art. 85.

Die Mitglieder des Bundesrathes dürfen keine andere Beamtung, sei es im Dienste der Eidgenossenschaft, sei es in einem Kantone, bekleiden, noch irgend einen andern Beruf oder Gewerbe treiben.

Art. 86.

Den Vorsiz im Bundesrath führt der Bundespräsident, welcher, sowie auch der Vizepräsident, von den vereinigten Rätthen aus den Mitgliedern desselben für die Dauer eines Jahres gewählt wird.

Der abtretende Präsident ist für das nächstfolgende Jahr weder als Präsident, noch als Vizepräsident wählbar. Das gleiche Mitglied kann nicht während zwei unmittelbar auf einander folgenden Jahren die Stelle eines Vizepräsidenten bekleiden.

Art. 87.

Der Bundespräsident und die übrigen Mitglieder des Bundesrathes beziehen einen jährlichen Gehalt aus der Bundeskasse.

Art. 88.

Um gültig verhandeln zu können, müssen wenigstens vier Mitglieder des Bundesrathes anwesend sein.

Art. 89.

Die Mitglieder des Bundesrathes haben bei den Verhandlungen der beiden Abtheilungen der Bundesversammlung berathende Stimme und auch das Recht, über einen in Berathung liegenden Gegenstand Anträge zu stellen.

Art. 90.

Der Bundesrath hat inner den Schranken der gegenwärtigen Verfassung vorzüglich folgende Befugnisse und Obliegenheiten:

1) Er leitet die eidgenössischen Angelegenheiten, gemäß der Bundesgesetze und Bundesbeschlüsse.

2) Er hat für Beobachtung der Verfassung, der Gesetze und Beschlüsse des Bundes, sowie der Vorschriften eidgenössischer Konfödate zu wachen; er trifft zu Handhabung

II. Bundesrath.**Art. 92.**

Gleich alt Art. 83.

Art. 93.

Gleich alt Art. 84.

Art. 94.

Gleich alt Art. 85.

Art. 95.

Gleich alt Art. 86.

Art. 96.

Gleich alt Art. 87.

Art. 97.

Gleich alt Art. 88.

Art. 98.

Gleich alt Art. 89.

Art. 99.

Der Bundesrath hat inner den Schranken der gegenwärtigen Verfassung vorzüglich folgende Befugnisse und Obliegenheiten:

1) Er leitet die eidgenössischen Angelegenheiten, gemäß den Bundesgesetzen und Bundesbeschlüssen.

2) Er hat für Beobachtung der Verfassung, der Gesetze und Beschlüsse des Bundes, sowie der Vorschriften eidgenössischer Konfödate zu wachen; er trifft zur Handhabung

derselben von sich aus oder auf eingegangene Beschwerde die erforderlichen Verfügungen.

3) Er wacht für die Garantie der Kantonalverfassungen.

4) Er schlägt der Bundesversammlung Gesetze und Beschlüsse vor und begutachtet die Anträge, welche von den Räten des Bundes oder von den Kantonen an ihn gelangen.

5) Er vollzieht die Bundesgesetze und Bundesbeschlüsse, die Urtheile des Bundesgerichtes, sowie die Vergleiche oder schiedsrichterlichen Sprüche über Streitigkeiten zwischen Kantonen.

6) Er hat diejenigen Wahlen zu treffen, welche nicht durch die Verfassung der Bundesversammlung und dem Bundesgericht oder durch die Gesetzgebung einer andern untergeordneten Behörde übertragen werden.

Er ernennt Kommissarien für Sendungen im Innern oder nach Außen.

7) Er prüft die Verträge der Kantone unter sich oder mit dem Auslande und genehmigt dieselben, sofern sie zulässig sind. (Art. 74, Nr. 5.)

8) Er wahrt die Interessen der Eidgenossenschaft nach Außen, wie namentlich ihre völkerrechtlichen Beziehungen, und besorgt die auswärtigen Angelegenheiten überhaupt.

9) Er wacht für die äußere Sicherheit, für die Behauptung der Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz.

10) Er sorgt für die innere Sicherheit der Eidgenossenschaft, für Handhabung von Ruhe und Ordnung.

11) In Fällen von Dringlichkeit ist der Bundesrath befugt, sofern die Räte nicht versammelt sind, die erforderliche Truppenzahl aufzubieten und über solche zu verfügen, unter Vorbehalt unverzüglicher Einberufung der Bundesversammlung, sofern die aufgegebenen Truppen zweitausend Mann übersteigen oder das Aufgebot länger als drei Wochen dauert.

12) Er besorgt das eidgenössische Militärwesen und alle Zweige der Verwaltung, welche dem Bunde angehören.

13) Er prüft die Gesetze und Verordnungen der Kantone, welche seiner Genehmigung bedürfen; er überwacht diejenigen Zweige der Kantonalverwaltung, welche durch den Bund seiner Aufsicht unterstellt sind, wie das Militärwesen, Zölle, Straßen und Brücken.

14) Er sorgt für die Verwaltung der Finanzen des Bundes, für die Entwerfung des Voranschlags und die Stellung der Rechnungen über die Einnahmen und Ausgaben des Bundes.

15) Er hat die Aufsicht über die Geschäftsführung aller Beamten und Angestellten der eidgenössischen Verwaltung.

16) Er erstattet der Bundesversammlung jeweilen bei ihrer ordentlichen Sizung Rechenschaft über seine Verrichtungen, sowie Bericht über den Zustand der Eidgenossenschaft im Innern sowohl als nach Außen, und wird ihrer Aufmerksamkeit diejenigen Maßregeln empfehlen, welche er zur Beförderung gemeinsamer Wohlfahrt für dienlich erachtet.

Er hat auch besondere Berichte zu erstatten, wenn die Bundesversammlung oder eine Abtheilung derselben es verlangt.

Art. 91.

Die Geschäfte des Bundesrathes werden nach Departementen unter die einzelnen Mitglieder vertheilt. Diese Eintheilung hat aber einzig zum Zweck, die Prüfung und Besorgung der Geschäfte zu fördern; der jeweilige Entscheid geht von dem Bundesrathe als Behörde aus.

derselben von sich aus oder auf eingegangene Beschwerde, soweit die Beurtheilung solcher Rekurse nicht nach Art. 110 dem Bundesgerichte übertragen ist, die erforderlichen Verfügungen.

3) Er wacht für die Garantie der Kantonalverfassungen.

4) Er schlägt der Bundesversammlung Gesetze und Beschlüsse vor und begutachtet die Anträge, welche von den Räten des Bundes oder von den Kantonen an ihn gelangen.

5) Er vollzieht die Bundesgesetze und Bundesbeschlüsse, die Urtheile des Bundesgerichtes, sowie die Vergleiche oder schiedsrichterlichen Sprüche über Streitigkeiten zwischen Kantonen.

6) Er hat diejenigen Wahlen zu treffen, welche nicht durch die Verfassung der Bundesversammlung und dem Bundesgericht oder durch die Gesetzgebung einer andern Behörde übertragen werden.

7) Er prüft die Verträge der Kantone unter sich oder mit dem Auslande und genehmigt dieselben, sofern sie zulässig sind. (Art. 81, Ziffer 5.)

Ziffer 8 bis 16 gleich Ziffer 8 bis 16 in alt Art. 90.

Art. 100.

Gleich alt Art. 91.

Art. 92.

Der Bundesrath und seine Departemente sind befugt, für besondere Geschäfte Sachkundige beizuziehen.

III. Bundeskanzlei.

Art. 93.

Eine Bundeskanzlei, welcher ein Kanzler vorsteht, besorgt die Kanzleigeschäfte bei der Bundesversammlung und beim Bundesrath.

Der Kanzler wird von der Bundesversammlung auf die Dauer von drei Jahren jeweilen gleichzeitig mit dem Bundesrath gewählt.

Die Bundeskanzlei steht unter der besondern Aufsicht des Bundesrathes.

Die nähere Organisation der Bundeskanzlei bleibt der Bundesgesetzgebung vorbehalten.

IV. Bundesgericht.

Art. 94.

Zur Ausübung der Rechtspflege, soweit dieselbe in den Bereich des Bundes fällt, wird ein Bundesgericht aufgestellt.

Für Beurtheilung von Straffällen werden Schwurgerichte (Jury) gebildet.

Art. 95.

Das Bundesgericht besteht aus elf Mitgliedern nebst Ersatzmännern, deren Anzahl durch die Bundesgesetzgebung bestimmt wird.

Art. 96.

Die Mitglieder des Bundesgerichtes und die Ersatzmänner werden von der Bundesversammlung gewählt. Ihre Amtsdauer ist drei Jahre. Nach der Gesamterneuerung des Nationalrathes findet auch eine Gesamterneuerung des Bundesgerichtes statt.

Die in der Zwischenzeit ledig gewordenen Stellen werden bei der nächstfolgenden Sitzung der Bundesversammlung für den Rest der Amtsdauer wieder besetzt.

Art. 97.

In das Bundesgericht kann jeder Schweizerbürger ernannt werden, der in den Nationalrath wählbar ist.

Die Mitglieder des Bundesrathes und die von ihm gewählten Beamten können nicht zugleich Mitglieder des Bundesgerichtes sein.

Art. 98.

Der Präsident und der Vizepräsident des Bundesgerichtes werden von der Bundesversammlung aus den Mitgliedern desselben jeweilen auf ein Jahr gewählt.

Art. 101.

Gleich alt Art. 92.

III. Bundeskanzlei.

Art. 102.

Eine Bundeskanzlei, welcher ein Kanzler vorsteht, besorgt die Kanzleigeschäfte bei der Bundesversammlung und beim Bundesrath.

Der Kanzler und sein Stellvertreter werden von der Bundesversammlung auf die Dauer von drei Jahren jeweilen gleichzeitig mit dem Bundesrath gewählt.

Die Bundeskanzlei steht unter der besondern Aufsicht des Bundesrathes.

Die nähere Organisation der Bundeskanzlei bleibt der Bundesgesetzgebung vorbehalten.

IV. Organisation und Befugnisse des Bundesgerichts.

Art. 103.

Zur Ausübung der Rechtspflege, soweit dieselbe in den Bereich des Bundes fällt, wird ein Bundesgericht aufgestellt.

Für Beurtheilung von Straffällen (Art. 109) werden Schwurgerichte (Jury) gebildet.

Alt Art. 95 gestrichen.

Art. 104.

Die Mitglieder des Bundesgerichtes und die Ersatzmänner werden von der Bundesversammlung gewählt. Bei der Wahl derselben soll darauf Bedacht genommen werden, daß alle drei Nationalsprachen vertreten seien.

Das Gesetz bestimmt die Organisation des Bundesgerichtes und seiner Abtheilungen, die Zahl der Mitglieder und Ersatzmänner, deren Amtsdauer und Besoldung.

Art. 105.

In das Bundesgericht kann jeder Schweizerbürger ernannt werden, der in den Nationalrath wählbar ist.

Die Mitglieder der Bundesversammlung und des Bundesrathes und die von diesen Behörden gewählten Beamten können nicht gleichzeitig Mitglieder des Bundesgerichtes sein. Auf dem Wege der Bundesgesetzgebung können auch andere Beamten und Berufsarten als mit der Stelle eines Bundesrichters unvereinbar erklärt werden.

Alt Art. 98 gestrichen.

Art. 99.

Die Mitglieder des Bundesgerichtes werden aus der Bundeskasse durch Taggelder entschädigt.

Art. 100.

Das Bundesgericht bestellt keine Kanzlei.

Art. 101.

Das Bundesgericht urtheilt als Civilgericht:

1) über Streitigkeiten, welche nicht staatsrechtlicher Natur sind:

- a. zwischen Kantonen unter sich;
- b. zwischen dem Bund und einem Kanton;

2) über Streitigkeiten zwischen dem Bund einerseits und Korporationen oder Privaten andererseits, wenn diese Korporationen oder Privaten Kläger sind und der Streitgegenstand von einem beträchtlichen, durch die Bundesgesetzgebung zu bestimmenden Werthe ist;

3) über Streitigkeiten in Bezug auf Heimatlosigkeit.

In den unter Nr. 1, litt. a und b bezeichneten Fällen geschieht die Ueberweisung an das Bundesgericht durch den Bundesrath. Wenn dieser die Frage, ob ein Gegenstand vor das Bundesgericht gehöre, verneinend beantwortet, so entscheidet hierüber die Bundesversammlung.

Art. 102.

Das Bundesgericht ist verpflichtet, auch die Beurtheilung anderer Fälle zu übernehmen, wenn dasselbe von beiden Parteien angerufen wird und der Streitgegenstand von einem beträchtlichen, durch die Bundesgesetzgebung festzusetzenden Werthe ist. Dabei fallen jedoch die Kosten ausschließlich auf Rechnung der Parteien.

Art. 103.

Die Mitwirkung des Bundesgerichtes bei Beurtheilung von Straffällen wird durch die Bundesgesetzgebung bestimmt, welche über Verurteilung in Anklagezustand, über Bildung des Assisen- und Kassationsgerichts das Nähere festsetzen wird.

Art. 104.

Das Assisengericht, mit Zuziehung von Geschwornen, welche über die Thatfrage absprechen, urtheilt:

- a. in Fällen, wo von einer Bundesbehörde die von ihr ernannten Beamten zur strafrechtlichen Beurtheilung überwiesen werden;
- b. über Fälle von Hochverrath gegen die Eidgenossenschaft, von Aufruhr und Gewaltthat gegen die Bundesbehörden;
- c. über Verbrechen und Vergehen gegen das Völkerrecht;
- d. über politische Verbrechen und Vergehen, die Ursache oder Folge derjenigen Unruhen sind, durch welche eine bewaffnete eidgenössische Intervention veranlaßt worden ist.

Der Bundesversammlung steht das Recht zu, hinsichtlich solcher Verbrechen und Vergehen Amnestie oder Begnadigung auszusprechen.

Mit Art. 99 gestrichen.

Art. 106.

Das Bundesgericht bestellt keine Kanzlei.

Art. 107.

Das Bundesgericht beurtheilt zivilrechtliche Streitigkeiten:

- 1) zwischen dem Bunde und den Kantonen;
- 2) zwischen dem Bunde einerseits und Korporationen oder Privaten andererseits, wenn der Streitgegenstand eine durch die Bundesgesetzgebung zu bestimmende Bedeutung hat und wenn diese Korporationen oder Privaten Kläger sind;
- 3) zwischen den Kantonen unter sich;
- 4) zwischen den Kantonen einerseits und Korporationen oder Privaten andererseits, wenn der Streitgegenstand von einer durch die Bundesgesetzgebung zu bestimmenden Bedeutung ist und eine Partei es verlangt.

Das Bundesgericht urtheilt ferner über Anstände betreffend Heimatlosigkeit, sowie über Bürgerrechtsstreitigkeiten zwischen Gemeinden verschiedener Kantone.

Art. 108.

Das Bundesgericht ist verpflichtet, auch die Beurtheilung anderer Fälle zu übernehmen, wenn dasselbe von beiden Parteien angerufen wird und der Streitgegenstand von einer durch die Bundesgesetzgebung zu bestimmenden Bedeutung ist.

Art. 103 alt fällt weg.

Art. 109.

Das Bundesgericht urtheilt mit Zuziehung von Geschwornen, welche über die Thatfrage absprechen, in Straffällen:

- 1) Ueber Hochverrath gegen die Eidgenossenschaft, Aufruhr und Gewaltthat gegen die Bundesbehörden;
- 2) über Verbrechen und Vergehen gegen das Völkerrecht;
- 3) über politische Verbrechen und Vergehen, die Ursache oder Folge derjenigen Unruhen sind, durch welche eine bewaffnete eidgenössische Intervention veranlaßt wird, und
- 4) in Fällen, wo von einer Bundesbehörde die von ihr ernannten Beamten zur strafrechtlichen Beurtheilung überwiesen werden.

Heutige Bundesverfassung.

Art. 105.

Das Bundesgericht urtheilt im Fernern über Verletzung der durch die Bundesverfassung garantirten Rechte, wenn hierauf bezügliche Klagen von der Bundesversammlung an dasselbe gewiesen werden.

Art. 106.

Es bleibt der Bundesgesetzgebung überlassen, außer den in den Art. 101, 104 und 105 bezeichneten Gegenständen auch noch andere Fälle in die Kompetenz des Bundesgerichtes zu legen.

Art. 107.

Die Bundesgesetzgebung wird das Nähere bestimmen:

- a. über Aufstellung eines Staatsanwaltes;
- b. über die Verbrechen und Vergehen, welche in die Kompetenz des Bundesgerichtes fallen, und über die Strafgesetze, welche anzuwenden sind;
- c. über das Verfahren, welches mündlich und öffentlich sein soll;
- d. über die Gerichtskosten.

V. Verschiedene Bestimmungen.

Art. 108.

Alles, was sich auf den Sitz der Bundesbehörden bezieht, ist Gegenstand der Bundesgesetzgebung.

Art. 109.

Die drei Hauptsprachen der Schweiz, die deutsche, französische und italienische, sind Nationalsprachen des Bundes.

Art. 110.

Die Beamten der Eidgenossenschaft sind für ihre Geschäftsführung verantwortlich. Ein Bundesgesetz wird diese Verantwortlichkeit näher bestimmen.

Revidirte Bundesverfassung.

Art. 110.

Das Bundesgericht urtheilt ferner:

- über Kompetenzkonflikte zwischen Bundesbehörden einerseits und Kantonalbehörden andererseits;
- über Streitigkeiten staatsrechtlicher Natur zwischen Kantonen;
- über Beschwerden betreffend Verletzung verfassungsmäßiger Rechte der Bürger, sowie über solche von Privaten wegen Verletzung von Konfordaten und Staatsverträgen.

Vorbehalten sind die durch die Bundesgesetzgebung näher festzustellenden Administrativstreitigkeiten.

In allen diesen Fällen sind jedoch die von der Bundesversammlung erlassenen Gesetze und allgemein verbindlichen Beschlüsse, sowie die von ihr genehmigten Staatsverträge für das Bundesgericht maßgebend.

Art. 111.

Es bleibt der Bundesgesetzgebung überlassen, außer den in den Art. 107, 109 und 110 bezeichneten Gegenständen auch noch andere Fälle in die Kompetenz des Bundesgerichtes zu legen, insbesondere die Befugnisse festzustellen, welche ihm nach Erlassung der in Art. 55 vorgesehenen eidgenössischen Gesetze behufs einheitlicher Anwendung derselben zu übertragen sind.

Alt Art. 107 fällt weg.

V. Verschiedene Bestimmungen.

Art. 112.

Gleich alt Art. 108.

Art. 113.

Gleich alt Art. 109.

Art. 114.

Gleich alt Art. 110.

Dritter Abschnitt.

Revision der Bundesverfassung.

Art. 111.

Die Bundesverfassung kann jederzeit revidirt werden.

Art. 112.

Die Revision geschieht auf dem Wege der Bundesgesetzgebung.

Art. 113.

Wenn eine Abtheilung der Bundesversammlung die Revision beschließt und die andere nicht zustimmt, oder wenn fünfzigtausend stimmberechtigte Schweizerbürger die Revision der Bundesverfassung verlangen, so muß im einen wie im andern Falle die Frage, ob eine Revision stattfinden soll oder nicht, dem schweizerischen Volke zur Abstimmung vorgelegt werden.

Sofern in einem dieser Fälle die Mehrheit der stimmenden Schweizerbürger über die Frage sich bejahend ausspricht, so sind beide Räte neu zu wählen, um die Revision zur Hand zu nehmen.

Art. 114.

Die revidirte Bundesverfassung tritt in Kraft, wenn sie von der Mehrheit der stimmenden Schweizerbürger und von der Mehrheit der Kantone angenommen ist.

Uebergangsbestimmungen.

Art. 1.

Ueber die Annahme gegenwärtiger Bundesverfassung haben sich die Kantone auf die durch die Kantonalverfassungen vorgeschriebene, oder — wo die Verfassung hierüber keine Bestimmung enthält — auf die durch die oberste Behörde des betreffenden Kantons festzusetzende Weise auszusprechen.

Art. 2.

Die Ergebnisse der Abstimmung sind dem Vororte zu Handen der Tagsatzung mitzutheilen, welche entscheidet, ob die neue Bundesverfassung angenommen sei.

Dritter Abschnitt.

Revision der Bundesverfassung.

Art. 115.

Gleich alt Art. 111.

Art. 116.

Gleich alt Art. 112.

Art. 117.

Gleich alt Art. 113.

Art. 118.

Die revidirte Bundesverfassung tritt in Kraft, wenn sie von der Mehrheit der an der Abstimmung theilnehmenden Bürger und von der Mehrheit der Kantone angenommen ist.

Bei Ausmittlung der Mehrheit der Kantone wird die Stimme eines Halbkantons als halbe Stimme gezählt.

Das Ergebnis der Volksabstimmung in jedem Kanton gilt als Standesstimme desselben.

Uebergangsbestimmungen.

Art. 1.

In Betreff der Verwendung der Zoll- und Poststeinnahmen bleiben die bisherigen Verhältnisse unverändert, bis der Uebergang der bis jetzt von den Kantonen getragenen Militärlasten auf den Bund vollzogen sein wird.

Außerdem ist auf dem Wege der Bundesgesetzgebung zu bewirken, daß denjenigen Kantonen, für welche die durch die Artikel 20, 28 und 34, zweites Alinea, herbeigeführten Veränderungen im Gesamtergebnisse eine fiskalische Einbuße zur Folge haben, diese Einbuße nicht auf einmal in ihrem vollen Umfange, sondern nur allmählig während einer Uebergangsperiode von einigen Jahren erwachse.

Art. 2.

Diejenigen Bestimmungen der eidgenössischen Gesetzgebung, der Konfödate, der kantonalen Verfassungen und Gesetze, welche mit der neuen Bundesverfassung im Widerspruch stehen, treten mit Annahme derselben außer Kraft.

Jetzige Bundesverfassung.

Art. 3.

Wenn die Tagsatzung die Bundesverfassung als angenommen erklärt hat, so trifft sie unmittelbar zur Einführung derselben die erforderlichen Bestimmungen.

Die Einrichtungen des eidgenössischen Kriegsrathes und des Verwaltungsrathes für die eidgenössischen Kriegsfonds gehen auf den Bundesrath über.

Art. 4.

Die im Eingange und in litt. c des Art. 6 der gegenwärtigen Bundesverfassung enthaltenen Bestimmungen finden auf die schon in Kraft bestehenden Verfassungen der Kantone keine Anwendung.

Diejenigen Vorschriften der Kantonalverfassungen, welche mit den übrigen Bestimmungen der Bundesverfassung im Widerspruche stehen, sind vom Tage an, mit welchem diese letztere als angenommen erklärt wird, aufgehoben.

Art. 5.

Der Bezug der schweizerischen Grenzgebühren dauert so lange fort, bis die Tarife der neu einzuführenden Grenzzölle ihre Vollziehung finden.

Art. 6.

Die Beschlüsse der Tagsatzung und die Konkordate bleiben bis zu ihrer Aufhebung oder Abänderung in Kraft, so weit sie nicht dieser Bundesverfassung widersprechen.

Dagegen verlieren diejenigen Konkordate ihre Gültigkeit, deren Inhalt als Gegenstand der Bundesgesetzgebung erklärt wurde, und zwar von der Zeit an, in welcher die letztere ins Leben tritt.

Art. 7.

Sobald die Bundesversammlung und der Bundesrath konstituiert sein werden, tritt der Bundesvertrag vom 7. August 1815 außer Kraft.

Revidirte Bundesverfassung.

Art. 3.

Bis zur Aufstellung des Organisationsgesetzes für das Bundesgericht wird die jetzige Zahl der Mitglieder dieser Behörde beibehalten.

Art. 4.

Den Kantonen wird zur Einführung der Unentgeltlichkeit des öffentlichen Primarunterrichts (Art. 25) eine Frist von fünf Jahren eingeräumt.

Art. 5.

Personen, welche den wissenschaftlichen Berufsarten angehören, und welche bis zum Erlasse der in Art. 30 vorgesehenen Bundesgesetzgebung von einem Kantone oder von einer mehrere Kantone repräsentirenden Konkordatsbehörde den Ausweis der Befähigung erlangt haben, sind befugt, ihren Beruf in der ganzen Eidgenossenschaft auszuüben.

Alte Uebergangsbestimmungen 4, 5, 6 und 7 fallen weg (wie auch 1, 2, 3).

Art. 2. Der Bundesrath hat für beförderliche und geeignete Bekanntmachung des vorstehenden Entwurfes einer neuen Bundesverfassung zu sorgen.

Art. 3. Die neue Bundesverfassung ist als angenommen zu betrachten, wenn die Mehrheit der stimmenden Schweizerbürger und zugleich die Mehrheit der Kantone sich dafür ausspricht.

Bei Ausmittlung der Mehrheit der Kantone wird die Stimme eines Halbkantons als halbe Stimme gezählt.

Art. 4. Die Stimmgebung des schweizerischen Volkes erfolgt auf dem ganzen Gebiete der Eidgenossenschaft an einem und demselben Tage. Dieser Tag wird durch den Bundesrath festgesetzt.

Es darf jedoch die Abstimmung nicht früher als 4 Wochen nach geschener Bekanntmachung der vorgeschlagenen Abänderungen der Bundesverfassung stattfinden.

Art. 5. Zur Theilnahme an dieser Abstimmung ist jeder Schweizerbürger berechtigt, welcher bei den Wahlen in den schweizerischen Nationalrath stimmfähig ist.

Es ist jedoch den Kantonen gestattet, mit Bezug auf das für die Stimmberechtigung erforderliche Alter die Vorschriften ihrer kantonalen Gesetzgebung zur Anwendung zu bringen, sofern nach denselben das Stimmrecht schon vor zurückgelegtem zwanzigsten Altersjahre beginnt.

Art. 6. Jeder Kanton ordnet die Abstimmung auf seinem Gebiete an. Dieselbe ist gemeinde- oder kreisweise vorzunehmen. Den Kantonen bleibt es überlassen, zu bestimmen, ob die Abstimmung offen oder geheim erfolgen soll. Im Uebrigen finden auf dieselbe die in jedem Kanton für Abstimmungen in Verfassungsangelegenheiten bestehenden Vorschriften Anwendung.

Art. 7. Ueber die Abstimmung ist in jeder Gemeinde, beziehungsweise in jedem Kreise, ein Protokoll aufzunehmen, in welchem genau anzugeben ist, wie viele Stimmen den Entwurf der neuen Bundesverfassung angenommen und wie viele ihn verworfen haben.

Art. 8. Die Kantone als solche geben ihre Stimme durch die nach ihrer Verfassung hiezu befugten Organe ab. Jedoch bleibt es den kantonalen Oberbehörden unbenommen, einfach das Ergebniß der eidgenössischen Abstimmung im Kanton (Art. 4 bis 7 hievon) als Votum desselben zu erklären.

Art. 9. Die Kantone haben ihre Stimme spätestens 14 Tage nach der Volksabstimmung abzugeben.

Art. 10. Die Kantonsregierungen haben die Stimmgebung ihres Kantons, sowie die Protokolle über die eidgenössische Abstimmung, dem Bundesrathe zuhanden der Bundesversammlung zu übersenden. Die Stimmkarten sind zur Verfügung der letztern zu halten.

Die Bundesversammlung wird auf Grundlage derselben das Ergebniß der Abstimmungen erwahren und falls sich dabei ergibt, daß der Entwurf angenommen worden ist, die demgemäß revidirte Bundesverfassung in Kraft erklären.

Art. 11. Der Bundesrath wird mit der Vollziehung dieses Gesetzes beauftragt.

Also beschlossen vom Nationalrathe,

Bern, den 5. März 1872.

Der Präsident:

M. Brunner.

Der Protokollführer:

Schick.

Also beschlossen vom Ständerathe,

Bern, den 5. März 1872.

Der Präsident:

M. Keller.

Der Protokollführer:

J. L. Bütscher.

Loi fédérale

concernant

la révision de la Constitution fédérale du 12 Septembre 1848.

Du 5 Mars 1872.

Loi fédérale

1871

La révision de la Constitution fédérale du 12 septembre 1871.

De 5 Mars 1872.

Loi fédérale

concernant

la révision de la Constitution fédérale du 12 Septembre 1848.

(Du 5 Mars 1872.)

L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse,

vu les articles 111, 112 et 114, ainsi que l'article 74, chiffre 1^{er} de la Constitution fédérale,

arrête :

Article 1^{er}. La Constitution fédérale sera soumise dans la rédaction suivante à la votation du peuple suisse et des cantons :

Constitution fédérale actuelle.

Au nom de Dieu tout puissant!

La Confédération suisse,

Voulant affermir l'alliance des Confédérés, maintenir et accroître l'unité, la force et l'honneur de la Nation suisse, a adopté la Constitution fédérale suivante:

CONSTITUTION FÉDÉRALE

DE LA

CONFÉDÉRATION SUISSE.

Chapitre premier.

Dispositions générales.

Article premier.

Les peuples des vingt-deux Cantons souverains de la Suisse, unis par la présente alliance, savoir: *Zurich, Berne, Lucerne, Uri, Schwyz, Unterwalden (le Haut et le Bas), Glaris, Zoug, Fribourg, Soleure, Bâle (Ville et Campagne), Schaffhouse, Appenzell (les deux Rhodes), St. Gall, Grisons, Argovie, Thurgovie, Tessin, Vaud, Valais, Neuchâtel et Genève*, forment dans leur ensemble la CONFÉDÉRATION SUISSE.

Constitution révisée.

Sans changement.

Article premier.

Sans changement.

Constitution fédérale actuelle.

Article 2.

La Confédération a pour but d'assurer l'indépendance de la patrie contre l'étranger, de maintenir la tranquillité et l'ordre à l'intérieur, de protéger la liberté et les droits des confédérés et d'accroître leur prospérité commune.

Article 3.

Les Cantons sont souverains en tant que leur souveraineté n'est pas limitée par la Constitution fédérale, et, comme tels, ils exercent tous les droits qui ne sont pas délégués au pouvoir fédéral.

Article 4.

Tous les Suisses sont égaux devant la loi. Il n'y a en Suisse ni sujets, ni privilèges de lieux, de naissance, de personnes ou de familles.

Article 5.

La Confédération garantit aux Cantons leur territoire, leur souveraineté dans les limites fixées par l'article 3, leurs Constitutions, la liberté et les droits du peuple, les droits constitutionnels des citoyens, ainsi que les droits et les attributions que le peuple a conférés aux autorités.

Article 6.

A cet effet, les Cantons sont tenus de demander à la Confédération la garantie de leurs Constitutions.

Cette garantie est accordée, pourvu :

- a. Que ces Constitutions ne renferment rien de contraire aux dispositions de la Constitution fédérale;
- b. Qu'elles assurent l'exercice des droits politiques d'après des formes républicaines, — représentatives ou démocratiques;
- c. Qu'elles aient été acceptées par le peuple et qu'elles puissent être révisées lorsque la majorité absolue des citoyens le demande.

Article 7.

Toute alliance particulière et tout traité d'une nature politique entre Cantons sont interdits.

En revanche, les Cantons ont le droit de conclure entr'eux des conventions sur des objets de législation, d'administration ou de justice; toutefois, ils doivent les porter à la connaissance de l'autorité fédérale, laquelle, si ces conventions renferment quelque chose de contraire à la Confédération ou aux droits des autres Cantons, est autorisée à en empêcher l'exécution. Dans le cas contraire, les Cantons contractants sont autorisés à réclamer pour l'exécution la coopération des autorités fédérales.

Article 8.

La Confédération a seule le droit de déclarer la guerre et de conclure la paix, ainsi que de faire avec les Etats étrangers des alliances et des traités, notamment des traités de péage (douanes) et de commerce.

Article 9.

Toutefois, les Cantons conservent le droit de conclure avec les Etats étrangers des traités sur des objets concernant l'économie publique, les rapports de voisinage et de police; néanmoins ces traités ne doivent rien contenir de contraire à la Confédération ou aux droits d'autres Cantons.

Constitution révisée.

Article 2.

Sans changement.

Article 3.

Sans changement.

Article 4.

Sans changement.

Article 5.

Sans changement.

Article 6.

Sans changement.

Article 7.

Sans changement.

Article 8.

Sans changement.

Article 9.

Sans changement.

Constitution fédérale actuelle.

Article 10.

Les rapports officiels entre les Cantons et les Gouvernements étrangers ou leurs représentants ont lieu par l'intermédiaire du Conseil fédéral.

Toutefois les Cantons peuvent correspondre directement avec les autorités inférieures et les employés d'un Etat étranger, lorsqu'il s'agit des objets mentionnés à l'article précédent.

Article 11.

Il ne peut être conclu de capitulations militaires.

Article 12.

Les membres des autorités fédérales, les fonctionnaires civils et militaires de la Confédération, et les représentants ou les commissaires fédéraux ne peuvent recevoir d'un Gouvernement étranger ni pensions ou traitements, ni titres, présents ou décorations.

S'ils sont déjà en possession de pensions, de titres ou de décorations, ils devront renoncer à jouir de leurs pensions et à porter leurs titres et leurs décorations pendant la durée de leurs fonctions.

Toutefois les employés inférieurs peuvent être autorisés par le Conseil fédéral à recevoir leurs pensions.

Article 13.

La Confédération n'a pas le droit d'entretenir des troupes permanentes.

Nul Canton ou demi-Canton ne peut avoir plus de 300 hommes de troupes permanentes, sans l'autorisation du pouvoir fédéral; la gendarmerie n'est pas comprise dans ce nombre.

Article 14.

Des différends venant à s'élever entre Cantons, les Etats s'abstiendront de toute voie de fait et de tout armement. Ils se soumettront à la décision qui sera prise sur ces différends conformément aux prescriptions fédérales.

Article 15.

Dans le cas d'un danger subit provenant du dehors, le Gouvernement du Canton menacé doit requérir le secours des Etats confédérés et en aviser immédiatement l'autorité fédérale, le tout sans préjudice des dispositions qu'elle pourra prendre. Les Cantons requis sont tenus de prêter secours. Ces frais sont supportés par la Confédération.

Article 16.

En cas de troubles à l'intérieur, ou lorsque le danger provient d'un autre Canton, le Gouvernement du Canton menacé doit en aviser immédiatement le Conseil fédéral, afin qu'il puisse prendre les mesures nécessaires dans les limites de sa compétence (article 90, N^{os} 3, 10 et 11) ou convoquer l'Assemblée fédérale. Lorsqu'il y a urgence, le Gouvernement est autorisé, en avertissant immédiatement le Conseil fédéral, à requérir le secours d'autres Etats confédérés, qui sont tenus de le prêter.

Constitution révisée.

Article 10.

Sans changement.

Article 11.

Sans changement.

Article 12.

Les trois alinéas sont adoptés sans changement, et les deux suivants y sont ajoutés:

On ne peut, dans l'armée fédérale, porter ni décoration ni titre accordés par un gouvernement étranger.

Il est interdit à tout officier, sous-officier ou soldat d'accepter des distinctions de ce genre.

Article 13.

Sans changement.

Article 14.

Sans changement.

Article 15.

Sans changement.

Article 16.

Sans changement.

(Art. 99, chiffres 3, 10 et 11.)

Lorsque le Gouvernement est hors d'état d'invoquer le secours, l'autorité fédérale compétente peut intervenir sans réquisition; elle est tenue d'intervenir lorsque les troubles compromettent la sûreté de la Suisse.

En cas d'intervention, les autorités fédérales veillent à l'observation des dispositions prescrites à l'article 5.

Les frais sont supportés par le Canton qui a requis l'assistance ou occasionné l'intervention, à moins que l'Assemblée fédérale n'en décide autrement, en considération de circonstances particulières.

Article 17.

Dans les cas mentionnés aux deux articles précédents, chaque Canton est tenu d'accorder libre passage aux troupes. Celles-ci sont immédiatement placées sous le commandement fédéral.

Article 18.

Tout Suisse est tenu au service militaire.

Article 19.

L'armée fédérale, formée des contingents des Cantons, se compose:

- a. de l'élite, pour laquelle chaque Canton fournit trois hommes sur 100 âmes de population suisse;
- b. de la réserve, qui est de la moitié de l'élite.

Lorsqu'il y a danger, la Confédération peut aussi disposer de la seconde réserve (*Landwehr*), qui se compose des autres forces militaires des Cantons.

L'échelle des contingents, fixant le nombre d'hommes que doit fournir chaque Canton, sera soumise à une révision tous les vingt ans.

Article 20.

Afin d'introduire dans l'armée fédérale l'uniformité et l'aptitude nécessaires, on arrête les bases suivantes:

1. Une loi fédérale détermine l'organisation générale de l'armée.

2. La Confédération se charge:

- a. de l'instruction des corps du génie, de l'artillerie et de la cavalerie; toutefois les Cantons chargés de ces armes fournissent les chevaux;
- b. de former les instructeurs pour les autres armes;
- c. de l'instruction militaire supérieure pour toutes les armes; à cette fin, elle établit des écoles militaires et ordonne des réunions de troupes;
- d. de fournir une partie du matériel de guerre.

La centralisation de l'instruction militaire pourra, au besoin, être développée ultérieurement par la législation fédérale.

3. La Confédération surveille l'instruction militaire de l'infanterie et des carabiniers, ainsi que l'achat, la construction et l'entretien du matériel de guerre que les Cantons doivent fournir à l'armée fédérale.

4. Les ordonnances militaires des Cantons ne doivent rien contenir de contraire à l'organisation générale de l'armée, non plus qu'à leurs obligations fédérales; elles sont communiquées au Conseil fédéral pour qu'il les examine sous ce rapport.

Article 17.

Sans changement.

Article 18.

Tout Suisse est tenu au service militaire.

Les militaires qui, par le fait du service fédéral, perdent la vie ou voient leur santé altérée d'une manière permanente, ont droit à des secours de la Confédération, pour eux ou pour leur famille, s'ils sont dans le besoin.

Article 19.

L'armée fédérale se compose de tous les Suisses astreints au service militaire par la législation fédérale.

En cas de danger, la Confédération peut aussi disposer des hommes n'appartenant pas à l'armée fédérale, ainsi que de toutes les ressources militaires des Cantons.

Les Cantons disposent des forces militaires de leur territoire, pour autant que ce droit n'est pas limité par la Constitution ou les lois fédérales.

Article 20.

L'organisation de l'armée est du domaine de la législation fédérale.

A moins que des considérations militaires ne s'y opposent, les unités tactiques doivent être formées de troupes d'un même Canton.

Les frais de l'instruction, de l'armement, de l'habillement et de l'équipement de l'armée fédérale sont supportés par la Confédération.

Le matériel de guerre des Cantons, tel qu'il doit exister à teneur des lois actuellement en vigueur, passe à la Confédération.

Toutefois, les Cantons conservent le droit d'en disposer dans les limites fixées par le 3^e alinéa de l'article 19.

La Confédération a le droit de se servir ou de se rendre propriétaire des places d'armes et des bâtiments ayant une destination militaire qui existent dans les Cantons. Les conditions auxquelles elle pourra user de ce droit seront réglées par la loi fédérale.

L'exécution de la loi militaire dans les Cantons a lieu par les autorités cantonales dans les limites déterminées par la législation fédérale.

Constitution fédérale actuelle.

5. Tous les corps de troupes au service de la Confédération portent le drapeau fédéral.

Article 21.

La Confédération peut ordonner à ses frais ou encourager par des subsides les travaux publics qui intéressent la Suisse ou une partie considérable du pays.

Dans ce but, elle peut ordonner l'expropriation moyennant une juste indemnité. La législation fédérale statuera les dispositions ultérieures sur cette matière.

L'Assemblée fédérale peut interdire les constructions publiques qui porteraient atteinte aux intérêts militaires de la Confédération.

Article 22.

La Confédération a le droit d'établir une Université suisse et une Ecole polytechnique.

Article 23.

Ce qui concerne les péages (douanes) relève de la Confédération.

Article 24.

La Confédération a le droit, moyennant une indemnité, de supprimer en tout ou en partie les péages sur terre ou sur eau, les droits de transit, de chaussée et de pontonnage, les droits de douane et les autres finances de ce genre accordées ou reconnues par la Diète, soit que ces péages et autres droits appartiennent aux Cantons, ou qu'ils soient perçus par des communes, des corporations ou des particuliers. Toutefois, les droits de chaussée et les péages qui grèvent le transit seront rachetés dans toute la Suisse.

La Confédération pourra percevoir, à la frontière suisse, des droits d'importation, d'exportation et de transit.

Elle a le droit d'utiliser, moyennant indemnité, en les acquérant ou les prenant en location, les bâtiments actuellement destinés à l'administration des péages à la frontière suisse.

Constitution révisée.

Article 21.

Sans changement.

Article 22.

La Confédération a le droit de haute surveillance sur la police des endiguements et des forêts dans les régions élevées.

Elle concourra à la correction et à l'endiguement des torrents, ainsi qu'au reboisement des régions où ils prennent leur source. Elle décrètera les mesures nécessaires pour assurer l'entretien de ces ouvrages et la conservation des forêts existantes.

Article 23.

La Confédération a le droit de statuer des dispositions législatives pour protéger les oiseaux utiles à l'agriculture et à la silviculture et pour régler l'exercice de la pêche et de la chasse principalement en vue de la conservation du gros gibier dans les montagnes.

Article 24.

La législation sur la construction et l'exploitation des chemins de fer est du domaine de la Confédération.

Article 25.

La Confédération a le droit de créer une Université, une Ecole polytechnique et d'autres établissements supérieurs d'instruction publique.

Les Cantons pourvoient à l'instruction primaire, qui doit être obligatoire et gratuite.

La Confédération peut fixer, par voie législative, le minimum de l'enseignement qui doit être donné dans les écoles primaires.

Article 26.

Ce qui concerne les péages relève de la Confédération. Celle-ci peut percevoir des droits d'entrée et des droits de sortie.

L'ancien article 24 est supprimé.

Article 25.

La perception des péages fédéraux sera réglée conformément aux principes suivants:

1. Droits sur l'importation:

- a. Les matières nécessaires à l'industrie du pays seront taxées aussi bas que possible.
- b. Il en sera de même des objets nécessaires à la vie.
- c. Les objets de luxe seront soumis au tarif le plus élevé.

2. Les droits de transit et, en général, les droits sur l'exportation, seront aussi modérés que possible.

3. La législation des péages contiendra des dispositions propres à assurer le commerce frontière et sur les marchés.

Les dispositions ci-dessus n'empêchent point la Confédération de prendre temporairement des mesures exceptionnelles dans les circonstances extraordinaires.

Article 26.

Le produit des péages fédéraux sur l'importation, l'exportation et le transit sera employé comme suit:

- a. Chaque Canton recevra quatre batz par tête de sa population totale, d'après le recensement de 1838;
- b. Les Cantons qui, au moyen de cette répartition, ne seront pas suffisamment couverts de la perte résultant pour eux de la suppression des droits mentionnés à l'article 24, recevront, de plus, la somme nécessaire pour les indemniser de ces droits d'après la moyenne du produit net des cinq années 1842 à 1846 inclusivement;
- c. L'excédant de la recette des péages sera versé dans la caisse fédérale.

Article 27.

Lorsque des péages, des droits de chaussée ou de pontonnage ont été accordés pour amortir le capital employé à une construction ou une partie de ce capital, la perception de ces péages et de ces droits ou le paiement de l'indemnité cesse dès que la somme à couvrir, y compris les intérêts, est atteinte.

Article 28

Les dispositions qui précèdent ne dérogent point aux clauses relatives aux droits de transit, renfermées dans des conventions conclues avec les entreprises de chemins de fer. De son côté, la Confédération acquiert les droits réservés par ces traités aux Cantons touchant les finances perçues sur le transit.

Article 29.

Le libre achat et la libre vente des denrées, du bétail et des marchandises proprement dites, ainsi que des autres produits du sol et de l'industrie, leur libre entrée, leur libre sortie et leur libre passage d'un canton à l'autre sont garantis dans toute l'étendue de la Confédération.

Article 27.

La perception des péages fédéraux sera réglée conformément aux principes suivants:

1. Droits sur l'importation:

- a. Les matières nécessaires à l'industrie et à l'agriculture du pays seront taxées aussi bas que possible.
- b. Il en sera de même des objets nécessaires à la vie.
- c. Les objets de luxe seront soumis aux taxes les plus élevées.

Ces principes devront aussi être observés lors de la conclusion de traités de commerce avec l'étranger.

2. Les droits sur l'exportation seront aussi modérés que possible.

3. La législation des péages contiendra des dispositions propres à assurer le commerce frontière et sur les marchés.

Les dispositions ci-dessus n'empêchent point la Confédération de prendre temporairement des mesures exceptionnelles dans les circonstances extraordinaires.

Article 28.

Le produit des péages appartient à la Confédération.

Les indemnités payées jusqu'à présent aux Cantons pour le rachat des péages, des droits de chaussée et de pontonnage, des droits de douane et d'autres émoluments semblables, sont supprimées.

Les Cantons d'Uri, des Grisons, du Tessin et du Valais reçoivent, par exception et à raison de leurs routes alpestres internationales, une indemnité annuelle dont, en tenant compte de toutes les circonstances, le chiffre est fixé comme suit:

Uri	fr.	70,000
Grisons	»	200,000
Tessin	»	200,000
Valais	»	50,000

Les Cantons d'Uri et du Tessin recevront en outre, pour le déblaiement des neiges sur la route du St. Gothard, une indemnité annuelle totale de fr. 40,000, aussi longtemps que cette route ne sera pas remplacée par un chemin de fer.

L'ancien article 27 est supprimé.

L'ancien article 28 est supprimé.

Article 29.

La liberté de commerce et d'industrie est garantie dans toute l'étendue de la Confédération.

Sont réservés:

- a. La régle du sel et des poudres, les péages fédéraux, les droits d'entrée sur les vins et les autres boissons spiritueuses, ainsi que les autres droits de consom-

Constitution fédérale actuelle.

Sont réservés:

- a. Quant à l'achat et à la vente, la régle du sel et de la poudre à canon.
- b. Les dispositions des cantons touchant la police du commerce et de l'industrie, ainsi que celle des routes.
- c. Les dispositions contre l'accaparement.
- d. Les mesures temporaires de police de santé lors d'épidémies et d'épizooties.

Les dispositions mentionnées sous lettres b et c ci-dessus doivent être les mêmes pour les citoyens du Canton et ceux des autres Etats confédérés. Elles sont soumises à l'examen du Conseil fédéral et ne peuvent être mises à exécution avant d'avoir reçu son approbation.

- e. Les droits accordés ou reconnus par la Diète et que la Confédération n'a pas supprimés (articles 24 et 31).
- f. Les droits de consommation sur les vins et les autres boissons spiritueuses, conformément aux prescriptions de l'article 32.

Article 30.

La législation fédérale statuera, pour autant que la Confédération y est intéressée, les dispositions nécessaires touchant l'abolition des privilèges relatifs au transport des personnes et des marchandises de quelque espèce que ce soit sur terre ou sur eau, existant entre Cantons ou dans l'intérieur d'un Canton.

Article 31.

La perception des droits mentionnés à l'article 29, lettre e, a lieu sous la surveillance du Conseil fédéral. On ne pourra, sans l'autorisation de l'Assemblée fédérale, ni les hausser, ni en prolonger la durée, s'ils ont été accordés pour un temps déterminé.

Les Cantons ne pourront, sous quelque dénomination que ce soit, établir de nouveaux péages, non plus que de nouveaux droits de chaussée et de pontonnage. Toutefois l'Assemblée fédérale pourra autoriser la perception de péages ou de tels droits, afin d'encourager, conformément à l'article 21, des constructions d'un intérêt général pour le commerce et qui ne pourraient être entreprises sans cette concession.

Constitution révisée.

mation formellement reconnus par la Confédération, à teneur de l'article 33.

- b. Les mesures de police sanitaire contre les épidémies et les épizooties;
- c. Les dispositions touchant l'exercice des professions commerciales et industrielles, les impôts qui s'y rattachent et la police des routes.

Ces dispositions ne peuvent rien renfermer de contraire au principe de la liberté de commerce et d'industrie.

Article 30.

Les Cantons peuvent exiger des preuves de capacité de ceux qui veulent exercer des professions libérales.

La législation fédérale pourvoit à ce que ces derniers puissent obtenir à cet effet des actes de capacité valables dans toute la Confédération.

L'ancien article 30 est supprimé.

L'ancien article 31 est supprimé.

Article 31.

Il est interdit d'ouvrir des maisons de jeu.

Celles qui existent actuellement seront fermées dans le délai de cinq ans, à dater de l'acceptation de la présente Constitution.

Les concessions qui auraient été accordées depuis le commencement de l'année 1871 sont déclarées nulles.

La Confédération peut aussi prendre les mesures nécessaires concernant les loteries.

Article 32.

Outre les droits réservés à l'article 29, lettre e, les Cantons sont autorisés à percevoir des droits de consommation sur les vins et les autres boissons spiritueuses, toutefois moyennant les restrictions suivantes:

- a. La perception de ces droits de consommation ne doit nullement grever le transit; elle doit gêner le moins possible le commerce, qui ne peut être frappé d'aucune autre taxe.
- b. Si les objets importés pour la consommation sont réexportés du Canton, les droits payés pour l'entrée sont restitués sans qu'il en résulte d'autres charges.
- c. Les produits d'origine suisse seront moins imposés que ceux de l'étranger.
- d. Les droits actuels de consommation sur les vins et les autres boissons spiritueuses d'origine suisse ne pourront être haussés par les Cantons où il en existe. Il n'en pourra point être établi sur ces produits par les Cantons qui n'en perçoivent pas actuellement.
- e. Les lois et les arrêtés des Cantons sur la perception des droits de consommation sont, avant leur mise à exécution, soumises à l'approbation de l'autorité fédérale, afin qu'elle fasse, au besoin, observer les dispositions qui précèdent.

Article 33.

La Confédération se charge de l'administration des postes dans toute la Suisse, conformément aux prescriptions suivantes:

1. Le service des postes ne doit, dans son ensemble, pas descendre au-dessous de son état actuel, sans le consentement des Cantons intéressés.
2. Les tarifs seront fixés d'après les mêmes principes et aussi équitablement que possible dans toutes les parties de la Suisse.
3. L'inviolabilité du secret des lettres est garantie.
4. La Confédération indemniserà comme suit les Cantons pour la cession qu'ils lui font du droit régalién des postes:
 - a. Les Cantons reçoivent chaque année la moyenne du produit net des postes sur leur territoire pendant les trois années 1814, 1845 et 1846.
 - Toutefois, si le produit net que la Confédération retire des postes ne suffit pas à payer cette indemnité, il est fait aux Cantons une diminution proportionnelle.
 - b. Lorsqu'un Canton n'a rien reçu directement pour l'exercice du droit de poste, ou lorsque, par suite d'un traité de ferme conclu avec un autre Etat confédéré, un Canton a beaucoup moins reçu pour ses postes que le produit net et constaté de l'exercice

Article 32.

La Confédération a le droit de statuer des prescriptions uniformes en vue de protéger les ouvriers contre l'exercice des industries insalubres et dangereuses, et de régler, par voie législative, le travail des enfants dans les fabriques.

Les opérations des agences d'émigration et des entreprises d'assurances non instituées par l'Etat sont soumises à la surveillance et à la législation fédérales.

Article 33.

Les Cantons sont autorisés à percevoir les droits d'entrée sur les vins et les autres boissons spiritueuses prévus à l'article 29, lettre a, toutefois moyennant les restrictions suivantes:

- a. La perception de ces droits d'entrée ne doit nullement grever le transit; elle doit gêner le moins possible le commerce, qui ne peut être frappé d'aucune autre taxe.
- b. Si les objets importés pour la consommation sont réexportés du Canton, les droits payés pour l'entrée sont restitués sans qu'il en résulte d'autres charges.
- c. Les produits d'origine suisse seront moins imposés que ceux de l'étranger.
- d. Les droits actuels d'entrée sur les vins et les autres boissons spiritueuses d'origine suisse ne pourront être haussés par les Cantons où il en existe. Il n'en pourra point être établi sur ces produits par les Cantons qui n'en perçoivent pas actuellement.
- e. Les lois et les arrêtés des Cantons sur la perception des droits d'entrée sont, avant leur mise à exécution, soumis à l'approbation de l'autorité fédérale, afin qu'elle fasse, au besoin, observer les dispositions qui précèdent.

Tous les droits d'entrée perçus actuellement par les Cantons, ainsi que les droits analogues perçus par les communes, doivent disparaître sans indemnité à l'expiration d'un délai de vingt ans.

Article 34.

Dans toute la Suisse, les postes et les télégraphes sont du domaine fédéral.

Le produit des postes et des télégraphes appartient à la caisse fédérale.

Les tarifs seront fixés d'après les mêmes principes et aussi équitablement que possible dans toutes les parties de la Suisse.

L'inviolabilité du secret des lettres et des télégrammes est garantie.

de ce droit régalien sur son territoire, cette circonstance est équitablement prise en considération lors de la fixation de l'indemnité.

- c. Lorsque l'exercice du droit régalien des postes a été laissé à des particuliers, la Confédération se charge de les indemniser, s'il y a lieu.
- d. La Confédération a le droit et l'obligation d'acquérir, moyennant une indemnité équitable, le matériel appartenant à l'administration des postes, pour autant qu'il est propre à l'usage auquel il est destiné et que l'administration en a besoin.
- e. L'administration fédérale a le droit d'utiliser les bâtiments actuellement destinés aux postes, moyennant une indemnité, en les acquérant ou les prenant en location.

Article 34.

Les employés aux péages et aux postes doivent, en majeure partie, être choisis parmi les habitants des Cantons où ils sont placés.

Article 35.

La Confédération exerce la haute surveillance sur les routes et les ponts dont le maintien l'intéresse.

Les sommes à payer aux Cantons en vertu des articles 26 et 33 sont retenues par l'autorité fédérale, lorsque ces routes et ces ponts ne sont pas convenablement entretenus par les Cantons, les corporations ou les particuliers que cela concerne.

Article 36.

La Confédération exerce tous les droits compris dans la régle des monnaies. Les Cantons cessent de battre monnaie; le numéraire est frappé par la Confédération seule.

Une loi fédérale fixera le pied monétaire ainsi que le tarif des espèces en circulation; elle statuera aussi les dispositions ultérieures sur l'obligation où sont les Cantons de refondre ou de refrapper une partie des monnaies qu'ils ont émises.

Article 37.

La Confédération introduira l'uniformité des poids et mesures dans toute l'étendue de son territoire, en prenant pour base le concordat fédéral touchant cette matière.

Article 38.

La fabrication et la vente de la poudre à canon appartiennent exclusivement à la Confédération dans toute la Suisse.

Article 35.

Ancien article 34.

Article 36.

La Confédération exerce la haute surveillance sur les routes et les ponts dont le maintien l'intéresse.

Les sommes dues aux Cantons désignés à l'article 28, pour l'entretien des routes alpestres construites sur leur territoire, seront retenues par l'autorité fédérale si ces routes ne sont pas convenablement entretenues par eux.

Article 37.

La Confédération exerce tous les droits compris dans la régle des monnaies.

Elle a seule le droit de frapper des monnaies.

La législation fédérale fixe le système monétaire; elle peut tarifier les monnaies étrangères.

Article 38.

La Confédération a le droit de décréter, par voie législative des prescriptions générales sur l'émission et le remboursement des billets de banque.

Article 39.

La Confédération détermine le système des poids et mesures.

Les Cantons exécutent, sous la surveillance de la Confédération, les lois concernant cette matière.

Article 40.

La fabrication et la vente de la poudre de guerre dans toute la Suisse appartiennent exclusivement à la Confédération.

Les compositions minières impropres au tir ne sont point comprises dans la régle des poudres.

Article 39.

Les dépenses de la Confédération sont couvertes:

- a. Par les intérêts des fonds de guerre fédéraux;
- b. Par le produit des péages fédéraux perçus à la frontière suisse;
- c. Par le produit des postes;
- d. Par le produit des poudres;
- e. Par les contributions des Cantons, qui ne peuvent être levées qu'en vertu d'arrêtés de l'Assemblée fédérale.

Ces contributions sont payées par les Cantons d'après l'échelle des contingents d'argent, qui sera soumise à une révision tous les vingt ans.

Dans cette révision on prendra pour base tant la population des Cantons que la fortune et les moyens de gagner qu'ils renferment.

Article 40.

Il devra toujours y avoir en argent comptant dans la Caisse fédérale, au moins le montant du double contingent d'argent des Cantons, pour subvenir aux dépenses militaires occasionnées par les levées de troupes fédérales.

Les articles 41, 42, 43 sont transposés.

Article 42.

Tout citoyen d'un Canton est citoyen suisse. Il peut, à ce titre, exercer les droits politiques pour les affaires fédérales et cantonales dans chaque Canton où il est établi. Il ne peut exercer ces droits qu'aux mêmes conditions que les citoyens du Canton, et, en tant qu'il s'agit des affaires cantonales, qu'après un séjour dont la durée est déterminée par la législation cantonale; cette durée ne peut excéder deux ans.

Nul ne peut exercer des droits politiques dans plus d'un Canton.

Article 43.

Aucun Canton ne peut priver un de ses ressortissants du droit d'origine ou de cité.

Les étrangers ne peuvent être naturalisés dans un Canton qu'autant qu'ils seront affranchis de tout lien envers l'Etat auquel ils appartenaient.

Article 41.

La Confédération suisse garantit à tous les Suisses le droit de s'établir librement dans toute l'étendue du territoire suisse, conformément aux dispositions suivantes:

1. Aucun Suisse ne peut être empêché de s'établir dans un Canton quelconque, s'il est muni des pièces authentiques suivantes:

Article 41.

Les dépenses de la Confédération sont couvertes

- a. Par les intérêts des fonds fédéraux;
- b. Par le produit des péages fédéraux perçus à la frontière suisse;
- c. Par le produit des postes et des télégraphes;
- d. Par le produit de la régale des poudres;
- e. Par le produit de la taxe sur les exemptions militaires;
- f. Par les contributions des Cantons, que règlera la législation fédérale, en tenant compte surtout de leur richesse et de leurs ressources imposables.

L'ancien article 40 est supprimé.

Article 42.

Tout citoyen d'un canton est citoyen suisse.

Il peut, à ce titre, prendre part, au lieu de son domicile, à toutes les élections et votations en matière fédérale, après avoir dûment justifié de sa qualité d'électeur.

Nul ne peut exercer des droits politiques dans plus d'un Canton.

Le Suisse établi jouit, au lieu de son domicile, de tous les droits des citoyens du Canton et, de même que ceux-ci, de tous les droits des bourgeois de la commune, à l'exception de la participation aux biens des bourgeoisies et des corporations.

En matière cantonale et communale il devient électeur après un établissement de trois mois. Toutefois, le droit de voter en matière communale ne s'étend pas, pour le citoyen établi, à l'administration des biens auxquels il n'est pas admis à participer.

Les lois cantonales sur l'établissement et sur les droits électoraux que possèdent en matière communale les citoyens établis seront soumises à la sanction du Conseil fédéral.

Article 43.

Aucun Canton ne peut renvoyer de son territoire un de ses ressortissants, ni le priver du droit d'origine ou de cité.

La législation fédérale déterminera les conditions auxquelles les étrangers peuvent être naturalisés, ainsi que celles auxquelles un Suisse peut renoncer à sa nationalité pour obtenir la naturalisation dans un pays étranger.

Article 44.

Tout citoyen suisse a le droit de s'établir sur un point quelconque du territoire suisse, moyennant la production d'un acte d'origine ou d'une autre pièce analogue.

Exceptionnellement, l'établissement peut être refusé ou retiré:

Constitution fédérale actuelle.

- a. d'un acte d'origine ou d'une autre pièce équivalente;
- b. d'un certificat de bonnes mœurs;
- c. d'une attestation qu'il jouit des droits civils et qu'il n'est point légalement flétri.

2. Le Canton dans lequel un Suisse établit son domicile ne peut exiger de lui un cautionnement, ni lui imposer aucune autre charge particulière pour cet établissement.

3. Une loi fédérale fixera la durée du permis d'établissement, ainsi que le maximum de l'émolument de chancellerie à payer au Canton pour obtenir ce permis.

4. En s'établissant dans un autre Canton, le Suisse entre en jouissance de tous les droits des citoyens de ce Canton, à l'exception de celui de voter dans les affaires communales et de la participation aux biens des communes et des corporations.

En particulier la liberté d'industrie et le droit d'acquérir et d'aliéner des biens-fonds lui sont assurés, conformément aux lois et ordonnances du Canton, lesquelles doivent, à tous ces égards, traiter le Suisse domicilié à l'égal du citoyen du Canton.

5. Les communes ne peuvent imposer à leurs habitants appartenant à d'autres Cantons des contributions aux charges communales plus fortes qu'à leurs habitants appartenant à d'autres communes de leur propre Canton.

6. Le Suisse établi dans un autre Canton peut en être renvoyé:

- a. par sentence du juge en matière pénale;
- b. par ordre des autorités de police, s'il a perdu ses droits civils et a été légalement flétri; si sa conduite est contraire aux mœurs; s'il tombe à la charge du public, ou s'il a été souvent puni pour contravention aux lois ou règlements de police.

Constitution révisée.

1° A ceux qui, par suite d'un jugement pénal, ne jouissent pas de leurs droits civiques;

2° A ceux qui tombent d'une manière permanente à la charge de la bienfaisance publique et auxquels leur commune d'origine refuse une assistance suffisante après avoir été invitée officiellement à l'accorder.

Le Canton dans lequel un Suisse établit son domicile ne peut exiger de lui un cautionnement, ni lui imposer aucune autre charge particulière pour cet établissement. De même, les communes ne peuvent imposer aux Suisses domiciliés sur leur territoire, d'autres contributions que celles qu'elles imposent à leurs propres ressortissants.

Une loi fédérale fixera le maximum de l'émolument de chancellerie à payer pour obtenir un permis d'établissement.

Article 45.

Le Suisse établi est soumis, dans la règle, à la juridiction et à la législation du lieu de son domicile en ce qui concerne les rapports de droit civil.

La législation fédérale statuera les dispositions nécessaires en vue de l'application de ce principe, et pour empêcher qu'un citoyen ne soit imposé à double.

Article 46.

Une loi fédérale déterminera la différence entre l'établissement et le séjour et fixera en même temps les règles auxquelles seront soumis les Suisses en séjour quant à leurs droits politiques et à leurs droits civils.

Article 47.

Une loi fédérale statuera les dispositions nécessaires pour régler ce qui concerne les frais de maladie et de sépulture des ressortissants pauvres d'un Canton tombés malades et décédés dans un autre Canton.

Article 48.

La liberté de conscience et de croyances est inviolable.

Nul ne peut être inquiété dans l'exercice de ses droits civils ou politiques pour cause d'opinion religieuse, ni être contraint d'accomplir un acte religieux, ou encourir des peines à ce sujet.

Nul n'est tenu de payer des impôts dont le produit est spécialement affecté aux frais proprement dits du culte d'une confession ou d'une association religieuse à laquelle il n'appartient pas.

Nul ne peut, pour cause d'opinion religieuse, s'affranchir de l'accomplissement d'un devoir civique.

Constitution fédérale actuelle.

Article 44.

Le libre exercice du culte des confessions chrétiennes reconnues est garanti dans toute la Confédération.

Toutefois les Cantons et la Confédération pourront toujours prendre les mesures propres au maintien de l'ordre public et de la paix entre les confessions.

Article 45.

La liberté de la presse est garantie.

Toutefois les lois cantonales statuent les mesures nécessaires à la répression des abus; ces lois sont soumises à l'approbation du Conseil fédéral.

La Confédération peut aussi statuer des peines pour réprimer les abus dirigés contre elle ou ses autorités.

Article 46.

Les citoyens ont le droit de former des associations, pourvu qu'il n'y ait dans le but de ces associations ou dans les moyens qu'elles emploient rien d'illicite ou de dangereux pour l'Etat. Les lois cantonales statuent les mesures nécessaires à la répression des abus.

Article 47.

Le droit de pétition est garanti.

Article 48.

Tous les Cantons sont obligés de traiter les citoyens des autres Etats confédérés comme ceux de leur Etat en matière de législation et pour tout ce qui concerne les voies juridiques.

Constitution révisée.

Article 49.

Le libre exercice des cultes est garanti dans les limites compatibles avec l'ordre public et les bonnes mœurs.

Les Cantons et la Confédération peuvent prendre les mesures nécessaires pour le maintien de l'ordre public et de la paix entre les confessions, ainsi que contre les empiètements des autorités ecclésiastiques sur les droits des citoyens et de l'Etat.

Article 50.

Le droit au mariage est placé sous la protection de la Confédération.

Aucun empêchement au mariage ne peut être fondé sur des motifs confessionnels, sur l'indigence de l'un ou de l'autre des époux, sur leur conduite ou sur quelque autre motif de police que ce soit.

Sera reconnu comme valable dans toute la Confédération le mariage contracté dans un Canton ou à l'étranger conformément à la législation qui y est en vigueur, aussi longtemps que la législation fédérale (art. 55) n'aura pas déterminé les conditions nécessaires pour la validité des mariages.

La femme acquiert par le mariage le droit de cité et de bourgeoisie de son mari.

Les enfants nés avant le mariage sont légitimés par le mariage subséquent de leurs parents.

Il ne peut être perçu aucune finance d'admission ni aucune taxe semblable de l'un ou de l'autre époux.

Article 51.

Ancien article 45.

Article 52.

Sans changement.

Article 53.

Ancien article 47

Article 54.

Ancien article 43.

Article 55.

La législation sur le droit civil, y compris la procédure, est du ressort de la Confédération. Toutefois les Cantons conservent le droit de rendre des lois sur ces matières jusqu'à la promulgation des lois fédérales.

La Confédération peut, en outre, étendre sa législation au droit pénal et à la procédure pénale. Néanmoins, le jury ne peut être aboli par la législation fédérale dans les Cantons où il existe.

L'administration de la justice reste aux Cantons, sous réserve des attributions du Tribunal fédéral.

Constitution fédérale actuelle.

Article 49.

Les jugements civils définitifs rendus dans un Canton sont exécutoires dans toute la Suisse.

Article 50.

Pour réclamations personnelles, le débiteur suisse ayant domicile et solvable doit être recherché devant son juge naturel; ses biens ne peuvent en conséquence être saisis ou séquestrés hors du Canton où il est domicilié, en vertu de réclamations personnelles.

Article 51.

La traite foraine est abolie dans l'intérieur de la Suisse, ainsi que le droit de retrait des citoyens d'un Canton contre ceux d'autres Etats confédérés.

Article 52.

La traite foraine à l'égard des pays étrangers est abolie sous réserve de réciprocité.

Article 53.

Nul ne peut être distrait de son juge naturel. En conséquence, il ne pourra être établi de tribunaux extraordinaires.

Article 54.

Il ne pourra être prononcé de peine de mort pour cause de délit politique.

Article 55.

Une loi fédérale statuera sur l'extradition des accusés d'un Canton à l'autre; toutefois l'extradition ne peut être rendue obligatoire pour les délits politiques et ceux de la presse.

Article 56.

Il sera rendu une loi fédérale pour déterminer de quels Cantons ressortissent les gens sans patrie (*Heimathlosen*) et pour empêcher qu'il ne s'en forme de nouveaux.

Article 57.

La Confédération a le droit de renvoyer de son territoire les étrangers qui compromettent la sûreté intérieure ou extérieure de la Suisse.

Article 58.

L'ordre des Jésuites et les sociétés qui lui sont affiliées ne peuvent être reçus dans aucune partie de la Suisse.

Article 59.

Les autorités fédérales peuvent prendre des mesures de police sanitaire lors d'épidémies et d'épizooties qui offrent un danger général.

Constitution révisée.

Article 56.

Ancien article 49.

Article 57.

Ancien article 50, avec l'adjonction suivante:

La contrainte par corps est abolie.

Article 58.

Sans changement.

Article 59.

Sans changement.

Article 60.

Nul ne peut être distrait de son juge naturel. En conséquence, il ne pourra être établi des tribunaux extraordinaires.

En matière matrimoniale nul ne peut être contraint de se soumettre à une juridiction ecclésiastique.

Article 61.

La peine de mort est abolie.

Sont réservées toutefois les dispositions du code pénal militaire.

Les peines corporelles sont abolies.

Article 62.

Ancien article 55.

Article 63.

Ancien article 56.

Article 64.

Ancien article 57.

Article 65.

L'ordre des Jésuites et les sociétés qui lui sont affiliées ne peuvent être reçus dans aucune partie de la Suisse, et toute action dans l'Eglise et dans l'école est interdite à leurs membres.

Article 66.

La législation concernant les mesures de police sanitaire contre les épidémies et les épizooties qui offrent un danger général, est du domaine de la Confédération.

Chapitre II.

Autorités fédérales.

I. Assemblée fédérale.

Article 60.

L'autorité suprême de la Confédération est exercée par l'Assemblée fédérale, qui se compose de deux Sections ou Conseils, savoir:

- A. du Conseil national;
- B. du Conseil des Etats.

A. Conseil national.

Article 61.

Le Conseil national se compose des députés du peuple suisse, élus à raison d'un membre par chaque 20,000 âmes de la population totale. Les fractions en sus de 10,000 âmes sont comptées pour 20,000.

Chaque Canton et, dans les Cantons partagés, chaque demi-Canton élit un député au moins.

Article 62.

Les élections pour le Conseil national sont directes. Elles ont lieu dans des collèges électoraux fédéraux, qui ne peuvent toutefois être formés de parties de différents Cantons.

Article 63.

A droit de voter tout Suisse âgé de vingt ans révolus et qui n'est du reste point exclu du droit de citoyen actif par la législation du Canton dans lequel il a son domicile.

Article 64.

Est éligible comme membre du Conseil national tout citoyen suisse laïque et ayant droit de voter.

Les Suisses devenus citoyens par la naturalisation ne sont éligibles qu'après cinq ans de possession du droit de cité.

Article 65.

Le Conseil national est élu pour trois ans et renouvelé intégralement chaque fois.

Article 66.

Les députés au Conseil des Etats, les membres du Conseil fédéral et les fonctionnaires nommés par ce Conseil ne peuvent être simultanément membres du Conseil national.

Article 67.

Le Conseil national choisit dans son sein, pour chaque session ordinaire ou extraordinaire, un Président et un vice-Président.

Le membre qui a été président pendant une session ordinaire ne peut, à la session ordinaire suivante, revêtir cette charge ni celle de vice-président.

Chapitre II.

Autorités fédérales.

I. Assemblée fédérale.

Article 67.

Sous réserve des droits du peuple et des Cantons (articles 85, 89, 118), l'autorité suprême de la Confédération est exercée par l'Assemblée fédérale, qui se compose de deux Sections ou Conseils, savoir:

- A. du Conseil national;
- B. du Conseil des Etats.

A. Conseil national.

Article 68.

Ancien article 61.

Article 69.

Ancien article 62.

Article 70.

A droit de prendre part aux élections et aux votations tout Suisse âgé de vingt ans révolus et qui n'est du reste point exclu du droit de citoyen actif par la législation du Canton dans lequel il a son domicile.

Toutefois, la législation fédérale pourra régler d'une manière uniforme l'exercice de ce droit.

Article 71.

Est éligible comme membre du Conseil national tout citoyen suisse ayant droit de voter.

Article 72.

Ancien article 65.

Article 73.

Ancien article 66.

Article 74.

Ancien article 67.

Constitution fédérale actuelle.

Le même membre ne peut être vice-président pendant deux sessions ordinaires consécutives.

Lorsque les avis sont également partagés, le président a la voix prépondérante; dans les élections, il vote comme les autres membres.

Article 68.

Les membres du Conseil national sont indemnisés de la Caisse fédérale.

B. Conseil des Etats.

Article 69.

Le Conseil des Etats se compose de quarante-quatre députés des Cantons. Chaque Canton nomme deux députés; dans les Cantons partagés, chaque demi-Etat en élit un.

Article 70.

Les membres du Conseil national et ceux du Conseil fédéral ne peuvent être simultanément députés au Conseil des Etats.

Article 71.

Le Conseil des Etats choisit dans son sein, pour chaque session ordinaire ou extraordinaire, un Président et un vice-Président.

Le Président ni le vice-Président ne peuvent être élus parmi les députés du Canton dans lequel a été choisi le Président pour la session ordinaire qui a immédiatement précédé.

Les députés du même Canton ne peuvent revêtir la charge de vice-Président pendant deux sessions ordinaires consécutives.

Lorsque les avis sont également partagés, le Président a la voix prépondérante; dans les élections, il vote comme les autres membres.

Article 72.

Les députés au Conseil des Etats sont indemnisés par les Cantons.

C. Attributions de l'Assemblée fédérale.

Article 73.

Le Conseil national et le Conseil des Etats délibèrent sur tous les objets que la présente Constitution place dans le ressort de la Confédération et qui ne sont pas attribués à une autre autorité fédérale.

Article 74.

Les affaires de la compétence des deux Conseils sont, entr'autres, les suivantes:

1. Les lois, les décrets ou les arrêtés pour la mise en vigueur de la Constitution fédérale, notamment sur la formation des cercles électoraux et le mode d'élection, sur l'organisation et le mode de procéder des autorités fédérales, ainsi que sur la formation du jury;

Constitution révisée.

Article 75.

Ancien article 68.

B. Conseil des Etats.

Article 76.

Ancien article 69.

Article 77.

Ancien article 70.

Article 78.

Ancien article 71.

Article 79.

Ancien article 72.

C. Attributions de l'Assemblée fédérale

Article 80.

Ancien article 73.

Article 81.

Les affaires de la compétence des deux Conseils sont entre autres les suivantes:

1. Les lois sur l'organisation et le mode d'élection des autorités fédérales;
2. Les lois, décrets ou arrêtés sur les matières que la Constitution place dans la compétence fédérale;
3. Le traitement et les indemnités des membres des

2. Le traitement et les indemnités des membres des autorités de la Confédération et de la Chancellerie fédérale; la création de fonctions fédérales permanentes et la fixation des traitements;

3. L'élection du Conseil fédéral, du Tribunal fédéral, du Chancelier, du général en chef, du chef de l'état-major général et des représentants fédéraux;

4. La reconnaissance d'Etats et de Gouvernements étrangers;

5. Les alliances et les traités avec les Etats étrangers, ainsi que l'approbation des traités des Cantons entr'eux ou avec les Etats étrangers; toutefois les traités des Cantons ne sont portés à l'Assemblée fédérale que lorsque le Conseil fédéral ou un autre Canton élève des réclamations;

6. Les mesures pour la sûreté extérieure ainsi que pour le maintien de l'indépendance et de la neutralité de la Suisse; les déclarations de guerre et la conclusion de la paix;

7. La garantie des Constitutions et du territoire des Cantons; l'intervention par suite de cette garantie; les mesures pour la sûreté intérieure de la Suisse, pour le maintien de la tranquillité et de l'ordre; l'amnistie et l'exercice du droit de grâce;

8. Les mesures pour faire respecter la Constitution fédérale et assurer la garantie des Constitutions cantonales, ainsi que celles qui ont pour but d'obtenir l'accomplissement des devoirs fédéraux ou de maintenir les droits garantis par la Confédération;

9. Les dispositions législatives touchant l'organisation militaire de la Confédération, l'instruction des troupes et les prestations des Cantons, la disposition de l'armée;

10. L'établissement de l'échelle fédérale des contingents d'hommes et d'argent; les dispositions législatives sur l'administration et l'emploi des fonds de guerre fédéraux; la levée des contingents d'argent des cantons, les emprunts, le budget et les comptes;

11. Les lois, les décrets ou les arrêtés touchant les péages, les postes, les monnaies, les poids et mesures, la fabrication et la vente de la poudre à canon, des armes et des munitions;

12. La création d'établissements publics et les constructions de la Confédération, ainsi que les mesures d'expropriation qui s'y rapportent;

13. Les dispositions législatives touchant le libre établissement, les gens sans patrie (*Heimathlose*), la police des étrangers et les mesures sanitaires;

14. La haute surveillance de l'administration et de la justice fédérales;

15. Les réclamations des Cantons et des citoyens contre les décisions ou les mesures prises par le Conseil fédéral;

16. Les différends entre Cantons qui touchent au droit public;

17. Les conflits de compétence, entr'autres sur la question de savoir:

a. si une affaire est du ressort de la Confédération ou si elle appartient à la souveraineté cantonale;

b. si une affaire est de la compétence du Conseil fédéral ou de celle du Tribunal fédéral.

18. La révision de la Constitution fédérale.

autorités de la Confédération et de la Chancellerie fédérale; la création de fonctions fédérales permanentes et la fixation des traitements;

4. L'élection du Conseil fédéral, du Tribunal fédéral, du Chancelier et du vice-Chancelier, ainsi que du général en chef de l'armée fédérale;

5. Les alliances et les traités avec les Etats étrangers, ainsi que l'approbation des traités des Cantons entre eux ou avec les Etats étrangers; toutefois les traités des Cantons ne sont portés à l'Assemblée fédérale que lorsque le Conseil fédéral ou un autre Canton élève des réclamations;

6. Les mesures pour la sûreté extérieure ainsi que pour le maintien de l'indépendance et de la neutralité de la Suisse; les déclarations de guerre et la conclusion de la paix;

7. La garantie des Constitutions et du territoire des Cantons; l'intervention par suite de cette garantie; les mesures pour la sûreté intérieure de la Suisse, pour le maintien de la tranquillité et de l'ordre; l'amnistie et l'exercice du droit de grâce;

8. Les mesures pour faire respecter la Constitution fédérale et assurer la garantie des Constitutions cantonales, ainsi que celles qui ont pour but d'obtenir l'accomplissement des devoirs fédéraux.

9. Le droit de disposer de l'armée fédérale;

10. L'établissement du budget annuel, l'approbation des comptes d'Etat, les arrêtés autorisant des emprunts; les dispositions générales sur l'administration de la fortune de l'Etat;

11. La haute surveillance de l'administration et de la justice fédérales;

12. Les réclamations contre les décisions du Conseil fédéral sur les contestations administratives qui lui sont déférées à teneur de l'article 110;

13. Les conflits de compétence entre autorités fédérales;

14. La révision de la Constitution fédérale.

Constitution fédérale actuelle.

Article 75.

Les deux Conseils s'assemblent, chaque année une fois, en session ordinaire, le jour fixé par le règlement.

Ils sont extraordinairement convoqués par le Conseil fédéral, ou sur la demande du quart des membres du Conseil national ou sur celle de cinq Cantons.

Article 76.

Un Conseil ne peut délibérer qu'autant que les députés présents forment la majorité absolue du nombre total de ses membres.

Article 77.

Dans le Conseil national et dans le Conseil des Etats les délibérations sont prises à la majorité absolue des votants.

Article 78.

Les lois fédérales, les décrets ou les arrêtés fédéraux ne peuvent être rendus qu'avec le consentement des deux Conseils.

Article 79.

Les membres des deux Conseils votent sans instructions.

Article 80.

Chaque Conseil délibère séparément. Toutefois lorsqu'il s'agit des élections mentionnées à l'article 74. n° 3, d'exercer le droit de grâce ou de prononcer sur un conflit de compétence, les deux Conseils se réunissent pour délibérer en commun sous la direction du Président du Conseil national, et c'est la majorité des membres votants des deux Conseils qui décide.

Article 81.

L'initiative appartient à chaque Conseil et à chacun de leurs membres.

Les Cantons peuvent exercer le même droit par correspondance.

Constitution révisée.

Article 82.

Ancien article 75.

Article 83.

Ancien article 76.

Article 84.

Ancien article 77.

Article 85.

Les lois fédérales, les décrets et les arrêtés fédéraux ne peuvent être rendus qu'avec l'accord des deux Conseils.

Les lois fédérales et les arrêtés fédéraux qui n'ont pas un caractère d'urgence sont soumis à l'adoption ou au rejet du peuple, si la demande en est faite par 50,000 citoyens actifs ou par cinq Cantons.

Article 86.

Ancien article 79.

Article 87.

Chaque Conseil délibère séparément. Toutefois lorsqu'il s'agit des élections mentionnées à l'article 81, chiffre 4, d'exercer le droit de grâce ou de prononcer sur un conflit de compétence (article 81, chiffre 13) les deux Conseils se réunissent pour délibérer en commun sous la direction du Président du Conseil national, et c'est la majorité des membres votants des deux Conseils qui décide.

Article 88.

Ancien article 81.

Article 89.

Lorsque cinquante mille citoyens actifs ou cinq Cantons demandent qu'une loi fédérale ou un arrêté fédéral soit modifié ou abrogé, ou qu'une nouvelle loi ou un nouvel arrêté soit rendu sur un sujet déterminé, et si d'ailleurs des engagements pris par la Confédération ne s'y opposent pas, les deux Conseils doivent, en cas d'adhésion de leur part, élaborer le projet de loi ou d'arrêté fédéral et le soumettre à l'acceptation ou au rejet du peuple.

Si les deux Conseils n'adhèrent pas à la demande, celle-ci est soumise au peuple, et si la majorité des votants se prononce affirmativement, les Conseils élaborent un projet conforme et le soumettent à l'acceptation ou au rejet du peuple.

Article 82.

Les séances de chacun des Conseils sont ordinairement publiques.

II. Conseil fédéral.

Article 83.

L'autorité directoriale et exécutive supérieure de la Confédération est exercée par un Conseil fédéral composé de sept membres.

Article 84.

Les membres du Conseil fédéral sont nommés pour trois ans, par les Conseils réunis, et choisis parmi tous les citoyens suisses éligibles au Conseil national. — On ne pourra toutefois choisir plus d'un membre du Conseil fédéral dans le même Canton.

Le Conseil fédéral est renouvelé intégralement après chaque renouvellement du Conseil national.

Les membres qui font vacance dans l'intervalle des trois ans sont remplacés, à la première session de l'Assemblée fédérale, pour le reste de la durée de leurs fonctions.

Article 85.

Les membres du Conseil fédéral ne peuvent, pendant la durée de leurs fonctions, revêtir aucun autre emploi, soit au service de la Confédération, soit dans un canton, ni suivre d'autre carrière ou exercer de profession.

Article 86.

Le Conseil fédéral est présidé par le Président de la Confédération. Il a un vice-Président.

Le Président de la Confédération et le vice-Président du Conseil fédéral sont nommés pour une année, par l'Assemblée fédérale, entre les membres du Conseil.

Le Président sortant de charge ne peut être élu Président ou vice-Président pour l'année qui suit.

Le même membre ne peut revêtir la charge de vice-Président pendant deux années de suite.

Article 87.

Le Président de la Confédération et les autres membres du Conseil fédéral reçoivent un traitement annuel de la Caisse fédérale.

Article 88.

Le Conseil fédéral ne peut délibérer que lorsqu'il y a au moins quatre membres présents.

Article 89.

Les membres du Conseil fédéral ont voix consultative dans les deux Sections de l'Assemblée fédérale, ainsi que le droit d'y faire des propositions sur les objets en délibération.

Article 90.

La législation fédérale déterminera les formes et les délais à observer pour l'exercice du droit d'initiative et pour les votations populaires.

Article 91.

Ancien article 82.

II. Conseil fédéral.

Article 92.

Ancien article 83.

Article 93.

Ancien article 84.

Article 94.

Ancien article 85.

Article 95.

Ancien article 86.

Article 96.

Ancien article 87.

Article 97.

Ancien article 88.

Article 98.

Ancien article 89.

Article 90.

Les attributions et les obligations du Conseil fédéral, dans les limites de la présente Constitution, sont entre autres les suivantes:

1. Il dirige les affaires fédérales, conformément aux lois, aux décrets et aux arrêtés de la Confédération.

2. Il veille à l'observation de la Constitution, des lois, des décrets et des arrêtés de la Confédération, ainsi que des prescriptions des concordats fédéraux; il prend, de son chef ou sur plainte, les mesures nécessaires pour les faire observer.

3. Il veille à la garantie des Constitutions cantonales.

4. Il présente des projets de lois, de décrets ou d'arrêtés à l'Assemblée fédérale et donne son préavis sur les propositions qui lui sont adressées par les Conseils ou par les Cantons.

5. Il pourvoit à l'exécution des lois, des décrets et des arrêtés de la Confédération et à celle des jugements du Tribunal fédéral, ainsi que des transactions ou des sentences arbitrales sur des différends entre Cantons.

6. Il fait les nominations que la Constitution n'attribue pas à l'Assemblée fédérale ou au Tribunal fédéral, ou que les lois ne délèguent pas à une autre autorité inférieure.

Il nomme des Commissaires pour des missions à l'intérieur ou au dehors.

7. Il examine les traités des Cantons entr'eux ou avec l'étranger, et il les approuve, s'il y a lieu (article 74, n° 5).

8. Il veille aux intérêts de la Confédération au dehors, notamment à l'observation de ses rapports internationaux, et il est, en général, chargé des relations extérieures.

9. Il veille à la sûreté extérieure de la Suisse, au maintien de son indépendance et de sa neutralité.

10. Il veille à la sûreté intérieure de la Confédération, au maintien de la tranquillité et de l'ordre.

11. En cas d'urgence et lorsque l'Assemblée fédérale n'est pas réunie, le Conseil fédéral est autorisé à lever les troupes nécessaires et à en disposer, sous réserve de convoquer immédiatement les Conseils, si le nombre des troupes levées dépasse deux mille hommes ou si elles restent sur pied au-delà de trois semaines.

12. Il est chargé de ce qui a rapport au militaire fédéral, ainsi que de toutes les autres branches de l'administration qui appartiennent à la Confédération.

13. Il examine les lois et les ordonnances des Cantons qui doivent être soumises à son approbation; il exerce la surveillance sur les branches de l'administration cantonale que la Confédération a placées sous son contrôle, telles que le militaire, les péages, les routes et les ponts.

14. Il administre les finances de la Confédération, propose le budget et rend les comptes des recettes et des dépenses.

15. Il surveille la gestion de tous les fonctionnaires et employés de l'administration fédérale.

16. Il rend compte de sa gestion à l'Assemblée fédérale, à chaque session ordinaire, lui présente un rapport sur la situation de la Confédération tant à l'intérieur qu'au dehors, et recommande à son attention les mesures qu'il croit utiles à l'accroissement de la prospérité commune.

Il fait aussi des rapports spéciaux lorsque l'Assemblée fédérale ou une de ses Sections le demande.

Article 99.

Les attributions et les obligations du Conseil fédéral, dans les limites de la présente Constitution, sont entre autres les suivantes:

1. Il dirige les affaires fédérales, conformément aux lois, aux décrets et aux arrêtés de la Confédération.

2. Il veille à l'observation de la Constitution, des lois, des décrets et des arrêtés de la Confédération, ainsi que des prescriptions des concordats fédéraux; il prend, de son chef ou sur plainte, les mesures nécessaires pour les faire observer, lorsque le recours n'est pas du nombre de ceux qui doivent être portés devant le Tribunal fédéral à teneur de l'article 110.

3. Il veille à la garantie des Constitutions cantonales.

4. Il présente des projets de lois, de décrets ou d'arrêtés à l'Assemblée fédérale et donne son préavis sur les propositions qui lui sont adressées par les Conseils ou par les Cantons.

5. Il pourvoit à l'exécution des lois, des décrets et des arrêtés de la Confédération et à celle des jugements du Tribunal fédéral, ainsi que des transactions ou des sentences arbitrales sur des différends entre Cantons.

6. Il fait les nominations que la Constitution n'attribue pas à l'Assemblée fédérale ou au Tribunal fédéral, ou que les lois ne délèguent pas à une autre autorité.

7. Il examine les traités des Cantons entr'eux ou avec l'étranger, et il les approuve, s'il y a lieu (article 81, n° 5).

Les chiffres 8 à 16 comme les mêmes chiffres de l'ancien article 90.

Constitution fédérale actuelle.

Article 91.

Les affaires du Conseil fédéral sont réparties par départements entre ses membres. Cette répartition a uniquement pour but de faciliter l'examen et l'expédition des affaires; les décisions émanent du Conseil fédéral comme autorité.

Article 92.

Le Conseil fédéral et ses départements sont autorisés à appeler des experts pour des objets spéciaux.

III. Chancellerie fédérale.

Article 93.

Une Chancellerie fédérale, à la tête de laquelle se trouve le Chancelier de la Confédération, est chargée du Secrétariat de l'Assemblée fédérale et de celui du Conseil fédéral.

Le Chancelier est élu par l'Assemblée fédérale pour le terme de trois ans, en même temps que le Conseil fédéral.

La Chancellerie est sous la surveillance plus spéciale du Conseil fédéral.

Une loi fédérale déterminera ultérieurement ce qui a rapport à l'organisation de la Chancellerie.

IV. Tribunal fédéral.

Article 94.

Il y a un Tribunal fédéral pour l'administration de la justice en matière fédérale.

Il y a, de plus, un Jury pour les affaires pénales.

Article 95.

Le Tribunal fédéral se compose de onze membres avec des suppléants dont la loi déterminera le nombre.

Article 96.

Les membres du Tribunal fédéral et les suppléants sont nommés pour trois ans par l'Assemblée fédérale. Le Tribunal fédéral est renouvelé intégralement après chaque renouvellement du Conseil national.

Les membres qui font vacance dans l'intervalle des trois ans sont remplacés, à la première session de l'Assemblée fédérale, pour le reste de la durée de leurs fonctions.

Article 97.

Peut être nommé au Tribunal fédéral tout citoyen suisse éligible au Conseil national.

Les membres du Conseil fédéral et les fonctionnaires nommés par cette autorité ne peuvent en même temps faire partie du Tribunal fédéral.

Constitution révisée.

Article 100.

Ancien article 91.

Article 101.

Ancien article 92.

III. Chancellerie fédérale.

Article 102.

Une Chancellerie fédérale, à la tête de laquelle se trouve le Chancelier de la Confédération, est chargée du Secrétariat de l'Assemblée fédérale et de celui du Conseil fédéral.

Le Chancelier et le vice-Chancelier sont élus par l'Assemblée fédérale pour le terme de trois ans, en même temps que le Conseil fédéral.

La Chancellerie est sous la surveillance plus spéciale du Conseil fédéral.

Une loi fédérale déterminera ultérieurement ce qui a rapport à l'organisation de la Chancellerie.

IV. Tribunal fédéral.

Article 103.

Il y a un Tribunal fédéral pour l'administration de la justice en matière fédérale.

Il y a, de plus, un jury pour les affaires pénales (article 109).

L'ancien article 95 est retranché.

Article 104.

Les membres et les suppléants du Tribunal fédéral sont nommés par l'Assemblée fédérale. Les trois langues nationales doivent être représentées dans le Tribunal fédéral.

La loi détermine l'organisation du Tribunal fédéral et de ses sections, le nombre des membres et des suppléants, la durée de leurs fonctions et leur traitement.

Article 105.

Peut être nommé au Tribunal fédéral tout citoyen suisse éligible au Conseil national.

Les membres de l'Assemblée fédérale et du Conseil fédéral et les fonctionnaires nommés par ces autorités ne peuvent en même temps faire partie du Tribunal fédéral. La législation fédérale peut déclarer d'autres fonctions et professions incompatibles avec les fonctions de membre du Tribunal fédéral.

Constitution fédérale actuelle.

Article 98.

Le Président et le Vice-Président du Tribunal fédéral sont nommés par l'Assemblée fédérale, chacun pour un an, parmi les membres du corps.

Article 99.

Les membres du Tribunal fédéral sont indemnisés au moyen de vacations payées par la Caisse fédérale.

Article 100.

Le Tribunal fédéral organise sa Chancellerie et en nomme le personnel.

Article 101.

Comme Cour de *justice civile*, le Tribunal fédéral connaît:

1. pour autant qu'ils ne touchent pas au droit public, des différends:

a. entre cantons;

b. entre la Confédération et un canton;

2. des différends entre la Confédération, d'un côté, et des corporations ou des particuliers, de l'autre, lorsque ces corporations et ces particuliers sont demandeurs et qu'il s'agit de questions importantes que déterminera la législation fédérale;

3. Des différends concernant les gens sans patrie (*Heimathlose*).

Dans les cas mentionnés sous n° 1, lettres a et b ci-dessus, l'affaire est portée au Tribunal fédéral par l'intermédiaire du Conseil fédéral. Si le Conseil résout négativement la question de savoir si l'affaire est du ressort du Tribunal fédéral, le conflit est décidé par l'Assemblée fédérale.

Article 102.

Le Tribunal fédéral est tenu de juger d'autres causes, lorsque les parties s'accordent à le nantir et que l'objet en litige dépasse une valeur considérable que détermine la législation fédérale. Dans ce cas, les frais sont entièrement à la charge des parties.

Article 103.

L'action du Tribunal fédéral comme Cour de *justice pénale* sera déterminée par la loi fédérale, qui statuera ultérieurement sur la mise en accusation, les Cours d'assises et la cassation.

Article 104.

La Cour d'assises, avec le jury qui prononce sur les questions de fait, connaît:

a. des cas concernant des fonctionnaires déferés à la justice pénale par l'autorité fédérale qui les a nommés;

b. des cas de haute trahison envers la Confédération, de révolte ou de violence contre les autorités fédérales;

c. des crimes et des délits contre le droit des gens;

d. des délits politiques qui sont la cause ou la suite des troubles par lesquels une intervention fédérale armée a été occasionnée.

L'Assemblée fédérale peut toujours accorder l'amnistie ou faire grâce au sujet de ces crimes et de ces délits.

Constitution révisée.

L'ancien article 98 est retranché.

L'ancien article 99 est retranché.

Article 106.

Ancien article 100.

Article 107.

Le Tribunal fédéral connaît des différends de droit civil:

1. entre la Confédération et les Cantons;

2. entre la Confédération d'une part et des corporations ou des particuliers d'autre part, quand ces corporations ou ces particuliers sont demandeurs et quand le litige atteint le degré d'importance que déterminera la législation fédérale;

3. entre Cantons;

4. entre des Cantons d'une part et des corporations ou des particuliers d'autre part, quand une des parties le requiert et que le litige atteint le degré d'importance que déterminera la législation fédérale.

Il connaît de plus des différends concernant le *heimatlosat*, ainsi que des contestations qui surgissent entre communes de différents Cantons, touchant le droit de cité.

Article 108.

Le Tribunal fédéral est tenu de juger d'autres causes, lorsque les parties s'accordent à le nantir et que l'objet en litige atteint le degré d'importance que déterminera la législation fédérale.

L'ancien article 103 est retranché.

Article 109.

Le Tribunal fédéral assisté du Jury, lequel statue sur les faits, connaît, en matière pénale:

1. des cas de haute trahison envers la Confédération, de révolte ou de violence contre les autorités fédérales;

2. des crimes et des délits contre le droit des gens;

3. des crimes et des délits politiques qui sont la cause ou la suite de troubles par lesquels une intervention fédérale armée est occasionnée;

4. des faits relevés à la charge de fonctionnaires nommés par une autorité fédérale, quand cette autorité en saisit le Tribunal fédéral.

Constitution fédérale actuelle.

Article 105.

Le Tribunal fédéral connaît, de plus, de la violation des droits garantis par la présente Constitution, lorsque les plaintes à ce sujet sont renvoyées devant lui par l'Assemblée fédérale.

Article 106.

Outre les cas mentionnés aux articles 101, 104 et 105, la législation fédérale peut placer d'autres affaires dans la compétence du Tribunal fédéral.

Article 107.

La législation fédérale déterminera:

- a. L'organisation du Ministère public fédéral;
- b. Quels délits seront dans la compétence du Tribunal fédéral, ainsi que les lois pénales à appliquer;
- c. Les formes de la procédure fédérale, qui sera publique et orale;
- d. Ce qui concerne les frais de justice.

V. Dispositions diverses.

Article 108.

Tout ce qui concerne le siège des autorités de la Confédération est l'objet de la législation fédérale.

Article 109.

Les trois principales langues parlées en Suisse, l'allemand, le français et l'italien, sont langues nationales de la Confédération.

Article 110.

Les fonctionnaires de la Confédération sont responsables de leur gestion. Une loi fédérale déterminera d'une manière plus précise ce qui tient à cette responsabilité.

Constitution révisée.

Article 110.

Le Tribunal fédéral connaît, en outre:
des conflits de compétence entre les autorités fédérales, d'une part, et les autorités cantonales d'autre part;
des différends entre Cantons, lorsque ces différends sont du domaine du droit public;
des réclamations pour violation de droits constitutionnels des citoyens ainsi que des réclamations de particuliers pour violation de concordats ou de traités.
Sont réservées les contestations administratives, à déterminer par la législation fédérale.

Dans tous les cas prémentionnés, le Tribunal fédéral appliquera les lois votées par l'Assemblée fédérale et les arrêtés de cette Assemblée qui ont une portée générale. Il se conformera également aux traités que l'Assemblée fédérale aura ratifiés.

Article 111.

Outre les cas mentionnés aux articles 107, 109 et 110, la législation fédérale peut placer d'autres affaires dans la compétence du Tribunal fédéral; elle peut, en particulier, donner à ce tribunal des attributions ayant pour but d'assurer l'application uniforme des lois prévues à l'article 55.

L'ancien article 107 est retranché.

V. Dispositions diverses.

Article 112.

Ancien article 108.

Article 113.

Ancien article 109.

Article 114.

Ancien article 110.

Chapitre III.

Révision de la Constitution fédérale.

Article 111.

La Constitution fédérale peut être révisée en tout temps.

Article 112.

La révision a lieu dans les formes statuées par la législation fédérale.

Article 113.

Lorsqu'une Section de l'Assemblée fédérale décrète la révision de la Constitution fédérale et que l'autre Section n'y consent pas, ou bien lorsque cinquante mille citoyens suisses ayant droit de voter demandent la révision, la question de savoir si la Constitution fédérale doit être révisée, est, dans l'un comme dans l'autre cas, soumise à la votation du peuple suisse, par oui ou par non.

Si, dans l'un ou l'autre de ces cas, la majorité des citoyens suisses prenant part à la votation se prononce pour l'affirmative, les deux Conseils seront renouvelés pour travailler à la révision.

Article 114.

La Constitution fédérale révisée entre en vigueur lorsqu'elle a été acceptée par la majorité des citoyens suisses prenant part à la votation et par la majorité des Cantons.

Dispositions transitoires.

Article premier.

Les Cantons se prononceront sur l'acceptation de la présente Constitution fédérale suivant les formes prescrites par leur Constitution, ou, dans ceux où la Constitution ne prescrit rien à cet égard, de la manière qui sera ordonnée par l'autorité suprême du Canton que cela concerne.

Article 2.

Les résultats de la votation seront transmis au Directoire fédéral pour être communiqués à la Diète, qui prononcera si la nouvelle Constitution fédérale est acceptée.

Chapitre III.

Révision de la Constitution fédérale.

Article 115.

Ancien article 111.

Article 116.

Ancien article 112.

Article 117.

Ancien article 113.

Article 118.

La Constitution fédérale révisée entre en vigueur lorsqu'elle a été acceptée par la majorité des citoyens suisses prenant part à la votation et par la majorité des Etats.

Pour établir la majorité des Etats, le vote d'un demi-Canton est compté pour une demi-voix.

Le résultat de la votation populaire dans chaque Canton est considéré comme le vote de l'Etat.

Dispositions transitoires.

Article premier.

La répartition du produit des postes et des péages sera maintenue sur les bases actuelles, aussi longtemps que la Confédération ne sera pas effectivement chargée des dépenses militaires supportées jusqu'à présent par les Cantons.

La législation fédérale pourvoira en outre à ce que la perte que pourraient entraîner dans leur ensemble les modifications résultant des articles 20, 28 et 34, 2^e alinéa, pour le fisc de certains Cantons, ne frappe ceux-ci que graduellement et n'atteigne son chiffre total qu'après une période transitoire de quelques années.

Article 2.

Les dispositions des lois fédérales, des concordats et des Constitutions ou des lois cantonales contraires à la présente Constitution cessent d'être en vigueur par le fait de l'adoption de celle-ci.

Constitution fédérale actuelle.

Article 3.

Lorsque la Diète aura déclaré la Constitution fédérale acceptée, elle arrêtera immédiatement les dispositions nécessaires à sa mise en vigueur.

Les attributions du Conseil fédéral de la guerre et celles du Conseil d'administration des fonds de guerre fédéraux passeront au Conseil fédéral.

Article 4.

Les dispositions statuées par le premier membre et par la lettre c de l'article 6 de la présente Constitution ne sont pas applicables aux Constitutions cantonales actuellement en vigueur.

Les prescriptions de ces Constitutions qui seraient contraires aux autres dispositions de la Constitution fédérale seront abrogées du jour où la présente Constitution sera déclarée acceptée.

Article 5.

La perception des droits d'entrée fédéraux continuera jusqu'à ce que les tarifs des nouveaux péages qui seront perçus par la Confédération à la frontière suisse aient été mis à exécution.

Article 6.

Les arrêtés de la Diète et les concordats non contraires à la présente Constitution fédérale demeurent en vigueur jusqu'à ce qu'ils soient abrogés.

Les concordats dont le contenu est devenu l'objet de la législation fédérale cesseront d'être en vigueur dès que ces lois seront exécutoires.

Article 7.

Dès que l'Assemblée fédérale et le Conseil fédéral seront constitués, le Pacte fédéral du 7 Août 1815 sera abrogé.

Constitution révisée.

Article 3.

Jusqu'à l'adoption de la loi sur l'organisation du Tribunal fédéral, le nombre actuel des membres de ce Tribunal est maintenu.

Article 4.

Un délai de cinq ans est accordé aux Cantons pour introduire la gratuité de l'enseignement public primaire (article 25).

Article 5.

Les personnes qui exercent une profession libérale et qui, avant la promulgation de la loi fédérale prévue à l'article 30, ont obtenu un certificat de capacité d'un Canton ou d'une autorité concordataire représentant plusieurs Cantons, peuvent exercer cette profession sur tout le territoire de la Confédération.

Les anciennes dispositions transitoires 4, 5, 6 et 7 sont supprimées.

Article 2. Le Conseil fédéral est chargé de pourvoir à ce que le nouveau projet de Constitution reçoive une publicité prompte et complète.

Article 3. La nouvelle Constitution fédérale sera considérée comme adoptée si elle a été acceptée par la majorité des citoyens suisses prenant part à la votation et par la majorité des Cantons.

Pour établir la majorité des Etats, les votes des demi-Cantons seront comptés par une demi-voix.

Article 4. La votation aura lieu le même jour dans toute l'étendue de la Confédération. Ce jour sera fixé par le Conseil fédéral.

Toutefois, la votation ne pourra avoir lieu que quatre semaines au moins après la publication des changements proposés.

Article 5. Sera admis à prendre part au vote tout citoyen suisse ayant droit de suffrage dans les élections au Conseil national suisse.

Toutefois, les Cantons qui accordent le droit de vote avant l'âge de 20 ans révolus, pourront appliquer à la votation cette disposition de leur législation.

Article 6. Chaque Canton organisera sur son territoire la votation, à laquelle il sera procédé par commune ou par cercle. Les Cantons décideront si la votation aura lieu au scrutin secret ou au scrutin public. Seront d'ailleurs applicables à cette votation les prescriptions existantes dans chaque Canton pour les votations en matière de Constitution.

Article 7. Dans chaque commune ou cercle, il sera dressé un procès-verbal indiquant exactement le nombre des votants qui auront accepté le projet et le nombre des votants qui l'auront rejeté.

Article 8. Les Cantons, comme tels, exprimeront leur vote par l'organe des corps auxquels leur Constitution confère ce pouvoir.

L'autorité supérieure de chaque Canton pourra toutefois déclarer que le résultat de la votation fédérale dans le Canton (articles 4 à 7 ci-dessus) est accepté comme l'expression du vote de ce Canton.

Article 9. Les Cantons exprimeront leur vote au plus tard dans les quinze jours qui suivront la votation fédérale.

Article 10. Les Gouvernements cantonaux transmettront au Conseil fédéral, pour être communiqués à l'Assemblée fédérale, les votes de leurs Cantons, ainsi que les procès-verbaux de la votation fédérale. Les bulletins seront mis à la disposition de l'Assemblée fédérale.

L'Assemblée vérifiera le résultat des votations d'après les procès-verbaux, et dans le cas où il serait constaté que le projet a été accepté, elle déclarera que la Constitution fédérale ainsi révisée entre en vigueur.

Article 11. Le Conseil fédéral est chargé de l'exécution de la présente loi.

Ainsi décrété par le Conseil national,

BERNE, le 5 Mars 1872.

Le Président:
R. Brunner.
Le Secrétaire:
Schiess.

Ainsi décrété par le Conseil des Etats,

BERNE, le 5 Mars 1872.

Le Président:
A. Keller.
Le Secrétaire:
J.-L. Lüttcher.

LEGGE FEDERALE

SULLA

RIFORMA DELLA COSTITUZIONE FEDERALE

del 12 settembre 1848.

Del 5 Marzo 1872.

LEGGI FEDERALI

SULLA

RIFORMA DELLA COSTITUZIONE FEDERALE

del 12 settembre 1848.

del 5 marzo 1878.

LEGGE FEDERALE

SULLA

RIFORMA DELLA COSTITUZIONE FEDERALE DEL 12 SETTEMBRE 1848.

(Del 5 Marzo 1872).

L'ASSEMBLEA FEDERALE DELLA CONFEDERAZIONE SVIZZERA,

In applicazione degli articoli 111, 112 e 114, come pure dell'art. 74, cifra 1.^a della Costituzione federale,

Decreta:

Articolo 1.^o La Costituzione federale riformata nel modo seguente sarà sottoposta al popolo svizzero ed ai Cantoni per l'accettazione o il rifiuto.

Costituzione federale attuale.

In nome di Dio onnipotente:

La Confederazione Svizzera,

Allo scopo di rassodare la lega dei Confederati, di mantenere ed accrescere l'unità, la forza e l'onore della nazione Svizzera, ha adottato la seguente Costituzione federale:

COSTITUZIONE FEDERALE

DELLA

CONFEDERAZIONE SVIZZERA.

CAPITOLO PRIMO.

Disposizioni generali.

Articolo primo.

Le popolazioni dei ventidue Cantoni sovrani, riunite in forza della presente Lega, cioè: *Zurigo, Berna, Lucerna, Uri, Svitto, Untervaldo (Alto e Basso), Glarona, Zugo, Friburgo, Soletta, Basilea (Città e Campagna), Sciaffusa, Appenzello (ambedue i Rhodes), Sangallo, Grigioni, Argovia, Turgovia, Ticino, Vaud, Vallese, Neuchatel e Ginevra* costituiscono nel loro insieme la CONFEDERAZIONE SVIZZERA.

Articolo 2.

La Lega ha per iscopo: di sostenere l'indipendenza della Patria contro lo straniero, di mantenere la tranquillità e l'ordine nell'interno, di proteggere la libertà e i diritti dei Confederati, e di promuovere la loro comune prosperità.

Costituzione riformata.

Invariato.

Articolo primo.

Invariato.

Articolo 2.

Invariato.

Costituzione federale attuale.

Articolo 3.

I Cantoni sono sovrani, fin dove la loro sovranità non è limitata dalla Costituzione federale, e come tali, esercitano tutti i diritti, che non sono devoluti all'Autorità federale.

Articolo 4.

Tutti gli Svizzeri sono uguali innanzi alla legge. Nella Svizzera non vi ha sudditanza di sorta, non privilegio di luogo, di nascita, di famiglia o di persona.

Articolo 5.

La Confederazione garantisce ai Cantoni il loro territorio, la loro sovranità entro i limiti stabiliti dall'articolo 3, le loro costituzioni, la libertà, i diritti del popolo ed i diritti costituzionali dei cittadini; e similmente garantisce i diritti e le attribuzioni, che il popolo ha conferito alle Autorità.

Articolo 6.

I Cantoni sono obbligati a domandare per le loro Costituzioni la garanzia della Confederazione.

La Confederazione assume tale garanzia allorchè:

- a. esse nulla contengono di contrario alle prescrizioni della Costituzione federale;
- b. assicurano l'esercizio dei diritti politici giusta le forme repubblicane — rappresentative o democratiche;
- c. sieno state accettate dal popolo e possano essere riformate, quando la maggioranza assoluta dei cittadini lo richieda.

Articolo 7.

Ogni lega speciale ed ogni trattato speciale di natura politica tra i Cantoni sono proibiti.

Per lo contrario hanno essi diritto di conchiudere tra loro delle convenzioni sopra oggetti di legislazione, di giustizia o di amministrazione; però debbono presentarle all'esame dell'Autorità federale, la quale, se tali convenzioni contengono alcuna cosa di contrario alla Confederazione o ai diritti di altri Cantoni, è autorizzata ad impedirne l'esecuzione. Nell'opposto caso i rispettivi Cantoni hanno diritto di chiedere la cooperazione delle Autorità federali per l'esecuzione.

Articolo 8.

La Confederazione soltanto ha il diritto di dichiarare la guerra e di conchiudere la pace, di stipulare cogli Stati esteri alleanze o trattati, particolarmente di dazio e di commercio.

Articolo 9.

In via eccezionale i Cantoni hanno podestà di stipulare cogli Stati esteri de' trattati di economia pubblica, di rapporti di vicinato e di polizia; ma questi non hanno mai da contenere cosa alcuna che sia contraria alla Confederazione o ai diritti di altri Cantoni.

Articolo 10.

I rapporti ufficiali tra i Cantoni ed i governi degli Stati esteri, siccome pure coi rappresentanti di questi, hanno luogo per mezzo del Consiglio federale.

Tuttavia per gli oggetti accennati all'art. 9, i Cantoni possono corrispondere direttamente colle Autorità e cogli impiegati secondarj di un estero Stato.

Articolo 11.

Non è permesso conchiudere alcuna capitolazione militare.

Costituzione riformata.

Articolo 3.

Invariato.

Articolo 4.

Invariato.

Articolo 5.

Invariato.

Articolo 6.

Invariato.

Articolo 7.

Invariato.

Articolo 8.

Invariato.

Articolo 9.

Invariato.

Articolo 10.

Invariato.

Articolo 11.

Invariato.

Costituzione federale attuale.

Articolo 12.

I membri delle Autorità federali, gli impiegati civili e militari della Confederazione, i rappresentanti o i commissarj federali non possono ricevere da governi stranieri nè pensioni o stipendj, nè titoli, doni od ordini cavallereschi.

Ma quando essi fossero di già al possesso di pensioni, titoli d'onore od ordini cavallereschi, per tutto il tempo che dura il loro ufficio hanno da rinunciare al godimento delle pensioni, ad assumere il titolo che hanno ed a portare il distintivo dell'ordine cui appartengono.

Tuttavia il Consiglio federale può accordare ai funzionarj ed impiegati secondarj la facoltà di continuare a ricevere le loro pensioni.

Articolo 13.

La Confederazione non ha diritto di mantenere truppe permanenti.

Senza consentimento delle autorità federali nessun Cantone, o, nei Cantoni separati, nessuna parte del Cantone può avere più di 300 uomini di truppa permanente, non compresi i corpi di gendarmeria.

Articolo 14.

Quando nascono delle contese fra i Cantoni, debbono questi astenersi dal farsi giustizia da sè, e sottomettersi invece alla decisione federale.

Articolo 15.

Allorchè un Cantone è improvvisamente minacciato di pericolo dall'estero, il governo del Cantone minacciato ha obbligo di chieder per aiuto altri Cantoni, avvisandone al tempo stesso l'Autorità federale, e senza pregiudizio delle ulteriori disposizioni di questa. I Cantoni richiesti hanno dovere di accorrere in aiuto. Le spese sono a carico della Confederazione.

Articolo 16.

Allorchè l'ordine interno di un Cantone è turbato, o quando il pericolo è minacciato da un altro Cantone, il governo del Cantone minacciato dee darne immediata conoscenza al Consiglio federale, affinchè quest'ultimo, entro i limiti degli attributi suoi (art. 90, N.º 3, 10 e 11) possa prendere le necessarie provvidenze o convocare l'Assemblea federale. In casi urgenti il rispettivo governo è autorizzato, dandone immediato avviso al Consiglio federale, a richieder per aiuto altri Cantoni, e gli Stati di ciò richiesti hanno dovere di prestarsi.

Quando il governo del Cantone è fuori della possibilità di domandare aiuto, può, e quando la sicurezza della Svizzera è periclitante, deve la competente Autorità federale intervenire spontaneamente.

Ne' casi d'intervento federale le Autorità della Confederazione vegliano a fine siano adempiute le prescrizioni dell'art. 5.

Le spese vanno a carico del Cantone richiedente o di quello che causò l'intervento federale, quando l'Assemblea federale, a cagione di speciali circostanze, non decida altrimenti.

Articolo 17.

Nei casi indicati dagli art. 15 e 16, ogni Cantone ha dovere di lasciar libero passaggio alle truppe. Queste hanno immediatamente da essere poste sotto comando federale.

Costituzione riformata.

Articolo 12.

Ritenuti i primi tre alinea, coll'aggiunta dei due alinea seguenti:

Nell'armata svizzera non si possono portar ordini nè far valere titoli conferiti da Governi esteri.

L'accettare siffatte distinzioni è interdetto a tutti gli ufficiali, sotto-ufficiali e soldati.

Articolo 13.

Invariato.

Articolo 14.

Invariato.

Articolo 15.

Invariato.

Articolo 16.

Invariato.

(Articolo 99, cifra 3, 10 e 11).

Articolo 17.

Invariato.

Articolo 18.

Ogni Svizzero è obbligato al servizio militare.

Articolo 19.

L'armata federale, che è composta dei contingenti dei Cantoni, consiste:

a. nel contingente federale, pel quale ogni Cantone dee fornire 3 uomini sopra 100 anime di popolazione svizzera;

b. nella riserva, che è la metà del contingente federale.

Ne' tempi di pericolo la Confederazione può disporre ancora delle altre forze militari (Landwehr) di ogni Cantone.

La scala secondo la quale ogni Cantone deve fornire l'assegnato contingente in uomini, sarà riveduta ogni vent'anni.

Articolo 20.

Affinchè l'armata federale abbia la voluta uniformità ed attitudine al servizio, vengono stabilite le seguenti massime:

1. Una legge federale determina l'organizzazione generale dell'armata federale.

2. La Confederazione si incarica:

a. dell'istruzione delle truppe del genio, d'artiglieria e di cavalleria, coll'obbligo però ai Cantoni che hanno da mantenere queste specie d'armi, di fornire i cavalli;

b. di formare degli istruttori per le altre specie di armi;

c. dell'istruzione superiore militare, per il che erige delle scuole militari speciali ed ordina delle riunioni di truppe;

d. della somministrazione di una parte del materiale di guerra.

La centralizzazione dell'istruzione militare in caso di bisogno potrà essere maggiormente sviluppata dalla legislazione federale.

3. La Confederazione veglia all'istruzione militare della fanteria e dei carabinieri, come pure all'acquisto, alla fabbricazione ed al mantenimento del materiale da guerra, cui i Cantoni debbono fornire all'armata federale.

4. I regolamenti militari dei Cantoni non ponno contenere cosa alcuna che sia contraria all'organizzazione militare federale ed agli obblighi federali che spettano ai singoli Cantoni, e debbono a questo scopo essere presentati all'esame del Consiglio federale.

5. Tutti i corpi di truppa al servizio della Confederazione portano esclusivamente la bandiera federale.

Articolo 21.

Nell'interesse della Confederazione o di una gran parte della medesima, ha essa il diritto di erigere pubbliche opere a spese della Confederazione stessa, o aiutare l'erezione delle medesime.

A questo uopo è pure autorizzata a valersi del diritto di espropriazione mediante pieno indennizzo. Le ulteriori disposizioni sono riservate alla legislazione federale.

L'Assemblea federale può interdire l'erezione di opere pubbliche, le quali siano di danno agli interessi militari della Confederazione.

Articolo 18.

Ogni Svizzero è obbligato al servizio militare.

I militi che a causa del servizio militare federale perdono la vita o soggiacciono ad un'imperfezione fisica permanente, hanno diritto per sè o per le famiglie loro, in caso di bisogno, al soccorso della Confederazione.

Articolo 19.

L'armata federale si compone di tutti gli uomini obbligati al servizio militare a norma della legislazione federale.

In tempi di pericolo la Confederazione può disporre anche degli uomini non appartenenti all'armata federale e d'ogni altro mezzo di guerra dei Cantoni.

I Cantoni dispongono delle forze militari del rispettivo territorio in quanto questo loro diritto non sia limitato dalle disposizioni della Costituzione o delle leggi della Confederazione.

Articolo 20.

L'organizzazione dell'armata federale è oggetto della legislazione federale.

In quanto non ostino ragioni militari, le unità tattiche dovranno essere formate di truppa di un medesimo Cantone.

Le spese di istruzione, armamento, vestiario ed equipaggiamento dell'armata federale sono sopportate dalla Confederazione.

Il materiale di guerra dei Cantoni in quell'effettivo che è prescritto dalle leggi sin qui vigenti, passa alla Confederazione.

Resta però riservato ai Cantoni il diritto di disporre in conformità dell'art. 19, lemma 3.

La Confederazione ha il diritto di prendere in uso o di ritirare in proprietà le piazze d'armi e gli edifici che si trovano nei Cantoni con destinazione militare. Le speciali condizioni per l'esercizio di questo diritto saranno regolate dalla legislazione federale.

L'esecuzione della legge militare nei Cantoni ha luogo per mezzo delle Autorità cantonali nei limiti fissati dalla legislazione federale.

Articolo 21.

Invariato.

Costituzione federale attuale.

Articolo 22.

La Confederazione ha diritto di erigere un' Università ed una Scuola Politecnica.

Articolo 23.

I dazj sono di competenza federale.

Articolo 24.

La Confederazione ha il diritto, mediante indennizzo, di sopprimere in tutto od in parte i dazj di terra o di acqua, i pedaggi ed i pontenaggi, i diritti obbligatorij di dogana e gli altri di questa specie accordati o riconosciuti dalla Dieta, spettino essi ai Cantoni, o siano percepiti da Comuni, da Corporazioni o da privati. Quei dazj e pedaggi, che gravitano sul transito, devono in ogni caso essere riscattati su tutto il territorio della Confederazione e contemporaneamente.

La Confederazione ha il diritto di far pagare ai confini svizzeri un dazio di entrata, di uscita e di transito.

Essa ha egualmente il diritto, mediante indennizzo, o di appropriarsi o di godere per locazione di quei fabbricati che, posti alla frontiera Svizzera, sono al presente destinati all'amministrazione daziaria.

Articolo 25.

La percezione dei dazj dee regolarsi coi seguenti principj:

1. Diritti di importazione:

- a. Le stoffe ed il materiale necessario all'industria interna, nella tariffa daziaria, sono tassati il meno possibile.
- b. Egualmente gli oggetti necessarj al sostentamento della vita.
- c. Gli oggetti di lusso soggiacciono alla tassa più alta.

2. I diritti di transito, e di regola anche i diritti di esportazione, sono fissati il più possibilmente modici.

3. La legislazione daziaria stabilisce le disposizioni proprie alla sicurezza del commercio di confine e di mercato.

Alla Confederazione è sempre riserbato il diritto di adottare in istraordinarie circostanze, declinando dalle precedenti disposizioni, delle temporarie speciali provvidenze.

Costituzione riformata.

Articolo 22.

La Confederazione ha il diritto di alta sorveglianza sulla polizia delle opere idrauliche e delle foreste nelle regioni elevate.

Essa sussidierà la correzione e l'arginatura dei torrenti montani e l'imboschimento dei siti di loro origine, e stabilirà i provvedimenti necessari per la conservazione di queste opere e dei boschi esistenti.

Articolo 23.

La Confederazione ha il diritto di statuire disposizioni legislative per la protezione degli uccelli utili all'agricoltura e alla selvicoltura, non meno che per l'esercizio della pesca e della caccia, nominatamente per la conservazione del grosso selvaggiume nelle montagne.

Articolo 24.

La legislazione sulla costruzione e l'esercizio delle strade ferrate è di competenza della Confederazione.

Articolo 25.

La Confederazione ha il diritto di erigere un' Università, una Scuola politecnica e altri Istituti superiori d'istruzione.

I Cantoni provvedono per l'istruzione primaria obbligatoria e gratuita.

La Confederazione può stabilire in via legislativa il minimum dell'insegnamento da esigersi dalle scuole primarie.

Articolo 26.

I dazi sono di spettanza della Confederazione. La quale ha il diritto di percepire tasse daziarie d'entrata e di sortita.

L'attuale articolo 24 resta eliminato.

Articolo 27.

Nella percezione dei dazi si osserveranno le massime seguenti:

1. Tasse d'entrata:

- a. Le materie necessarie per l'industria e per l'agricoltura del paese saranno nella tariffa daziaria tassate il più basso possibile.
- b. Eguale riguardo si avrà pure per le cose necessarie alla vita.
- c. Gli oggetti di lusso saranno soggetti alle tasse più elevate.

Queste massime saranno seguite anche nella stipulazione di trattati di commercio coll'estero.

2. Le tasse di sortita saranno moderate quanto più possibile.

3. La legislazione daziaria dovrà contenere disposizioni atte a guarentire i rapporti di frontiera e dei mercati. Resta però sempre riservato alla Confederazione il diritto di adottare, in circostanze straordinarie, eccezionali misure temporanee.

Costituzione federale attuale.

Articolo 26.

Il prodotto dei dazj d'importazione, esportazione e transito viene impiegato nel modo seguente:

- a. Ogni Cantone riceve 4 batz per testa di tutta la popolazione computata coi registri del 1838.
- b. Quando un Cantone, col compenso indicato alla lettera a, non è bastevolmente indennizzato pei diritti soppressi giusta l'art. 24, gli si compete inoltre quanto è necessario a risarcirlo dei diritti medesimi, prendendo per base la media proporzionale del prodotto netto dei cinque anni, dal 1842 al 1846 inclusivamente.
- c. Il di più dell'entrata si versa nella cassa della Confederazione.

Articolo 27.

Se alcuni dazj, pedaggi e pontenaggi furono accordati ad estinzione di un capitale impiegato in una costruzione o di una parte del medesimo, la riscossione degli stessi o l'indennizzazione cessa tosto che è coperto il capitale, o la rispettiva parte di esso, insieme cogli interessi.

Articolo 28.

Colle presenti disposizioni non deesi apportare alcun nocumento alle condizioni sui diritti di transito contenute nei trattati di strade ferrate già conclusi. La Confederazione all'incontro subentra in quei diritti, che i Cantoni, in forza di tali trattati, hanno per sé riservati rispetto al transito.

Articolo 29.

E' libera la vendita e la compera dei mezzi di sussistenza, del bestiame e delle mercanzie, dei prodotti del suolo e di ogni maniera d'industria; libera è pure la loro entrata, uscita e transito da un Cantone all'altro.

Vanno riservati:

- a. Rispetto alla vendita ed alla compera, la regalia del sale e della polvere.
- b. Le disposizioni dei Cantoni, che riguardano la polizia del commercio, dell'industria e delle strade.
- c. Le disposizioni sul caparramento dannoso dei mezzi di sussistenza.
- d. Le momentanee provvidenze di polizia sanitaria in tempi di epidemia.

Le disposizioni accennate alle lettere b e c, debbono considerare e trattare egualmente i cittadini del Cantone e gli Svizzeri, cittadini di altri Cantoni. Queste hanno da essere sottoposte alla revisione del Consiglio federale, nè possono mai essere eseguite prima d'aver ricevuto l'approvazione del medesimo.

- e. I diritti accordati o riconosciuti dalla Dieta, e che la Confederazione non ha aboliti (art. 24 e 31).
- f. I diritti di consumo sul vino e altre bevande spiritose, secondo il prescritto dall'art. 32.

Costituzione riformata.

Articolo 28.

La rendita dei dazi è devoluta alla Cassa federale.

Le indennità sin qui pagate ai Cantoni pei dazi, pedaggi, pontenaggi, diritti di dogana ed altri di simil genere stati riscattati, restano soppresses.

Eccezionalmente i Cantoni di Uri, dei Grigioni, del Ticino e del Vallese, per riguardo alle loro strade internazionali alpine, ricevono un'indennità annua, che, tenuto calcolo di tutte le circostanze, viene stabilita come segue:

Per Uri	fr.	70,000
» Grigioni	»	200,000
» Ticino	»	200,000
» Vallese	»	50,000

Per il carico della rottura delle nevi sul San Gottardo i Cantoni di Uri e del Ticino ricevono inoltre un'annua indennità complessiva di fr. 40,000, e ciò sino a tanto che alla strada di quel passo alpino non sia venuta a sostituirsi una via ferrata.

L'attuale articolo 27 resta eliminato.

L'attuale articolo 28 resta eliminato.

Articolo 29.

La libertà di commercio e d'industria è garantita in tutta l'estensione della Confederazione.

Sono riservati:

- a. La regalia del sale e delle polveri, i dazi federali, i diritti d'entrata sul vino e sulle bevande spiritose, come pure le altre imposte di consumo espressamente riconosciute dalla Confederazione, a norma dell'articolo 33.
- b. Misure di polizia sanitaria contro le epidemie e le epizoozie.
- c. Le discipline sull'esercizio del commercio e dell'industria, e sulle imposte relative alle professioni industriali, non meno che sul servizio delle strade.

Tali discipline non potranno portar pregiudizio al principio della libertà di commercio e d'industria.

Articolo 30.

Resta in facoltà dei Cantoni il subordinare l'esercizio delle professioni liberali ad una prova di capacità.

La legislazione federale provvederà a che le apposite abilitazioni possano aver valore in tutta la Confederazione.

Articolo 30.

La legislazione federale, in quanto la Confederazione può avervi interesse, si riserva di prendere le necessarie disposizioni rispetto all'abolizione dei privilegi riguardanti il trasporto di persone e mercanzie di ogni sorta, tanto fra Cantone e Cantone quanto nell'interno di ciascheduno di essi, così per acqua come per terra.

Articolo 31.

La riscossione dei diritti indicati all'art. 29 lett. e è sotto la sorveglianza del Consiglio federale. Questi diritti, senza l'approvazione dell'Assemblea federale, non possono essere aumentati, nè la riscossione dei medesimi essere prolungata, quando sia stata circonscritta ad un tempo determinato.

I Cantoni non possono in guisa alcuna, nè sotto qualsivoglia denominazione, introdurre di nuovo dazj, pedaggi o pontenaggi. Tuttavia l'Assemblea federale può concedere per un tempo determinato cotali diritti, e ciò per favorire e sostenere l'erezione di opere pubbliche, che, giusta lo spirito dell'art. 21, sono pel commercio di universale interesse, e che senza questa concessione non potrebbero essere eseguite.

Articolo 32.

È facoltativo ai Cantoni, oltre i diritti riservati all'art. 29, lett. e, di percepire dei diritti di consumo sul vino ed altre bevande spiritose, sempre però colle seguenti restrizioni:

- a. Nella loro riscossione il transito non deve in alcuna guisa essere aggravato, nè il commercio in generale inceppato che il meno possibile, nè caricato di verun altro diritto.
- b. Se gli oggetti importati pel consumo vengono nuovamente esportati dal Cantone, i diritti di consumo già pagati debbono essere restituiti senza niun altro aggravio.
- c. I prodotti svizzeri sono aggravati di diritti più bassi che non quelli dell'estero.
- d. I diritti di consumo sul vino e sulle altre bevande spiritose di origine svizzera non possono essere aumentati in quei Cantoni nei quali esistono, nè introdotti in quelli, ne' quali ora non se ne riscuote alcuno.
- e. Le leggi ed i decreti dei Cantoni sulla percezione dei diritti di consumo, prima d'essere posti in vigore, debbono presentarsi all'Autorità federale per l'approvazione, e questo onde sia impedita la trascuranza delle precedenti disposizioni.

L'attuale articolo 30 resta eliminato.

L'attuale articolo 31 resta eliminato.

Articolo 31.

Lo stabilimento di case di giuoco è interdetto.

Le case di giuoco ora esistenti devono essere chiuse nel termine di cinque anni, a datare dal giorno dell'accettazione della presente Costituzione.

Qualora esistessero concessioni state date dal principio dell'anno 1871 in poi, sono dichiarate nulle.

La Confederazione può altresì stabilire convenienti misure sulle lotterie.

Articolo 32.

La Confederazione è in diritto di emanare disposizioni uniformi a protezione degli operai contro l'esercizio di industrie malsane e pericolose, e di regolare in via legislativa l'occupazione dei fanciulli nelle fabbriche.

Le operazioni delle agenzie di emigrazione e delle imprese private di assicurazioni sono sottoposte alla sorveglianza e alla legislazione della Confederazione.

Articolo 33.

I Cantoni hanno la facoltà di esigere i diritti d'entrata mentovati all'art. 29 lett. a sul vino e su altre bevande spiritose sotto le seguenti restrizioni:

- a. Nella percezione di questi diritti non deve minimamente essere gravato il transito, e il commercio in generale non deve venire incagliato che il meno possibile, nè essere caricato di alcun'altra tassa.
- b. Se gli oggetti importati pel consumo vengono riesportati dal Cantone, i diritti d'entrata stati pagati saranno retrocessi senza ulteriore aggravio.
- c. I prodotti d'origine svizzera saranno tassati meno di quelli dell'estero.
- d. Relativamente ai diritti d'entrata sul vino ed altre bevande spiritose d'origine svizzera, non si potranno aumentare nei Cantoni dove già si trovano in vigore; non si potranno introdurre nei Cantoni nei quali non ne esistono ancora.
- e. Le leggi e i regolamenti dei Cantoni sulla percezione dei diritti d'entrata prima di essere mandati ad esecuzione saranno sottoposti all'approvazione dell'Autorità federale onde non abbiano a rimanere inosservate le premesse prescrizioni.

Al termine di venti anni tutti i diritti d'entrata attualmente percetti dai Cantoni e quelli consimili percetti in particolare da Comuni, resteranno soppressi senza indennità.

Articolo 33.

L'amministrazione postale su tutto il territorio della Confederazione viene assunta dalla Confederazione istessa dietro le seguenti prescrizioni:

1. Le comunicazioni postali attualmente esistenti non possono, nel loro insieme, essere diminuite senza consentimento dei Cantoni interessati.

2. Le tariffe in tutto il territorio della Confederazione vengono determinate dietro eguali basi ed il più possibilmente eque.

3. L'inviolabilità del segreto delle lettere è garantita.

4. La Confederazione indennizza la cessione della regalia postale, e precisamente colle seguenti disposizioni:

a. I Cantoni ricevono annualmente una somma, che è media proporzionale dell'introito netto percepito dall'amministrazione delle Poste sul territorio del proprio Cantone, durante i tre anni 1844, 1845 e 1846.

Quando poi l'introito depurato, cui la Confederazione riscuote dall'Amministrazione postale, non bastasse a tutti questi indennizzi, verrà ai Cantoni fatta una deduzione in proporzione della perdita e della media di sopra stabilita.

b. Quando un Cantone non ha ancor nulla direttamente ricevuto dalla regalia postale, o che per un contratto di cessione temporaria conchiuso con un altro Cantone ha manifestamente ricevuto meno di quel che, in modo patente e da dimostrarsi co' registri, l'esercizio della regalia postale sul proprio territorio ha prodotto di netto al Cantone cessionario, sono queste circostanze da prendersi equamente in considerazione nel determinare la somma d'indennizzo.

c. In que' luoghi ne' quali l'esercizio della regalia postale è stato ceduto ai privati, la Confederazione ne assume la relativa indennizzazione.

d. La Confederazione ha diritto ed obbligo di addossarsi il materiale pertinente all'Amministrazione delle Poste, quando questo sia adatto all'uso e necessario, corrispondendo ai proprietari un'equa indennizzazione.

e. L'Amministrazione federale ha diritto di valersi per proprio uso dei fabbricati, che attualmente sono destinati all'Amministrazione postale, mediante indennizzo o comperandoli o appigionandoli.

Articolo 34.

Nell'Amministrazione dei dazj e delle poste gli impiegati devono, per la maggior parte, essere scelti tra gli abitanti di quei Cantoni, pei quali sono destinati.

Articolo 35.

La Confederazione esercita la suprema sorveglianza sulle strade e sui ponti, il cui mantenimento ha per lei un interesse.

Le somme, che, secondo gli articoli 26 e 33, spettano ai Cantoni per dazj e poste, vengono trattenute dall'Autorità federale allorquando queste strade o ponti non sono mantenuti in convenevole stato dai Cantoni, corporazioni o privati ai quali spettano.

Articolo 36.

La Confederazione esercita tutti i diritti spettanti alla regalia monetaria.

Cessa il coniare delle monete per parte dei Cantoni, e ciò vien fatto solo dalla Confederazione.

E' oggetto della legislazione federale lo stabilire il sistema monetario, e la tariffa delle monete in circola-

Articolo 34.

Le poste e i telegrafi in tutta l'estensione della Confederazione sono del dominio federale.

Il prodotto della amministrazione delle poste e dei telegrafi entra nella cassa federale.

Le tariffe su tutto il territorio della Confederazione sono stabilite su basi eguali e quanto più è possibile moderate.

E' garantita l'inviolabilità del segreto delle poste e dei telegrafi.

Articolo 35.

Come l'attuale articolo 34.

Articolo 36.

La Confederazione esercita l'alta sorveglianza sulle strade e sui ponti alla cui conservazione la medesima ha interesse.

Le somme dovute ai Cantoni come all'art. 28 per la manutenzione delle strade internazionali alpine giacenti sul lor territorio, saranno dalla Autorità federale trattenute, quando queste strade non fossero dai rispettivi Cantoni conservate in buono stato.

Articolo 37.

Alla Confederazione spetta l'esercizio di tutti i diritti compresi nella regalia delle monete.

La coniazione delle monete è di esclusivo diritto della Confederazione.

Il sistema monetario è oggetto della legislazione federale, la quale può pure fissare la tariffa per monete estere.

Costituzione federale attuale.

zione; essa statuirà altresì le disposizioni precise, secondo le quali ogni Cantone è obbligato di far rifondere o riconiare le monete già da lui coniate.

Articolo 37.

La Confederazione, dietro i principj del vigente concordato federale, introdurrà su tutta l'estensione del suo territorio l'unità di peso e misura.

Articolo 38.

La Confederazione ha esclusivamente entro i suoi confini il diritto della fabbricazione e vendita della polvere da schioppo.

Articolo 39.

Le spese della Confederazione vengono pagate;

- a. cogli interessi dei fondi federali della guerra;
- b. col prodotto dei dazj svizzeri di frontiera;
- c. col prodotto dell'amministrazione postale;
- d. col prodotto dell'amministrazione della polvere;
- e. colle contribuzioni dei Cantoni, le quali però non possono imporsi se non per decreto dell'Assemblea federale.

Cotali contribuzioni vengono pagate dai Cantoni dietro una scala del contingente in denaro, la quale ogni vent'anni dee sottoporsi ad una revisione. Per una siffatta revisione serviranno di base sì la popolazione che le sostanze e l'industria dei Cantoni.

Articolo 40.

Costantemente dee trovarsi nella cassa federale, in moneta sonante, almeno una somma eguale al doppio contingente in denaro, onde sostenere le spese militari accagionate dalle leve di truppe federali.

Gli articoli 41, 42, 43 sono trasportati.

Articolo 42.

Ogni cittadino di un Cantone è cittadino svizzero. Come tale egli può esercitare i diritti politici negli affari federali e cantonali in quel Cantone nel quale è domiciliato. Tuttavia non può esercitare questi diritti se non alle medesime condizioni dei cittadini del Cantone; e rispetto agli affari cantonali, li può esercitare solo dopo una dimora più prolungata, la cui durata è stabilita dalla legislazione cantonale, ma che non può mai essere protratta ad oltre due anni.

Nissuno può esercitare i diritti politici in più di un Cantone.

Articolo 43.

Nessun Cantone può dichiarare un cittadino decaduto dal diritto di cittadinanza.

Costituzione riformata.

Articolo 38.

La Confederazione ha il diritto di decretare in via legislativa prescrizioni generali su l'emissione e il rimborso dei biglietti di banca.

Articolo 39.

Il sistema de' pesi e delle misure è fissato dalla Confederazione.

L'esecuzione delle leggi a ciò relative ha luogo per opera dei Cantoni sotto sorveglianza della Confederazione.

Articolo 40.

La fabbricazione e la vendita della polvere da fuoco in tutta la Svizzera è di spettanza esclusiva della Confederazione.

Le composizioni esplodenti non atte a servire come polvere da cannone non sono comprese nella regalìa.

Articolo 41.

Alle spese della Confederazione si fa fronte:

- a. Colla rendita dei fondi federali;
- b. Colla rendita dei dazi federali di confine;
- c. Colla rendita dell'amministrazione delle poste e dei telegrafi;
- d. Colla rendita della regia delle polveri;
- e. Col prodotto delle tasse sulle esenzioni militari;
- f. Coi contributi dei Cantoni, la cui sistemazione è riservata alla legislazione federale, ritenuta principalmente a norma la condizione delle rispettive fonti imponibili.

Attuale articolo 40 eliminato.

Articolo 42.

Ogni cittadino di un Cantone è cittadino svizzero. Come tale egli può prender parte a tutte le elezioni e le votazioni nel luogo di suo domicilio, previa giustificazione del suo diritto di voto.

Nessuno può esercitare diritti politici in più d'un Cantone.

Il domiciliato gode nel luogo di suo domicilio di tutti i diritti dei cittadini del Cantone e insieme anche di tutti i diritti dei cittadini del Comune, eccettuata la compartecipazione ai beni di patriziato e di corporazioni.

Negli affari cantonali e comunali egli acquisisce il diritto di voto dopo un domicilio di tre mesi. Il diritto di voto in affari comunali non si estende però all'amministrazione di quei beni ai quali il domiciliato non ha compartecipazione.

Le leggi cantonali sul domicilio e sul diritto di voto dei domiciliati nei Comuni dovranno essere sottomesse alla sanzione del Consiglio federale.

Articolo 43.

Nessun Cantone può bandire (espellere) dal proprio territorio un suo cittadino nè dichiararlo destituito del diritto d'origine o d'attinenza.

Nessun Cantone può accordare a stranieri il diritto di cittadinanza prima che non siano affatto liberi dai legami, che li teneano avvinti al proprio Stato.

Articolo 41.

La Confederazione garantisce a tutti gli Svizzeri il diritto di libero domicilio su tutto il territorio svizzero, conforme alle seguenti disposizioni:

1. A nessuno Svizzero può essere negato il domicilio in qualsiasi Cantone, quando egli posseda i seguenti ricapiti:

- a. una fede d'origine od altro documento di equivalente significato;
- b. un certificato di morale condotta;
- c. un attestato di essere in possesso dei diritti e onori civili;

2. Lo Svizzero non può essere obbligato da parte del Cantone in cui fissa il domicilio a veruna malleveria nè ad altro onere speciale per causa del domicilio.

3. Una legge federale stabilirà la durata del permesso di domicilio, non meno che il *maximum* dei diritti di cancelleria da pagarsi al Cantone per ottenerlo.

4. Il domiciliato gode di tutti i diritti dei cittadini del Cantone nel quale ha preso domicilio, eccettuata la partecipazione ai beni dei Comuni e delle corporazioni. Riguardo al diritto di voto negli affari comunali, il domiciliato svizzero sarà parificato ai cittadini del Cantone domiciliati.

Al domiciliato è particolarmente garantito il libero esercizio dell'industria e il diritto di acquisizione e di alienazione di beni stabili a norma delle leggi e regolamenti dei Cantoni, i quali in tutti questi rapporti devono tenere il domiciliato eguale al loro proprio cittadino.

5. Ai domiciliati di altri Cantoni non potranno da parte dei Comuni essere imposte prestazioni a' pesi comunali più onerose di quelle cui sono obbligati i domiciliati del proprio Cantone.

6. Il domiciliato può essere espulso dal Cantone in cui ha fermato la dimora:

- a. per sentenza giudiziaria penale;
- b. per ordine delle autorità di polizia, quando ha perduto i diritti civili e ha subito infamia legale, o che si è reso colpevole di immorale condotta, o che, divenuto povero, cade in aggraviamento, o che sia stato già più volte punito per trasgressioni di polizia.

Le condizioni alle quali può essere conferito il diritto di cittadinanza a forestieri, come pure quelle con cui uno Svizzero può rinunciare alla sua cittadinanza per acquistare una cittadinanza estera, saranno regolate dalla legislazione federale.

Articolo 44.

Ogni Svizzero ha diritto di prender domicilio in qualsivoglia luogo del territorio svizzero, quando posseda una fede d'origine o un altro corrispondente ricapito.

Eccezionalmente, il domicilio può essere rifiutato o rivotato:

- 1.º A coloro che per effetto di sentenza penale non sono in possesso de' loro diritti civili;
- 2.º A coloro che cadono in modo permanente a carico della beneficenza pubblica e a cui il Comune o il Cantone d'origine non accorda un proporzionato sostentamento quantunque richiestone ufficialmente.

Il domiciliato non può essere obbligato da parte del Cantone in cui fissa il domicilio a veruna malleveria nè ad altro onere speciale per causa del domicilio. Parimenti, il Comune dove egli prende domicilio non può sottometterlo ad imposte se non come un altro cittadino del luogo.

Una legge federale determinerà il *maximum* dell'emolumento di cancelleria da pagarsi pel permesso di domicilio.

Articolo 45.

Riguardo ai rapporti di diritto civile i domiciliati sono di regola sottoposti alla giurisdizione e alla legislazione del luogo di loro domicilio.

La legislazione federale statuirà le disposizioni necessarie per l'applicazione di questo principio e per impedire il caso di doppia imposta.

Articolo 46.

Una legge federale determinerà la differenza tra domicilio e dimora, prescrivendo ad un tempo particolari norme intorno ai diritti politici e civili dei dimoranti.

Articolo 47.

Una legge federale fisserà le necessarie disposizioni per le spese di assistenza e d'inumazione di attinenti poveri di un Cantone che cadono malati o hanno decesso in un altro Cantone.

Articolo 48.

La libertà di credenza e di coscienza è inviolabile,

Costituzione federale attuale.

La Confederazione non può imporre alle Cantoni alcuna legge che non sia necessaria per la sicurezza, la libertà o la prosperità della Confederazione. Non può essere data alcuna legge che non sia necessaria per la sicurezza, la libertà o la prosperità della Confederazione. Non può essere data alcuna legge che non sia necessaria per la sicurezza, la libertà o la prosperità della Confederazione.

Articolo 44.

È garantito il libero esercizio di culto delle Confessioni cristiane riconosciute su tutto il territorio della Confederazione.

Ai Cantoni e alla Confederazione resta riserbato il diritto di prendere le misure proprie al mantenimento dell'ordine pubblico e della pace tra le Confessioni.

Articolo 45.

È garantita la libertà della stampa.

La legislazione cantonale prende le necessarie disposizioni contro l'abuso della medesima, le quali disposizioni abbisognano però dell'approvazione del Consiglio federale.

La Confederazione ha il diritto di statuire delle leggi penali contro l'abuso della stampa, che prende di mira la Confederazione e le sue Autorità.

Articolo 46.

I cittadini hanno diritto di formare associazioni quando non sono illegali o pericolose allo Stato né per loro scopo, né per i mezzi a questo impiegati. La legislazione cantonale emana le convenienti disposizioni a reprimere l'abuso di codesto diritto.

Articolo 47.

È garantito il diritto di petizione.

Articolo 48.

Tutti i Cantoni hanno l'obbligo di ritenere tutti i cittadini svizzeri come eguali ai cittadini del proprio Cantone, sia nella legislazione che nella procedura giudiziaria.

Costituzione riformata.

Nessuno può essere menomato nell'esercizio dei diritti civili o politici per causa di opinioni religiose, né essere astretto a compiere un atto religioso, né essere punito per l'omissione d'un simil atto.

Nessuno è tenuto a pagare gravezze imposte per causa propria e speciale del culto di una confessione o di una associazione religiosa alla quale non appartiene.

Le opinioni religiose non prosciogliono dall'adempimento dei doveri di cittadino.

Articolo 49.

Il libero esercizio dei culti è garantito entro i limiti della moralità e dell'ordine pubblico.

Resta riservato ai Cantoni come alla Confederazione il prendere misure convenienti pel mantenimento dell'ordine pubblico e della pace tra le confessioni, non meno che contro le invasioni delle autorità ecclesiastiche nei diritti dei cittadini e dello Stato.

Articolo 50.

Il diritto al matrimonio è posto sotto la protezione della Confederazione.

Al matrimonio non può essere frapposto ostacolo per motivi né ecclesiastici né economici, né per titolo di anteriore condotta, né per qualsiasi altra ragione di polizia.

Finchè la legislazione federale (art. 55) non abbia statuito peculiari disposizioni per la valida conclusione del matrimonio, il matrimonio stato contratto in un Cantone o all'estero conformemente alle leggi ivi vigenti sarà riconosciuto come legittimo su tutto il territorio della Confederazione.

Pel fatto del matrimonio la moglie acquista il diritto d'origine del marito.

Pel susseguente matrimonio dei genitori resta legittimata la loro prole nata anteriormente.

Non è permesso l'esigere dagli sposi tasse d'ammissione, né altre consimili gravezze.

Articolo 51.

Egual all'attuale articolo 45.

Articolo 52.

Egual all'attuale articolo 46.

Articolo 53.

Egual all'attuale articolo 47.

Articolo 54.

Egual all'attuale articolo 48.

Articolo 55.

La legislazione sul diritto civile, compresa la procedura, è del dominio della Confederazione; però, sino a che non siano emanate in materia le leggi federali, resta integra la facoltà legislativa dei Cantoni.

Articolo 49.

Tutte le sentenze civili aventi forza esecutiva pronunciate in un Cantone debbono ottenere esecuzione in tutta la Svizzera.

Articolo 50.

Il debitore svizzero solvibile, che ha uno stabile domicilio, deve per pretese personali essere citato innanzi al giudice del proprio domicilio; e quindi a motivo di pretese non si può mettere sequestro di sorta sui beni di una persona fuori del Cantone in cui abita.

Articolo 51.

Ogni diritto di detrazione (*jus detractus* — *traite foraine* — *Abzugsrecht*) nell'interno della Svizzera, siccome pure qualsiasi diritto di prelazione (*droit de retrait* — *Zugrechte*), esercitato dai cittadini di un Cantone verso i cittadini di un altro Cantone, è abolito.

Articolo 52.

Rispetto agli Stati esteri vi ha libertà di trasporto delle sostanze sotto riserva di reciprocità.

Articolo 53.

Niuno può essere sottratto al proprio giudice costituzionale, e quindi non può essere creato verun tribunale eccezionale.

Articolo 54.

Per delitti politici non si può pronunciare sentenza di morte.

Articolo 55.

Una legge federale stabilirà le norme sull'estradizione degli imputati di delitti da un Cantone all'altro: nullameno l'estradizione per delitti politici e di stampa non può essere obbligatoria.

Articolo 56.

È oggetto della legislazione federale la definizione dei diritti di cittadinanza degli individui senza patria (*Heimathlosen*) e lo stabilire delle misure onde non se ne producano dei nuovi.

Articolo 57.

La Confederazione ha diritto di espellere dal territorio svizzero quei forestieri, che mettono a pericolo la sicurezza interna od esterna della Confederazione.

Articolo 58.

Non possono essere ammessi in nessuna parte della Svizzera nè i Gesuiti, nè le società ad essi affiliate.

Articolo 59.

Le Autorità federali possono emanare ordini di polizia sanitaria in tempi di epidemia di pericolo generale.

La Confederazione può inoltre estendere la sua legislazione anche al diritto penale e alla rispettiva procedura. Non può però essere dalla legislazione federale abolito l'istituto del giuri in quei Cantoni dove è già stabilito.

Quanto all'amministrazione della giustizia, essa rimane conservata ai Cantoni, con riserva delle competenze attribuite al Tribunale federale.

Articolo 56.

Eguale all'attuale articolo 49.

Articolo 57.

Eguale all'attuale articolo 50, colla seguente aggiunta:

L'arresto per causa di debiti è abolito.

Articolo 58.

Eguale all'attuale articolo 51.

Articolo 59.

Eguale all'attuale articolo 52.

Articolo 60.

Nessuno può essere sottratto al suo foro costituzionale e di conseguenza non può essere creato alcun tribunale eccezionale.

Del pari nessuno può essere astretto in affari matrimoniali a sottoporsi ad una giurisdizione ecclesiastica.

Articolo 61.

La pena di morte è abolita.

Rimangono però riservate le disposizioni del codice penale militare.

Le pene corporali sono proibite.

Articolo 62.

Eguale all'attuale articolo 55.

Articolo 63.

Eguale all'attuale articolo 56.

Articolo 64.

Eguale all'attuale articolo 57.

Articolo 65.

L'ordine dei gesuiti e le società ad esso affiliate non possono esser ricevuti in nessuna parte della Svizzera, e ai loro membri è interdetta ogni azione nella chiesa e nella scuola.

Articolo 66.

Alla Confederazione si compete la legislazione sulle disposizioni di polizia sanitaria contro epidemie ed epizoozie che danno a temere un pericolo generale.

Costituzione federale attuale.

CAPITOLO II.
Autorità federali.

I. Assemblea federale.

Articolo 60.

La suprema Autorità della Confederazione è esercitata dall'Assemblea federale che si compone di due sezioni:

- A. Del Consiglio Nazionale;
- B. Del Consiglio degli Stati.

A. Consiglio Nazionale.

Articolo 61.

Il Consiglio nazionale si compone dei Deputati del Popolo Svizzero. Per ogni 20,000 anime di popolazione viene eletto un membro.

Una frazione maggiore di 10,000 anime è computata per 20,000.

Ogni Cantone, e, dove i Cantoni sono separati, ognuna delle parti del Cantone, elegge per lo meno un membro.

Articolo 62.

Le elezioni pel Consiglio nazionale sono dirette. Esse hanno luogo in circoli elettorali federali, che però non possono essere formati da parti di Cantoni diversi.

Articolo 63.

Ha diritto di voto ogni Svizzero, che ha compiuto il ventesimo anno d'età e che del resto non è escluso dal diritto di cittadinanza attiva, secondo la legislazione del Cantone nel quale ha il suo domicilio.

Articolo 64.

Sono eleggibili come membri al Consiglio nazionale tutti i Cittadini svizzeri dello stato secolare aventi diritto di voto.

I cittadini svizzeri naturalizzati per essere eleggibili devono possedere l'acquistato diritto di cittadinanza almeno da cinque anni.

Articolo 65.

Il Consiglio nazionale viene eletto per la durata di tre anni, ed ogni volta è rinnovato per rielezioni integrali.

Articolo 66.

I membri del Consiglio degli Stati, del Consiglio federale e gli impiegati nominati da quest'ultimo non possono essere contemporaneamente membri del Consiglio nazionale.

Articolo 67.

Il Consiglio nazionale elegge nel proprio seno un Presidente ed un Vice-Presidente per ogni sessione ordinaria o straordinaria.

Quel membro che ha coperto la carica di Presidente in una sessione ordinaria, nella prossima sessione ordinaria non è eleggibile né come Presidente, né come Vice-Presidente. Il medesimo membro non può essere Vice-Presidente per due sessioni ordinarie consecutive.

Costituzione riformata.

CAPITOLO II.
Autorità federali.

I. Assemblea federale.

Articolo 67.

Sotto riserva dei diritti del popolo e dei Cantoni (art. 85, 89, 118) il potere supremo della Confederazione è esercitato dalla Assemblea federale che consta di due sezioni, ciò sono:

- A. il Consiglio nazionale,
- B. il Consiglio degli Stati.

A. Consiglio nazionale.

Articolo 68.

Eguale all'attuale articolo 61.

Articolo 69.

Eguale all'attuale articolo 62.

Articolo 70.

Ha diritto di voto nelle elezioni e nelle votazioni ogni Svizzero che ha compiuto l'età di 20 anni e che del resto secondo le leggi del Cantone nel quale ha domicilio non è escluso dal diritto attivo di cittadinanza.

Resta nondimeno riservato alla legislazione federale lo stabilire norme uniformi per l'esercizio di questo diritto.

Articolo 71.

Eleggibile a membro del Consiglio nazionale è ogni cittadino svizzero avente diritto di voto.

Articolo 72.

Eguale all'attuale articolo 65.

Articolo 73.

Eguale all'attuale articolo 66.

Articolo 74.

Eguale all'attuale articolo 67.

Costituzione federale attuale.

Quando vi abbia eguaglianza di voti, quello del Presidente decide; nelle nomine egli ha diritto di voto come ogni membro.

Articolo 68.

I membri del Consiglio nazionale vengono indennizzati dalla cassa federale.

B. Consiglio degli Stati.

Articolo 69.

Il Consiglio degli Stati è composto di 44 Deputati dei Cantoni. Ogni Cantone elegge due Deputati; nei Cantoni separati, ogni parte elegge un Deputato.

Articolo 70.

I membri del Consiglio nazionale e del Consiglio federale non possono contemporaneamente essere membri del Consiglio degli Stati.

Articolo 71.

Il Consiglio degli Stati per ogni sessione ordinaria o straordinaria nomina nel suo seno un Presidente ed un Vice-Presidente.

Un Cantone non può avere uno de' suoi Deputati nè come Presidente, nè come Vice-Presidente per due sessioni ordinarie consecutive.

I Deputati di uno stesso Cantone non possono coprire la carica di Vice-Presidente per due sessioni ordinarie consecutive.

Quando i voti sono pari, quello del Presidente decide; nelle nomine egli ha diritto di voto come ogni membro.

Articolo 72.

I membri del Consiglio degli Stati vengono indennizzati dai Cantoni.

C. Attributi dell'Assemblea federale.

Articolo 73.

Il Consiglio nazionale ed il Consiglio degli Stati debbono trattare tutti gli oggetti, che, giusta il tenore della presente Costituzione, sono di competenza federale e non sono attribuiti ad un'altra Autorità federale.

Articolo 74.

Gli oggetti, che spettano ai due Consigli, sono particolarmente i seguenti:

1. Le leggi ed i regolamenti per l'esecuzione della Costituzione federale, e precisamente le leggi sulla formazione dei circoli elettorali, sulla maniera di elezione, sull'organizzazione e spaccio degli affari per parte delle Autorità federali, e sulla formazione dei tribunali dei giurati (*Jury*).

2. Lo stipendio e l'indennizzazione dei membri delle Autorità federali e della Cancelleria federale, la creazione degli impieghi stabili e la determinazione dei loro onorari.

3. La nomina del Consiglio federale, del Tribunale federale, del Cancelliere, del Capo di Stato-maggiore e di Rappresentanti federali.

4. La ricognizione degli Stati e dei Governi esteri.

5. Le alleanze ed i trattati coll'estero, come pure l'approvazione dei trattati dei Cantoni tra loro e coll'estero. I trattati dei Cantoni però vengono presen-

Costituzione riformata.

Articolo 75.

Eguale all'attuale articolo 68.

B. Consiglio degli Stati.

Articolo 76.

Eguale all'attuale articolo 69.

Articolo 77.

Eguale all'attuale articolo 70.

Articolo 78.

Eguale all'attuale articolo 71.

Articolo 79.

Eguale all'attuale articolo 72.

C. Attributi dell'Assemblea federale.

Articolo 80.

Eguale all'attuale articolo 73.

Articolo 81.

Gli oggetti di attributo dei due Consigli sono segnatamente i seguenti:

1. Le leggi su l'organizzazione e il modo d'elezione delle Autorità federali;

2. Le leggi e i decreti sulle materie che dalla Costituzione federale sono collocate sotto la competenza della Confederazione;

3. Gli onorari e le indennità dei membri delle Autorità federali e della Cancelleria federale; la creazione di uffici permanenti e la fissazione dei relativi onorari;

4. La elezione del Consiglio federale, del Tribunale federale, del Cancelliere e del suo Sostituto, come pure del Generale dell'armata federale;

5. Le alleanze e i trattati coll'estero, come pure la approvazione di trattati dei Cantoni fra loro o coll'estero. Simili trattati dei Cantoni però non sono portati all'Assemblea federale se non quando si elevi reclamo dal Consiglio federale o da un altro Cantone;

Costituzione federale attuale.

tati all'Assemblea federale solo quando v'abbia richiamo o da parte del Consiglio federale, o da parte di un altro Cantone.

6. Le provvidenze per la sicurezza esterna, pel mantenimento dell'indipendenza e neutralità della Svizzera, il dichiarare la guerra ed il conchiuder la pace.

7. La garanzia delle costituzioni e del territorio dei Cantoni, l'intervento in conseguenza della garanzia, le misure per l'interna sicurezza, pel mantenimento della tranquillità e dell'ordine; l'amnistia e la grazia.

8. Le provvidenze che hanno per iscopo la conservazione della Costituzione federale, la garanzia delle costituzioni cantonali, l'adempimento dei doveri federali e la difesa dei diritti garantiti dalla Confederazione.

9. Le disposizioni legislative sull'organizzazione militare federale, sull'istruzione delle truppe e sulle contribuzioni dei Cantoni; le disposizioni intorno all'armata federale.

10. Lo stabilire la scala federale pel contingente in uomini ed in danaro; le disposizioni legislative sull'amministrazione e sull'impiego dei fondi federali della guerra; la riscossione del contingente in danaro dei Cantoni; i prestiti; il conto preventivo ed i resoconti.

11. Le leggi e decreti sui dazj, sulle poste, sulle monete, sui pesi e misure, sulla fabbrica e vendita della polvere da schioppo, sulle armi e sulle munizioni.

12. L'erezione di stabilimenti ed opere pubbliche, e le espropriazioni relative.

13. Le disposizioni legislative sui rapporti di domicilio, sui privi di patria (*Heimathlosen*) e la polizia sui forestieri e la sanitaria.

14. La suprema sorveglianza sull'amministrazione federale e sulla giustizia.

15. I riclami dei Cantoni o dei cittadini contro gli ordini o le decisioni del Consiglio federale.

16. Quelle contese tra i Cantoni che riguardano i diritti di Stato.

17. Le quistioni di competenza, particolarmente per decidere:

a. se un oggetto spetti alla Confederazione o alla sovranità cantonale;

b. se una questione spetti al Consiglio federale o al Tribunale federale.

18. La riforma della Costituzione federale.

Articolo 75.

Ambo i Consigli si radunano una volta all'anno in sessione ordinaria, in un giorno fissato dal regolamento.

Essi vengono pure convocati straordinariamente per decreto del Consiglio federale, oppure quando lo domandano il quarto dei membri del Consiglio nazionale, o cinque Cantoni.

Articolo 76.

Per validamente deliberare è necessaria la presenza della maggioranza assoluta dei membri del rispettivo Consiglio.

Articolo 77.

Nel Consiglio nazionale e nel Consiglio degli Stati decide la maggioranza dei votanti.

Articolo 78.

Per le leggi e le risoluzioni federali è necessario l'assenso di ambedue i Consigli.

Costituzione riformata.

6. Le Misure per la sicurezza esterna, pel mantenimento dell'indipendenza e neutralità della Svizzera; le dichiarazioni di guerra e le conchiusioni di pace;

7. La garanzia delle costituzioni e del territorio dei Cantoni; l'intervento in conseguenza della garanzia; le misure per la sicurezza interna, pel mantenimento della quiete e dell'ordine; l'amnistia e l'esercizio del diritto di grazia;

8. Le misure aventi per iscopo l'osservanza della Costituzione federale, la guarentigia delle costituzioni cantonali, l'adempimento degli obblighi federali;

9. Le disposizioni relative all'armata federale;

10. Lo stabilimento del preventivo annuale e l'esame della gestione di Stato, le deliberazioni sui prestiti. Le disposizioni generali sull'amministrazione della sostanza dello Stato;

11. La superiore sorveglianza sulla amministrazione e sulla giustizia federale;

12. I ricorsi contro le decisioni del Consiglio federale nelle quistioni amministrative a lui devolute a tenore dell'art. 110;

13. Le quistioni di competenza tra Autorità federali;

14. La revisione della Costituzione federale.

Articolo 82.

Eguale all'attuale articolo 75.

Articolo 83.

Eguale all'attuale articolo 76.

Articolo 84.

Eguale all'attuale articolo 77.

Articolo 85.

Per le leggi e le risoluzioni federali è necessario l'accordo dei due Consigli.

Articolo 79.

I membri di ambedue i Consigli votano senza istruzioni.

Articolo 80.

Ciascuno dei Consigli tratta e delibera separatamente. Per le nomine (art. 74, N.° 3), per l'esercizio del diritto di grazia e per la decisione delle quistioni di competenza ambedue i Consigli si riuniscono a deliberare in comune sotto la direzione del Presidente del Consiglio nazionale, e così decide la maggioranza assoluta dei membri votanti di ambo i Consigli.

Articolo 81.

Ognuno dei due Consigli ed ogni membro di ciascuno di essi ha il diritto di iniziativa.

I Cantoni esercitano per corrispondenza il medesimo diritto.

Articolo 82.

Le sessioni di ambedue i Consigli, di regola ordinaria, sono pubbliche.

II. Consiglio federale.**Articolo 83.**

Il Consiglio federale è la suprema Autorità esecutiva e direttoriale della Confederazione: esso è composto di sette membri.

Articolo 84.

I membri del Consiglio federale vengono nominati per tre anni dall'Assemblea federale fra tutti i Cittadini svizzeri che sono eleggibili come membri del Consiglio nazionale. Tuttavia da un Cantone non si può scegliere più di un membro.

Dopo ogni rinnovazione integrale del Consiglio nazionale ha pur luogo una totale rinnovazione del Consiglio federale.

Le leggi federali, come pure le risoluzioni federali che non sono di natura urgente, devono inoltre essere sottoposte al popolo per l'accettazione o il rifiuto, quando ciò sia domandato da 50,000 cittadini svizzeri aventi diritto di voto, oppure da cinque Cantoni.

Articolo 86.

Eguale all'attuale articolo 79.

Articolo 87.

Ciascun Consiglio delibera separatamente. Ma per le elezioni (art. 81, cif. 4), per l'esercizio del diritto di grazia e per la decisione di quistioni di competenza (art. 81, cif. 13) i due Consigli tengono seduta insieme presieduti dal Presidente del Consiglio nazionale per una deliberazione in comune, cosicchè la maggioranza assoluta dei membri votanti dei due Consigli riuniti è quella che decide.

Articolo 88.

Eguale all'attuale articolo 81.

Articolo 89.

Se 50,000 cittadini aventi diritto di voto, oppure cinque Cantoni domandano la modificazione o l'abrogazione di una legge federale o di una risoluzione federale esistente, oppure l'emanazione di una nuova legge o risoluzione federale sopra una data materia, e se a tale domanda non si oppongono impegni della Confederazione nascenti da vincolo di trattati, i due Consigli devono, se annuente alla domanda, elaborare il rispettivo progetto di nuova legge o risoluzione e sottoporlo al popolo per l'accettazione o il rifiuto.

Se i due Consigli non annuiscono alla domanda, questa deve essere sottomessa alla votazione del popolo, e quando la maggioranza dei cittadini votanti si pronuncia affermativamente, i Consigli devono allestire un corrispondente progetto di legge o di risoluzione e sottoporlo al popolo per l'accettazione o il rifiuto.

Articolo 90.

La legislazione federale stabilirà quanto è necessario relativamente alle forme e ai termini per le domande e la votazione popolare.

Articolo 91.

Eguale all'attuale articolo 82.

II. Consiglio federale.**Articolo 92.**

Eguale all'attuale articolo 83.

Articolo 93.

Eguale all'attuale articolo 84.

Costituzione federale attuale.

I posti divenuti vacanti nel frattempo, vengono surrogati nella prossima sessione dell'Assemblea federale per il resto della durata della carica.

Articolo 85.

I membri del Consiglio federale non possono coprire verun altro impiego, sia esso al servizio della Confederazione, sia di un Cantone, nè esercitare qualunque siasi professione o industria.

Articolo 86.

La presidenza del Consiglio federale è devoluta al Presidente della Confederazione; esso ed il Vice-Presidente vengono nominati fra i membri dello stesso, per la durata di un anno, dai due Consigli riuniti.

Il presidente che cessa non è più eleggibile pel seguente anno nè come Presidente, nè come Vice-Presidente. Lo stesso membro non può coprire la carica di Vice-Presidente per due anni consecutivi.

Articolo 87.

Il Presidente della Confederazione e gli altri membri del Consiglio federale ricevono dalla Cassa federale un annuo onorario.

Articolo 88.

Per trattare e risolvere legalmente devono essere presenti almeno quattro membri.

Articolo 89.

I membri del Consiglio federale nelle discussioni di ambedue le sezioni dell'Assemblea federale hanno voto consultivo, ed hanno pure diritto di fare delle proposte su d'un oggetto in deliberazione.

Articolo 90.

Il Consiglio federale, entro i limiti della presente Costituzione, ha particolarmente gli attributi ed obblighi seguenti:

1. Dirige gli affari federali, giusta le leggi ed i decreti della Confederazione.

2. Dee vegliare sulla precisa osservanza della Costituzione, delle leggi e dei decreti della Confederazione, non meno che sulle prescrizioni dei concordati federali: esso prende, tanto spontaneamente quanto per reclamo altrui, le necessarie provvidenze pel mantenimento degli stessi.

3. Veglia per la garanzia delle Costituzioni cantonali.

4. Propone all'Assemblea federale leggi e risoluzioni, ed accompagna del suo preavviso le proposte, che gli pervengono dai Consigli della Confederazione, o dai Cantoni.

5. Eseguisce le leggi e le risoluzioni federali, le sentenze del tribunale federale, e le transazioni o giudizi arbitramentali sulle quistioni tra i Cantoni.

6. Fa quelle nomine, che dalla Costituzione non sono attribuite all'Assemblea federale ed al Tribunale federale, o, per una legge, ad un'altra Autorità subalterna.

Nomina Commissari per missioni nell'interno o all'estero.

7. Esamina i trattati dei Cantoni fra loro o coll'estero e li approva se nulla osta (art. 74, N° 5).

8. Veglia alla conservazione degli interessi della Confederazione all'estero, e specialmente i rapporti di diritti internazionali, ed in generale è incaricato degli affari esteri.

Costituzione riformata.

Articolo 94.

Eguale all'attuale articolo 85.

Articolo 95.

Eguale all'attuale articolo 86.

Articolo 96.

Eguale all'attuale articolo 87.

Articolo 97.

Eguale all'attuale articolo 88.

Articolo 98.

Eguale all'attuale articolo 89.

Articolo 99.

Il Consiglio federale ha entro i limiti della presente Costituzione precipuamente le attribuzioni ed obbligazioni seguenti:

1. Egli dirige gli affari federali conforme alle leggi e alle risoluzioni federali.

2. Invigila all'osservanza della Costituzione, delle leggi, dei decreti e delle risoluzioni della Confederazione come anche delle prescrizioni dei concordati federali, prende le disposizioni che si richiedono per il loro mantenimento, sia di moto proprio sia dietro ricorsi, in quanto il giudizio di quest'ultimi non sia devoluto giusta l'art. 110 al Tribunale federale.

3. Vigila alla guarentigia delle costituzioni cantonali.

4. Presenta all'Assemblea federale progetti di leggi, decreti e risoluzioni e dà il suo preavviso sulle proposte che gli sono inviate dai Consigli della Confederazione o dai Cantoni.

5. Provvede all'esecuzione delle leggi, dei decreti e delle risoluzioni federali, delle sentenze del Tribunale federale, ed anche delle transazioni e dei giudizi arbitramentali in controversie tra Cantoni.

6. Fa le nomine che dalla Costituzione federale non sono commesse alla Assemblea federale nè al Tribunale federale, nè dalla legislazione attribuite ad altra Autorità.

7. Esamina i trattati dei Cantoni fra loro e coll'estero e li ratifica in quanto siano ammissibili (art. 81, cif. 5).

Cifra 8 sino a 16 eguale a cif. 8-16 dell'attuale articolo 90.

Costituzione federale attuale.

9. Veglia per la sicurezza esterna della Svizzera per il mantenimento della sua indipendenza e della sua neutralità.

10. Ha cura della sicurezza interna, del mantenimento della tranquillità e dell'ordine della Confederazione.

11. Nei casi di urgenza, se i Consigli non sono radunati, il Consiglio federale è autorizzato a fare una leva delle truppe necessarie ed a disporne, sotto riserva dell'immediata convocazione dell'Assemblea federale, quando le truppe levate oltrepassino i due mila uomini, o la durata ch'esse rimangono in armsia più di tre settimane.

12. E' incaricato di tutti gli affari militari e di tutti i rami di amministrazione, che spettano alla Confederazione.

13. Esamina le leggi e le disposizioni dei Cantoni, che necessitano della sua approvazione: invigila pure quei rami dell'amministrazione cantonale, cui la Confederazione ha sommessi alla sua sorveglianza, come sono gli oggetti militari, i dazi, le strade ed i ponti.

14. Ha l'amministrazione delle finanze della Confederazione, presenta il conto preventivo, ed il rendiconto delle entrate ed uscite della Confederazione.

15. Ha la sorveglianza sulla gestione di tutti i funzionari ed impiegati dell'amministrazione federale.

16. In ogni ordinaria sessione rende conto all'Assemblea federale della propria gestione; fa rapporto sullo stato interno ed esterno della Confederazione, e raccomanda all'attenzione di lei quelle misure, cui crede vantaggiose al promovimento della comune prosperità.

Di più, ha da presentare particolari rapporti quando l'Assemblea federale o una delle Sezioni di essa ciò richieda.

Articolo 91.

Gli affari del Consiglio federale vengono spartiti in dipartimenti fra i singoli membri. Questa distribuzione ha unicamente per iscopo di agevolare l'esame e lo spaccio degli affari; la decisione emana sempre dal Consiglio federale come Autorità.

Articolo 92.

Per affari speciali il Consiglio federale ed i suoi dipartimenti hanno diritto di aggiugnarsi degli esperti.

III. Cancelleria federale.

Articolo 93.

Una Cancelleria federale, presieduta da un Cancelliere, dà spaccio agli affari di Cancelleria tanto per l'Assemblea federale quanto pel Consiglio federale.

Il Cancelliere è nominato dall'Assemblea federale per la durata di tre anni, e sempre contemporaneamente al Consiglio federale.

La Cancelleria federale è sotto la sorveglianza speciale del Consiglio federale.

La più precisa organizzazione della Cancelleria federale è riserbata alla legislazione federale.

Costituzione riformata.

Articolo 100.

Eguale all'attuale articolo 91.

Articolo 101.

Eguale all'attuale articolo 92.

III. Cancelleria federale.

Articolo 102.

Una Cancelleria federale cui sta a capo un Cancelliere ha cura degli affari di cancelleria presso l'Assemblea federale e il Consiglio federale.

Il Cancelliere e il suo Sostituto sono nominati dall'Assemblea federale pel periodo di tre anni sempre contemporaneamente alla nomina del Consiglio federale.

La Cancelleria federale è sottoposta alla speciale sorveglianza del Consiglio federale.

L'organizzazione più particolare della Cancelleria federale resta riservata alla legislazione federale.

Costituzione federale attuale.

IV. Tribunale federale.

Articolo 94.

Vi è un Tribunale federale per l'amministrazione della giustizia in quanto essa cade nella competenza della Confederazione.

Per giudicare e sentenziare dei delitti sono istituiti dei Tribunali di giurati (*Jury*).

Articolo 95.

Il Tribunale federale consta di undici membri e di supplimentari, il cui numero verrà fissato dalla legislazione federale.

Articolo 96.

I membri del Tribunale federale ed i supplimentari vengono eletti dall'Assemblea federale. La durata della loro carica è di tre anni. La rinnovazione del Tribunale federale avviene dopo quella del Consiglio nazionale.

Se nel frattempo alcun posto rimane vacante, viene surrogato nella prossima sessione dell'Assemblea federale per il resto della durata in ufficio.

Articolo 97.

Ogni cittadino svizzero che è eleggibile pel Consiglio nazionale, può essere nominato membro del Tribunale federale.

I membri del Consiglio federale e gli impiegati nominati da lui non possono ad un tempo essere membri del Tribunale federale.

Articolo 98.

L'Assemblea federale nomina, sempre per un anno, il Presidente e il Vice-Presidente del Tribunale federale, scegliendolo tra i membri dello stesso.

Articolo 99.

I membri del Tribunale federale vengono indennizzati a giornata dalla Cassa federale.

Articolo 100.

Il Tribunale federale costituisce la sua Cancelleria.

Articolo 101.

Il Tribunale federale giudica come TRIBUNALE CIVILE:

1. Le quistioni, che non sono di diritto pubblico:
 - a. dei Cantoni tra loro;
 - b. della Confederazione con un Cantone.
2. Le quistioni tra la Confederazione da una parte, e Corporazioni o privati dall'altra allorchè queste Corporazioni o privati sono attori e l'oggetto in contesa giunge ad una importanza di valore da determinarsi dalla legislazione federale.

3. Le quistioni riguardanti quelli che non hanno patria (*Heimathlosen*).

Nei casi indicati al N. 1, lett. a. e b. avviene il rimando al Tribunale federale per parte del Consiglio federale. Quando questo decide negativamente la quistione, se un tale oggetto sia di spettanza del Tribunale federale, la differenza viene decisa dall'Assemblea federale.

Costituzione riformata.

IV. Organizzazione e attribuzioni del Tribunale federale.

Articolo 103.

Per l'amministrazione della giustizia, in quanto è del dominio della Confederazione, viene istituito un Tribunale federale.

Pei giudizi penali (articolo 109) hanno luogo tribunali di giurati (*giuri*).

L'attuale articolo 95 è eliminato.

Articolo 104.

I membri del Tribunale federale e i supplenti vengono nominati dall'Assemblea federale. Nella loro nomina si avrà riguardo a che tutte e tre le lingue nazionali siano rappresentate.

La legge determina l'organizzazione del Tribunale federale e delle sue sezioni, il numero dei membri e dei supplenti, il periodo della nomina e l'onorario loro.

Articolo 105.

Nel Tribunale federale può essere nominato ogni cittadino svizzero che è eleggibile al Consiglio nazionale.

I membri dell'Assemblea federale e del Consiglio federale e i funzionari nominati da queste Autorità non possono essere ad un tempo membri del Tribunale federale.

Per opera della legislazione federale possono essere dichiarate incompatibili colla carica di giudice federale anche altre cariche e professioni.

L'attuale articolo 98 è eliminato.

L'attuale articolo 99 è eliminato.

Articolo 106.

Il Tribunale federale costituisce la sua cancelleria.

Articolo 107.

Il Tribunale federale giudica nelle cause di diritto civile:

1. Fra la Confederazione e i Cantoni;
2. Fra la Confederazione da una parte e corporazioni o privati dall'altra parte, quando l'oggetto della lite abbia un'importanza da determinarsi dalla legislazione federale e quando queste corporazioni o questi privati siano attori;
3. Fra i Cantoni fra loro;
4. Fra i Cantoni da una parte e corporazioni o privati dall'altra parte, quando l'oggetto della lite è di una importanza da determinarsi dalla legislazione federale, ed una delle parti ne faccia domanda.

Il Tribunale federale pronuncia inoltre nelle quistioni circa ai privi-di-patria e nelle contestazioni sui diritti di cittadinanza fra Comuni di diversi Cantoni.

Articolo 102.

Il Tribunale federale ha dovere di assumere il giudizio anche di altri casi allorchè è invocato da ambedue le parti, e l'oggetto in contesa giugne ad una importanza di valore da determinarsi dalla legislazione federale. In tal caso però le spese vanno esclusivamente a carico delle parti.

Articolo 103.

L'azione del Tribunale federale per le sentenze criminali è determinata dalla legislazione federale, che stabilirà ulteriormente sul mettere in istato d'accusa, sulla formazione delle Corti criminali (*Cours d'assises*) e sul Tribunale di Cassazione.

Articolo 104.

La Corte criminale, coll'aggiunta dei Giurati che pronunciano sulle quistioni di fatto, giudica:

- a. nei casi che un'Autorità federale rimandi al giudizio penale gli impiegati da lei stessa nominati;
- b. nei casi di alto tradimento contro la Confederazione, di rivolta o di violenza contro le Autorità federali;
- c. dei delitti e trasgressioni contro il diritto delle genti;
- d. dei delitti politici e delle trasgressioni che furono cagione o conseguenza di turbolenze tali da rendere necessario l'intervento federale armato.

L'Assemblea federale ha diritto di pronunciare amnistia o grazia per delitti o trasgressioni di questa natura.

Articolo 105.

Il Tribunale federale giudica inoltre sulla violazione dei diritti garantiti dalla Costituzione federale, quando le relative accuse vengano a lui rimesse dall'Assemblea federale.

Articolo 106.

È in potere della legislazione federale il dichiarare di competenza del Tribunale federale anche altri casi, oltre agli oggetti designati agli articoli 101, 104 e 105.

Articolo 107.

La legislazione federale determinerà più particolarmente:

- a. intorno alla creazione di un procuratore dello Stato (*Ministère public, Staatsanwalt*);
- b. intorno ai delitti e trasgressioni di competenza del Tribunale federale, ed intorno alle pene da applicarsi;
- c. intorno alla procedura, che deve essere orale e pubblica;
- d. intorno alle spese giudiziarie.

Articolo 108.

Il Tribunale federale ha l'obbligo di assumere l'ufficio di giusdicente anche per altri casi, quando ciò sia parimenti domandato dall'una e dall'altra delle parti e l'oggetto litigioso sia d'un'importanza da determinarsi dalla legislazione federale.

L'attuale articolo 103 è eliminato.

Articolo 109.

Il Tribunale federale, col concorso di giurati che pronunciano sulla quistione di fatto, giudica in materia penale:

1. Sui casi di alto tradimento contro la Confederazione, di rivolta e di violenza contro le Autorità federali;
2. Sui crimini e delitti contro il diritto delle genti;
3. Sui crimini e delitti politici che sono causa o conseguenza di torbidi pei quali è occasionato un intervento armato federale, e
4. Nei casi in cui i funzionari nominati da un'Autorità federale gli sono da questa demandati pel giudizio penale.

Articolo 110.

Il Tribunale federale giudica inoltre:

Sui conflitti di competenza tra Autorità federali da una parte e Autorità cantonali dall'altra parte;
Sulle quistioni di diritto pubblico tra Cantoni;
Sui ricorsi per violazione di diritti costituzionali dei cittadini, come pure su quelli di privati per violazione di concordati e di trattati.

Sono riservate le contestazioni amministrative da precisarsi dalla legislazione federale.

In tutti questi casi però il Tribunale federale prenderà a norma le leggi emanate dall'Assemblea federale e le risoluzioni della medesima di valore generale, come pure i trattati da lei ratificati.

Articolo 111.

E' lasciato alla legislazione federale di comprendere nella competenza del Tribunale federale anche altri casi, oltre a quelli designati negli articoli 107, 109 e 110, e di determinare in ispecie le attribuzioni da conferirsi ad esso Tribunale in seguito all'emanazione delle leggi federali previste dall'art. 55 per l'applicazione uniforme delle medesime.

L'attuale articolo 107 è eliminato.

Costituzione federale attuale.

V. Disposizioni diverse.

Articolo 108.

Tutto che si riferisce alla sede delle Autorità federali è oggetto della legislazione federale.

Articolo 109.

Le tre lingue principali della Svizzera, la tedesca, la francese e l'italiana, sono lingue nazionali della Confederazione.

Articolo 110.

I funzionari della Confederazione sono responsabili della loro gestione. Una legge federale determinerà in modo più preciso questa responsabilità.

CAPITOLO III.

Riforma della Costituzione federale.

Articolo 111.

La Costituzione federale può essere riformata in ogni tempo.

Articolo 112.

La riforma ha luogo nel modo stabilito dalla legislazione federale.

Articolo 113.

Quando una sezione dell'Assemblea federale decide la riforma e l'altra non vi acconsente, oppure quando cinquantamila Cittadini svizzeri, aventi diritto di voto, domandano la riforma della Costituzione federale, si nell'uno che nell'altro caso, la questione — « se la riforma abbia o no ad aver luogo » — deve sottoporsi alla votazione del Popolo svizzero.

Quando in uno di questi casi la maggioranza dei Cittadini svizzeri votanti si dichiara affermativamente sulla questione, si procederà alla rielezione dei due Consigli onde por mano alla riforma.

Articolo 114.

La Costituzione federale riveduta entra in vigore quando è accettata dalla maggioranza de' Cittadini attivi che avranno votato, e dalla maggioranza dei Cantoni.

Disposizioni transitorie.

Articolo 1.

I Cantoni debbono pronunciarsi sull'accettazione della presente Costituzione federale a quel modo che è prescritto dalla Costituzione cantonale, o — dove la Costituzione nulla prescrive su ciò — a quel modo che verrà stabilito dalla suprema Autorità del rispettivo Cantone.

Costituzione riformata.

V. Disposizioni diverse.

Articolo 112.

Eguale all'attuale articolo 108.

Articolo 113.

Eguale all'attuale articolo 109.

Articolo 114.

Eguale all'attuale articolo 110.

CAPITOLO III.

Revisione della Costituzione federale.

Articolo 115.

Eguale all'attuale articolo 111.

Articolo 116.

Eguale all'attuale articolo 112.

Articolo 117.

Eguale all'attuale articolo 113.

Articolo 118.

La Costituzione federale riformata entra in vigore quando è accettata dalla maggioranza dei cittadini che prendono parte alla votazione e dalla maggioranza dei Cantoni.

Nello stabilire la maggioranza dei Cantoni, il voto di un mezzo Cantone è contato per mezzo voto.

Il risultato della votazione popolare in ciascun Cantone vale come suo voto di Stato.

Disposizioni transitorie.

Articolo 1.

Per la ripartizione del prodotto dei dazi e delle poste rimangono invariate le attuali condizioni sino a che le spese militari sin qui sopportate dai Cantoni non siano effettivamente passate a carico della Confederazione.

Inoltre, per via della legislazione federale, si farà

Costituzione federale attuale.

Articolo 2.

I risultati della votazione debbono spedirsi al Direttorio federale e per suo mezzo alla Dieta, la quale decide se la nuova Costituzione federale sia accettata.

Articolo 3.

Se la Dieta ha dichiarato che la Costituzione federale è accettata, prende immediatamente le necessarie provvidenze perchè venga eseguita.

Le attribuzioni del Consiglio federale della guerra e del Consiglio di amministrazione dei fondi federali della guerra passano al Consiglio federale.

Articolo 4.

Le prescrizioni contenute in principio ed alla lettera c, dell'art. 6 della presente Costituzione federale, non possono applicarsi alle Costituzioni dei Cantoni presentemente in vigore.

Quelle disposizioni delle Costituzioni cantonali, che sono in opposizione alle altre prescrizioni della Costituzione federale, cessano, come abolite, dal giorno che quest'ultima è stata dichiarata accettata.

Articolo 5.

La riscossione dei diritti svizzeri di frontiera dura finchè la tariffa dei nuovi dazii di confine da introdursi sia stata posta in esecuzione.

Articolo 6.

Le risoluzioni della Dieta ed i concordati rimangono in vigore fino alla loro soppressione o cangiamento, quando però non sieno in opposizione alla presente Costituzione federale.

Per lo contrario cessano dalla loro validità quei concordati, il contenuto dei quali fu dichiarato come oggetto di legislazione federale, e precisamente dall'istante che quest'ultima entra in vigore.

Articolo 7.

Tostochè l'Assemblea federale ed il Consiglio federale sono costituiti, cessa d'aver vigore il Patto federale del 7 agosto 1815.

Costituzione riformata.

in modo che quei Cantoni, ai quali dall'insieme delle modificazioni recate dagli articoli 20, 28 e 34, secondo alinea, viene a risultare una perdita finanziaria, non abbiano a subire questa perdita tutta intiera in una volta, ma solamente a poco a poco durante un periodo di transizione di alcuni anni.

Articolo 2.

Quelle disposizioni delle leggi federali, dei concordati, delle costituzioni e leggi cantonali che sono in contraddizione colla nuova Costituzione federale, restano coll'accettazione della medesima fuor di vigore.

Articolo 3.

Sinchè non sia adottata la legge d'organizzazione del Tribunale federale è conservato il numero attuale dei membri di questa Autorità.

Articolo 4.

Per l'introduzione della gratuità della pubblica istruzione primaria (art. 25) è lasciato ai Cantoni un termine di cinque anni.

Articolo 5.

Le persone esercenti professioni liberali che avanti l'emanazione della legge federale prevista all'articolo 30 hanno ricevuto da un Cantone o da una rappresentanza concordataria di più Cantoni il certificato d'idoneità, sono autorizzati ad esercitare la loro professione in tutta la Confederazione.

Le attuali disposizioni transitorie 4, 5, 6 e 7 restano eliminate (come anche 1, 2, 3).

Articolo 2. Il Consiglio federale provvederà alla sollecita e conveniente promulgazione del premesso progetto di una nuova Costituzione federale.

Articolo 3. La Nuova Costituzione federale sarà considerata come accettata quando si pronuncerà per essa la maggioranza dei cittadini svizzeri votanti e insieme la maggioranza dei Cantoni.

Nello stabilire la maggioranza dei Cantoni il voto di un mezzo Cantone si conta per mezzo voto.

Articolo 4. La votazione del popolo svizzero, su tutto il territorio della Confederazione, ha luogo in un medesimo giorno. Questo giorno viene fissato dal Consiglio federale.

Però la votazione non può seguire che 4 settimane almeno dopo avvenuta la pubblicazione delle proposte modificazioni della Costituzione federale.

Articolo 5. A questa votazione può prender parte ogni cittadino svizzero avente diritto di voto nelle elezioni pel Consiglio nazionale svizzero.

È però consentito ai Cantoni l'applicare, rispetto all'età voluta per l'esercizio del diritto di voto le prescrizioni della loro legislazione cantonale, in quanto questa accordi un tale diritto già prima dell'età di venti anni compiuti.

Articolo 6. Ciascun Cantone organizza la votazione sul suo territorio. Essa ha luogo per Comune o per Circolo. È lasciato in facoltà dei Cantoni il fissare se la votazione debba essere aperta o segreta. Del resto saranno in ciascun Cantone applicate per questa votazione le norme che valgono per le votazioni su affari costituzionali.

Articolo 7. In ciascun Comune, o in ciascun Circolo, sarà steso sulla votazione un processo verbale in cui sarà esattamente notato quanti voti hanno accettato il progetto della nuova Costituzione federale e quanti lo hanno rifiutato.

Articolo 8. I Cantoni come tali danno il loro voto per mezzo degli organi a ciò autorizzati dalla loro costituzione.

Con tutto ciò, le superiori Autorità cantonali possono anche semplicemente dichiarare il risultato della votazione federale nel Cantone (Art. 4-7 precedenti) come voto del medesimo Cantone.

Articolo 9. I Cantoni devono dare il loro voto entro la quindicina dopo la votazione popolare.

Articolo 10. I Governi cantonali trasmetteranno al Consiglio federale il voto del loro Cantone, come pure i processi verbali della votazione federale, per essere comunicati all'Assemblea federale. Le schede dei voti saranno tenute a disposizione di quest'ultima.

L'Assemblea federale verificherà in base ai processi verbali il risultato delle votazioni, e quando risulti essere il progetto stato accettato, dichiarerà entrata in vigore la Costituzione federale così riformata.

Articolo 11. Il Consiglio federale è incaricato dell'esecuzione della presente legge.

Così decretato dal Consiglio nazionale,

BERNA, 5 marzo 1872.

Il Presidente:

R. BRUNNER.

Il Segretario:

SCHIESS.

Così decretato dal Consiglio degli Stati,

BERNA, 5 marzo 1872.

Il Presidente:

A. KELLER.

Il Segretario:

G. L. LÜTSCHER.

Leadscha federala

1891

Im Auftrag der Kommission des Reichs für die Verwaltung des Reichs

von

Leders Federals

1880

Die Federals der Leders

1880

1880

Ledscha federala

resguardant

la revisiun della Constituziun federala dels 12 Settember 1848.

Dels 5 Mars 1872.



Ledscna federala

regnum

la revisione della Costituzione federala del 13 settembre 1848.

Del 5 Mars 1878

Ledscha federala

resguardant

la revisiun della Constituziun federala dels 12 Settember 1848.

Dels 5 Mars 1872.

L'Assemblea federala della Confederaziun svizzer,

in applicaziun dels art. 111, 112 e 114, sco eir del art. 74, ziffer 1 della Constituziun federala,

concluda:

Art. 1. La Constituziun federala vegn suotamissa nella seguainta redacziun alla votaziun del pövel svizzer e dels chantuns:

Constituziun federala actuala.

Constituziun revidada.

In nom da Dieu l'omnipotaint!

La Confederaziun svizzer,

nell'intenziun, dad affermir l'allianza dels Confederats, mantgnair et augmentar l'unitad, la forza e l'onur della Naziun svizzer, ha adoptà la seguainta Constituziun federala:

Constituziun federala

della

Confederaziun svizzer.

1. chapitel.

Disposiziuns generalas.

Art. 1.

Ils pövels dels 22 chantuns suveräns della Svizzer, units tras la preschainta allianza, nempe: Zürich, Bern, Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden (superiur et inferior), Glarus, Zug, Freiburg, Solothurn, Basel (citad e campagna), Schaffhausen, Appenzell (ambas Rhodas), St. Gallen, Grischn, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg e Genevra, fuorman in lur totalitad la Confederaziun svizzer.

Sainza mutaziun.

Art. 1.

Sainza mutaziun.

Art. 2.

La Confederaziun ha per scopo, da sgürar l'indipendenza della patria cunter l'extern, da mantgnair la quietezza e l'uorden nel interior, da proteger la libertad et ils drets dels Confederats e d'augmentar il bainstar commun.

Art. 3.

Es chantuns sun suveräns tant inavant cha lur suveränitad nun ais limitada tras la Constituziun federala et exerciteschan sco tals tuots ils drets, chi nun sun surdats alla Confederaziun.

Art. 4.

Tuots ils Svizzers sun eguals davant la ledscha. I nun da in Svizzeria ni sugets, ni privilegis del lö, della naschenscha, da famiglas o da persunas.

Art. 5.

La Confederaziun garantescha als chantuns lur territori, lur suveränitad nels limits fixats tras l'art. 3, lur Constituziuns, la libertad et ils drets del pövel, ils drets costituzionals dels vschins sco eir ils drets e las competenzas, ch'al pövel ha surdat allas autoritads.

Art. 6.

Ils chantuns sun obliats da dumandar dalla Confederaziun la garanzia da lur Constituziuns.

La Confederaziun accorda quista garanzia, suppost:

- cha quistas Constituziuns nun contegnan ünguotta contrari allas disposiziuns della Constituziun federala;
- ch'ellas sgüran l'exercizi dels drets politics tenor fuormas republicanas — representativas o democraticas;
- ch'ellas sajan acceptadas dal pövel e ch'ellas posson gnir revidadas cur cha la magioritad absoluta dels vschins dumanda.

Art. 7.

Allianzas particularas e contrats da natüra politica tranter ils chantuns sun scumandats.

Percunter han ils chantuns il dret, da serrar gio tranter els convenziuns supra ogets della legislatura, d'administraziun e da giudicatura; pero sun els obliats, da suotametter talas all'approbaziun dell'autoritad federala, quala ais autorisada, scha quistas convenziuns contegnan qualchosa contrari alla Confederaziun o als drets dels oters chantuns, dad impedir l'execuziun. Nel cas contrari sun ils chantuns autorisats, da reclamar la cooperaziun dellas autoritads federalas per l'execuziun da ditas convenziuns.

Art. 8.

La Confederaziun ha suletta il dret da declarar la guerra e da far pasch, d'intrar in alianzas e tractats cun stadis esters, principalmaing tractats da dazis e da commerci.

Art. 2.

Sainza mutaziun.

Art. 3.

Sainza mutaziun.

Art. 4.

Sainza mutaziun.

Art. 5.

Sainza mutaziun.

Art. 6.

Sainza mutaziun.

Art. 7.

Sainza mutaziun.

Art. 8.

Sainza mutaziun.

Art. 9.

Excepziunalmaing resta als chantuns la competenza, da concluder cun stadis esters tractats supra ogets concernant l'economia publica, il trafic vicinal e la polizia; pero nun suos-chan quists tractats contgnair ün-guotta contrari alla Confederaziun o als drets d'oters chantuns.

Art. 10.

Las relaziuns officialas tranter ils chantuns e las regenzas da stadis esters o lur representants vegnan intermediadas tras il cussagl federal.

Supra ils ogets menzionats nel art. 9 pon ils chantuns corresponder directamaing cullas autoritads subalternas e culs impiegats d'ün stadi ester.

Art. 11.

Id ais scumandà da serrar gio capitulaziuns militaras.

Art. 12.

Ils commembers dell'autoridad federala, ils impiegats civils e militaris della Confederaziun et ils representants o commissaris federals nun suos-chen acceptar da guvernamentals externs ni pensiuns, ni salaris, ni titels, ni regals o ordens.

Sun els fingia in possess da pensiuns, titels o decoraziuns, schi ston els renunziar durante lur offizi à lur pensiuns et à portar lur titels e lur decoraziuns.

Ad impiegats subalterns pero po il cussagl federal permetter da retschaiver inavant lur pensiuns.

Art. 13.

La Confederaziun nun ha il dret d'intratgnair truppas stablas.

Üngün chantun o mez-chantun nun suos-cha, sainza la permissiun dell'autoridad federala, tgnair pü da 300 hommens truppas permanentas, il corps dels gendarms (Landjäger) non compraïs.

Art. 14.

Ils chantuns nun suos-cha as güdar se svesse et as armar in cas da differenzas tranter els e dessen as suotametter alla decisiun federala.

Art. 15.

Nel cas d'ün privel innatschant da parte l'extern ais la regenza del chantun innatschà obliada, da clamar in agüd oters chantuns e d'avisar quellant simultanamaing

Art. 9.

Sainza mutaziun.

Art. 10.

Sainza mutaziun.

Art. 11.

Sainza mutaziun.

Art. 12.

Ils trais prüms alineas sun adoptats sainza mutaziun; aggiunschats vegnan ils duos seguaints:

Nell'armada federala nun aisi permis, ni da portar ordens, ni da far valair titels repartits da guvernamentals esters.

Id ais scumandà à tuot official, suot-offizial o sudà, d'acceptar distincziuns da tal natüra.

Art. 13.

Sainza mutaziun.

Art. 14.

Sainza mutaziun.

Art. 15.

Sainza amutaziun.

all'autorità federala, il tuot sainza pregüdizzi pellas disposiziuns, cha quist'ultima piglera. Ils chantuns sun obliats da praister succuors. Ils cuosts porta la Confederaziun.

Art. 16.

Nel cas, ch'al uorden interieur vegn disturba o chi innatscha privel da parte ün chantun, dess la regenza del chantun innatschà dar immediatamaing cognoschen-scha al cuss. federal, acciò cha quel possa tour las masüras necessarias infra ils limits da sia competenza (art. 90. No. 3, 10, 11), obain convocar l'assemblea federala. In cas urgents ais la regenza autorisada — avertind immediatamaing il cussagl federal — da requerir succuors d'oters chantuns, quals sun allura obliats da praister tal.

Cura la regenza chantunala ais or cas da dumandar agüd, schi po, e scha la securità della Svizzera ais innatschada, schi dess l'autorità federala competente intervegnir da se ora.

In cas d'intervenziun federala pissereschan las autoritads federalas, cha las prescripziuns del art. 5 vegnan observadas.

Ils cuosts porta il chantun, qual ha dumandà assistenza o occasionà l'intervenziun, scha l'assemblea federala nun decida otramaing in consideraziun da circostanzas particularas.

Art. 17.

Nels cas menzionats tras ils art. 15 e 16 ais ogni chantun oblià, d'accordar allas truppas liber passagio. Quistas saran immediatamaing plazadas suot il comando federal.

Art. 18.

Ogni Svizzer ais oblià da far servezzen militari.

Art. 19.

L'armada federala, fuormada or dels contingents chantunals consista:

- or della miliza federala, per la quala ogni chantun ha da furnir trais hommens sün 100 ormas della populaziun svizzera;
- or della riserva, la quala fuorma la mità della miliza federala.

In temps da privel po la Confederaziun disponer eir sur las ulteriuras forzas militarass d'ogni chantun, nempe sur la segunda riserva (Landwehr).

La s-chala dels contingents, quala fixa per ogni

Art. 16.

Sainza mutaziun.

(Art. 99, ziffer 3, 10 e 11)

Art. 17.

Sainza mutaziun.

Art. 18.

Ogni Svizzer ais oblià da far servezzen militari.

Militars, quals perden la vita in conseguenza del servezzen federal, o chi suffran ün dan permanent via da lur sandat, han il dret da pretender, in cas da bsögn, succuors della Confederaziun per els o per lur famiglas.

Art. 19.

L'armada federala consista or da tuots ils Svizzers obliats tras la legislaziun federala al servezzen militar.

In temps da privel po la Confederaziun disponer eir sur ils hommens non appertgnant tiers l'armada federala, sco eir sur tuot ulteriur material militar dels chantuns.

Ils chantuns disponen sur las forzas militarass da lur territori tant inavant cha quist dret nun ais limità tras la Constituziun o las ledschas federalas.

chantun il contingent tenor la supra norma, dess ogni 20 ans gnir suotamissa ad üna revisiun.

Art. 20.

A scopo d'introdüer nell'armada federala l'uniformitad e la capacitad necessaria vegnan statuidas las seguaintas normas:

1. Üna ledscha federala fixa l'organisaziun generala dell'armada federala.

2. La Confederaziun surpiglia:

- a. l'instrucziun del corps da genie, dell'artilleria e della cavalleria; ils chantuns pero, chi han da furnir quellas armas, sun obliats da praister ils chavals;
- b. l'instrucziun dels instructurs pellas otras armas;
- c. l'instrucziun superiura per tuot las armas, à qual scopo ella stabilischa scolas militaras et ordonnescha reuniuns da truppas;
- d. la prestaziun d'üna part del material da guerra.

La centralisaziun dell'instrucziun po, schi fa bsögn, gnir disvillopada ulteriurmaing tras la legislaziun federala.

3. La Confederaziun surveglia l'instrucziun militara dell'infanteria e dels carabinieri, sco eir las provisiuns, la construcziun et il mantegnamaint del material da guerra, ch'als chantuns sun obliats da furnir all'armada federala.

4. Las ordinaziuns militaras dels chantuns nun suos-chan contgnair ünguotta contrari all'organisaziun generala dell'armada et als obligs, ch'els han surtut vis-à-vis alla Confederaziun, e ston gnir suotamissas all'approbaziun del cuss. federal.

5. Tuots ils corps da truppa nel servezzen federal portan la bandera federala.

Art. 21.

La Confederaziun ha il dret, d'ordonnar sün seis cuosts o d'incuraschar tras subsidis lavurs publicas, chi sun nel interess della Svizzerà o d'üna part considerabla da tala.

A quist scopo ha ella il dret d'expropriaziun cunter üna güsta indemnizaziun. Las ulteriuras normas lasupra saran statuidas tras la legislaziun federala.

L'assemblea federala po impedir construcziuns publicas, chi pudessen portar dan als interess militars della Confederaziun.

Art. 20.

L'organisaziun dell'armada federala ais affar della legislaziun federala.

Tant inavant cha radschuns militaras nun impedeschon, desson las unitads tacticas gnir fuormadas or della truppa del medem chantun.

Ils cuosts dell'instrucziun, del armamaint, del equipamaint dell'armada federala porta la Confederaziun.

Il material da guerra dels chantuns, nel stadi prescrit preschaintamaing tras las ledschas, passa alla Confederaziun.

Als chantuns ais reservà il dret da disposiziun nels limits del art. 19, lemma 3.

La Confederaziun ha il dret d'as servir o da tour possess dellas plazas d'arma e dels edifizis destinats à scopos militaris, chi as chattan nels chantuns. Las condiziuns, suot las qualas ella po far adöver da quel dret, saran regladas tras üna ledscha federala.

L'execuziun della ledscha militar nels chantuns ha lö tras las autoritads chantunales nels limits fixats tras la legislaziun federala.

Art. 21.

Sainza mutaziun.

Art. 22.

La Confederaziun ha il dret della surveglianza suprema sur la construcziun dels rampars e sur la polizia forestala nellas regiuns alpinas.

Ella subsidiera la correcziun e la fermaziun da flüms rapids (tras archas, rampars etc.), sco eir la replantaziun da gods nellas regiuns, inua dits flüms piglian lur

Art. 22.

La Confederaziun ha il dret da crear ün'universitad svizzer a o üna scola polytechnica.

Art. 23.

Ils dazis sun affar della Confederaziun.

Art. 24.

La Confederaziun ha il dret da dismetter cunter indemnizaziun totalmaing o parzialmaing ils dazis sün terra e sün ova, sün vias e punts, sco eir otras taxas da quella sort, accordadas o recognoschüdas dalla Dieta, saja cha talas vegnan relevadas da parte chantuns, communitads, corporaziuns o privats. Tuots dazis e taxas sün vias, chi agraven il transit, dessen in tuot cas gnir cumpradas ora sün tuot il territori della Confederaziun e que nel medem temp.

La Confederaziun ha il dret da relevar süls confins svizzers dazis d'import, d'export e da transit.

Ella ais autorisada, da s'appropriar o da fitar cunter indemnizaziun ils ädifizis süls confins svizzers destinats actualmaing pell'administraziun della duanas.

Art. 25.

La percepziun dels dazis federals sara reglada tenor las seguintas normas:

1. Taxas sül import:

- Il material necessari all'industria interna dess gnir taxà usche bass possibel.
- Medemamaing eir ils ogets necessaris pella vita.
- Ils ogets da lusso vegnan suotamiss alla pü ota taxa.

2. Ils dazis sül transit e generalmaing eir quels sül export dessen esser usche moderats possibel.

fontana. Ella decretera las masüras necessarias per sgürar il mantegnament da quistas ovras e la conservaziun dels gods existents.

Art. 23.

La Confederaziun ais autorisada da statuir normas per proteger ils utschels ütils all'agricultura et alla silvicultura e per reglar l'exercizi della pescha e della chatscha, principalmaing in vista alla conservaziun della sulvaschina alpina.

Art. 24.

La legislaziun supra la construcziun e l'exploitaziun della stradas ferratas ais affar della Confederaziun.

Art. 25.

La Confederaziun ha il dret da crear ün'universitad, üna scola polytechnica et oters instituts superiors pell'instrucziun publica.

Ils chantuns han da pisserar per l'instrucziun primara obligatoria e gratuita.

La Confederaziun po fixar sün via legislativa il minimum della prestaziuns nella scola primara.

Art. 26.

Ils dazis sun affar dalla Confederaziun. Ella ha il dret da relevar dazis sül import e sül export.

Il vegl art. 24 ais supprimà.

Art. 27.

La percepziun dels dazis federals sara reglada tenor las seguintas normas:

1. Taxas sül import:

- Il material necessari all'industria et all'agricultura interna dess gnir taxa usche bass possibel.
- Medemamaing eir ils ogets necessaris pella vita.
- Ils ogets da lusso vegnan suotamiss alla pü ota taxa.

Quistas normas dessen eir gnir applicadas talla conclusiun da tractats commercials cul exterior.

3. Per sgürar il trafic süls confins e quel dellas fairas fixera la legislaziun normas adequatas.

Las supra disposiziuns nun impedeschan pero la Confederaziun da tour passagermaing, in circostanzas extraordinarias, masüras excepzionalas.

Art. 26.

Il prodot dels dazis sül import, export e transit vegn applicha sco segue:

- a. Ogni chantun retschaiva 4 bazs per testa tenor il number da sia populaziun totala, quala vegn calculada davo l'enumeraziun del pövel del an 1838.
- b. Sch'ün chantun nun vegn quitrass indemnisà sufficiantamaing pella perdita dellas taxas abolidas tras l'art. 24, schi dess el obtegnier amo tant sco necessari, afin da l'indemnisar per ditas taxas à norma del net prodot proporzional dels 5 ans 1842 fin 1846 inclusive.
- c. Il surplü della rendita croda nella chascha federala.

Art. 27.

Scha dazis, taxas sün vias e punts sun stalas accordadas pell'amortisaziun d'ün chapital da construcziun o d'üna part da quel, schi finischa la percepziun da dits dazis e taxas o l'indemnisaziun usche bod ch'al chapital o üna part da quel cun fits ais cuverta.

Art. 28.

Las preschaintas normas nun altereschan in üngüna maniera las disposiziuns supra taxas sül transit, contgnidas in contrats davart vias d'fier, quals füttan conclus fin uossa. L'incunter acquista la Confederaziun ils drets reservats tras quists tractats als chantuns resguardo las taxas sül transit.

Art. 29.

La libra cumpra e vendita da victualias, da muel, da marchanzias, da prodots agricols et industrials d'ogni sort, lur liber import, export e transit d'ün chantun al oter sun garantits.

Reservats vegnan:

- a. Resguardo vendita e cumpra il regal da sal e da puolvra.
- b. Disposiziuns polizialas dels chantuns supra commerci et industria e supra il giodynamaint dellas stradas.

2. Las taxas sül export saran fixadas usche moderadamaing possibel.

3. Per sgürar il trafic süls confins e quel dellas fairas fixerà la legislaziun normas adequatas.

Las supra disposiziuns nun impedeschan pero la Confederaziun da tour passagermaing, in circostanzas extraordinarias, masüras excepzionalas.

Art. 28.

L'import dels dazis croda nella chascha federala.

Las indemnisaziuns pajadas fin uossa als chantuns per ils dazis, per taxas sün vias, punts, duanas etc. sun desmissas.

Excepzionalmaing obtegnan ils chantuns Uri, Grischun, Tessin e Wallis, in consideraziun da lur stradas alpinas internazionalas, ün'indemnisaziun annuala, quala vegn fixada in apprezzaziun da tuotas circostanzas sco segue:

Per Uri	Fr. 70,000
„ Grischun	„ 200,000
„ Tessin	„ 200,000
„ Wallis	„ 50,000

Ils chantuns Uri e Tessin survegnan ulteriurmaing per tgnair uvert la strada del Gotthard durante l'inviern ün'indemnisaziun annuala da frs. 40,000 (insembel), e que usche löng cha la strada sur il pass nun ais rimplazada tras üna ferrovia.

Il vegl art. 27 ais supprimà.

Il vegl art. 28 ais supprimà.

Art. 29.

La libertad del commerci e dell'industria ais garantida sül inter territori della Confederaziun.

Reservats sun:

- a. Il regal da sal e puolvra, ils dazis federals, las taxas d'import sün vin e bavrandas spirituosas, sco eir otras taxas da consumo recognoschüdas expressamaing dalla Confederaziun, confuormaing al art. 33.
- b. Las masüras polizialas cunter epidemias e malatias da bestias.

- c. Disposiziuns cunter damnusas cumpras anticipadas (schädlicher Vorkauf.)
- d. Masüras temporaras da polizia sanitaria durante il temp d'epidemias.

Las disposiziuns menzionadas nellas litt. b e c dessen trattar egualmaing ils vschins del chantun e vschins svizzers d'oters chantuns. Ellas han da gnir suotamissas all'examinaziun del cussagl federal e nun pon gnir missas in executiun sainza l'approbaziun da tal.

- e. Las taxas accordadas o recognoschüdas dalla Dieta, qualas la Confederaziun nun ha supprimà. (Art. 24 e 31.)
- f. Las taxas da consumo sün vin et otras bavrandas spirituosas, confuorm al art. 32.

Art. 30.

La legislaziun federala statuera, usche inavant cha la Confederaziun ais interessada, las disposiziuns necessarias davart l'aboliziun dels privilegis relatifs al transport da personas e marchanzias d'ogni sort tranter ils chantuns e nel interior da tals sün ova e sün terra.

Art. 31.

La percepziun dellas taxas menzionadas nel art. 29 litt. e ais missa suot la sorveglianza della Confederaziun. Ellas nun pon, sainza l'approbaziun dell'assemblea federala, ni gnir dozadas ni prolungadas, sch'ellas fütan accordadas per ün temp limità.

Ils chantuns nun suos-chan introdüer suot üngün titel noufs dazis, sco eir novas taxas sün vias e punts. L'assemblea federala po pero permetter talas taxas per ün temp determinà, afin d'incuraschar, conformamaing à l'art. 21, ovras d'interess general pel commerci, chi nun pudessen gnir intrapraisas sainza quista concessiun.

- c. Disposiziuns supra l'exercizi da commerci e d'industrias, supra las impostas relativas e supra la polizia stradala.

Quistas disposiziuns nun suos-cben contgnair üngiotta contrari al principi della libertad da commerci e d'industria.

Art. 30.

Als chantuns ais surlaschè, da dumandar provas da capaciad per quels, chi volan exercitar las professiuns scientificas.

La legislaziun federala pisserera, cha quists ultims posson obtgnair a quel scopo certificats da capaciad valabels in tuot la Confederaziun.

Il vegl art. 30 ais supprimà.

Il vegl art. 31 ais supprimà.

Art. 31.

Id ais interdit d'uvrir bancas da giò.

Quellas chi existan actualmaing ston gnir serradas nel spazzi da 5 ans à partir dal momaint, cha la preschainta constituziun vegn acceptada.

Las concessiuns, chi sun forza accordadas daspö il cummanzamaint del 1871, vegnan decleradas per non valablas.

La Confederaziun po eir tour las masüras necessarias resguardo las lotterias.

Art. 32.

Ultra ils drets reservats nel art. 29 litt. e sun ils chantuns autorisats, da relevar taxas sün vin o otras bavrandas spirituosas, pero suot las seguintas restricziuns:

- a. La percepziun da quistas taxas nun dess in üngüna maniera agravar il transit; ella dess metter usche pochs obstaculs possibel al commerci, al qual ella nun dess impuoner otras taxas.
- b. Scha las marchanzias importadas pella consumaziun vegnan darcho exportadas or dal chantun, schi dessen las taxas pajadas pel import gnir restituidas sainza otra molestia.
- c. Ils prodots d'origin svizzer sun d'aggravar cun taxas pü bassas co quels del ester.
- d. Las taxas actualas da consumo süls vins e las otras bavrandas spirituosas d'origin svizzer nun suos-chan gnir ozadas nels chantuns, inua ellas existan; et in quels, inua talas nun existan amo, nun suos-chan ellas gnir introdüttas.
- e. Las ledschas et ordinaziuns dels chantuns supra la percepziun delleas taxas da consumo han da gnir suotamissas, avant lur execuziun, all'approbaziun dell'autorità federala, acciò cha las normas precedentas vegnan rispettadas.

Art. 33.

La Confederaziun surpiglia l'administraziun delleas postas nell'intera Svizzeria conformamaing allas seguintas prescripziuns:

1. Las comunicaziuns postalas, chi existan preschaintamaing, nun suos-chan in general gnir diminuidas sainza il consentimaint dels chantuns interessats.
2. Ils tariffs saran fixats davo ils medems principis et usche raschunabelmaing possibel sül inter territori della Svizzeria.
3. L'inviolabilitad del secret delleas chartas ais garantida.
4. La Confederaziun indemniserà ils chantuns pella cessiun del regal postal tenor las seguintas normas:
 - a. Ils chantuns retschaiven annualmaing la somma proporzionala del product net, ch'els han trat or

Art. 32.

La Confederaziun ais autorisada da statuir prescripziuns uniformas nel scopo da proteger ils lavuraints cunter l'exercizi d'industrias malsanas e privlusas e da reglar sün via legislativa la lavur dels infants nellas fabricas.

Las operaziuns delleas agenturas d'emigraziun e delleas interpraisas privatas d'assicuranza sun suotamissas alla surveglianza et alla legislaziun federala.

Art. 33.

Ils chantuns sun autorisats da relevar las taxas d'import sün ils vins e las otras bavrandas spirituosas contegnidas nel art. 29 lit. a, pero cullas seguintas restricziuns:

- a. La percepziun da quistas taxas nun dess in üngüna maniera agravar il transit; ella dess metter usche pochs obstaculs possibel al commerci, al qual ella nun dess impuoner otras taxas.
- b. Scha las marchanzias importadas pella consumaziun vegnan darcho exportadas or dal chantun, schi dessen las taxas pajadas pel import gnir restituidas sainza otra molestia.
- c. Ils prodots d'origin svizzer sun d'aggravar cun taxas pü bassas co quels del ester.
- d. Las taxas actualas d'import süls vins e las otras bavrandas spirituosas d'origin svizzer nun suos-chan gnir ozadas nels chantuns, inua ellas existan; et in quels, inua talas nun existan amo, nun suos-chan ellas gnir introdüttas.
- e. Las ledschas et ordinaziuns dels chantuns supra la percepziun delleas taxas d'intrada han da gnir suotamissas, avant lur execuziun, all'approbaziun dell'autorità federala, acciò cha las normas precedentas vegnan rispettadas.

Davo il spazzi da 20 ans dessen tuotas taxas d'import, qualas vegnan relevadas preschaintamaing da parte ils chantuns, sco eir similas taxas relevadas da communidades, disparair sainza üngün'indemnisaziun.

Art. 34.

Las postas et ils telegrafs nell'intera Svizzeria sun affar della Confederaziun.

L'import delleas postas e dels telegrafs croda nella chascha federala.

Ils tariffs saran fixats davo ils medems principis et usche raschunabelmaing possibel sül inter territori della Svizzeria.

L'inviolabilitad del secret delleas chartas e delleas depeschas ais garantida.

dellas postas sün lur territori durante ils ans 1844, 1845, 1846.

Pero sch'al product net, qual la Confederaziun tira or dellas postas, nun ais sufficiaint per pagar quist'indemnisaziun, schi vegn fat als chantuns üna diminuziun proporziunala.

- b. Cur ch'ün chantun nun ha amo retschavü directamaing ünguotta or dellas postas o cur ch'el ha, in conseguenza d'ün contrat d'appalt conclus cun ün oter chantun, retschavü considerabelmaing pü poch, co que ch'al prodüt net e constatà del exercizi del regal postal sün seis territori importa, schi dessen quistas circostanzas gnir tuttas in güsta consideraziun tiers la fixaziun dell'indemnisaziun.
- c. Qua, inua ch'al exercizi del regal postal ais sur-laschà à privats, surpigla la Confederaziun l'indemnisaziun pertoccanta.
- d. La Confederaziun ha il dret et il dovair, d'aquistar cunter üna güsta indemnisaziun invers ils proprietaris, il material appartenent tar l'administraziun postala, tant inavant cha quel ais dovrabel e necessari.
- e. L'administraziun federala ha il dret, da trar à se cunter indemnisaziun, o da tour à fit ils edificis destinats actualmaing per las postas.

Art. 34.

Ils impiegats da duana e da posta han in maggior part da gnir ellets or dels chantuns, per quals els sun destinats.

Art. 35.

La Confederaziun ha la suprema sorveglianza sur las stradas e punts, via del mantegnamaint da qualas ella ha interess.

Las sommas, chi sun tenor art. 26 e 33 da pagar als chantuns per dazis e postas, saran retgnüdas dall'autorità federala nel cas cha quistas stradas e punts nun sun intertgnüdas convenabelmaing tras ils chantuns, las corporaziuns o ils privats obliats à quella prestaziun.

Art. 36.

La Confederaziun exercescha tuots ils drets compais nel regal dellas monaidas.

Ils chantuns nun suos-chan pü batter monaidas, la Confederaziun ha suletta il dret da far quellant.

Üna ledscha federala fixera la valuta dellas monaidas sco eir il tarif dellas monaidas in cuors; ella statuera eir las ulteriuras disposiziuns, tenor qualas ils chantuns sun obliats, da fuonder o da rebatter üna part dellas monaidas ch'els han battü.

Art. 35.

Sco il vegl art. 34.

Art. 36.

La Confederaziun ha la suprema sorveglianza sur las stradas e punts, via del mantegnamaint da qualas ella ha interess.

Las sommas, chi sun da pagar als chantuns menzionats in art. 28 pel mantegnamaint dellas stradas alpinas internaziunales construidas sün lur territori, saran retgnüdas dall'autorità federala, scha quellas stradas nun vegnan intertgnüdas convenabelmaing dals dits chantuns.

Art. 37.

La Confederaziun exercescha tuots ils drets compais nel regal dellas monaidas.

Ella suletta ha il dret da batter monaidas.

La legislaziun federala fixa il sistem monetari; ella po tarifar las monaidas estras.

Art. 37.

La Confederaziun introduera, sün basa del concordat federal existent actualmaing, per l'intera Confederaziun la medema masüra e paisa.

Art. 38.

La fabricaziun e la vendita della puolvra in tuot la Svizzerza ais exclusivmaing affar della Confederaziun.

Art. 39.

Las expensas della Confederaziun vegnan cuvertas:

- a. or dels fits dels fuonds federals da guerra;
- b. or del import dels dazis confinals della Svizzerza;
- c. or del import dellas postas;
- d. or del import della puolvra;
- e. or dellas contribuziuns dels chantuns, qualas pero nun suos-chan gnir levadas oter co tras conclusiuns dell'assemblea federala.

Quistas contribuziuns vegnan pajadas dals chantuns in proporziun alla s-chala d'impostas, quala dess gnir revidada ogni 20 ans. Tar üna tala revisiun dess servir da basis per parte la populaziun, per parte la facultad et il guadagn dels chantuns.

Art. 40.

Nella chascha federala dess saimper as chattar almain l'import del dobel contingent da daner dels chantuns per subvegnir allas expensas militarass occasionadas tras levadas da truppas federalas.

NB. Ils art. 41, 42, 43 sun translocats.

Art. 42.

Ogni vschin d'ün chantun ais vschin svizzer. Sco tal po el exercitar in ogni chantun, inua el ais domicilià, ils drets politics in affars federals e chantunals. El po pero exercitar quists drets be suot las medemas condiziuns sco ils vschins del chantun et in resguard als affars chantunals pür davo ün segiorno pü lung, chi vegn fixa tras la legislaziun chantunala, qual nun suos-cha pero gnir extais sur il temp da duos ans.

Üngün nun suos-cha exercitar drets politics in pü d'ün chantun.

Art. 38.

La Confederaziun ha il dret da statuir sün via legislativa normas generalas supra l'emissium e l'inchaschamaint dels billets da banca.

Art. 39.

La Confederaziun fixera il sistem da paisa e masüra. Ils chantuns exequeschen las ledschas relativas suot surveglianza della Confederaziun.

Art. 40.

La fabricaziun e la vendita della puolvra in tuot la Svizzerza ais exclusivmaing affar della Confederaziun.

Composiziuns minieras (Sprengfabricate), non dovras blas per sagettar, nun sun compraisas nel regal da puolvra

Art. 41.

Las expensas della Confederaziun vegnan cuvertas:

- a. or della rendita della facultad federala;
- b. or del import dels dazis confinals della Svizzerza;
- c. or del import dellas postas e dels telegrafs;
- d. or del import della puolvra;
- e. or del import dellas taxas per as cumprar liber del servezzan militari;
- f. or dellas contribuziuns dels chantuns, qualas dessan gnir regladas tras la legislaziun federala e que principalmaing suainter proporziun da lur forzas contribuablas. (Steuerkraft.)

Vegl Art. 40.

Strichà.

Art. 42.

Ogni vschin d'ün chantun ais vschin svizzer.

Sco tal po el in seis domicil tour part via da tuotas ellecziuns e votaziuns federalas davo avair documenta sufficiaintamaing seis dret da votaziun.

Üngün nun suos-cha exercitar drets politics in pü d'ün chantun.

Il domicilià gioda in seis domicil tuots ils drets dels vschins d'ün chantun e cun quels eir tuots ils drets dels vschins comunals, cun exepziun pero della participaziun via dels bains comunals e corporatifs.

In affars chantunals e communals aquista el il dret da votaziun davo esser stat domicilia trais mais. Il dret da votaziun in affars communals nun s'estenda pero

Art. 43.

Ungün chantun nun suos-cha privar ün vschin da seis vschinadi.

Ad esters nun po ün chantun dar il vschinadi sainza cha quels hajan renunzià al vschinadi del pajais, à qual els appertgnivan.

Art. 41.

La Confederaziun garantescha à tuots ils Svizzers il dret del liber domicil sül inter territori svizzer conformaung allas seguintas disposiziuns:

1. Üngün Svizzer nun po gnir impedi, d'as domiciliar in qualunque chantun, sch'el posseda ils seguints documaints autentics:

- a. ün act d'origin o ün oter documaint equivalent;
- b. ün attestat da buna conduita;
- c. ün attestat, ch'el sta nels drets e nellas onurs civilas.

2. Il chantun, nel qual ün Svizzer as domiciliescha, nun po dumandar dad el üngüna cauziun, ni l'impuoner oters agravis particulars per il domicil.

3. Üna ledscha federala fixera la dürada della permissiun da domicil sco eir il maximum dellas taxas da canzlia, qualas sun da pajar al chantun per quista permissiun.

4. Il domicilià gioda tuots ils drets dels vschins del chantun, in qual el as ha domicilià, cun exepziun del dret da votaziun in affars commünals e della participaziun via dels bains commünals e corporatifs. In particular al vain sgürà la libertad d'exercitar sia vocaziun, d'as aquistar e da vender fuonds, conformaung allas ledschas et ordinaziuns dels chantuns, quals dessen in tuots quists rapports tratar il domicilià svizzer egualmaing sco lur agiens vschins.

5. Las communitads nun suos-cha impuoner als domiciliats d'oters chantuns pü grandas contribuziuns per agravis commünals, sco als domiciliats del agien chantun.

6. Il domicilià po gnir banni or del chantun, nel qual el ais domicilià:

- a. tras üna sentenza penala;
- b. tras disposiziuns dellas autoritads polizialas, sch'el ha pers seis drets e sias onurs civilas, o sch'el as ha deportà immoralmaing, o sch'el croda alla chargia della communitad in conseguenza d'appovrissamaint, o sch'el ais fingià stat suvent chastia per contravenziun cunter prescripziuns polizialas.

sül'administraziun da quels bains, via da quals il domicilià nun participescha.

Las ledschas chantunales supra il domicil et il dret da votaziun dels domiciliats nellas communitads han da gnir suotamissas all'approbaziun del cussagl federal.

Art. 43.

Üngün chantun nun suos-cha bannir ün vschin or da seis territori, ni al privar da seis vschinadi.

La legislaziun federala determinera las condiziuns, suot las qualas ils esters pon gnir naturalisats, sco eir quellas, suot las qualas ün Svizzer po renunziar à seis vschinadi per s'aquistar ün vschinadi ester.

Art. 44.

Ogni Svizzer ha il dret d'as domiciliar in ogni lö del territori svizzer, sch'el posseda ün act d'origin o ün oter documaint equivalent.

Exepzionalmaing po il dret da domicil gnir refüsa o retrat:

1. A quels chi, in conseguenza d'üna sentenza penala, nun giodan ils drets e las onurs civilas.

2. A quels, chi crodan permanentamaing alla chargia della bainfesanza publica et als quals lur communitad originaria, resp. lur chantun d'origin refüsa ün'assistenza sufficiainta, davo esser stat admoni officialmaing d'accordar tala.

3. Il chantun, nel qual ün Svizzer ais domicilià, nun po dumandar dad el üngüna cauziun ni l'impuoner üngün oter agravi particular pel dret da domicil. Medemamaing nun suos-cha las communitads impuoner als Svizzers domiciliats sün lur territori otras contribuziuns co quellas ch'els impuonan à lur agiens vschins.

Üna ledscha federala fixera il maximum dellas taxas da canzlia, chi sun da pajar per obtgnir il domicil.

Art. 44.

Il liber exercizi del culto dellas confessiuns cristianas recognoschüdas ais garanti in tuot la Confederaziun. Ils chantuns e la Confederaziun pon pero tour las masüras adatadas per tgnair südret l'uorden public e la pasch tranter las confessiuns.

Art. 45.

In rapport al dret civil san ils domiciliats ordinarmaing suot la jurisdicziun e la legislaziun del lö da domicil.

La legislaziun federala statuera las disposiziuns necessarias supra l'applicaziun da quist prinzipi, sco eir per impedir, ch'ün nun vegna agravà cun impostas in pü d'ün lö.

Art. 46.

Üna ledscha federala determinera la differenza tranter il domizil et il seggiorno e fixera in medem temp las normas supra ils drets politics e civils da quels, chi sun solum in seggiorno.

Art. 47.

Üna ledscha federala statuera las disposiziuns necessarias supra ils cuosts da malatia e da sepultura dels vschins povers d'ün chantun, quals vegnan amalats e moran in ün oter chantun.

Art. 48.

La libertad da cretta e da conscienza ais inviolabla.

Üngün nun po gnir limità nel exercizi dels drets politics e civils causa opiniuns religiusas, ni esser sforzà d'accomplir ün act religius o da gnir chastia per nun avair accompli ün tal act.

Üngün nun ais oblià da pajar impostas, chi sun destinadas specialmaing per scopos propramaing da culto d'üna confessiun o d'üna associaziun religiusa, alla quala el nun appartegna.

Üngün nun po causa sia opiniun religiusa as dispensar del accomplissamaint da seis dovairs da vschin.

Art. 49.

Il liber exercizi del culto ais garanti nels limits della moral e del uorden public.

Als chantuns sco eir alla Confederaziun ais reservà il dret, da tour las masüras adatadas per tgnair südret l'uorden public e la pasch tranter las confessiuns, sco eir per impedir, cha las autoritads ecclesiasticas nun as maisdan nels drets dels vschins e del stadi.

Art. 50.

Il dret da matrimoni ais plazà suot la protecziun della Confederaziun.

El nun po gnir impedi or da motifs confessionals o economics, o da conduita o or d'oters motifs polizials

Usche löng cha la legislaziun federala (Art. 55) nun ha statni normas spezialas supra ils requisits per intrar nel matrimoni, schi dess il matrimoni contractà in ün chantun o nel ester, davo las ledschas existentas in quels lös, esser recognoschü per valabel in tuot la Confederaziun.

Art. 45.

La libertad della presse ais garantida.

Supra l'abüs da quella statuescha la legislaziun chantunala las normas necessarias, qualas han pero dad esser approbadas dal cussagl federal.

La Confederaziun ha il dret da statuir chastis cunter l'abüs della presse, qual as drizza cunter la Confederaziun e sias autoritads.

Art. 46.

Ils vschins han il dret da fuormar assoziaziuns, suppost cha talas nun sajan ni in lur scopo, ni nels mezs ch'ellas drovan, illicitas o privlusas al stadi. Cunter l'abüs da quist dret piglan las ledschas chantunalas las masüras necessarias.

Art. 47.

Il dret da petiziun ais garanti.

Art. 48.

Tuots ils chantuns sun obliats da tratar ils vschins svizzers, tant nella legislaziun co nella judicatura, in eguala maniera sco ils vschins da lur agien chantun.

Art. 49.

Las sentenzas civilas intradas in vigur, chi sun trattas in ün chantun, dessan gnir executadas in tuot la Svizzer.

Art. 50.

Il debitor svizzer, il qual ha ün domicil et ais solvabel, sto gnir tscherchè per reclamaziuns personalas davant il güdisch da seis domicil; in conseguenza nun po la facultad d'ün tal or del chantun, in qual el abita, gnir sequestrada causa da debits.

Tras il matrimoni acquista la duona il vschinadi del hom.

Tras il matrimoni succedaint dels genituors vegnan ils infants nats avant il matrimoni legitimats.

Taxas o otras similas impostas nun suos-chan gnir trattas aint dals spus.

Art. 51.

Sco il vegl art. 45.

Art. 52.

Sco il vegl art. 46.

Art. 53.

Sco il vegl art. 47.

Art. 54.

Sco il vegl art. 48.

Art. 55.

La legislaziun supra il dret civil, in qual ais eir comprais la procedura, ais affar della Confederaziun; pero fintant cha las ledschas relativas federalas nun sun promulgadas, resta il dret della legislaziun als chantuns.

La Confederaziun po in plü extender sia legislaziun eir sur il dret penal e sur la procedura penala. L'institut della Jury nun po pero gnir aboli tras la legislatura svizzera in quels chantuns, inua el exista.

L'administraziun della güstizia resta als chantuns cun reserva dellas competenzas surdattas al tribunal federal.

Art. 56.

Sco il vegl art. 49.

Art. 57.

Sco il vegl art. 50 culla seguainta adjuncziun

Art. 51.

Il dret da retgnair la facultad d'ün vschin nel interior della Svizzera, sco eir il dret da retratta (Zugrecht) da vschins d'ün chantun incunter vschins d'ün oter ais desmiss.

Art. 52.

Il medem dret da retratta invers vschins da pajais esters ais aboli suot reserva da reciprocità.

Art. 53.

Üngün nun po gnir sustrat à seis güdisch natüral; perque nun pon gnir fuormats üngüns güdischs extraordinaris.

Art. 54.

Per causa da delits politics nun po üngün gnir chastià à mort.

Art. 55.

La legislaziun federala statuerà normas supra l'extradiziun (Auslieferung) dels achüsats d'ün chantun al oter; per delits politics e da presse nun po pero l'extradiziun esser obligatoria.

Art. 56.

Tras üna ledscha federala gnira determinà, da quals chantuns la glied sainza patria (Heimathlose) sajen e gnirà impedi, ch'al number da tals s'augmainta.

Art. 57.

La Confederaziun ha il dret da bannir or del pajais ils esters chi comprometten la securità interiora o exteriora della Svizzera.

Art. 58.

L'orden dels gesuits e las societads affiliadas à quel nun suos-chan gnir tuttas sü in üngüna part della Svizzera

Art. 59.

Las autoritads federalas han la competenza da tour masüras da polizia sanitaria cunter epidemias da privel general.

L'arrest per causa da debits ais desmiss.

Art. 58.

Sco il vegl art. 51.

Art. 59.

Sco il vegl art. 52.

Art. 60.

Üngün nun po gnir sustrat à seis güdisch natüral; perque nun pon gnir fuormats üngüns güdischs extraordinaris.

In affars da matrimoni nun po üngün gnir sforzà, d'as suotametter ad üna juridicziun ecclesiastica.

Art. 61.

La paina da mort ais abolida.

Reservadas sun pero las disposiziuns della ledscha penala militara.

Las painas via del corp sun abolidas.

Art. 62.

Sco il vegl art. 55.

Art. 63.

Sco il vegl art. 56.

Art. 64.

Sco il vegl art. 57.

Art. 65.

L'orden {dels gesuits e las societads affiliadas à quel nun suos-chan gnir tuttas sü in üngüna part della Svizzera e tuota acziun da lur commembers nella baselgia o nella scuola ais interdita.

Art. 66.

La legislaziun resguardo las masüras da polizia sanitaria cunter las epidemias e malatias da muel, chi sun da privel general, ais affar della Confederaziun.

II. Chapitel.**Autoritads federalas.****I. Assemblea federala.****Art. 60.**

L'autorità suprema della Confederaziun vegn exercitada tras l'assemblea federala, quala as compona or da duos secziuns o cussagls, cioè:

- A. or del cussagl nazional,
- B. or del cussagl dels stadis.

A. Cussagl nazional.**Art. 61.**

Il cussagl nazional as compona or dels deputats del pövel svizzer, ellets à raschun d'ün member sün 20,000 ormas della populaziun totala.

Fracziuns da sur 10,000 ormas quintan per 20,000.

Ogni chantun e nels mez-chantuns ogni mità ha d'ellegger almain ün commember.

Art. 62.

Las ellecziuns nel cussagl nazional sun directas. Ellas han lö in circuls ellectorals federali, quals nun pon però gnir fuormats or da parts da differentes chantuns.

Art. 63.

Dret da votaziun posseda ogni Svizzer, chi ha accompli l'etad da 20 ans e chi dal rest nun ais, tenor la legislaziun del chantun, nel qual el ais domicilia, exclus dal dret da vschin actif.

Art. 64.

Elligibel sco commember del cussagl nazional ais ogni vschin svizzer laic, chi ha il dret da votaziun.

Svizzers naturalisats sun elligibels pür davo avair possess il vschinadi tschinch ans.

Art. 65.

Il cussagl nazional vegn ellet per 3 ans e renovà totalmaing ogni vouta.

Art. 66.

Ils commembers del cussagl dels stadis, del cussagl federal et ils impiegats ellets da l'ultima autorità, nun pon in medem temp esser commembers del cussagl nazional.

II. Chapitel.**Autoritads federalas.****I. Assemblea federala.****Art. 67.**

Suot reserva dels drets del pövel e dels chantuns (art. 85, 89, 118) vegn l'autorità suprema della Confederaziun exercitada tras l'assemblea federala, quala as compona or da duos secziuns o cussagls, cioè:

- A. or del cussagl nazional,
- B. or del cussagl dels stadis.

A. Cussagl nazional.**Art. 68.**

Sco il vegl art. 61.

Art. 69.

Sco il vegl art. 62.

Art. 70.

Dret da votaziun e d'ellecziun posseda ogni Svizzer, chi ha accompli l'etad da 20 ans e chi dal rest nun ais, tenor la legislaziun del chantun, nel qual el ais domicilia, exclus dal dret da vschin actif.

Alla legislaziun svizzera ais reserva il dret da statuir normas uniformas supra quist dret da votaziun.

Art. 71.

Elligibel sco member del cussagl nazional ais ogni vschiu svizzer, chi ha il dret da votaziun.

Art. 72.

Sco il vegl art. 65.

Art. 73.

Sco il vegl art. 66.

Art. 67.

Il cussagl nazional ellegia per ogni sessiun ordinaria o extraordinaria or da seis commembers ün president et ün vice-president.

Il commember, chi ais stat president durante üna sessiun ordinaria, nun po gnir ellet pella sessiun ordinaria subseguinta ni sco president ni sco vice-president. Il medem commember nun po durante duos sessiuns ordinarias consecutivas esser vice-president.

Cur cha las vuschs stan aint ha il president il dret da decisiun; tiers ellecziuns vuscha el sco ils oters members.

Art. 68.

Ils commembers del cussagl nazional vegnan indemnizats or della chaschia federala.

B. Cussagl dels stadis.

Art. 69.

Il cussagl dels stadis consista or da 44 deputats dels chantuns. Ogni chantun ellegia duos deputats, nels mez-chantuns ogni mità ün deputà.

Art. 70.

Ils commembers del cussagl nazional e del cussagl federal nun pon in medem temp esser commembers del cussagl dels chantuns.

Art. 71.

Il cussagl dels chantuns ellegia per ogni sessiun ordinaria o extraordinaria ün president et ün vice-president or da sia aigna radunanza.

Or dels deputats d'ün chantun, or da qual füt ellet il president per üna sessiun ordinaria, nun po per la sessiun ordinaria subseguinta gnir ellet ni il president ni il vice-president.

Deputats del medem chantun nun pon durante duos sessiuns ordinarias subseguintas gnir ellets alla piazza da vice-president.

Il president ha il dret da decisiun cur las vuschs stan aint; tar ellecziuns ha el il dret da votaziun sco ogni commember.

Art. 72.

Ils commembers del cussagl dels chantuns vegnan indemnizats dals chantuns.

Art. 74.

Sco il vegl art. 67.

Art. 75.

Sco il vegl art. 68.

B. Cussagl dels stadis.

Art. 76.

Sco vegl art. 69.

Art. 77.

Sco vegl art. 70.

Art. 78.

Sco vegl art. 71.

Art. 79.

Sco vegl art. 72.

C. Competenzas dell' assemblea federala.

Art. 73.

Il cussagl nazional et il cussagl dels chantuns han da trattar tuot las materias, qualas la preschainta Constituziun transferescha alla competenza della Confederaziun e na a quella d'ün'otra autoritad federala.

Art. 74.

Las materias, chi crodan nella sfära dels duos cussagls sun particularmaing las seguaintas:

1. Las ledschas e decisiuns concernant l'execuziun della Constituziun federala, sco in principal ledschas supra la formaziun dels circuls ellectoralis, supra il modus d'ellecziun, supra l'organisaziun et il reglamaint dellas autoritads federalas e supra la formaziun della Jury.

2. La fixaziun del salari e dell'indemnisaziun dels commembers dellas autoritads federalas e della canzlia federala; creaziun d'impiegos stabels e fixaziun da lur salaris.

3. L'ellecziun del cussagl federal, del tribunal federal, del cancellier, del general, del chef del stab e da representants federalis.

4. La recognoschenscha da stadis e regenzas externas.

5. Allianzas e tractats cul extern, sco eir l'approbaziun da tractats dels chantuns tranter se o cul extern. Tals contrats dels chantuns vegnan pero be in quel cas davant l'assemblea federala, sch'al cussagl federal o ün oter chantun leva protest lacunter.

6. Las masüras pella securitad exteriura, pel mantegnamaint dell'indipendenza e della neutralitad della Svizzeria; decleraziuns da guerra e la conclusiun da pasch.

7. La garanzia dellas Constituziuns e dels territoris dels chantuns; l'intervenziun in conseguenza da quista garanzia; las masüras pella securitad interiura, pel mantegnamaint del uorden e della quietezza; amnestias e graziamaints.

8. Las masüras per far respuettar la Constituziun federala e sgürar la garanzia dellas Constituziuns chantunalas, sco eir quellas, chi han per scopo l'accomplissamaint dels obligs federalis e la protecziun dels drets garantits dalla Confederaziun.

9. Las disposiziuns legislativas supra l'organisaziun militara della Confederaziun, supra l'instrucziun dellas truppas e supra las prestaziuns dels chantuns; la disposiziun supra l'armada federala.

10. Fixaziun della s-chala federala dad hommens e daners; disposiziuns legislativas supra l'administraziun e l'adempimaint dels fondos militaris federalis; la levada

C. Competenzas dell' assemblea federala.

Art. 80.

Sco vegl art. 73.

Art. 81.

Las materias, chi crodan nella sfära dels duos cussagls sun particularmaing las seguaintas:

1) Ledschas supra l'organisaziun et il modus d'ellecziun dellas autoritads federalas.

2) Ledschas e decisiuns supra quels ogets, quals crodan nella competenza della Confederaziun tenor la constituziun federala.

3) La fixaziun del salari e dell'indemnisaziun dels commembers dellas autoritads federalas e della canzlia federala; creaziun d'impiegos stabels e fixaziun da lur salaris.

4) L'ellecziun del cussagl federal, del tribunal federal, del cancellier e da seis suppleant, sco eir quella del general dell'armada federala.

5) Allianzas e tractats cul extern, sco eir l'approbaziun da tractats dels [chantuns tranter se o cul extern. Tals contrats dels chantuns vegnan pero be in quel cas davant l'assemblea federala, sch'al cussagl federal o ün oter chantun leva protest lacunter.

6) Las masüras pella securitad exteriura, pel mantegnamaint dell'indipendenza e della neutralitad della Svizzeria, decleraziuns da guerra e la conclusiun da pasch.

7) La garanzia dellas Constituziuns e dels territoris dels chantuns; l'intervenziun in conseguenza da quista garanzia; las masüras pella securitad interiura, pel mantegnamaint del uorden e della quietezza; amnestias e graziamaints.

8) Las masüras per far respuettar la Constituziun federala e sgürar la garanzia dellas Constituziuns chantunalas, sco eir quellas chi han per scopo l'accomplissamaint dels obligs federalis.

9) Disposiziuns supra l'armada federala.

10) La fixaziun del budget annual, l'approbaziun dels quints da stadi, ils decrets supra il far impraists, las disposiziuns generalas sur l'administraziun della facultad del stadi.

11) La surveglianza suprema sur l'administraziun e la giudicatura federala.

12) Recuors cunter decisiuns del cussagl federal nels conflicts administratifs, chi crodan in sia competenza tenor art. 110.

13) Conflicts da competenza tranter autoritads federalas.

14) La revisiun della Constituziun federala.

dellas contribuziuns directas da parte ils chantuns; im-
praists; budget e quints.

11. Ledschas e decisiuns supra dazis, postas, mo-
noidas, masūra e paisa, fabricaziun e vendita da puolvra,
armas e muniziuns.

12. La creaziun d'instituts e d'ovras publicas e las
expropriaziuns relativas.

13. Disposiziuns legislativas supra las relaziuns dels
domiciliats, da gliend sainza patria, polizia sur ils esters
et ils affars sanitaris.

14. La surveglianza suprema sur l'administraziun
e la giudicatura federala.

15. Reclamaziuns da chantuns o vschins supra dis-
posiziuns del cussagl federal.

16. Differenzas da natūra politica tranter ils chantuns.

17. Ils conflicts da competenza, in particular per
savair:

a. sch'ün oget ais affar della Confederaziun o della
suveränitad chantunala;

b. sch'una questun croda nella competenza del cus-
sagl federal o del tribunal federal.

18. La revisiun della Constituziun federala.

Art. 75.

Ils duos cussagls as redunan üna vouta l'an ad üna
sessiun ordinaria sül di fixa tras il reglamaint.

Els vegnan clamats aint extraordinariamaing tras de-
cret del cussagl federal o sch'ün quart dels commem-
bers del cussagl nazional o tschinch chantuns dumandan.

Art. 76.

Per pudair deliberar valabelmaing ais necessari, cha
la magioritad dels commembers del cussagl relatif saja
preschainta.

Art. 77.

Nel cussagl nazional e nel cussagl dels chantuns
decida la magioritad dels votants.

Art. 78.

Ledschas e decisiuns federalas han d'avair il con-
sentimaint da tuots duos cussagls.

Art. 79.

Ils commembers da tuots duos cussagls vuschan
sainza instrucziun.

Art. 80.

Ogni cussagl deliberescha separadamaing. Pero tar
las ellecziuns menzionadas nel art. 54, No. 3, tar l'exer-

Art. 82.

Sco vegl art. 75.

Art. 83.

Sco vegl art. 76.

Art. 84.

Sco vegl art. 77.

Art. 85.

Ledschas e decisiuns federalas han d'avair il con-
sentimaint da tuots duos cussagls.

Ledschas e decisiuns federalas, chi nun sun urgen-
tas, dessen in ultra gnir suotamissas all'adopziun o al
refüs del pövel, scha quellant vain dumandà da 50,000
vschins actifs o da tschinch chantuns.

Art. 86.

Sco vegl art. 79.

Art. 87.

Ogni cussagl deliberescha separadamaing. Pero tar
las ellecziuns menzionadas nel art. 81, ziffer 4, tar

cizi del dret da graziamaint e per decider conflicts da competenza as reunischan tuots duos cussagls suot la direcziun del president del cussagl nazional ad üna deliberaziun commüna, tar quala la magioritad absoluta dels votants da tuots duos cussagls decida.

Art. 81.

Ogni cussagl et ogni commember da tal ha il dret d'iniziativa.

Il medem dret pon ils chantuns exercitar tras la corrispondenza.

Art. 82.

Las sedutas dels duos cussagls sun ordinariamain publicas.

II. Cussagl federal.

Art. 83.

La suprema autoritad executiva e directoriala della Confederaziun ais ün cussagl federal, chi consista or da sett commembers.

Art. 84.

Ils commembers del cussagl federal vegnan ellets dall'assemblea federala or da tuots ils vschins svizzers, chi sun elligibels nel cussagl nazional, pella perioda da trais ans. Pero nun po gnir ellet pü d'ün member or del medem chantun.

Davo ogni reellecziun totala del cussagl nazional ha eir il cussagl federal da gnir reellet.

l'exercizi del dret da graziamaint e per decider conflicts da competenza (art. 81, ziff. 13) as reunischan tuots duos cussagls suot la direcziun del president del cussagl nazional ad üna deliberaziun commüna, tar quala la magioritad absoluta dels votants da tuots duos cussagls decida.

Art. 88.

Sco vegl art. 81.

Art. 89.

Cur cha 50,000 vschins 'actifs o tschinch chantuns dumandan la modificaziun o l'aboliziun d'üna ledscha o d'üna decisiun federala existenta, o ch'üna nova ledscha o decisiun federala intra in vigur, e scha a quista dumanda nun s'opposan obligs federals statuits tras contrats, schi han ils duos cussagls, nel cas ch'els consaintan a quista dumanda, da lavurar ora il nouf proget da ledscha o da decret e da suotametter quel all'adopziun o al refüs del pövel.

Sch'als duos cussagls nun consaintan alla dumanda, schi dess quella gnir suotaposta alla votaziun del pövel e scha la magioritad dels votants s'externa per ella, schi han ils cussagls d'elaborar ün proget confuorm e d'al suotametter all'adopziun o al refüs del pövel.

Art. 90.

La legislaziun federala fixera las fuormas et ils termins pel exercizi del dret d'iniziativa e pella votaziun populara.

Art. 91.

Sco vegl art. 82.

II. Cussagl federal.

Art. 92.

Sco vegl art. 83.

Art. 93.

Sco vegl art. 84.

Scha members del cussagl demissioneschon durante la dita perioda, schi han els da gnir rimplazats nella prùma sessiun dell'assemblea federala per il rest da quella perioda.

Art. 85.

Ils commembers del cussagl federal nun suos-chan surtour üngün oter offizi, ni federal, ni chantunal, ni exercitar ün'otra professiun.

Art. 86.

Il presidium nel cussagl federal maina il president della Confederaziun, qual vegn ellet, sco eir il vice-president, dals duos cussagls reunits or dels members da tal (cuss. federal) per la perioda d'ün an.

Il president, chi sorta d'offizi, nun po gnir ellet ni sco president, ni sco vice-president per la perioda subseguinta. Il medem commember nun po gnir ellet per vice-president durante duos periodas subseguintas.

Art. 87.

Il president della Confederaziun et ils oters commembers del cussagl federal retschaivan lur salari or della chascha federala.

Art. 88.

Per pudair deliberar valabelmaing ston almain quarter commembers esser preschaints.

Art. 89.

Ils commembers del cussagl federal han vusch deliberativa nellas duos secziuns dell'assemblea federala et eir il dret da far proposiziuns supra ogets chi sun in deliberaziun.

Art. 90.

Las competencias et ils obligs del cussagl federal nels limits della preschainta Constituziun sun:

1. El dirigia ils affars federals confuormamaing allas ledschas e decisiuns federalas.

2. El ha da vegliar, cha la Constituziun, las ledschas e decisiuns federalas e las prescripziuns da concordats federals vegnan observadas; a quist scopo pigla el da se ora o sün reclamaziuns fattas las masüras necessarias.

3. El pisserescha pella garanzia dellas Constituziuns chantunalas.

4. El propona all'assemblea federala ledschas e decisiuns e da seis parair supra proposiziuns, chi al sun adressadas da parte ils cussagls della Confederaziun o da parte ils chantuns.

5. El executescha las ledschas e decisiuns federalas, las sentenzas del tribunal federal sco eir il arran-

Art. 94.

Sco vegl art. 85.

Art. 95.

Sco vegl art. 86.

Art. 96.

Sco vegl art. 87.

Art. 97.

Sco vegl art. 88.

Art. 98.

Sco vegl art. 89.

Art. 99.

Las competencias et ils obligs del cussagl federal nels limits della preschainta Constituziun sun:

1) El dirigia ils affars federals confuormamaing allas ledschas e decisiuns federalas.

2) El ha da vegliar, cha la Constituziun, las ledschas e decisiuns federalas e las prescripziuns da concordats federals vegnan observadas; a quist scopo pigla el da se ora o sün reclamaziuns fattas las masüras necessarias, tant inavant cha tals recuors nun crodan nella competenza del tribunal federal, tenor art. 110.

3) El pisserescha pella garanzia dellas Constituziuns chantunalas.

4) El propona all'assemblea federala ledschas e decisiuns e da seis parair supra proposiziuns, chi al sun adressadas da parte ils cussagls della Confederaziun o da parte ils chantuns.

5) El executescha las ledschas e decisiuns federalas,

schamaints o las sentenzas da güdischs arbitraris (Schiedsgericht) supra differenzas tranter ils chantuns.

6. El ha da far las ellecziuns, chi nun sun tras la Constituziun surdattas all'assemblea federala o tras ledschas federalas ad ün'otra autoritad subalterna.

El nomna commissaris per missiuns nel intern o nel extern.

7. El examina ils tractats dels chantuns tranter se o cul extern et approva tals, sch'els sun admissibels. (Art. 74, No. 5.)

8. El veglia sur ils interess della Confederaziun vers l'extern, principalmaing sur sias relaziuns internazionalas e pisserescha ils affars exteriurs in general.

9. El veglia sur la securitad exteriura, sur il mantegnament dell'indipendenza e della neutralitad della Svizzera.

10. El pisserescha pella securitad interiura della Confederaziun, pel mantegnament della quietezza e del uorden.

11. In cas d'urgenza e sch'als duos cussagls nun sun reunits, ha il cussagl federal la competenza da clamar las truppas necessarias e da disponer lasupra, pero suot reserva da convocar immediatamaing l'assemblea federala, sch'al nomber dellas truppas clamadas sü surpassa duos milli hommens o sch'ellas sun sün pe dapü da trais eivnas.

12. El dirigia ils affars militars della Confederaziun e tuots ils rams dell'administraziun federala.

13. El examina las ledschas et ordinaziuns dels chantuns, qualas han da gnir suotamissas à sia approvaziun; el surveglia quels rams dell'administraziun federala, cha la Confederaziun ha plazà suot sia controla, sco p. ex. il militar, ils dazis, las stradas e las punts.

14. El administrescha las finanzas federalas, propona il budget e renda ils quints supra las intradas e las expensas della Confederaziun.

15. El surveglia las funcziuns da tuots ils offiziants et impiegats dell'administraziun federala.

16. El renda quint all'assemblea federala in ogni sessiun ordinaria supra sias funcziuns, sco eir supra la situaziun della Confederaziun nel intern e vers l'extern e recomanda à sia atenziun, las masüras, ch'el resguarda per ütilas all'augmentaziun del bainstar común.

El ha eir da dar rapports particulars, schal'assemblea federala o üna part da quella dumanda.

Art. 91.

Ils affars del cussagl federal vegnan repartits davo departamaints süls singuls members. Quista repartiziun ha unicamaing il scopo da facilitar l'examinaziun e la spediziun dels affars; las decisiuns van ora dal Cussagl federal sco autoritad.

las sentenzas del tribunal federal sco eir ils arranschamaints o las sentenzas da güdischs arbitraris (Schiedsgericht) supra differenzas tranter ils chantuns.

6) El ha da far las ellecziuns, chi nun sun tras la Constituziun surdattas all'assemblea federala o tras ledschas federalas ad ün'otra autoritad subalterna.

7) El axamina ils tractats dels chantuns tranter se o cul extern et approva tals, sch'els sun admissibels. (Art. 81, ziffer 5.)

Ziffer 8 fin 16 sco ziffer 8—16 nel vegl art. 90.

Art. 100.

Sco vegl art. 91.

Art. 92.

Il cussagl federal e seis departaments han la competenza da clamar aint experts per ogets spezial.

III. Canzlia federala.

Art. 93.

Üna canzlia federala, alla testa da quala ais ün cancellier, pisserescha il secretariat tar l'assemblea federala e tar il cussagl federal.

Il cancellier vegn ellet dall'assemblea federala pella perioda da trais ans e que nel medem temp sco il cussagl federal.

La canzlia federala ais suot la sorveglianza speziala del cussagl federal.

L'ulteriura organisaziun della canzlia federala vegn reservada alla legislaziun federala.

IV. Tribunal federal.

Art. 94.

Per l'administraziun della güstizia, tant inavant cha quella croda nella competenza della Confederaziun, vegn stabili ün tribunal federal.

Per ils affars penals vegn fuormà üna Jury.

Art. 95.

Il tribunal federal ais compost or da 11 commembers e lur suppleants, il number da quals vegn fixa tras la legislaziun federala.

Art. 96.

Ils commembers del tribunal federal e lur suppleants vegnan ellets dall'assemblea federala per trais ans. Davo ogni reellecziun totala del cussagl nazional vegn eir il tribunal federal reellet integralmaing.

Ils members, chi sortan durante ils trais ans, vegnan rimplazats nella prüma sessiun dell'assemblea federala per il rest della perioda.

Art. 97.

Nel tribunal federal po gnir ellet ogni vschin svizzer, chi ais elligibel nel cussagl nazional.

Ils members del cussagl federal et ils impiegats nomnats dad el nun pon in medem temp esser members del tribunal federal.

Art. 101.

Sco vegl art. 92.

III. Canzlia federala.

Art. 102.

Üna canzlia federala, alla testa da quala ais ün cancellier, pisserescha il secretariat tar l'assemblea federala e tar il cussagl federal.

Il cancellier e seis suppleant vegn ellet dall'assemblea federala pella perioda da trais ans e que nel medem temp sco il cussagl federal.

La canzlia federala ais suot la sorveglianza speziala del cussagl federal.

L'ulteriura organisaziun della canzlia federala vegn reservada alla legislaziun federala.

IV. Tribunal federal.

Art. 103.

Per l'administraziun della güstizia, tant inavant cha quella croda nella competenza della Confederaziun, vegn stabili ün tribunal federal.

Per ils affars penals (Art. 109) vegn fuormà üna Jury.

Vegl art. 95 ais strichà.

Art. 104.

Ils commembers del tribunal federal e lur suppleants vegnan ellets dall'assemblea federala. Las trais linguas nazionalas dessen esser representadas nel tribunal federal.

La ledscha determinera l'organisaziun del tribunal federal e da sias secziuns, il number dels commembers e suppleants, la dürada da lur offizi e lur salari.

Art. 105.

Nel tribunal federal po gnir ellet ogni vschin svizzer, chi ais elligibel nel cussagl nazional.

Ils members dell'assemblea federala e del cussagl federal et ils impiegats nomnats da quistas autoritads nun pon in medem temp esser members del tribunal federal. Sün via legislativa pon eir oters impiegos et otras vocaziuns gnir declaradas incompatiblas culla plaza d'ün güdisch federal.

Art. 98.

Il president et il vice-president del tribunal federal vegnan ellets dall'assemblea federala or dels members da tal, ogni ün per ün an.

Art. 99.

Ils members del tribunal federal vegnan indemnizats tras dietas (Taggelder) or della chascha federala.

Art. 100.

Il tribunal federal driza aint svesa sia canzlia.

Art. 101.

Il tribunal federal güdicha sco güdisch civil:

- 1) Supra differenzas, chi nun sun da natüra politica:
 - a. tranter chantuns;
 - b. tranter la Confederaziun et ün chantun.
- 2) Supra differenzas tranter la Confederaziun d'üna vart e corporaziuns o privats dall'otra vart, scha quistas corporaziuns o privats sun ils achüsadurs e sch'al oget della dispüta ha üna valor considerabla, quala ais da fixar tras la legislaziun federala.

3) Sur differenzas concernant las personas sainza patria (Heimatlose).

Nels cas menzionats suot No. 1, litt. a e b vegn l'affar surdat al tribunal federal tras il cussagl federal. Respuonda quist ultim sülla dumanda, sch'ün oget croda nella competenza del tribunal federal, negativmaing, schi vegn il cöflict decis dall'assemblea federala.

Art. 102.

Il tribunal federal ais obliä, da güdichar eir sur oters cas, scha que vegn dumandà dad ambas parts e scha l'oget della dispüta ha üna valor considerabla, quala ais da fixar tras la legislaziun federala. Ils cuosts pero croden exclusivmaing al agravi dellas parts.

Art. 103.

La cooperaziun del tribunal sco cuort da güstizia penala vegn determinada tras la legislaziun federala, chi statuera ulteriurmaing sur il metter in stadi d'achüsà, sur la formaziun della cuort d'assisas e da cassaziun.

Art. 104.

La cuort d'assisas assistida dalla Jury, quala as pronunzia sur la questiuin da fat, güdicha:

- a. in cas, inua impiegats, nomnats dad üna autoritad federala, vegnan surdats da quella alla güstizia penala;
- b. sur cas da ot tradimaint cunter la Confederaziun, da revolta e violenza cunter las autoritads federalas;
- c. sur crims e delicts cunter il dret dels pövels;
- d. sur crims e delicts politics, chi sun la causa o la conseguenza dellas agitaziuns, tras las qualas ün'

Vegl art. 98 ais strichà.

Vegl art. 99 ais strichà.

Art. 106.

Sco vegl art. 100.

Art. 107.

Il tribunal federal güdicha supra differenzas civilas:

- 1) tranter la Confederaziun et ils chantuns;
- 2) tranter la Confederaziun d'üna vart e corporaziuns o privats dall'otra vart, sch'al oget della dispüta ha ün'importanza, quala vegn fixada tras la legislaziun federala, e scha ditas corporaziuns o privats sun ils achüsadurs;
- 3) tranter ils chantuns;
- 4) tranter ils chantuns d'üna vart e corporaziuns o privats dall'otra vart, sch'al oget della dispüta ha ün'importanza, quala vegn fixada tras la legislaziun federala, e sch'üna part dumanda que.

Il tribunal federal güdicha in pü sur differenzas concernant las personas sainza patria (Heimathlosigkeit), sco eir supra las litas, chi naschen tranter communitads da differents chantuns resguardo il vschinadi.

Art. 108.

Il tribunal federal ais obliä, da güdichar eir sur oters cas, scha que vegn dumandà dad ambas parts e scha l'oget della dispüta ha ün'importanza, quala vegn fixada tras la legislaziun federala.

Art. 103 croda davent.

Art. 109.

Il tribunal federal, assistì dalla Jury, quala as pronunzia sur la questiuin da fat, güdicha in materia penala:

- 1) sur cas da ot tradimaint cunter la Confederaziun, da revolta e violenza cunter las autoritads federalas;
- 2) sur crims e delicts cunter il dret dels pövels;
- 3) sur crims e delicts politics, chi sun la causa o la conseguenza d'agitaziuns, tras las qualas ün'intervenziun armada da parte la Confederaziun ais stata occasionada;

intervenziun armada da parte la Confederaziun ais stata occasionada.

L'assemblea federala ha il dret, da pronunziar amnestia o graziamaint supra tals crims e delicts.

Art. 105.

Il tribunal federal güdicha in pü sur la violaziun dels drets garantits tras la Constituziun federala, cur cha plants relatifs al vegnan surdats da parte l'assemblea federala.

Art. 106.

Ultra ils cas menzionats nels art. 101, 104 e 105 po la Confederaziun plazar eir oters affars nella competenza del tribunal federal.

Art. 107.

La legislaziun federala fixera in ultra il necessari:

- a. supra l'ellecziun d'un procuratur da stadi (Staatsanwalt);
- b. supra crims e delicts, chi croden nella competenza del tribunal federal, sco eir sur las ledschas penales, chi han da gnir applichadas;
- c. sur la procedura federala, quala dess esser verbala e publica.
- d. sur ils cuosts giudiciaris.

V. Disposiziuns diversas.

Art. 108.

Tuot que chi as rapporta alla sede dellas autoritads federalas ais oget della legislaziun federala.

Art. 109.

Las trais linguas principalas della Svizzer, il tudaish, il frances e l'italian, sun linguas nazionalas della Confederaziun.

4) in cas, inua impiegats nomnats dad ün' autoritad federala, vegnan surdats alla güstizia penala.

Art. 110.

Il tribunal federal güdicha in pü:
sur conflicts da competenza tranter autoritads federalas d'üna vart e las autoritads chantunales dall'otra;
sur differenzas da natura politica tranter ils chantuns;
sur reclamaziuns causa violaziun da drets costituzionals dels vschins, sco eir sur reclamaziuns da privats causa violaziun da concordats e tractats da stadi.

Reservadas sun las dispüttas administrativas, qualas han da gnir fixadas tras la legislaziun federala.

In tuots quists cas però ha il tribunal federal d'applichar las ledschas votadas dall'assemblea federala e las decisiuns d'ün' importanza generala. El as drizerà eir davo ils tractats da stadi, cha l'assemblea federala ha ratifichà.

Art. 111.

Ultra ils cas menzionats nels art. 107, 109 e 110 po la Confederaziun plazar eir oters affars nella competenza del tribunal federal; in particular po ella aldar las attribuziuns, chi han per scopo da sgürrar l'applicaziun uniforma dellas ledschas federalas previssas nel art. 55.

Il vegl art. 107 ais supprimà.

V. Disposiziuns diversas.

Art. 112.

Sco vegl art. 108.

Art. 113.

Sco vegl art. 109.

Art. 110.

Ils impiegats della Confederaziun sun responsabels per lur funcziuns. Üna ledscha federala determinera quista responsabilitad pü precisamaing.

III. chapitel.

Revisiun della Constituziun federala.

Art. 111.

La Constituziun federala po gnir revidada ad ogni temp.

Art. 112.

La revisiun ha lö sün via legislativa.

Art. 113.

Cur ch'üna secziun dell'assemblea federala decreta la revisiun della Constituziun federala e cha l'otra nun consainta, obain cur cha tschinquanta milli vschins svizzers, chi han il dret da votar, dumandan la revisiun, schi dess nel ün e nel oter cas la questiun, scha la Constituziun federala dess gnir revidada, esser suota-posta alla votaziun del pövel svizzer.

Scha nel ün o nel oter cas la magioritad dels vschins svizzers, chi piglan part via della votaziun, as pronunzian affirmativmaing, schi han ils duos cussagls da gnir reellets, afin da tour avant la revisiun.

Art. 114.

La Constituziun federala revidada intra in vigur nel momaint ch'ella ais acceptada dalla magioritad dels vschins svizzers, chi piglan part via della votaziun, e dalla magioritad dels chantuns.

Art. 114.

Sco vegl art. 110.

III. chapitel.

Revisiun della Constituziun federala.

Art. 115.

Sco vegl art. 111.

Art. 116.

Sco vegl art. 112.

Art. 117.

Sco vegl art. 113.

Art. 118.

La Constituziun federala revidada intra in vigur nel momaint ch'ella ais acceptada dalla magioritad dels vschins svizzers, chi piglan part via della votaziun, e dalla magioritad dels chantuns.

Per fixar la magioritad dels chantuns vegn la vusch d'ün mez chantun quintada per meza vusch.

Il resultat della votaziun populara in ogni chantun vegn considerà per la vusch chantunala.

Disposiziuns transitorias.**Art. 1.**

Ils chantuns as pronunzieran sur l'acceptaziun della preschainta Constituziun federala seguond las fuormas prescritas tras lur Constituziun, obain — inua la Constituziun nun prescriuva ünguotta lasupra — nella maniera, cha l'autorità suprema del chantun ordinescha.

Art. 2.

Ils resultats della votaziun han da gnir communicats al directori federal à mans della Dieta, quala decidera, scha la nova Constituziun federala ais acceptada.

Art. 3.

Scha la Dieta declera la Constituziun federala per acceptada, schi statuerà ella immediatamaing las disposiziuns necessarias per metter tala in vigur.

Las attribuziuns del cussagl federal da guerra e quellas del cussagl d'administraziun dels fondos federali da guerra passeran al cussagl federal.

Art. 4.

Las disposiziuns statuidas in principi e nella litt. c del art. 6 della preschainta Constituziun nun sun applicablas allas Constituziuns chantunales chi sun fingià in vigur.

Las prescripziuns dellas Constituziuns chantunales, chi sun contrarias allas ulteriuras disposiziuns della Constituziun federala, sun abolidas cul momaint, inua la preschainta Constituziun vegn declerada per acceptada.

Disposiziuns transitorias.**Art. 1.**

La repartiziun del prodot dellas postas e dels dazis vegn mantegnida sùllas basas actualas usche lōng cha la Confederaziun nun ha amo surtut effectivmaing las expensas militarass, qualas ils chantuns han portà fin uossa.

In ultra ha la Confederaziun da pisserar sùn via legislativa, cha la perdita, quala las modificaziuns resultant or dels art. 20, 28 e 34, alinea 2, pon manar cun se in lur totalità per tscherts chantuns, nun als tuocho in üna vota intermaing, dimperse plan à plan durante üna perioda transitoria da qualche ans.

Art. 2.

Las disposiziuns dellas ledschas federalas, dels concordats, dellas Constituziuns e ledschas chantunales, qualas (disposiziuns) sun contrarias alla preschainta Constituziun, sortan or d'vigur tras l'adopziun da quist'ultima.

Art. 3.

Fin all'adopziun della ledscha sur l'organisaziun del tribunal federal vegn il number actual dels members da quist tribunal mantgnü.

Art. 4.

Pell' introducziun della gratuitad dell' instrucziun publica primara (Art. 25) vegn laschà als chantuns ün spazi da tschinch ans.

Art. 5.

Persunas, chi exerceschan üna vocaziun scientifica e chi han obtgnü dad ün chantun o dad ün' autorità concordatara representant püs chantuns, ün attestat da capacità, avant cha la ledscha federala, tutta in vista nel art. 30 saja promulgada, pon exercitar lur vocaziun in tuot la Confederaziun.

Las veglas disposiziuns transitorias 4, 5, 6 e 7 crodan davent (sco eir 1, 2, 3).

Art. 5.

La percepciun dallas taxas federalas süls confins continuera fin tant ch'als tarifs dels noufs dazis ad introduer saran mis in executiun.

Art. 6.

Las decisiuns della Dieta et ils concordats non contraris alla preschainta Constituziun federala restan in vigur fin à lur aboliziun o modificaziun.

Percunter quels concordats, il contenuto dels quals ais gnü declera per affar dallas ledschas federalas, perden lur vigur nel momaint, inua quistas ultimas intran in vita.

Art. 7.

Usche bod cha l'assemblea federala et il cussagl federal saran constituits, sorta il Pact federal dels 7 Aguost 1815 or d'vigur.

Art. 8.

Art. 9.

Art. 10.

Art. 11.

Art. 12.

Art. 13.

Art. 14.

Art. 15.

Art. 16.

Art. 17.

Art. 18.

Art. 19.

Art. 20.

Art. 21.

Art. 22.

Art. 23.

Art. 24.

Disposiziuns transitorias.

Art. 1.

Las disposiziuns transitorias preschaintas en la Constituziun federala restan in vigur fin tant ch'als tarifs dels noufs dazis ad introduer saran mis in executiun.

Art. 2.

Las disposiziuns transitorias preschaintas en la Constituziun federala restan in vigur fin tant ch'als tarifs dels noufs dazis ad introduer saran mis in executiun.

Art. 3.

Las disposiziuns transitorias preschaintas en la Constituziun federala restan in vigur fin tant ch'als tarifs dels noufs dazis ad introduer saran mis in executiun.

Art. 4.

Las disposiziuns transitorias preschaintas en la Constituziun federala restan in vigur fin tant ch'als tarifs dels noufs dazis ad introduer saran mis in executiun.

Art. 2. Il cussagl federal ha da pisserar per prompta et adatada publicaziun del preschaint proget d'üna nova Constituziun federala.

Art. 3. La nova Constituziun federala sara considerata sco adoptada, scha la magioritad dels vschins, chi piglan part via della votaziuns, e la magioritad dels chantuns l'acceptan.

Per fixar la magioritad dels chantuns vegn la vusch d'ün mez chantun quintada per meza vusch.

Art. 4. La votaziun del pövel svizzer chata lö sün tuot il territori della Confederaziun il medem di. Quist di vain fixa tras il cussagl federal.

La votaziun nun podera pero avair lö pü bod co almain quater eivnas davo la publicaziun dellas modificaziuns propostas.

Art. 5. Via da quista votaziun po tour part ogni vschin svizzer, chi ha il dret da votaziun tar las ellecziuns nel cussagl nazional.

Als chantuns, chi accordan il dret da votaziun avant l'aetad da 20 ans complits, aisi permis d'applichar las prescripziuns da lur ledschas chantunalas.

Art. 6. Ogni chantun ordinescha la votaziun sün seis territori. Ella ha da gnir tutta avant davo communidades o circuls. Als chantuns vain surlaschè da fixar, scha la votaziun ha dad esser uverta o secreta. In ultra vegnan applichadas a quista votaziun las prescripziuns existentas in ogni chantun per las votaziuns in materia da Constituziun.

Art. 7. In ogni communitad o circol ha da gnir tut sü ün protocoll, in qual ais d'indichar exacta- maing il number dels votants, chi han acceptà e da quels, chi han rebüta il proget della nova Constituziun federala.

Art. 8. Ils chantuns sco tals dan gio lur vusch tras ils organs, als quals lur Constituziun ha surdat quista competenza.

Las autoritads superiuras dels chantuns han pero il dret, da declarar il resultat della votaziun federala nel chantun (Art. 4 fin 7 qui supra) per la vusch da tal.

Art. 9. Ils chantuns han da dar gio lur vusch il pü tard 15 dits davo la votaziun federala.

Art. 10. Las regenzas chantunalas han da trametter al cussagl federal à mans dell'assemblea federala la votaziun da lur chantun, sco eir ils protocols della votaziun federala. Ils billets han da gnir mis alla disposiziun dell'assemblea federala.

L'assemblea federala verifichera sün basa dels protocols il resultat dellas votaziuns e schi vegn constatà landroua, ch'al proget ais acceptà, declarera ella, cha la Constituziun federala usche revidada intra in vigur.

Art. 11. Il cussagl federal ais incumbensà cull'execuziun da quista ledscha.

Uschea decretà dal cussagl nazional,

Bern, di 5 Mars 1872.

Il President:

R. Brunner.

Il Protocollist:

Schiess.

Usche decretà dal cussagl dels stadis,

Bern, di 5 Mars 1872.

Il President:

A. Keller.

Il Protocollist:

J. L. Lüscher.

Art. 2. Il Consiglio federale ha da presentare per promettere ed adottare l'istituzione del presidente del
d'una nova Costituzione federale.

Art. 3. La nova Costituzione federale sarà considerata come adottata, se la maggioranza della votazione
chi piglia parte via della votazione, e la maggioranza della votazione l'approverà.

Art. 4. La votazione del popolo svizzero, che ha il diritto di votare, è libera e segreta. Per far la
voce di voto si usa il cassetto federale.

La votazione non ha da essere per altro che una espressione della volontà
della maggioranza.

Art. 5. Via da questa votazione per tutti gli organi svizzeri, che ha il diritto di votare, la
elezione del cassetto nazionale.

Art. 6. Ogni cantone ordinario ha diritto di votare. La votazione si fa per cantone. La votazione
munita di sigillo. La votazione si fa per cantone. La votazione si fa per cantone. La votazione si fa per cantone.

Art. 7. In ogni comunità o città, che ha il diritto di votare, si fa la votazione per cantone. La votazione
munita di sigillo. La votazione si fa per cantone. La votazione si fa per cantone. La votazione si fa per cantone.

Art. 8. Il Consiglio federale ha da presentare per promettere ed adottare l'istituzione del presidente del
d'una nova Costituzione federale.

Art. 9. La votazione del popolo svizzero, che ha il diritto di votare, è libera e segreta. Per far la
voce di voto si usa il cassetto federale.

Art. 10. La votazione del popolo svizzero, che ha il diritto di votare, è libera e segreta. Per far la
voce di voto si usa il cassetto federale.

Art. 11. Il Consiglio federale ha da presentare per promettere ed adottare l'istituzione del presidente del
d'una nova Costituzione federale.

Il Presidente:
H. Bismarck.
Il Protocollo:
Schick.

Il Presidente:
A. Keller.
Il Protocollo:
A. L. Lütcher.

Rece di 5 Mars 1872.
L'Assemblea del Consiglio nazionale.
Rece di 5 Mars 1872.

LESCHA FEDERALA

concernent

la revisiun della Constituziun federala dils 12 de Settember 1848.

Dils 5 de Mars 1872.

LESCHA FEDERALA

LESCHA FEDERALA

CONFEDERATI

la revision della Costituzione federala dils 12 de Settember 1848.

Dils 5 de Mars 1872.

CONFEDERAZIONE SVIZZERA

LESCHA FEDERALA

concernent

la revisiun della Constituziun federala dils 12 de Settember 1848.

(Dils 5 de Mars 1872.)

L'Assemblea federala della Confederaziun svizzera,

en applicaziun dils artichels 111, 112 e 114, sco l'artichel 74, zifra 1^{ma} della Constituziun federala,

decretescha :

Art. 1. La Constituziun federala vegn sottoposta en la redacziun sequenta alla votaziun dil pievel svizzer e dils cantuns :

Constituziun federala actuala.

En num dil tutpossent Diu!

La Confederaziun svizzera,

En l'intenziun de confermar l'allianza dils Confederai, de mentener ed augmentar l'unitat, la forza e l'honor della naziun svizzera, ha adoptau la sequenta constituziun federala :

Constituziun federala

della

CONFEDERAZIUN SVIZZERA.

CAP. 1.

Disposiziuns gieneralas.

Art. 1.

Il pievels dils 22 Cantuns suverans della Svizzera, uni entras l'allianza presenta, numnadamein: *Turitg, Bern, Lucern, Uri, Svyz, Unterwalden (sut. e sur igl uaul), Glaruna, Zug, Friburg, Solothurn, Basel (Marcau e Terra),*

Constituziun revedida.

Senza modificaziun.

Art. 1.

Senza modificaziun.

Schaffhusa, Appenzell (interiur ed exteriur) S. Gagl, Grischun, Aargau, Thurgau, Tessin, Vad, Valleis, Neuchâtel e Gienevra formeschan en lur totalitat la Confederaziun svizera.

Art. 2.

La Confederaziun ha per intent de segirar l'indipendenza della patria enconter igl exteriur, de mantener igl ruaus ed igl urden en igl interiur, de protegiar la libertat ed ils dretgs dils Confederai e de augmentar il bein-star cumin.

Art. 3.

Ils Cantuns ein suverans aschi lunsch sco lur suverenitat ei buca limitada entras la Constituziun federala, ed exerciteschan sco tals tuts dretgs, ils quals ein buca surdai alla Confederaziun.

Art. 4.

Tuts Svizzers ein eguals avont la lescha. En la Svizzera dat ei ni subdits, ni privilegis dil liuc, della nasschienscha, de personas u familias.

Art. 5.

La Confederaziun garantescha als Cantuns lur territori, lur severenitat en ils limits, fixai dagl artichel 3, lur constituziuns, la libertat ed ils dretgs dil pievel, ils dretgs costituzionals dils vischins, sco era era ils dretgs e las competenzas, ch' il pievel ha conferiu allas autoritats.

Art. 6.

Ils Cantuns han l'obligaziun de domondar dalla Confederaziun la garanzia de lur Constituziuns.

La Confederaziun surprend la garanzia, supponiu:

- Che questas Constituziuns contegnien nuot contrari alla Constituziun federala;
- Ch'elles garanteschien igl exercizi dils dretgs politics tenor las furmas republicanas — rappresentativas u democraticas;
- Ch'ellas seien acceptadas dal pievel e possien vegnir revididas, cura che la majoritat assoluta dils vischins garegia ina tala revisiun.

Art. 7.

Scadina alianza particulara e mintga contract de natira politica denter ils Cantuns ein scommandai.

Encontercommi han ils Cantuns il dretg de serrar giu denter els convenziuns sur objects de legislatura, d'amministraziun e de giudicatura, mo els ein obligai de suttometter talas all' approvaziun dell' Autoritat federala, la

Art. 2.

Senza modificaziun.

Art. 3.

Senza modificaziun.

Art. 4.

Senza modificaziun.

Art. 5.

Senza modificaziun.

Art. 6.

Senza modificaziun.

Art. 7.

Senza modificaziun.

quala ei autorisada, sche questas convenziuns contegnan causas contrarias als dretgs ded auters Cantuns, ded impedir l'execuziun. En cas contrari ils Cantuns ein autorisai de reclamar la cooperaziun dellas autoritads federalas per l'execuziun de talas convenziuns.

Art. 8.

La Confederaziun ha soletta il dretg de declarar l'ujara e de far pasch, sco era d'intrar en alianzas e tractats cun staats esters, principalmein en tractats de dazis e commers.

Art. 9.

Excepcionalmein resta als Cantuns la competenza de concluder cun staats esters tractats sur objects concernents l'economia politica, il traffic vicinal e de polizia; dentont astgan quels tractats contener nuot de contrari alla Confederaziun ed als Cantuns.

Art. 10.

Las relaziuns ufficialas denter ils Cantuns ed ils Cantuns e las Reghenzas ded auters staats u de lur representants vegnan intermediadas entras il Cussegl federal.

Sur ils objects, menzionai en igl art. 9, pon ils Cantuns semetter en relaziun directamein cun las autoritads ed ufficials subalterns ded in stat jester.

Art. 11.

Ei gliei scommandau de concluder capitulaziuns militaras.

Art. 12.

Ils commembers dell'Autoritat federala, ils employais civils e militar della Confederaziun ed ils representants u commissaris federals astgan buca retscheiver dad ina Reghenza estra ni pensiuns, ni salisaris, ni titels, ni duns u decoraziuns.

Sch'els possedan gia pensiuns, titels u decoraziuns, ein els obligai de renunziar durant lur uffici a lur pensiuns, titels e decoraziuns.

Ufficials subalterns san denton vegnir autorisai dal Cussegl federal de trer vinavont lur pensiuns.

Art. 13.

La Confederaziun ha buc il dretg de tener truppas permanentas.

Art. 8.

Senza modificaziun.

Art. 9.

Senza modificaziun.

Art. 10.

Senza modificaziun.

Art. 11.

Senza modificaziun.

Art. 12.

Las treis emprimas ziffras ein adoptadas senza modificaziun. Aggiuntas vegnan las duas sequentas:

En l'armada federala eis ei scommandau de portar decoraziuns u far valer titels, repartì dad ina reghenza estra.

Ei gliei milsanavont scommandau a scadin uffizier, sut-uffizier e schuldau de retscheiver destincziuns de tala natira.

Art. 13.

Senza modificaziun.

Negin Cantun u miez-Cantun astga haver pli de 300 umens truppas permanentas senza lubiescha dell' autoritat federala; il corps dils schendarms (Landjäger) ei buca comprius.

Art. 14.

Ils Cantuns astgan buca segieder sesezs e s' armar en cas de dispettas denter els. Els ston sesuttometer alla decisiun della Confederaziun.

Art. 15.

En cas ded in prighel smanatschont da part digl extern, ei la reghenza dil Cantun smanatschous obligada de clamar en agit auters Cantuns e de dar avis en il medem temps all' Autoritat federala, il tut senza pregiudizi per las disposiziuns, che vegnan pridadas dalla menzionada autoritat. Ils Cantuns ein obligai de dar succurs. Las spesas porta la Confederaziun.

Art. 16.

En cas de disturbis interiurs, u cura ch'ei smanatscha prighel da vart d' in auter Cantun, dei il Guvern dil Cantun smanatschous dar part immediatamein al Cussegl federal, sin quei che quell' autoritat sappi prender las mesiras necessarias denter ils limits de sia competenza (art 90, No. 3, 10, 11), ni convocar l' Assemblea federala. En cas urghents ei la Reghenza autorisada, dond enconoschenscha al Cussegl federal, de clamar en agit auters Cantuns, ils quals ein obligai de prestar il succurs garigiaus.

Cura che la Reghenza cantunala ai buc en il cas de domondar agit, l' Autoritat federala po intervegnir senza requisiziun; ell' ei obligada ded intervegnir, cura che ils disurdens comprometteschan la segirezzia.

En cas ded ina intervenziun federala vegnan las autoritats federalas a procurar, che las prescriziuns, contenidas en igl art. 5, vegnien observadas.

Las spesas porta il Cantun, il qual ha domondau succurs, u quel che ha caschunau l' intervenziun, sche l' Assemblea federala prend buc autras decisiuns en consideraziun de circumstanzias particularas.

Art. 17.

En ils cas menzionai en ils dus artichels precedents ei scadin Cantun obligaus de dar liber pass allas truppas. Quellas vegnan plazzadas immediatamein sut il comando federal.

Art. 18.

Scadin Svizzer ei obligaus de far survetsch militar.

Art. 14.

Senza modificaziun.

Art. 15.

Senza modificaziun.

Art. 16.

Senza modificaziun.

(Art. 99, ziffras 3, 10 e 11.)

Art. 17.

Senza modificaziun.

Art. 18.

Scadin Svizzer ei obligaus de far survetsch militar. Militars, che perdan la vita en conseguenza dil sar-

Art. 19.

L' armada federala, formada ord ils contingents, consista:

- a. Ord la melissa federala, tier la quala scadin Cantun ha de furnir treis umens sin 100 olmas della populaziun svizzera;
- b. Ord la reserva, la quala fa ora la mesadat della melissa federala.

Cura che smanatscha prighel, po la Confederaziun disponer era della secunda reserva (Landwehr), la quala consista ord las autras forzas militarass de scadin Cantun.

La scala dils contingents, entrass la quala vegn fixau il diember dils umens, che mintga Cantun sto furnir, dei vegnir sottoposta mintga 20 ons ad ina revisiun.

Art. 20.

En igl intent ded introduir l'uniformitat e la capacitat necessaria, vegnan statuidas las sequentas normas:

1. Ina lescha federala fixescha l'organisaziun gienerala dell' armada federala;
2. La Confederaziun sorprend:
 - a. l'instrucziun dils corps de genie, dell' artiglieria e della cavalleria. Ils Cantuns, ils quals han de furnir quellas armas specialas, ein dentont obligai de furnir ils cavalls.
 - b. l'instrucziun dils instructurs per las autras armas;
 - c. l'instrucziun superiura per tuttas armas, tier qual intent la Confederaziun fundescha principalmein scolass militara ed ordonescha reuniuns de truppas;
 - d. la furniziun ded ina part dil material d' ujjara.

Sch' ei fa de besegnss, po la centralisaziun militara vegnir sviluppada ulteriuramein entrass la legislaziun federala.

4. La Confederaziun survigilescha l'instrucziun militara dell' infanteria e dils tiradurs (Scharfschützen), sco era las provisiuns, la construcziun ed il manteniment d' ujjara, ch' ils Cantuns ein obligai de furnir all' armada federala.

4. Las ordinaziuns militarass dils Cantuns astgan contener neginas prescriziuns contrarias all' organisaziun gienerala dell' armada ed allas obligaziuns, ch' els han surpriu, visavi alla Confederaziun.

Quellas ordinaziuns ston vegnir sottopostas all' approbaziun dil Cussegl federal.

5. Tuttas truppas en survetsch della Confederaziun portan exclusivamein la bandiera federala.

vetsch federal u che piteschan tras quel don permanent vid lur sanadat, han il dretg de pretender en cas de besegn succurs dalla Confederaziun per els u per lur familias.

Art. 19.

L'armada federala consista ord tutt ils Svizzers, obligai al survetsch federal entrass la legislaziun federala.

En temps de prighels po la Confederaziun disponer era de quels umens, che fan buca part dell' armada federala, dil medem de tut ulteriur material militar dils Cantuns.

Ils Cantuns disponan dellas forzas militarass de lur territori, aschi lunsch, sco quei dretg ei buca limitaus entrass la Constituziun u las leschas federalas.

Art. 20.

L'organisaziun dell' armada ei surdada alla legislaziun federala.

Aschinavont sco raschuns militarass nun impedeschan, deien las unitats tacticass vegnir formadas ord las truppas dil medem Cantun.

Las spessas per l'instrucziun, per l'armament e per igl equipement dell' armada federala porta la Confederaziun.

Il material d' ujjara dils Cantuns, sco el dei esser tenor las leschas presentamein en vigur, vegn surdaus alla Confederaziun.

Als Cantuns eis ei reservau dentont de disponer de tal material en ils limits digl art 19, lemma 3.

La Confederaziun ha il dretg de sesurvir u de prender possess dellas plazzas d' arma e dils baghetgs, destinai ad intents militarass, che sesanflan en ils Cantuns. Las condiziuns, sut las qualas ella po far diever de quei dretg, vegnan reguladas entrass ina lescha federala.

L'execuziun della lescha militara en ils Cantuns ha liuc entrass las Autoritass cantunallas en ils limits, fixai dalla legislaziun federala.

Art. 21.

La Confederaziun ha il dretg d' ordonar sin agiens custs u d'encuraschar entras subsidis talas lavurs publicas, che schaijan en igl interess della Svizzera ni ded ina part considerabla della terra.

Tier quei intent po la Confederaziun ordonar l'expropriaziun encunter ina raschuneivla indennisaziun. Las ulteriuras disposiziuns sur questa materia vegnan statuidas entras la legislaziun federala.

L' Assemblea federala ha il dretg ded impedir construcziuns publicas, che podessen portar donn als interess militars della Confederaziun.

Art. 22.

La Confederaziun ha il dretg de fundar in' universitat ed ina scola polytechnica.

Art. 22.

La Confederaziun ha il dretg de fundar in' universitat ed ina scola polytechnica.

Art. 23.

Ils dazis e las doganas vegnan surdai alla Confederaziun.

Art. 21.

Senza modificaziun.

Art. 22.

La Confederaziun ha il dretg della survigilanza suprema sur la construcziun dils rempars e sur la polizia forestala en las contradas alpinas.

Ella vegn a subsidiar la correcziun e la dustonza encounter flims furius (entras rempars etc.), sco era la replantaziun ded uauls en las contradas, nua ch' ils flims menzionai neschan. Ella vegn a decretar las mesiras necessarias per segirar il manteniment de talas lavurs e la conservaziun dils uauls existents.

Art. 23.

La Confederaziun ei autorisada de statuir disposiziuns per protegiar ils utschalls utils all' agricultura ed alla cultura dils uauls, sco era de regular igl exercizi della pestga e della catscha, principalmein per conservar l' aulta selvaschina sin las Alps.

Art. 24.

La legislaziun sur la construcziun e l' explotaziun dellas vias de fier auda alla Confederaziun.

Art. 25.

La Confederaziun ha il dretg de fundar in' universitat, ina scola polytechnica ed auters instituts superiors per l' instrucziun publica.

Ils Cantuns han de procurar per l' instrucziun primara, che dei esser obligatoria e gratuita.

La Confederaziun po fixar sin via legislativa il minimum dellas prestaziuns en las scolas primaras.

Art. 26.

Ils dazis e las doganas vegnan surdai alla Confederaziun. Quella ha il dretg de relevar dazis sur igl import ed export.

Art. 24.

La Confederaziun ha il dretg de dismetter enconter indemnizaziun totalmein e parzialmein ils dazis sin terra ed aua, vid vias e punts, sin duanas ed autras finanzas de quella sort, accordadas u renconoschidas dalla Dieta, seig' ei che quels dazis ed autras taxas appartegnien als Cantuns, u ch'els vegnien relevai dallas vischnauncas, da corporaziuns u da privats. Tuts dazis e taxas vid vias, che graveschan il transit, deien en scadin cas vegnir recumprai sin igl entir territori della Confederaziun e quei en teifer il medem termin. —

La Confederaziun ha il dretg de relevar sin ils confins svizzers dazis d' import, d' export e de transit.

Ell' ei autorisada d' utilisar per siu diever enconter indemnizaziun ils baghetgs sin il confins svizzers, destinai actualmein per l'administraziun de dazis e duanas, seig' ei, che tals vegnan cumprai, ni pri si per tscheins.

Art. 25.

La percepziun dils dazis federali dei vegnir regulada tenor las sequentas normas:

1. Taxas sin igl import:

- a. Il material necessari per l'industria intern dei vegnir taxaus schi bass, co posseivel ei.
- b. Medemamein deien vegnir tractai ils objects necessaris per la vita.
- c. Ils objects de luxus vegnan suttoposts alla pli aulta tariffa.

2. Ils dazis sin transit e gieneralmein era quels sin export deien esser schi moderai sco posseivel.

3. Per segirar il traffic sin confins e quel dellas fieras dei la legislaziun fixar disposiziuns adequatas.

Las disposiziuns sura menzionadas impedischan dentont buca la Confederaziun de prender per in temps limitau mesiras excepzionalas en circumstanziass extraordinarias.

Art. 26.

La rendita dils dazis sin import, export e transit vegn applicada sco suonda:

- a. Scadin Cantun survegn 4 bazs per testa suenter il diember total de sia populaziun, la quala vegn calculada tenor la numeraziun digi on 1838.
- b. Ils Cantuns, ils quals vegnan buca indemnesai sufficientamein entras questa repartiziun per la sperdita, che resultescha per els ord la dismessa dils dazis

Igl Art. 24 ei dismiss.

Art. 27.

La percepziun dils dazis federali dei vegnir regulada tenor las sequentas normas:

1. Taxas sin igl import:

- a. Il material necessari per l'industria e l'agricultura interna dei vegnir taxaus schi bass, sco posseivel;
- b. Medemamein deien vegnir tractai ils objects, necessaris per la vita.
- c. Ils objects de luxus vegnan suttoposts alla pli aulta tariffa.

Questas normas deien era vegnir applicadas tier la conclusiun de tractats commercialis cun igl exteriur.

2. Ils dazis sin igl export deien vegnir taxai schi moderadamein sco posseivel ei.

3. Per segirar il traffic sin ils confins e quel dellas fieras dei la legislaziun fixar disposiziuns adequatas.

Las disposiziuns sura menzionadas impedischan dentont buca la Confedereziun de prender per in temps limitau mesiras excepzionalas en circumstanziass extraordinarias.

Art. 28.

Igl importo dils dazis croda en la cassa federala.

Las idemnisaziuns pagadas entochen ussa als Cantuns per ils dazis, per taxas sin vias e punts, duanas etc. ein dismissas.

Excepzionalmein obtegnan ils Cantuns d' Uri, Grischun Tessin e Valleis en consideraziun de lur pass internaziunals in' indemnizaziun annuala, la quala vegn fixada en appreziaziun de tuttas circumstanziass, sco suonda:

menzionai en igl art 24, obtegnan milsanavont la summa necessaria affin indemnisar els per quels dazis a norma dil netto product proporzional dils 5 ons 1842 à 1846 inclusive.

Il surpli della rendita croda en la cassa federala.

Art. 27.

Cur che dazis e taxas vid vias e punts ein vegnidas accordadas per l' amortisaziun ded in capital de construcziun u ded ina part de quel, sche finescha la percepziun de quels dazis e taxas ni l' indemnisaziun persuerter, schi gleiti sco ei cuvretgs il capital u la part relativa cun ils tscheins.

Art. 28.

Las presentas normas altereschan en negina uisa las disposiziuns davart taxas sin transit, contenidas en ils contracts sur vias de fier, ch' ein vegni serra giu tochen ussa. Encontercommi survegn la Confederaziun ils dretgs, reservai als Cantuns entras quests tractats relativamein allas taxas sin il transit.

Art. 29.

Garantidas ein la libra compra e vendita de victualias, biestgam, mercanzias, products agricols ed industrials de mintga sort, lur liber import, export e transit dad in Cantun tier l' auter.

Reservai vegnan:

- Relativamein alla vendita e compra il regal de sal e de purla;
- Disposiziuns polizialas dils Cantuns sur commers ed industria e sur il gudiment dellas vias.
- Disposiziuns enconter danusas compras anticipadas (schädlicher Vorkauf).
- Mesiras temporaras de polizia de sanitat durant il temps d' epidemias e de malzognas de biestga.

Las disposiziuns menzionadas sut litt. b e c deien esser las medemas, tont per ils vischins dil Cantun sco per quels dils auters Stands confederali. Ellas ein sottopostas all' examinaziun dil Cussegl federal ed astgan buca vegnir messas en executiun, sch' ellas han buc obteniu l'approbaziun dell' autoritat menzionada.

- Las taxas accordadas u renconoschidas dalla Dieta, aschi lunsch sco ellas ein buca vegnidas supprimidas dalla Confederaziun (art. 24 e 31).

Per Uri	fr. 70,000
„ il Grischun „	200,000
„ il Tessin „	200,000
„ il Valleis „	50,000

Ils Cantuns d' Uri e dil Tessin survegnan milsanavont per tener aviert la ruta sur il Gothard durant igl unviern in' annuala indemnisaziun totala de fr. 40,000, aschi ditg tochen ch' il stradun menzionaus vegn buca remplazzaus entras ina via de fier.

Il vegl Art. 27 ei dismiss.

Il vegl artichel 28 ei dismiss.

Art. 29.

La libertat dil commers e dell' industria ei garantida sin igl entir territori della Confederaziun.

Reservai ein:

- Il regal de sal e de purla, ils dazis federals, las taxas sin igl importo de vins e sin las autras bubrondas spirituosas, sco era las autras taxas sin consumaziun, formalmein renconoschidas dalla Confederaziun tenor igl art. 33.
- Las mesiras polizialas de sanitat enconter epidemias e malzognas de biestga.
- Las disposiziuns davart igl exercizi dellas professiuns commercialas ed industrialas, las taglias relativas e la polizia dellas vias.

Questas disposiziuns astgan contener nuot de contrari al principi della libertat de commers e d'industria.

f. Las taxas de consumaziun sin vin e sin autras bubrondas spirituosas, conform agl art. 32.

Art. 30.

La legislaziun federala vegn a statuir, schi lunsch sco ell' ei interessada, las disposiziuns necessarias davart la dismessa dils privilegis relativamein al transport de personas e de mercanzias de mintga sort sin aua u sin terra, ch' existan denter Cantuns u en igl interior ded in Cantun.

Art. 31.

La percepciun dellas taxas, menzionadas en igl art. 29, lit. a, ei messa sut la survegionza dil Cussegl federal. Senza l' autorisaziun dell' Assemblea federala eis ei scummandau ded alzar quellas taxas, ni de prolungar lur cuoz, sch' ellas ein vegnidas accordadas per in temps limitau.

Ils Cantuns astgan introduir sut negin titel novs dazis, sco era novas taxas vid vias e punts. L' Assemblea federala ha dentont il dretg de lubir talas taxas per in temps determinau per encuraschar conform agl art. 21 ovras d' interess gieneral en favur dil commers, che savessen buca vegnir realisadas senza ina tala concessiun.

Art. 30.

Als Cantuns eis ei surschau de garigiar provas de capacitat per quels che vulan exercitar las professiuns scientificas.

La legislaziun federala vegn a procurar, ch' ins sappi obtener tals certificats de capacitat, valeivels per l'entira Confederaziun.

Il vegl artichel 30 ei dismiss.

Il vegl artichel 31 ei dismiss.

Art. 31.

Ei gliei scummandau ded arver bancas de giuc.

Quellas, che existan actualmein, vegnan serradas enteifer in termin de 5 ons, dumbrond dal moment, che la presenta Constituziun vegn acceptada.

Las concessiuns, che fussen vegnidas accordadas depi l' entschatta digl on 1871, vegnan declaradas per nunvaleyvas.

La Confederaziun ha era il dretg de prender las mesiras necessarias concernent las lotterias.

Art. 32.

La Confederaziun ei autorisada de statuir disposiziuns uniformas per protegiar ils luvriers enconter igl exercizi ded industrias malsaunas e prigusas e de regular sin via legislativa la lavur dils affonts en las fabricas.

Las operaziuns dellas aghenturas d' emigraziun e dellas intrapresas privatas de securonza vegnan suttopostas alla survegionza ed alla legislaziun federala.

Art. 32.

Ultra ils dretgs, reservai en igl art. 29, lit. e, ein ils Cantuns autorisai de relevar taxas de consumaziun sin vin ed autras bubrondas spirituosas, adina per auter cun las sequentas restrincziuns:

- a. La percepziun de questas taxas de consumaziun astgan gravar il transit en negina uisa; ella dei tont sco posseivel ei, metter negins obstachels al commerc e traffic, che deien buca vegnir gravai cun autras taxas.
- b. Sche las mercanzias importadas per la consumaziun, vegnan de novamein exportadas ord il Cantun, sche deien las taxas, pagadas per igl importo, vegnir restituidas senz' altra molestia.
- c. Ils products svizzers deien vegnir gravai cun taxas pli bassas, che quels digl exterior.
- d. Las taxas actualas de consumaziun sin ils vins e las autras bubrondas spirituosas d' origin svizzer astgan buca vegnir alzadas en ils Cantuns, nua che talas existan. A quels Cantuns, che han buc aunc quellas taxas, eis ei scummandau ded introducir novas.
- e. Las leschas ed ordinaziuns dils Cantuns davart la percepziun dellas taxas de consumaziun vegnan sottopostas avont de vegnir messas en executiun, all' approvaziun dil Cussegl federal, sinaquei che las disposiziuns actualas vegnien respectadas.

Art. 33.

La Confederaziun sorprend l' administraziun dellas postas en l'entira Svizzeria tenor las prescripziuns sequentas:

1. Las communicaziuns postalas, ch' existan presentamein, astgan en gieneral buca vegnir desminuidas senza il consentiment dils Cantuns interessai.
2. Las tariffas vegnan fixadas suenter ils medems principis e schi raschuneivlamein sco posseivel per igl entir territori svizzer.
3. L' inviolabilitat dellas brevs ei garantida.
4. La Confederaziun vegn ad indemnisar ils Cantuns per la cessiun dil regal postal tenor las normas sequentas:
 - a. Ils Cantuns retscheivan annualmein la summa proporzionala dil product netto, ch' els han tratg ord las postas sin agien territori durant ils treis ons 1844, 1845 e 1846.

Art. 33.

Ils Cantuns han il dretg de retscheiver las taxas d' importo sin ils vins e las autras bubrondas spirituosas, contenidas en igl art. 29, lit. a, adina dentont cun las restricziuns sequentas:

- a. La percepziun de quellas taxas d' importo astgan gravar il transit en negina uisa; ella dei tont sco posseivel ei, metter negins obstachels al commerc e traffic, che deien buca vegnir gravai cun autras taxas.
- b. Sche las mercanzias importadas per la consumaziun, vegnan de novamein exportadas ord il Cantun, sche deien las taxas, pagadas per igl importo, vegnir restituidas senz' altra molestia.
- c. Ils products svizzers deien vegnir gravai cun taxas pli bassas, che quels digl exterior.
- d. Las taxas actualas d' importo sin ils vins e las autras bubrondas spirituosas d' origin svizzer astgan buca vegnir alzadas en ils Cantuns, nua che talas existan. A quels Cantuns, che han buc aunc quellas taxas, eis ei scummandau ded introducir novas.
- e. Las leschas ed ordinaziuns dils Cantuns davart la percepziun dellas taxas d' importo vegnan sottopostas, avont de vegnir messas en executiun, all' approvaziun dil Cussegl federal, sinaquei che las disposiziuns actualas vegnien respectadas.

Enteifer in termin de 20 ons deien vegnir dismessas senza indemnizaziun tuttas taxas d' importo, che vegnan relevadas presentamein dals Cantuns, sco era semigliontas, percepidas dallas Vischnaucas.

Art. 34.

Las postas ed ils telegraphs ein en l'entira extensiun della Confederaziun sut il domini federal.

Las renditas dell' administraziun postala e dils telegraphs crodan en la cassa federala.

Las tariffas sin igl entir territori della Confederaziun ein stabilidas sin la medema basis, la quala dei esser schi moderada sco posseivel ei.

L' inviolabilitat dil secret postal e dils telegraphs ei garantius.

Sch' il product netto, il qual la Confederaziun trai ord las postas, duess dentont buc esser sufficients per pagar questa indemnizaziun, sche vegn fatg als Cantuns ina deminuziun en proporziun.

- b. Cura ch'in Cantun ha buc aunc retschert directamein enzitgei ord la rendita dellas postas, ni cura ch'el ha en consequenza ded in contract d' appalt, concludius cun in auter Cantun, obteniu considerablamein pli pauc dil product netto, ch'ei de constatar ord ils registers, sche deien questas circumstanziass vegnir pridas en giesta consideraziun tier la fixaziun dell' indemnizaziun.
- c. Nua ch' igl exercizi dil regal postal ei vegnius cedius al privats, suprend la Confederaziun l'indemnizaziun relativa.
- d. La Confederaziun ha il dretg e l'obligaziun de surprendre il material appartenents all' administraziun dellas postas, aschi lunsch sco quel ei adtaus e qualifiaus, pagond in' indemnizaziun als proprietaris.
- e. L' Administraziun federala ha il dretg de far diever de quels baghetgs, ch' ein destinai actualmein al survetsch postal pagond in' indemnizaziun, ni prenent si quels per tscheins.

Art. 34.

Ils employai vid las doganas e las postas deien vegnir elegi en gronda part ord ils Cantuns, per ils quals els ein destinai.

Art. 35.

La Confederaziun ha la suprema survigilanza sur las vias e punts, vid il manteniment dellas qualas la Confederaziun ha in interess.

Las summas, ch' ein de pagar als Cantuns a norma dils art. 26 e 33 vegnan retenidas dall' Autoritat federala, cura che quellas vias e punts vegnan buca mantenidas en urden dals Cantuns, dallas corporaziuns e dals particulars, ch' ein obligai tier tals manteniments.

Art. 36.

La Confederaziun exercitescha tuts ils dretgs, ch' ein conteni en il regal dellas muneidas. Ils Cantuns astgan buca batter muneidas pli. Quei dretg va sura alla Confederaziun.

Ina lescha federala vegn a fixar l'unitat e valetta dellas muneidas, la tariffa dellas muneidas en circulaziun e prender las disposiziuns ulteriuras, tenor las qualas ils Cantuns ein obligai de fonder e de rebatter ina part dellas muneidas, ch' els han battiu.

Art. 35.

Sco il vegl art. 34.

Art. 36.

La Confederaziun ha la suprema survigilanza sur las vias e punts, vid il manteniment dellas qualas la Confederaziun ha in interess.

Las summas, ch' ein de pagar als Cantuns a norma digl art. 28 per il manteniment dils straduns alpins, construi sin lur territori, vegnan retenidas dall' Autoritat federala, sche ils Cantuns mantegnan buc en urden quellas vias.

Art. 37.

La Confederaziun exercitescha tuts ils dretgs, ch' ein conteni en il regal dellas muneidas.

Solettamein la Confederaziun ha il dretg de batter muneidas.

La legislaziun vegn a fixar il system monetari; ella po tariffar las muneidas digl Exterior.

Art. 37.

La Confederaziun vegn ad introduir sin basis dil concordat federal, ch' exista actualmein, l'uniformitat della mesira e peisa en il territori dell' entira Svizzeria.

Art. 38.

La fabricaziun e la vendita della purla en l' entira Svizzeria ei exclusivamein causa della Confederaziun.

Art. 39.

Las expensas della Confederaziun vegnan cuvretgas:

- a. Ord ils tscheins dil fondo federal d' ujjara;
- b. Ord igl importo dils dazis confinals della Svizzeria;
- c. Ord las renditas dellas postas;
- d. Ord igl importo dellas purlas;
- e. Ord las contribuziuns dils Cantuns, las qualas perauter astgan vegnir relavadas mo entras conclusiuns dell' Assemblea federala.

Questas contribuziuns deien vegnir pagadas dals Cantuns suenter proporziun della scala de taglia, la quala vegn revidida mintga 20 ons.

Tier ina tala revisiun deien ins sebasar tont sin la populaziun, sco sin la facultat e la rendita dils Cantuns.

Art. 40.

En la cassa federala dei adina sesanflar en daner blut silmeins igl importo della dubla scala de contribuziun dils Cantuns per pagar las expensas militarass, caschunas entras clomar truppas en il survetsch militar.

N. B. Ils art. 41, 42, 43 ein translocai.

Art. 42.

Mintga vischin ded in Cantun ei vischin svizzer. Sco tal po el exercitar en scadin Cantun, nua ch' el ei domiciliass, tuts ils dretgs politics en causas federalas e cantonalas. El astga dentont exercitar quels dretgs mo sut las medemas condiziuns, sco ils vischins dil Cantun. En causas cantunalas survegn dentont in vischin svizzer il

Art. 38.

La Confederaziun ha il dretg de decretar sin via legislativa disposiziuns gieneralas sur l' emissiun e l'incassament dils bigliets de banca.

Art. 39.

La Confederaziun fixescha il system de peisa e mesira. Ils Cantuns exequeschon las leschas sur questa metierias sut la survigilanza della Confederaziun.

Art. 40.

La fabricaziun e la vendita della purla en l'entira Svizzeria ei exclusivamein causa della Confederaziun.

Composiziuns minieras (Sprengfabrikate), ch'ins sa buca duvrar per sittar, ein buca contegnidas en il regal de purla.

Art. 41.

Las expensas della Confederaziun vegnan cuvretgas:

- a. Ord la rendita ord la facultat federala;
- b. Ord igl importo dils dazis confinals della Svizzeria;
- c. Ord la rendita dellas postas e dils telegraphs;
- d. Ord la rendita dellas purlas;
- e. Ord igl importo della taxa per s' extempzionar dal survetsch militar (Militärpflichtersatzsteuer).
- f. Ord las contribuziuns dils Cantuns, las qualas deien vegnir reguladas spezialmein entras la legislaziun federala e quei suenter proporziun dellas taglias, che vegnan pagadas en ils Cantuns.

Il vegl art. 40 vegn strihaus.

Art. 42.

Mintga vischin ded in Cantun ei vischin svizzer. Sco tal po el prender part en siu domicili vid tuttas elecziuns federalas suenter ch'el ha documentau sufficientamein siu dretg de votar.

Negin astga exercitar dretgs politics en pli ch' en in Cantun.

dretg de votaziun pèr suenter in temps d'avdonza, il qual vegn fixaus dalla legislaziun cantunala; quei termin astga buca ultrapassar ils dus ons.

Negin astga exercitar dretgs politics en pli che en in Cantun.

Art. 43.

Negin Cantun astga privar in de ses convischins dil dretg de cittedinonza.

Esters astgan buca vegnir naturalisai en in Cantun senza che quels hagian renunziàu al vischinadi della terra, alla quala el apparteneva.

Art. 44.

La Confederaziun svizzera garantescha a tuts ils Svizzers il dretg de prender liber domicili sin igl entir territori svizzer, conformamein allas condiziuns sequentas:

1. Negin Svizzer po vegnir impediùs de sedomiciliar en qual Cantun ch' ei seigi, sch' el posseda ils sequents documents autentics:

- a. in certificat de patria ni in auter document equivalent;
- b. in certificat de buna conduitta;
- c. in attest, ch' el seigi en possess de tuts dretgs ed honors civils;

2. Il Cantun, en il qual in Svizzer prend siu domicili, astga buca garigiar da quel ina cauziun, ni imponer ad el gravezias specialas per quei domicili.

3. Ina lescha federala vegn a fixar il cuoz della lubienschà de domicili, sco era il maximum della taxa, ch' ei de pagar als Cantuns per obtener quei domicili.

4. Il domiciliau gauda tuts dretgs dils vischin de quei Cantun, en il qual el ha priu siu domicili, cun excepziun della participaziun vid ils bein communabels e corporativs e dil dretg de votar en causas de vischnaunca. Al domiciliau ei particularmein garantiu il liber exercizi dell' industria ed il dretg della compra e vendita dellas immobilias tenor las leschas ed ils regulativs dils Cantuns, ils quals deien tener en tuts quests rapports il Svizzer domiciliau sco ils agiens vischins.

5. Las vischnauncas astgan buca imponer a lur av-

Il domiciliau svizzer gauda en siu domicili tuts ils dretgs, che han ils vischins dil Cantun, e cun quels era tuts dretgs dils vischins ded ina vischnaunca, cun excepziun dentont della participaziun vid ils beins comunabels e corporativs.

En fatgs cantonals e comunals obtegn el il dretg de votaziun suenter esser staus domiciliaus en in liuc duront treis meins. Il dretg de votaziun en causas comunalas s'extenda per il domiciliau buca sin l' administraziun dils beins communabels, vid ils quals el participescha buc.

Las leschas cantunalas davart il domicili ed ils dretgs de votaziun dils domiciliai en las Vischnauncas deien vegnir suttomessas all' approvaziun dil Cussegl federal.

Art. 43.

Negin Cantun astga bandischar de siu territori in de ses vischins, ni privar el dil dretg d' origin u de vischinadi.

La legislaziun federala vegn a fixar las condiziuns, sut las qualas ils esters pon vegnir naturalisai, sco era quellas, sut las qualas in Svizzer po renunziar a sia nazionalitat per obtener la naturalisaziun en ina terra estra.

Art. 44.

Scadin vischin svizzer ha il dretg de prender liber domicili en scadin liuc dil territori svizzer, cura ch' el posseda in certificat de patria ni in auter document correspondent.

Excepziunalmein sa il domicili vegnir refusaus u retratgs:

1. A quels, ils quals guadan buca pli lur dretgs civils en conseguenza ded ina sentenza criminala;

2. A quels, ils quals crodan en uisa permanenta a peisa della beneficenza publica ed a quels, als quals lur Vischnaunca, resp. Cantun refuseschan in susteniment proporziunau suenter ch' ei gliei vegniu garigiau uffizialmein in tal senza success.

Il Cantun, en il qual in Svizzer prend siu domicili, astga buca garigiar da quel ina cauziun, ni imponer ad el gravezias specialas per quei domicili. Milsanavont eis ei scummandau allas Vischnauncas ded imponer als Svizzers, domiciliai sin lur territori, autras taglias ni contribuziuns, che quellas che vegnan pagadas dals vischins sezs.

Ina lescha federala vegn a fixar il maximum della taxa de canzlia, ch' ei de pagar al Cantun per obtener la lubienschà de domicili.

donts ord auters Cantuns contribuziuns comunalas pli aultas che als agiens vischins, ils quals appartegnan ad autras Vischnauncas digl agien Cantun.

6. Il Svizzer, domiciliaus en in auter Cantun sa vegnir allontanaus :

- a. Entras ina sentenza giudiziala de materia criminala ;
- b. Sin commond dellas autoritas de polizia, cura ch'el ha pers ses dretgs ed honors civils ed ei vegnius infamaus legalmein ; sch'el ei sefatgs culpeivels ded ina conduitta immoralas ; sch' el sto vegnir mantenius u sch' el ei vegnius castigiaus repetidamein per contravenziuns de polizia.

Art. 44.

Il liber exercizi dil cultus dellas religiuns christanas renconoschidas ei garantius sin il territori dell' entira Confederaziun.

Art. 45.

Il domiciliau svizzer ei sottoposts en causas civilas per regla alla jurisdicziun ed alla legislaziun dil liuc de domicili.

La legislaziun federala vegn a fixar las disposiziuns necessarias, sinaquei che quest principi vegni applicaus e che negin stoppi pagar taglias dublas.

Art. 46.

Ina lescha federala vegn a statuir la differenza denter domicili e simpla avdonza (Aufenthalt) e fixar en il medem temps disposiziuns particularas davart ils dretgs civils e politics dils assesents.

Art. 47.

Ina lescha federala vegn a fixar las disposiziuns necessarias davart las spensas per assestientscha e sepultura de paupers assesents ded in Cantun, ils quals vegnan malsauns e mieran en in auter Cantun.

Art. 48.

La libertat della conscienza e della credientscha ei inviolabla.

Negin astga vegnir disturbaus ed impediens en igl exercizi de ses dretgs civils e politics per opiniuns religiosas, ni sa el vegnir sforzaus tier in act religios, u vegnir castigiaus per haver tralaschau in tal act.

Negin ei obligaus de pagar taglias u contribuziuns, las qualas vegnan relevadas specialmein per il cultus ded ina confessiun u associaziun religiüsa, alla quala el appartegn buc.

Las opiniuns religiosas libereschan negin dall' obligaziun ded adempir ses duvers civils.

Art. 49.

Il liber exercizi dellas acziuns de cultus ei garantius en ils limits della moralitat e digl urden public.

Resta dentont reservau als Cantuns ed alla Confederaziun il dretg de prender las mesiras necessarias per mantener igl urden public e la pasch denter las Confessiuns.

Art. 45.

La libertat della pressa ei garantida.

La legislaziun cantonala prend las disposiziuns necessarias enconter tuts abus entras la pressa; quellas disposiziuns ston dentont haver l'approbaziun dil Cussegl federal.

La Confederaziun ha il dretg de statuir leschas criminalas enconter abus della pressa, cura che quella prend en mira la Confederaziun e sias autoritats.

Art. 46.

Ils vischins han il dretg de formar societats, cura che quellas ein buca illegalas u prigulusas al staat entras ils intents u mezs, employai persuerter. La legislaziun cantunala statuescha las disposiziuns necessarias per supprimer tals abus.

Art. 47.

Il dretg de petiziun ei garatius.

Art. 48.

Tuts ils Cantuns ein obligai de tractar ils vischins decl auters Stands confederali sco ils agiens vischins tont en materia de legislaziun, sco era en la procedura giudiziala.

Ils Cantuns e la Confederaziun pon prender las mesiras necessarias per mantener igl urden public e la pasch denter ils Confederai, sco era enconter las violaziuns da part dellas Autoritas ecclesiasticas visavi als dretgs dils vischins e dil Staat.

Art. 50.

Il dretg tier il matrimoni vegn tschentaus sut la protecziun della Confederaziun.

Enconter in matrimoni san vegnir fatgs negins obstachels per motivs de confessiun, u d' economia, u pervia de conduitta anteriura, ni ord negin auter motiv de polizia.

Per schi ditg sco la legislaziun federala (art. 55) ha buca determinau las condiziuns necessarias per intrar legalmein en ina lètg, vegn ina tala, la quala ei vegnida contrahada en in Cantun ni en igl exterior tenor las leschas, ch' ein leu en vigur, renconoschida sco legitima sin igl entir territori della Confederaziun.

Entras il matrimoni obtegn la dunna il dretg de vischinadi digl um.

Ils affonts, naschi avant il matrimoni, vegnan legitimai entras il matrimoni subsequent dils gieniturs.

Ei gliei scummandau da garigiar dals spus taxas de compra, ni autras gravezzias de tala sort.

Art. 51.

Sco igl actual artichel 45.

Art. 52.

Sco igl art. 46.

Art. 53.

Sco igl art. 47.

Art. 54.

Sco igl art. 48.

Art. 49.

Las sentenzias civilas, intradas en vigur, che vegnan pronunziadas en in Cantun, deien saver vegnir exequidas en l' entira Svizzeria.

Art. 50.

Il debitor svizzer solvabel, il qual ha in domicili stabil, dei vegnir citaus per pretensiuns personalas avont il derschader digl agien domicili e san ins pia buca sequestrar per pretensiuns la facultat ded in tal ordadora dil Cantun, en il qual el habitescha.

Art. 51.

Il dretg de retener la facultat ded in vischin en igl interior della Svizzeria, sco il dretg de retratga de vischins ded in Cantun enconter vischins ded in auter ein dismiss.

Art. 52.

Visavi als Staats exteriori exista la libertat de transportar navent la facultat, adina perauter sut reserva de reciprocitat.

Art. 53.

Negin po vegnir privaus da siu derschader costituzional. En conseguenza de quei ein scummandai tuts tribunals excepziunals.

Art. 54.

Per in delict politic sa negin vegnir sentenziaus tier la mort.

Art. 55.

Ina lescha federala vegn a fixar las disposiziuns, tenor las qualas deien vegnir surdadas dad in Cantun agl auter

Art. 55.

La legislaziun sur il dretg civil, compriu la procedura, ei fatg della Confederaziun. Il Cantun mantegnan dentont la facultat de far leschas sur questas materias tochen la promulgaziun dellas leschas federalas.

La Confederaziun po milsanavont extender sia legislaziun sin il dretg criminal e sia procedura. La legislaziun federala astga dentont buca dismetter igl institut dil *Jury* en quels Cantuns, nua che quel exista.

L' administraziun giudiziala resta als Cantuns cun reserva dellas competenzas, attribuidas al Tribunal federal.

Art. 56.

Vegl art. 49.

Art. 57.

Vegl art. 50, cun l'aggiunta sequenta:

Igl arrest pervia de deivets ei dismiss.

Art. 58.

Senza modificaziun.

Art. 59.

Senza modificaziun.

Art. 60.

Negin po vegnir privaus da siu derschader costituzional. En conseguenza da quei ein scommandai tuts tribunals excepziunals.

En causas matrimonialas sa negin vegnir constringius de sesuttometer alla giurisdicziun ecclesiastica.

Art. 61.

La peina de mort ei dismessa.

Las disposiziuns dil codex penal militar ein dentont reservadas.

Il castitgs corporals ein dismiss.

Art. 62.

Sco il vegl art. 55.

persunas, las qualas ein inculpadas ded in delict. Negin Cantun sa dentont vegnir obligaus de surdar ad in auter persunas, inculpadas dad in delict de politica ni de pressa.

Art. 56.

La legislaziun federala ha de definir ils dretgs de vischinadi de persunas senza patria (*Heimathslosen*) e de prender las mesiras necessarias per impedir novs cas de tala sort.

Art. 57.

La Confederaziun ha il dretg ded allontanar da siu territori ils esters, che pericleteschan la segirezzia interiura ed exteriura della Confederaziun.

Art. 58.

Ils Giesuits e las societats, appartenentas a quei urden, astgan vegnir admess en negina part della Svizzeria.

Art. 59.

Las Autoritats federalas pon prender mesiras de polizia sanitarica en temps d' epidemias e de malzognas bovinas ded in character gieneralmein prigus.

CAP. II.

Autoritats federalas.

I. Assemblea federala.

Art. 60.

La suprema autoritat della Confederaziun ei exercitada dall' Assemblea federala, la quala ei componida da duas secziuns:

- A. dal Cussegl nazional;
- B. dal Cussegl dils Cantuns.

A. Cussegl nazional.

Art. 61.

Il Cussegl nazional ei componius dals deputai dil pievel svizzer. Sin mintga 20,000 olmas della populaziun totala vegn elegius un commember.

Ina fracziun sur 10,000 olmas vegn dumbrada per 20,000.

Art. 63.

Sco il vegl art. 56.

Art. 64.

Sco il vegl art. 57.

Art. 65.

Ils Giesuits e las societats, annexas a quei urden, astgan vegnir admess en negina part della Svizzeria. Negin commember digl urden giesuitic e de sias societats annexas astga funcziunar en baselgia e scola.

Art. 66.

La legislaziun sur las disposiziuns de polizia sanitarica enconter epidemias e malzognas bovinas, che smanschan prighels per il gieneral, vegn surdada alla Confederaziun.

CAP. II.

Autoritats federalas.

I. Assemblea federala.

Art. 67.

Sut reserva dils dretgs dil Pievel e dils Cantuns (art. 85, 89, 118) vegn l' autoritat suprema della Confederaziun exercitada dall' Assemblea federala, la quala ei componida da duas secziuns:

- A. dal Cussegl nazional;
- B. dal Cussegl dils Cantuns.

A. Cussegl nazional.

Art. 68.

Sco il vegl art. 61.

Scadin cantun elegia in deputau, e nua ch' ils Cantuns ein sepeai, per scadina part era silmeins in commember.

Art. 62.

Las elecziuns per il Cussegl nazional ein directas. Ellas han liuc en circuits electorals federals, ils quals astgan buca vegnir componi da part de differents Cantuns.

Art. 63.

Il dretg de votar ha scadin Svizzer, il qual ha compleniu ils 20 ons e ch' ei per auter buc excludius dal dretg de cittedinonza activa, tenor la legislaziun dil Cantun, en il qual el ha siu domicili.

Art. 64.

Elegibels sco commember dil Cussegl nazional ei scadin vischin svizzer secular, il qual ha il dretg de votar.

Ils Svizzers diventai vischins entras naturalisaziun ston, per esser elegibels, haver possediu per silmeins tschunc ons il dretg de vischinadi.

Art. 65.

Il Cussegl nazional vegn elegius per treis ons e vegn renovaus mintgamai totalmein.

Art. 66.

Ils commembers dil Cussegl dils Cantuns, quels dil Cussegl federal ed ils employai, elegi da quei Cussegl, san buc esser dil medem temps commembers dil Cussegl nazional.

Art. 67.

Il Cussegl nazional elegia ord ses commembers in president ed in vice-president per mintga sessiun ordinaria u extraordinaria.

Quei commember, il qual ei staus president durant ina sessiun ordinaria, sa en la proxima sessiun buca pli vegnir elegius sco president u vice-president.

Il medem commember sa buc esser vice-president per duas sessiuns ordinarias, che suondan ina sin l' autra.

Cura ch' ei dat il medem diember de vuschs en ina votaziun tont dad ina vart sco dall' autra, decida la vusch dil president; en elecziuns votescha el sco scadin auter commember.

Art. 68.

Ils commembers dil Cussegl nazional vegnan indemnisai ord la cassa federala.

Art. 69.

Sco igl artichel actual 62.

Art. 70.

Il dretg de prender part allas elecziuns e votaziuns ha scadin Svizzer, il qual ha compleniu ils 20 ons e ch' ei per auter buc excludius dal dretg de cittedinonza activa, tenor la legislaziun dil Cantun, en il qual el ha siu domicili.

Resta perauter reservau alla legislaziun federala de regular confurmamein igl exercizi de quest dretg.

Art. 71.

Elegibels sco commember dil Cussegl nazional ei scadin vischin svizzer, il qual ha il dretg de votar.

Art. 72.

Sco igl art. 65 veder.

Art. 73.

Sco igl art. 66 veder.

Art. 74.

Sco igl art. 67 veder.

Art. 75.

Sco igl art. 68 veder.

B. Cussegl dils Cantuns.

Art. 69.

Il Cussegl dils Cantuns ei componius ord 44 deputai dils Cantuns. Scadin Cantun elegia dus deputai; en ils Cantuns separai elegia scadin miez Cantun in deputau.

Art. 70.

Ils commembers dil Cussegl nazional e dil Cussegl federal san buc esser dil medem temps commembers dil Cussegl dils Cantuns.

Art. 71.

Il Cussegl dils Cantuns elegia per mintga sessiun ozdinaria ed extraordinaria ord ses commembers in president ed in vice-president.

In Cantun astga buca haver in de ses deputai ni sco president, ni sco vice-president per duas sessiuns ordinarias consecutivas.

Ils deputai ded in medem Cantun san buc haver igl uffizi de vice-president per duas sessiuns ordinarias consecutivas.

Cura che las vuschs ein ulivas, decida quella dil president. En elecziuns votescha el sco mintg' auter commember.

Art. 72.

Ils commembers dil Cussegl dils Cantuns vegnan indemnizai dals Cantuns.

C. Competenzas dell' Assemblea federala.

Art. 73.

Il Cussegl nazional ed il Cussegl dils Cantuns delibereschan sur tuts objects, ils quals crodan, tenor la Constituziun presenta, en la competenza federala e ch' ein buca vegnì surdadi ad in' autra autoritat federala.

Art. 74.

Ils objects, che crodan en la competenza dils dus Cussegl, ein particularmein ils sequents:

1) Las leschas ed ils regulativs per metter en vigur ed execuziun la Constituziun federala, specialmein las leschas davart la formaziun de circuits electorals, la moda de votar, l' organisaziun e la procedura dellas Autoritats federalas e la formaziun dil *Jury*.

2) Il salari e l' indemnizaziun dils commembers dellas Autoritats federalas e della Canzlia federala; la fixaziun de permanents uffizis federals e dellas pagas relativas.

3) L' elecziun dil Cussegl federal, dil Tribunal fede-

B. Cussegl dils Cantuns.

Art. 76.

Sco il art. 69 veder.

Art. 77.

Sco igl art. 70 veder.

Art. 78.

Sco igl art. 71 veder.

Art. 79.

Sco igl art. 72 veder.

C. Competenzas dell' Assemblea federala.

Art. 80.

Sco igl art. 73 veder.

Art. 81.

Las competenzas dils dus Cussegl ein principalmein las sequentas:

1) Las leschas davart l' organisaziun e la moda d' elecziun dellas Autoritats federalas.

2) Las leschas, ils decrets u conclus sur las materias, ch' ein vegnidas sottopostas alla competenza federala entras la Constituziun.

3) Il salari e l' indemnizaziun dils commembers dellas Autoritats della Confederaziun e della Canzlia federala; la fixaziun de permanents uffizis federals e dellas pagas relativas.

ral, dil Canzler, dil gieneral suprem, dil schef dil stab gieneral e dils representants federals.

4) Il renconoscher ils staats ed ils guverns esters.

5) Las alianzas ed ils tractats cun igl Exteriur, sco era l'approbaziun dils tractats dils Cantuns denter els u cun igl Exteriur. Ils tractats dils Cantuns vegnan perauter presentai all' Assemblea federala mo cura ch' ei dat reclamaziuns u dalla vart dil Cussegl federal u dad in auter Cantun.

6) Las mesiras per la segirezzia exteriura, sco era per l'indipendenza e la neutralitat svizzera; il declarar l'ujara e far la pasch.

7) La garanzia dellas Constituziuns e dil territori dils Cantuns; l'intervenziun en consequenza de quella garanzia; las mesiras per la segirezzia interna della Svizzeria e per il manteniment dil ruaus e digl urden; l'amnestia ed il dretg de far grazia.

8) Las mesiras necessarias per far respectar la constituziun federala e segirar la garanzia dellas constituziuns cantonalas, sco era las disposiziuns relativs, sin quei che las obligaziuns, surpridas dalla Confederaziun, vegnien observadas e manteni il dretg, garanti della Confederaziun.

9) Las disposiziuns legislativas davart l'organisaziun militara della Confederaziun, l'instrucziun dellas truppas e las contribuziuns dils Cantuns; las disposiziuns davart l'armada federala.

10) La fixaziun della scala federala per il contingent en gliant e daners; las disposiziuns legislativas sur l'administraziun ed il diever dil fondo federal d'ujara; il pagament dils Cantuns en daners, ils imprestits, il budget ed ils rendiquints.

11) Las leschas, ils decrets u ils conclus davart il dazis, las postas, la muneida, peisa e mesira, la fabricaziun e la vendita della purla de sittar, las armas e las muniziuns.

12) La construcziun de stabiliments ed ovras publicas e las expropriaziuns necessarias.

13) Las disposiziuns legislativas davart il liber domicili, davart persunas senza patria (Heimathlose), la polizia sur ils esters e las mesiras sanitaricas.

14) La suprema survigilanza dell'administraziun e della giustia federala.

15) Il recurs dils Cantuns e dils vischins enconter las decisiuns u las mesiras, pridas dal Cussegl federal.

16) Las differenzas denter ils Cantuns davart il dretg dil staat.

17) Il conflicts de competenza, principalmein per decider:

a. Sch' ina fatschenta competescha alla Confederaziun u alla suverenitat cantunala;

4) L'elecziun digl Cussegl federal, dil Tribunal federal, dil Canzler e dil vice-Canzler, sco era dil gieneral suprem dell'armada federala.

5) Las alianzas ed il tractats cun ils staats digl Exteriur, sco era l'approbaziun dils tractats dils Cantuns denter els u cun igl Exteriur. Il tractats dils Cantuns vegnan dentont presentai all' Assemblea federala mo cura ch' ei vegn reclama dal Cussegl federal u dad in auter Cantun.

6) Las mesiras per la segirezzia exteriura sco era per il manteniment dell'indipendenza e della neutralitat della Svizzeria; il declarar l'ujara e far la pasch.

7) La garanzia per las constituziuns ed il territoris dils Cantuns; l'intervenziun en consequenza de questa garanzia; las disposiziuns per mantener la segirezzia interna della Svizzeria, il ruaus ed igl urden; l'amnestia ed il dretg de far grazia.

8) Las mesiras per far respectar la Constituziun federala e segierar la garanzia dellas constituziuns cantonalas, sco era las mesiras necessarias, sin quei che las obligaziuns, surpridas dalla Confederaziun, vegnien observadas.

9) Il dretg de saver disponer dell'armada federala.

10) La fixaziun dil budget annual, l'approbaziun dils quints dil staat, il conclus davart imprestits; las disposiziuns gieneralas davart l'administraziun della facultat dil staat.

11) La suprema survigilanza sur l'administraziun e la giustia federala.

12) Il recurs enconter las conclusiuns dil Cussegl federal davart questions de natira administrativa, deferidas a quel tenor igl art. 110.

13) Il conflicts de competenza denter las Autoritats federalas.

14) La revisiun della Constituziun federala.

b. Sch' ina questun eroda en la competenza dil Cussegl federal u dil Tribunal cantonal.

18) La revisiun della Constituziun federala.

Art. 75.

Omisdu Cussegl sereduneschan ina gada ad on en sessiun ordinaria, il di fixaus entras il regulativ.

Els vegnan era convocai extraordinariamein entras il Cussegl federal, u sin il garigiar della quarta part dils commembers dil Cussegl nazional ni de tschunc Cantuns.

Art. 76.

La deliberaziun en ils Cussegl astga haver liuc mo cura ch' il diember dils deputai presents formescha la pluralitat absoluta dil diember total dils commembers.

Art. 77.

En il Cussegl nazional ed en il Cussegl dils Cantuns decida la majoritat dils votants.

Art. 78.

Per las leschas ed ils conclus federals ei necessari il consentiment ded omisdu Cussegl.

Art. 79.

Ils commembers dils dus Cussegl voteschan senz' instrucziuns.

Art. 80.

Scadin Cussegl deliberescha separadamein. Cura ch' ei setractescha d' elecziuns (art. 74, Nr. 3), de far grazia e de decider questuns de competenza, sereuneschan denton ils dus Cussegl per deliberar en cuminonza sut la direcziun dil president dil Cussegl nazional e decida cheu la majoritat dils commembers votants ded omisdu Cussegl.

Art. 81.

Omisdu Cussegl e scadin commember de quels ha il dretg d' iniziativa.

Ils Cantuns exerciteschan il medem dretg per corrispondenza.

Art. 82.

Sco art. 75 veder.

Art. 83.

Sco igl art. 76 veder.

Art. 84.

Sco igl art. 77 veder.

Art. 85.

Per las leschas ed ils conclus federals ei necessari il consentiment ded omisdu Cussegl.

Las leschas federalas ed ils conclus federals, ch' ein buc urghents, deien ulteriuramein vegnir sottoposts alla votaziun populara, cura che quei vegn garigiau da 50,000 vischins svizzers, che han il dretg de votar, u da 5 Cantuns.

Art. 86.

Sco igl art. 79 veder.

Art. 87.

Scadin Cussegl deliberescha separadamein. Cura ch' ei setractescha dentont dellas elecziuns, menzionadas en igl art. 81, ziff. 4, de far grazia e de decider questuns de competenza (art. 81, ziff. 13) sereduneschan ils dus Cussegl per deliberar en cuminonza sut la direcziun dil president dil Cussegl nazional e decida cheu la majoritat dils commembers votants ded omisdu Cussegl.

Art. 88.

Sco igl art. 81 veder.

Art. 89.

Sche 50,000 vischins, che han il dretg de votar, ni 5 Cantuns garegian la modificaziun u la dismessa ded

Art. 82.

Las sessiuns d' omisdus ils Cusseglis ein per regla publicas.

II. Cussegl federal.

Art. 83.

Il Cussegl federal ei la suprema Autoritat executiva e directoriala della Confederaziun; el ei componius ord set commembers.

Art. 84.

Ils commembers dil Cussegl federal vegnan elegi per treis ons dall' Assemblea federala ord tuts ils vischins svizzers, ch' ein elegibels sco commembers dil Cussegl nazional. — Dentont astga buca vegnir elegiu pli ch' in commember ord il medem Cantun.

Suenter scadina renovaziun totala dil Cussegl nazional ha era liuc ina renovaziun totala dil Cussegl federal.

Ils posts, che vegnan vacants duront quels treis ons, vegnan remplazzai en la proxima sessiun dell' Assemblea federala per il rest dil cuoz d'uffizi.

Art. 85.

Ils commembers dil Cussegl federal astgan duront il cuoz de lur funcziuns haver negin auter uffizi ni en survetsch della Confederaziun, ni ded in Cantun, ni exercitar in' autra professiun u industria.

ina lescha federala u ded in conclus federal, ni l' emanaziun ded ina nova lescha u conclus federal sur ina materia determinada, deien ils dus Cusseglis, aschinavont sco obligaziuns, surpridas dalla Confederaziun entras tractats, formeschan negin obstachel, en cas de consentiment de lur part, elaborar il niev project de lescha u de conclus federal e sottoponer quel alla votaziun entras il pievel.

Sch' ils dus Cusseglis acconsenteschan buc alla domanda, dei quella vegnir sottoposta alla votaziun populara e deien ils Cusseglis, cura che la majoritat dils vischins votants sepronunziescha en sen affirmativ, elaborar in respectiv project de lescha u de decret e sottometter quel al pievel, il qual ha entras votaziun d'acceptar u de refusar.

Art. 90.

La legislaziun federala vegn a fixar quei ch' ei necessari relativamein allas formalitats ed als termins per exercitar il dretg d' iniziativa e la votaziun populara.

Art. 91.

Sco igl artichel 82 veder.

II. Cussegl federal.

Art. 92.

Sco igl art. 83 veder.

Art. 93.

Sco igl art. 84 veder.

Art. 94.

Sco igl art. 85 veder.

Art. 86.

Il Cussegl federal ei presidiaus dal president della Confederaziun. El ha in vice-president.

Il president della Confederaziun ed il vice-president dil Cussegl federal vegnan elegi per in on entras l'Assemblea federala ord ils commembers dil Cussegl federal.

Il president cass ei bucca pli elegibels pigl on sequent ni sco president, ni sco vice-president. Il medem commember astga buc esser vice-president per dus ons sundonts.

Art. 87.

Il president della Confederaziun ed ils auters commembers dil Cussegl federal retscheivan lur salari annual ord la cassa federala.

Art. 88.

Per deliberar e prender resoluziuns legalas ston silmeins quater commembers esser presents.

Art. 89.

Ils commembers dil Cussegl federal han vusch consultativa en las duas secziuns dell'Assemblea federala, sco era il dretg de far proposiziuns sur las materias, che vegnan tractadas.

Art. 90.

Il Cussegl federal ha en ils limits della presenta Constituziun particularmein las sequentas obligaziuns e competenzas:

1. El meina las fatschentas federalas, sco prescrivan las leschas ed ils decrets della Confederaziun.

2. El survigilescha la precisa observaziun della Constituziun, dellas leschas e dils decrets della Confederaziun, sco era las prescriziuns dils concordats federali; el prend de sesez anora, ni sin recurs, las mesiras necessarias per il manteniment de quels.

3. El survigilescha, che las Constituziuns cantonalas restien garantidas.

4. Propona all'Assemblea federala las leschas ed ils conclus federali, cumpignod cun in siu pareri las proposiziuns, che provegnan dals dus Cussegl federali ni dals Cantuns.

5. Exequescha las leschas ed ils conclus federali, las sentenzias dil Tribunal federal, sco era las intelgienschas u sentenzias compromissarias sura dispettas denter ils Cantuns.

6. El fa quellas elecziuns, ch'eiin buca vegnidas surdadas costituzionalmein all'Assemblea federala u al Tri-

Art. 95.

Sco art. 86 veder.

Art. 96.

Sco art. 87 veder.

Art. 97.

Sco art. 88 veder.

Art. 98.

Sco art. 89 veder.

Art. 99.

Il Cussegl federal ha en ils limits della presenta Constituziun particularmein las sequentas obligaziuns e competenzas:

1. El meina las fatschentas federalas, sco prescrivan las leschas ed ils decrets della Confederaziun.

2. El procurescha, che vegnien obserservai la Constituziun, las leschas, ils decrets ed ils conclus della Confederaziun, sco era las precriziuns dils concordats federali, prend las mesiras necessarias per lur manteniment de sesez anora ni sin recurs, aschi lunsch sco quels crodan buc en la competenza dil Tribunal federal tenor igl art. 40.

3. Procurescha, che las Constituziuns cantonalas restien garantidas.

4. Propona all'Assemblea federala projects de lescha, decrets e conclus e dat siu pareri sur las proposiziuns, che vegnan ad el surdadas dals dus Cussegl federali u dals Cantuns.

5. El exequescha las leschas, ils decrets ed ils conclus federali, las sentenzias dil Tribunal federal, sco era las intelgienschas u sentenzias compromissarias sura dispettas denter ils Cantuns.

bunal federal, ni ch' ein buca vegnidas delegadas entras las leschas ad in' autra autoritat. El elegia commissaris en missiuns per igl Intern e per igl Extern.

7. El examinescha ils tractats dils Cantuns denter els u cun igl Exteriur ed approbescha quels, sch' els correspondan allas prescriziuns (art. 74, Nr. 5).

8. El procurescha, ch' ils interess della Confederaziun en igl Exteriur vegnien conservai, specialmein las relaziuns davart ils dretgs internaziunals ed ei en gieneral incaricaus cun las fatschentas exteriuras.

9. El survigilescha la segirezzia externa della Svizzer, ed il manteniment della sia indipendenza e neutralitat.

10. Procurescha per la segirezzia interna, per il manteniment dil ruaus ed igl urden en la Confederaziun.

11. En cas urghents ei il Cussegl federal, sch' ils Cussegl ein buca redunai, autorisau de clomar en survetsch las truppas necessarias e de disponer de quellas sut reserva dell' immediata convocaziun dell' Assemblea federala, cura che las truppas, clomadas en survetsch, survargan il diember de 2000 umens, u sch' elles restan sut las armas pli che treis emnas.

12. El ei incumbensaus cun tuttas fatschentas militaras e cun tuts roms administrativs, che audan alla Confederaziun.

13. Examinescha las leschas e las ordinaziuns dils Cantuns, che deien esser sottopostas a sia approbaziun; el survigilescha era quels roms dell' administraziun cantonala, ils quals la Confederaziun ha priu sut sia survigilonza, sco causas militaras, dazis, vias e punts.

14. El ha l'administraziun dellas finanzas della Confederaziun, propona il budget ed ha de presentar il rendiquint sur las intradas ed expensas della Confederaziun.

15. El survigilescha las lavurs de tuts ils funcziunaris ed imployai dell' administraziun federala.

16. En mintga sessiun ordinaria dat el in rendiquint sur sia atgna administraziun all' Assemblea federala; presenta a quell' autoritat in rapport sur la situaziun interiura ed exteriura della Confederaziun e reccomonda a quella las mesiras, ch' el crei necessarias ed avantagiusas per promover il beinstar gieneral.

Milsanavont ha el de presentar rapports specials, cura che tals vegnan garigiai dall' Assemblea federala u dad ina de sias secziuns.

Art. 91.

Las fatschentas dil Cussegl federal vegnan repartidas en departements denter ils singuls commembers. Questa partiziun ha solettamein igl intent de facilitar l'examinaziun e l'expediziun dellas fatschentas; las decisiuns vegnan pridas dal Cussegl federal sco autoritat.

6. El fa las elecziuns, ch' ein buca surdadas costituzionalmein all' Assemblea federala u al Tribunal federal, ni ch' ein buca vegnidas delegadas entras las leschas ad in' autra autoritat.

7. El examinescha ils tractats dils Cantuns denter els u cun igl Exteriur ed approbescha quels, sch' els correspondan allas prescriziuns (art. 81 Nr. 6).

Las ziffres 8—16, sco quellas digl art. 90 veder.

Art. 100.

Sco art. 91 veder.

Art. 92.

Il Cussegl federal e ses departements ein autorisai de clomar experts per fatschentas specialas

III. Canzlia federala.

Art. 93.

Ina Canzlia federala, dirigida dad in Canzler, proveda allas fatschentas de Canzlia tont per l'Assemblea federala, sco per il Cussegl federal.

Il Canzler vegn elegius dall' Assemblea federala per treis ons, mintgamai dil medem temps sco il Cussegl federal.

La Canzlia federala stat sut la survigilonza speziala dil Cussegl federal.

Ina lescha federala vegn a fixar ulteriuramein quei che ha rapport cun l'organisaziun della Canzlia.

IV. Tribunal federal.

Art. 94.

Ei vegn institui in Tribunal federal per l'administraziun della giustia en aschi lunsch sco quella croda en la competenza della Confederaziun.

Per sentenziar cas penals vegn introduius in *Jury*.

Art. 95.

Il Tribunal federal ei componius ord endisch commembers ed ord supplents, il diember dils quals vegn la lescha a fixar.

Art. 96.

Ils commembers dil Tribunal federal ed ils supplents vegnan elegi dall' Assemblea federala. Els stattan en uffici duront treis ons. Il Tribunal federal vegn renovelaus totalmein mintgamai suenter las novas elecziuns dil Cussegl nazional.

Ils posts, che duessen vegnir vacants duront quels treis ons, vegnan remplazai en la proxima sessiun dell' Assemblea federala per il rest della perioda ufficiala.

Art. 97.

Scadin vischin svizzer, il qual ei elegibels en il Cussegl nazional, sa era vegnir elegius en il Tribunal federal.

Ils commembers dil Cussegl federal ed ils employai, numnai da quel, astgan buc esser dil medem temps commembers dil Tribunal federal.

Art. 101.

Sco art. 92 veder.

III. Canzlia federala.

Art. 102.

Ina Canzlia federala, dirigida dad in Canzler, proveda allas fatschentas de Canzlia tont per l'Assemblea federala, sco per il Cussegl federal.

Il Canzler ed il vice-Canzler vegnan elegi dall' Assemblea federala per treis ons, mintgamai dil medem temps sco il Cussegl federal.

La Canzlia federala stat sut la survigilonza speziala dil Cussegl federal.

Ina lescha federala vegn a fixar ulteriuramein quei che ha rapport cun l'organisaziun della Canzlia.

IV. Tribunal federal.

Art. 103.

Per l'administraziun della giustia, en aschi lunsch sco quella croda en la competenza della Confederaziun vegn institui in Tribunal federal.

Per sentenzias criminalas (art. 109) dat ei ulteriuramein in *Jury* (*Tribunal de gieraus*).

Igl art. 95 croda navent.

Art. 104.

Ils commembers ed ils supplents vegnan elegi dall' Assemblea federala. Tier lur elecziun dei vegnir procurau ch'ils treis linguatgs nazionals vegnien risguardai.

La lescha determinescha l'organisaziun dil Tribunal federal e de sias commissiuns, il diember dils commembers e dils supplents, il cuoz dell' elecziun e lur indemnizaziun.

Art. 105.

En il Tribunal federal sa vegnir elegius scadin vischin svizzer, ch'ei elegibels en il Cussegl nazional.

Ils commembers dell'Assemblea federala, dil Cussegl federal ed ils funcziunaris, numnai dallas menzionadas Auctoritats, astgan buc esser dil medem temps commembers dil Tribunal federal. La legislaziun federala po declarar era autras funcziuns e professiuns incompatiblas cun las funcziuns de commember dil Tribunal federal.

Art. 98.

L'Assemblea federala elegia, adina per in on, il president ed il vice-president dil Tribunal federal denter ils commembers dil Tribunal sez.

Art. 99.

Ils commembers dil Tribunal federal vegnan indemnisai per schurnada ord la cassa federala.

Art. 100.

Il Tribunal fedederal constituescha sia Canzlia.

Art. 101.

Il Tribunal federal giudichescha sco *Tribunal civil*:

1. Las dispettas, ch'eiin buca de dretg public:

a. dils Cantuns denter els;

b. della Confederaziun cun in Cantun.

2. Las dispettas denter la Confederaziun dad ina part e corporaziuns u privats dall' autra, cura che questas corporaziuns u quests privats tgisan e cura ch'ei setractescha de dispettas importontas, la valor dellas qualas vegn a vegnir fixada dalla legislaziun federala;

3. Las dispettas concernent persunas senza patria (*Heimathlose*).

En ils cas, indicai sut Nr. 1, lit. a e b, vegn la questiu surdada al Tribunal federal entras il Cussegl federal. Anfla quest' autoritat, ch'ina dispetta audi buc avont il Tribunal federal, sche vegn il conflict decidius dall' Assemblea federala.

Art. 102.

Il Tribunal federal ha l' obligaziun de giudicar era auters cas, cura ch' el vegn invocaus dad omisduas parts e ch' igl object en process ei ded ina considerabla valor, la quala vegn determinada dalla legislaziun federala. En in tal cas vegnan las spensas portadas exclusivamein dallas parts.

Art. 103.

La cooperaziun dil Tribunal federal per las sentenzias criminalas vegn fixada dalla legislaziun federala, la quala vegn milsanavont a statuir il necessari davart metter en stat de tgisa, sur la formaziun de Curts criminalas e Tribunals de cassaziun.

Art. 104.

La Curt criminala (Assisengericht) en connex cun il *Jury*, che pronunziescha sur las questiuens de fatg, giudichescha:

a. En cas, nua che l' Autoritat federala surdat ils funcziunaris, ch' ella ha sez elegiu, ad ina procedura criminala;

b. En cas ded ault tradiment enconter la Confederaziun, de revolta o de violenza enconter las Autoritats federalas;

Igl art. 98. actual vegn elimitaus.

Igl art. 99 actual vegn elimitaus.

Art. 106.

Il Tribunal federal constituescha sia Canzlia.

Art. 107.

Il Tribunal federal giudichescha en causas de dretg civil:

1. Denter la Confederaziun ed ils Cantuns;

2. Denter la Confederaziun ded ina part e corporaziuns u privats dall' autra, cura che questas corporaziuns u quests privats tgisan ed igl object en process ha in' importonza, che dei vegnir determinada dalla legislaziun federala;

3. Denter ils Cantuns;

4. Denter ils Cantuns dad ina part e corporaziuns e privats dall' autra, cura ch' igl object en process ei ded in' importonza, che dei vegnir determinada dalla legislaziun federala e cura ch' ina dellas duas parts garga la giudicatura entras il Tribunal federal.

Il Tribunal federal vegn milsanavont a giudicar en dispettas davart persunas senza patria ed en questiuens sur il dretg de vischinadi denter vischnauncas de divers Cantuns.

Art. 108.

Il Tribunal federal ha l' obligaziun de giudicar era auters cas, cura che quei vegn garigiau dad omisduas parts e ch' igl object en process ei ded in' importonza, la quala sto vegnir fixada dalla legislaziun federala.

Igl actual artichel 103 vegn elimitaus.

Art. 109.

Il Tribunal federal, assistius dal *Jury*, che pronunziescha sur las questiuens de materia, giudichescha:

1) Sur ils cas ded ault tradiment enconter la Confederaziun, de revolta o de violenza enconter las Autoritats federalas;

2) Sur delicts e trasgressiuns enconter il dretg dils pievels;

3) Sur delicts e trasgressiuns politics, ils quals ein

c. En cas de delicts e trasgressiuns, ch' ein stai la caschun u la consequenza de tals disurdens, ils quals han occasionau in' armada intervenziun federala.

L' Assemblea federala ha il dretg de far amnestia u grazia per delicts u trasgressiuns de tala natira.

Art. 105.

Il Tribunal federal giudichescha milsanavont sur la violaziun dils dretgs, garanti dalla Constituziun federala, cura che plogns de tala natira vegnan surdai ad el dall' Assemblea federala.

Art. 106.

Ultra ils cas menzionai en ils art. 101, 104 e 105 po la legislaziun federala surdar autras fatschentas al Tribunal federal.

Art. 107.

La legislaziun federala vegn a fixar pli detagliadamein:

- La creaziun ded in procuratur dil staat (*Staatsanwalt*);
- Quals ein ils delicts e trasgressiuns, che crodan en la competenza dil Tribunal federal e las leschas penalas, che deien vegnir applicadas;
- La procedura, la quala dei esser vocala e publica;
- Las expensas giudizialas.

V. Disposiziuns diversas.

Art. 108.

Tut quei, che sereferescha sin la residenza dellas Autoritats federalas, vegn regulau entras la legislaziun federala.

Art. 109.

Ils treis linguatgs principals della Svizzerza, il tudestg, il franzos ed igl italian, ein linguatgs nazionals della Confederaziun.

la caschun u la consequenza de disurdens, che han occasionau in' armada intervenziun federala;

4) En cas, nua che l' Autoritat federala surdat ils funcziunaris, ch' ella ha sez elegiu, ad ina procedura criminala.

Art. 110.

Il Tribunal federal giudichescha milsanavont:

Sur ils conflicts de competenza denter las Autoritats federalas dad ina part e las Autoritats cantonalas dall' autra part;

Sur las dispettas de dretg public denter ils Cantuns;

Sur recurs per violaziun de dretgs costituzionals dils vischins, sco era sur quels de privats per violaziun de concordats e tractats.

Restan reservadas las dispettas administrativas, las qualas deien vegnir precisadas dalla legislaziun federala.

En tuts ils cas menzionai vegn il Tribunal federal a metter en applicaziun las leschas, votadas dall' Assemblea federala ed ils conclus de quest' autoritat d' importanza gienerala. El vegn era a setoner vid ils tractats, acceptai dall' Assemblea federala.

Art. 111.

Ultra ils cas menzionai en ils art. 107, 109 e 110 po la legislaziun federala surdar autras fatschentas al Tribunal federal; particularmein po ella dar a quei tribunal competenzas, las qualas han per mira de segirar l' applicaziun uliva dellas leschas federalas, prevedidas en igl art. 55.

Igl actual art. 107 ei strihaus.

V. Disposiziuns diversas.

Art. 112.

Sco art. 108 veder.

Art. 113.

Sco art. 109 veder.

Art. 110.

Ils funcziunaris della Confederaziun ein responsabels per lur administraziun. Ina lescha federala vegn a fixar pli precisamein questa responsabilitat.

CAP. III.

Revisiun della constituziun federala.

Art. 111.

La constituziun federala sa vegnir revedida de tut temps.

Art. 112.

La revisiun ha liuc tenor las reglas, statuidas dalla legislaziun federala.

Art. 113.

Cura ch' ina secziun dell' Assemblea federala decretescha la revisiun della constituziun federala e l' autra secziun acconsenta buc, ni cura che 50,000 vischins svizzers, che han il dretg de votar, garegian la revisiun, dei en omisdus cas vegnir la questiun sottoposta alla votaziun dil pievel svizzer „sche bein la refurma dei haver liuc ner buc.“

Cura che en in de quest cas la majoritat dils vischins svizzers, che han il dretg de votar, sepronunziescha en favur della refurma, vegnan ils dus Cussejls elegi de novamein per entscheiver las lavurs de revisiun.

Art. 114.

La constituziun federala revedida intrescha en vigur, cura ch' ella ei vegnida acceptada dalla majoritat dils vischins svizzers, che separtecipeschan vid la votaziun, e dalla majoritat dils Cantuns.

Disposiziuns transitorias.

Art. 1.

Ils Cantuns vegnan a sepronunciar sur l' acceptaziun della presenta constituziun federala suenter las formalitats, prescrittas da lur constituziun, u — nua che la constituziun contegn neginas ordinaziuns da quellas varts — suenter las reglas, che vegnan a vegnir stabilidas dall' Autoritat suprema dil Cantun relativ.

Art. 114.

Sco art. 110 veder.

CAP. III.

Revisiun della constituziun federala.

Art. 115.

Sco art. 111 veder.

Art. 116.

Sco art. 112 veder.

Art. 117.

Sco art. 113 veder.

Art. 118.

La constituzion federala revedida intrescha en vigur, cura ch' ella ei vegnida acceptada dalla majoritat dils vischins svizzers, che separtecipeschan vid la votaziun, e dalla majoritat dils Cantuns.

Muort fixaziun della majoritat dils Cantuns vegn disponiu, che la votaziun ded in miez Cantun vegn dumbrada sco meza vusch.

Il resultat della votaziun populara en scadin Cantun vegn consideraus sco vusch dil Cantun.

Disposiziuns transitorias.

Art. 1.

La repartiziun dellas intradas de postas e dazis restan basadas sin las condiziuns actualas e quei per aschi ditg, sco las expensas militaras, portadas tochen ussa dals Cantuns, vegnan buca surpridas effectivamein della Confederaziun.

Milsanavont vegnan ins a procurar sin la via della legislaziun federala, che quels Cantuns, ils quals han sper-

Art. 2.

Ils resultats della votaziun deien vegnir termess al Directori federal a mauns della Dieta, la quala decida, sche la nova constituziun seigi acceptada ner buc.

Art. 3.

Cura che la Dieta ha declarau, che la constituziun federala seigi acceptada, prend ella immediatamein las necessarias mesiras, sinaquei ch' ella vegni exequida.

Las competenzas dil Cussegl federal d' ujjara e quellas dil Cussegl d'administraziun dils fondos federali d' ujjara vegnan surdadas al Cussegl federal.

Art. 4.

Las disposiziuns, statuidas en litt. c art. 6 dell' actuala constituziun, san buca vegnir applicadas sin las constituziuns cantonalas, actualme in vigur.

Ils statuts de quellas constituziuns, che duessen esser contrarias allas autras disposiziuns della constituziun federala, vegnan dismiss quei di, en il qual vegn declarada l'acceptaziun della presenta constituziun.

Art. 5.

La percepziun dellas taxas federalas de confins continuescha tochen che la tariffa dils novs dazis de confins, che deien vegnir introdui, ei messa en executiun.

Art. 6.

Ils conclus della Dieta ed ils concordats restan en vigur tochen ch' els vegnan buca suprimì, schinavont sco els ein buca contraris alla presenta constituziun federala.

Encontercommi crodan ord vigur quels concordats, il contegn dils quals ei vegnius declaraus sco materia della legislaziun federala, schi gleiti sco quellas leschas intreschan en vigur.

Art. 7.

Schi gleili sco l' Assemblea federala ed igl Cussegl federal ein constitui, croda il tractat federal dils 7 d' Uost 1815 ord vigur.

ditas finanziarias entras las modificaziuns, contenidas en ils art. 20, 28 e 34, stoppien buca portar quellas sperditas tut en ina gada, mo bein successivamein enteifer in termin transitoric ded enzaconts ons.

Art. 2.

Quellas disposiziuns dellas leschas federalas, dils concordats, dellas constituziuns e leschas cantonalas, che stattan en contradicziun cun la nova constituziun federala, vegnan ord vigur, schi gleiti sco quella ei acceptada.

Art. 3.

Tochen che la lescha d' organisaziun per il Tribunal federal ei buca fixada, vegn mantenius il diember actual dils commembers de quell' autoritat.

Art. 4.

In termin de tschunc ons ei accordaus als Cantuns per introduir la gratuitat dell' instrucziun publica e primaria (art. 25).

Art. 5.

Las personas, ch' exerciteschan clomadas scientificas e che han obteniu avont la promulgaziun della lescha federala, provedida en igl art. 30, in certificat de capacitat dad in Cantun u dad in' autoritat concordataria, che representa plirs Cantuns, pon exercitar quella professiun sin igl entir territori della Confederaziun.

Las veglias disposiziuns transitorias 4, 5, 6 e 7 ein dismissas.

Art. 2. Il Cussegl federal ei incumbensaus de procurar, che il niev project de constituzion vegni publicaus completamein e spertamein.

Art. 3. La nova constituziun federala vegn considerada sco adoptada, schi gleiti sco ell' ei vegnida acceptada dalla majoritat dils vischins svizzers, che han priu part alla votaziun, e dalla majoritat dils Cantuns.

Muort fixaziun della majoritat dils Cantuns vegnan las votaziuns dils mezs Cantuns dumbradas per ina meza vusch.

Art. 4. La votaziun dil pievel svizzer ha liuc il medem di sin igl entir territori della Confederaziun. Quei di vegn fixaus dal Cussegl federal.

La votaziun astga dentont suondar pèr quater emnas suenter la publicaziun dellas proponidas modificaziuns della constituziun federala.

Art. 5. Vid questa votaziun sa prender part mintga vischin svizzer, che ha il dretg de votar en las elecziuns per il Cussegl nazional svizzer.

Ei gliei dentont lubiu als Cantuns, ils quals admettan il dretg de votar avont il 20vel on compleniu, ded applicar per questa votaziun las disposiziuns de lur constituziun.

Art. 6. Scadin Cantun organisescha la votaziun sin siu territori. Quella ha liuc per Vischnaunca u Circuit. Ei gliei surschau als Cantuns de fixar, sche la votaziun deigi esser averta u per scrutini. Per auter vegnan en scadin Cantun a vegnir applicadas per questa votaziun quellas reglas, ch' ein en vigur per las votaziuns en materias de constituziun.

Art. 7. En scadina Vischnaunca resp. Circuit vegn manaus in protocoll sur la votaziun, il qual dei contener exactamein il diember dils votants, ils quals han acceptau il project ed il diember dils votants, che han refusau quel.

Art. 8. Ils Cantuns sco tals datan lur votum entras quels organs, ils quals ein tier quel autorisai dalla constituziun relativa.

L' Autoritat suprema de scadin Cantun sa dentont era declarar il resultat della votaziun federala en il Cantun (art. 4 e 7 precedents) sco votaziun dil Cantun sez.

Art. 9. Ils Cantuns ston dar en lur votum quindisch dis suenter la votaziun entras il pievel.

Art. 10. Las Reghenzas cantonalas vegnan a termetter al Cussegl federal il votum de lur Cantun, sco era ils protocols sur la votaziun federala, ils quals vegnan communicai all' Assemblea federala. Las cartas de votaziun (*Stimmkarten*) deien vegnir tenidas a disposiziun dell' Assemblea federala.

Quest' Autoritat vegn a verificar sin basis dils protocols il resultat dellas votaziuns, e sche resultescha, ch' il niev project ei vegnius acceptaus, a declarar che la nova constituziun federala, aschia revedida, ei intrada en vigur.

Art. 11. Il Cussegl federal ei incaricaus cun l' execuziun della presenta lescha.

Aschia decretau dal Cussegl nazional:

Berna, ils 5 de Mars 1872.

Aschia decretau dal Cussegl dils Cantuns,

Berna, ils 5 de Mars 1872.

Il President:

R. Brunner.

Il Protocollist:

Schiess.

Il President:

A. Keller.

Il Protocollist:

G. L. Lütcher.

Bundesgesetz betreffend die Revision der Bundesverfassung vom 12. September 1848 Vom 5. März 1872. (In deutscher, französischer, italienischer, ladinischer und romanischer Sprache)

(Bern) (1872)

4 Helv. 81 o

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10986284-6